Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26. Juni 1978
Jg. 6 Nr. 26

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Die Sachverständigenmeute kläfft Lohnsenkung, Lohnsenkung!

Politische Vorbereitungen der Ministerien / Streikgeldsteuer / Mobilitätserhöhung / Polizeikonzentration

z.hev. Es ist da, das Sondergutachten der „fünf Weisen“, und es handelt von den ungelösten Problemen der Finanzbourgeoisie mit Kern „Lohnpolitik“: „Die Lohnpolitik hat auf die Herausforderung, die von den Devisenmärkten ausging, nicht zu antworten vermocht ... Bestehen bleibt aber die Aufgabe, jenes Lohnniveau herauszufinden, das einen höheren Beschäftigungsstand möglich macht. Der Handlungsspielraum der Tarifvertragsparteien und insbesondere der Gewerkschaften ist gewiß nicht unbegrenzt. Doch wird keine staatliche Beschäftigungspolitik den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung auf Dauer überspielen können. Es überrascht nicht, daß dieser Zusammenhang heftig umstritten ist. Zu fundamental sind die Interessengegensätze, die er berührt. Es muß aber nicht sein, daß der Verteilungskampf die Lohnfindung so stark belastet wie in manchem der vergangenen Jahre.“

Der Stein der Weisen, den die Bourgeoisie gefunden hat, ist so einmalig nicht. Das Ziel der Lohnsenkung ist klar, die Mittel, dahin zu kommen, auch. Die „starke Belastung des Verteilungskampfes“, das sind die Streiks der Arbeiterklasse, besonders der Drucker und Metaller, zu Anfang dieses Jahres, und die sind der Bourgeoisie gewaltig in die Knochen gefahren. Es waren die Streiks, die die „Lohnfindung“ auf dem anvisierten Niveau verhindert haben, deshalb müssen sie vom Tisch. Freudig berichtet das „Handelsblatt“, daß der DGB in Bonn auf taube Ohren stieß, als er sich gegen die Lohnsteuerpflicht für Streikgelder wandte. Das Bundesfinanzministerium begründet die Steuerpflicht so: die Streikgelder würden beim Lohnsteuerjahresausgleich nicht in die Lohnsumme mit einbezogen, es sei also weniger zu versteuern, was bei Arbeitern mit 1500 Mark brutto eine Rückerstattung von 167,10 Mark ausmache, ein „Streikbonus“, eine Belohnung für Streik also. Und dies könne der Staat auf keinen Fall zulassen „wegen der Verpflichtung zur Neutralität“. Eine feine und hinterhältige Form der Aushöhlung des Streikrechts ist das durch

Es überrascht nicht, daß dieser Zusammenhang heftig umstritten ist. Zu fundamental sind die Interessengegensätze, die er berührt. Es muß aber nicht sein, daß der Verteilungskampf die Lohnfindung so stark belastet wie in manchem der vergangenen Jahre.“

Der Stein der Weisen, den die Bourgeoisie gefunden hat, ist so einmalig nicht. Das Ziel der Lohnsenkung ist klar, die Mittel, dahin zu kommen, auch. Die „starke Belastung des Verteilungskampfes“, das sind die Streiks der Arbeiterklasse, besonders der Drucker und Metaller, zu Anfang dieses Jahres, und die sind der Bourgeoisie gewaltig in die Knochen gefahren. Es waren die Streiks, die die „Lohnfindung“ auf dem anvisierten Niveau verhindert haben, deshalb müssen sie vom Tisch. Freudig berichtet das „Handelsblatt“, daß der DGB in Bonn auf taube Ohren stieß, als er sich gegen die Lohnsteuerpflicht für Streikgelder wandte. Das Bundesfinanzministerium begründet die Steuerpflicht so: die Streikgelder würden beim Lohnsteuerjahresausgleich nicht in die Lohnsumme mit einbezogen, es sei also weniger zu versteuern, was bei Arbeitern mit 1500 Mark brutto eine Rückerstattung von 167,10 Mark ausmache, ein „Streikbonus“, eine Belohnung für Streik also. Und dies könne der Staat auf keinen Fall zulassen „wegen der Verpflichtung zur Neutralität“. Eine feine und hinterhältige Form der Aushöhlung des Streikrechts ist das durch

staatlichen Zugriff auf die Streikgelder. Die werden dreimal besteuert: als Vermögen der Gewerkschaften, als Arbeiterlohn und als Streikgeld. Die Steuer aufs Streikgeld ist der erste Schritt zur Beschlagnahmung der Streikkassen.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Steger fragt am 6. Juni im Bundestag: „Teilt die Bundesregierung ... die von Polizeiseite geäußerte Auffassung, daß die für den Werkschutz geltenden Nothilfebestimmungen so unklar sind, daß häufig nur das Nichtwissen der Betroffenen es ermöglicht, diese Bestimmungen zur Grundlage des Handelns für einen Werkschutz zu machen, und plant die Bundesregierung daher hier gegebenenfalls gesetzliche Änderungen vorzuschlagen?“ Der Wunsch nach weiterer Aufrüstung des Werkschutzes gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse ist überdeutlich. Die Bundesregierung sagte, sie plane noch nicht, aber das Thema ist angesprochen und es ist heiß.

Der neue Besen im Innenministerium Baum ist am Kehren und hat die Zusammenlegung zweier Abteilungen im Innenministerium in Angriff genommen. „Öffentliche Sicherheit“ und Bundesgrenzschutz werden zu einer einzigen neuen „großen Polizeiabteilung“. Chef wird Alfred Stümper, der bisher als Polizeipräsident von Mannheim häufig vor die Aufgabe gestellt war, mit Streiks der Arbeiterklasse „fertig zu werden“. Das wird eine Kommandozentrale des Bürgerkriegs mit Verfügung über alle Polizeikräfte des Bundesgebietes.

(Fortsetzung Seite 2)

Gaza und Westjordan „unbefriedbar“



Ob die UNO-Truppen nach dem Rückzug der Zionisten aus dem Südlibanon die Rückkehr der Palästinenser verhindern können? Die quälenden Zweifel der Imperialisten hat das palästinensische Volk bereits beseitigt. Am 15. Mai, dem Tag, an dem die zionistischen Besatzer die 30jährige Unterdrückung des palästinensischen Volkes feierten, griffen Kämpfer der PLO mit Raketen und Sprengstoffanschlägen Militärlager der Besatzer in Nablus an, zerstörten Elektrizitäts- und Wasserkraftwerke in Jerusalem, Haifa und Eilat. Auf der Stadtmauer Jerusalems hißten Palästinenser die Fahne Palästinas zum Zeichen ihres ungebrochenen Kampfes für die endgültige Befreiung ihres Landes. Das Bild zeigt die intensiven Vorbereitungen der palästinensischen Befreiungsarmee für den bewaffneten Kampf.



Ob die UNO-Truppen nach dem Rückzug der Zionisten aus dem Südlibanon die Rückkehr der Palästinenser verhindern können? Die quälenden Zweifel der Imperialisten hat das palästinensische Volk bereits beseitigt. Am 15. Mai, dem Tag, an dem die zionistischen Besatzer die 30jährige Unterdrückung des palästinensischen Volkes feierten, griffen Kämpfer der PLO mit Raketen und Sprengstoffanschlägen Militärlager der Besatzer in Nablus an, zerstörten Elektrizitäts- und Wasserkraftwerke in Jerusalem, Haifa und Eilat. Auf der Stadtmauer Jerusalems hißten Palästinenser die Fahne Palästinas zum Zeichen ihres ungebrochenen Kampfes für die endgültige Befreiung ihres Landes. Das Bild zeigt die intensiven Vorbereitungen der palästinensischen Befreiungsarmee für den bewaffneten Kampf.

Kultusministerkonferenz: „Nicht nur national entscheiden lernen“

z.ped. „Wir dürfen nicht nur zur Teilnahme an materieller Wohlfahrt einladen, sondern müssen uns auch die Frage vorlegen: Welche Aufgaben und welche Werte stellen wir dem Idealismus unserer jungen Leute vor Augen?“ (Schmidt, Regierungserklärung, im Januar 1978)

Die versammelten bundesdeutschen Kultusminister der Länder haben am 9. Juni sich der Worte Schmidts befleißigt und eine Vereinbarung über „Europa im Unterricht“ getroffen. Der „europäische Gedanke“ soll vertieft, verbreitert und verstärkt werden. Mit dem Ziel „der Annäherung der europäischen Völker und Staaten“, der „Neuordnung ihrer Beziehungen“, der „Schaffung eines Bewußtseins der europäischen Zusammengehörigkeit“ und darüber, daß „nicht nur nationale, sondern europäische Entscheidungen in vielen Bereichen unseres Lebens zu treffen sind.“ (aus: Pressemitteilungen der KuMi-Konferenz)

Da man die britischen Inseln schlecht dem westdeutschen Festland annähern kann, muß wirtschaftliche, militärische und politische Annäherung gemeint sein. Die Interessen des einen sollen also den Interessen des anderen „angenähert“, angeglichen, untergeordnet werden. Wer dabei wen gleichschaltet und Europa so „neuordnet“, ist exakt festgelegt. „Wir“ in Westdeutschland sollen „lernen ... in vielen Bereichen unseres Lebens ... nicht nur nationale, sondern *europäische* Entscheidungen zu treffen.“ Westdeutschland als Nabel und Europa als Feld, Entscheidungsfeld. Es ist an die Zucht einer Generation von Kolonisten und Hegemonisten gedacht.

„Vertieft, verbreitert und verstärkt“ werden sollen die allabendlichen Fernsehnachrichten, wo dann Deutsche-Bank-Finanziers über die Ausbeutung und Ausplünderung der italienischen Volksmassen „europäisch entscheiden“ oder sich BKA-Herolde an der Schwarzmeer- und anderen Küsten Europas herumtreiben, auf „Terroristenjagd“. Aber es ist nicht getan mit Propaganda. Passende Kenntnisse und Fertigkeiten müssen vermittelt werden, will man früh krümmen, was sich später bücken soll.

Die „prägenden geschichtlichen Kräfte Europas“, die „Entwicklung des europäischen Rechts-, Staats- und Freiheitsdenkens“, das sind die Werte, die die junge Generation des aufstrebenden Europa schätzen lernen soll. Die „Denker“ solchen Freigeistes findet man in den gängigen Geschichts- und Gemeinschaftskundebüchern westdeutscher Schulen: Kant, Goethe, Schiller, Beethoven, von Humboldt. Große „Söhne Deutschlands“. Andere, die in Europa auch gedacht haben, wie z.B. Karl Marx, sind des Erwähnens nicht oder allenfalls einzeilig wert. Bei den „prägenden geschichtlichen Kräften Europas“ stolpert man unvermeidlich über Bismarck und Hitler. Aus deren geistigem Arsenal schöpfen die Kultusminister, um den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit zu entwickeln: „Europa ist der zweitkleinste Erdteil. Trotzdem waren die Europäer lange Zeit die Herren der Welt.“ Es folgt eine Aufzählung, was „Europa“ alles entdeckt, besiedelt, erfunden, erbaut, verkauft, befahren, verkündet hat, kurz „sie waren überall begehrt und hochgeachtet.“ Aber heute?! Den Supermächten kam vor allem zugute, daß ihnen ein einheitlicher „Markt“ zur Verfügung stand. Europa dagegen war in 30 Länder zersplittert, von denen jedes einzelne möglichst alles selber produzieren wollte, was seine Bewohner brauchten. Darum schützte sich jedes europäische Land durch Zölle gegen die ausländische Konkurrenz. So wurde verhindert, daß auch in Europa ein großer „Wirtschaftsraum“ entstand! „Den beistehenden Grafiken entnimmt man, daß dieser Raum nicht nur groß, sondern größer als jede der beiden Supermächte wäre.“ Zart heißt es anschließend: „Nachstehende Zahlen zeigen, daß Europa neben den beiden Weltmächten bestehen kann.“ Wenn Europa einig wäre! Hat nicht schon Bismarck – „mit glänzenden Gaben des Geistes ausgestattet, von einem dämonischen Willen getrieben, wirft er jeden Widerstand nieder, steigt zum mächtigsten Mann seiner Zeit auf und zwingt sein Volk und andere für Jahrzehnte auf seinen Weg“ – hat nicht schon Bismarck das destruktive Werk der Vielstaaterei angeprangert und – *bereinigt!*

„Europa kann heute nur eine dritte Kraft werden, wenn es auch zu einer politischen Einheit wird.“ (Sehen, Beurteilen, Handeln, 1975) Den Maßstab haben sie nicht ganz verloren, die Herren Kultusminister, schließlich gehört Realitätssinn zum „Alltag der Politik“. Und es mit den Supermächten anzulegen, da gehört mehr dazu als nur der fromme Wunsch. Außerdem gibt es genügend Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb Europas, die noch beschränkt werden durch die kleinmütige Nationalstaaterei. Europäisch denken fängt früh an, es bedeutet z.B. auch „Kenntnisse über die Besonderheiten und die Vielfalt des europäischen Raumes“ zu erwerben. Öl aus Baku, Erz aus Koruma, Kohle aus Charleroi oder dem Elsaß.

„Unser Schiff heißt Res Publica. Und fröhlich darf es dabei auch zugehen,“ hatte Schmidt zum Schluß seiner Regierungserklärung ausgerufen. In diesem Sinne ist der Jugendaustausch von tragender Bedeutung und deshalb in die Richtlinien aufgenommen worden. Es ist eine gute Vorbereitung auf härtere Zeiten, wenn, wie in Frankreich geschehen, die Jugend in Katastrophenfällen wie zur Beseitigung der Ölpest in der Bretagne den europäischen Gedanken üben lernt.

VR China unterstützt Uganda bei Reisproduktion

z.ere. Die Anfang Juni in Uganda weilende chinesische Handelsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Ministers für Außenhandel, Chen Chieh, sicherte Uganda Vergünstigungen für Importe aus China zu in Anbetracht der Lage, daß Uganda über keinen Zugang zum Meer verfüge. Das Anfang des Jahres vorgelegte Landwirtschaftsprogramm sieht den verstärkten Anbau von Sojabohnen, Mais, Weizen und Reis unter ausländischer Hilfe vor. Besondere Bedeutung besitzt dabei das von der Volksrepublik China unterstützte Kibimba-Reis-Projekt. Präsident Idi Amin hob hervor, daß die chinesische Führung und das chinesische Volk die „besten Freunde aller unterdrückten, für die wirtschaftliche und politische Befreiung kämpfenden Völker“ seien. Es wurde die Vorbereitung eines Abkommens vereinbart, nach dem die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua einen Vertreter nach Uganda, dem Sitz der Panafrikanischen Nachrichtenagentur (PAFNA) entsenden soll.

ASEAN-Staaten verstärken wirtschaftliche Zusammenarbeit

z.ere. Am 5. Juni wurde die sechste Wirtschaftsministerkonferenz der Association of South East Asian Nations (ASEAN) in der indonesischen Hauptstadt Djakarta eröffnet. Die Teilnehmer bekräftigten, alle Anstrengungen darauf zu richten, kein „Werkzeug irgendeiner Großmacht zu werden“. Bei ihrer ersten Zusammenkunft vor zwei Jahren vereinbarten die Wirtschaftsminister Indonesiens, Malaysias, Singapurs, Thailands und der Philippinen, Industrieprojekte durchzuführen, um der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung durch die beiden Supermächte entgegenzutreten und eine eigenständige Wirtschaft zu entwickeln. Große Fortschritte konnten die fünf Länder seither in der gemeinsam geförderten Produktion von Harnstoffdünger in Indonesien und Malaysia, Superphosphat in den Philippinen, kalzinierter Soda in Thailand und Dieselmotoren in Singapur erzielen.

Argentinien nationalisiert Elektrokonzern

z.pek. Diesen Monat hat die argentinische Regierung den Elektrizitätskonzern „Compania Italo-Argentina Electridad“ (CIAE), dessen Aktienmehrheit sich im Besitz schweizerischen Bankkapitals befand, nationalisiert. Seit 1911 hatte dieser Konzern die Elektrizitätsversorgung von

(PAFNA) entsenden soll.

ASEAN-Staaten verstärken wirtschaftliche Zusammenarbeit

z.ere. Am 5. Juni wurde die sechste Wirtschaftsministerkonferenz der Association of South East Asian Nations (ASEAN) in der indonesischen Hauptstadt Djakarta eröffnet. Die Teilnehmer bekräftigten, alle Anstrengungen darauf zu richten, kein „Werkzeug irgendeiner Großmacht zu werden“. Bei ihrer ersten Zusammenkunft vor zwei Jahren vereinbarten die Wirtschaftsminister Indonesiens, Malaysias, Singapurs, Thailands und der Philippinen, Industrieprojekte durchzuführen, um der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung durch die beiden Supermächte entgegenzutreten und eine eigenständige Wirtschaft zu entwickeln. Große Fortschritte konnten die fünf Länder seither in der gemeinsam geförderten Produktion von Harnstoffdünger in Indonesien und Malaysia, Superphosphat in den Philippinen, kalzinierter Soda in Thailand und Dieselmotoren in Singapur erzielen.

Argentinien nationalisiert Elektrokonzern

z.pek. Diesen Monat hat die argentinische Regierung den Elektrizitätskonzern „Compania Italo-Argentina Electridad“ (CIAE), dessen Aktienmehrheit sich im Besitz schweizerischen Bankkapitals befand, nationalisiert. Seit 1911 hatte dieser Konzern die Elektrizitätsversorgung von

Buenos Aires in der Hand und mit diesem Monopol Profit gescheffelt. Noch 1961 konnte der Konzern die Verlängerung des Konzessionsvertrages um 50 Jahre durchsetzen, aber im Oktober 1974 wurde „unvermittelt und selbstherrlich die Argentinisierung“ angekündigt. Im Februar 1976 wurde der Vertrag von der Regierung Argentiniens suspendiert. Die Imperialisten fühlen sich gefoltert, denn – so schreibt der Konzern im Geschäftsbericht für das Jahr 1977 – Argentinien habe sich „auf einen Standpunkt versteift, der weder mit den Bestimmungen des Konzessionsvertrages, noch mit den anderen, allgemein anerkannten wirtschaftlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen sei“.

Unverschämter Auftritt Carters in Panama

z.anb. Mit dem Schlachtruf der „Verteidigung der Menschenrechte“ verfolgt Carter die Agressionspläne des US-Imperialismus gegen die Völker der Dritten Welt. In Lateinamerika und der Karibik hat er nun versucht, gegenüber den sozialimperialistischen Konkurrenten Boden gut zu machen. Anläßlich des Inkrafttretens des Panamakanal-Vertrages wollte er in Panama die Sicherstellung der Kontrolle der USA über den Kanal „über das Jahr 2000 hinaus“ feiern lassen. Nicht nur diese Demütigung des Volkes von Panama hatte er im Sinn, sondern die Verkündung einer neuen Offensive seiner „Menschenrechtskampagne“, indem er die Gründung eines „Gerichtshofes für Menschenrechte“ der Organisation amerikanischer Staaten forderte, natürlich sieht er sich dabei als der oberste Richter. Mit Sicherheit hat er die an unzähligen Häuserwänden stehenden Parolen gesehen: „Carter geh nach Hause!“

Die Sachverständigenmeute kläfft Lohnsenkung, Lohnsenkung!

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei der „Findung des Lohnniveaus“ kann sich die Bourgeoisie durchaus nicht auf ihren Polizeiapparat verlassen. Voraussetzung für die Lohnsenkung ist allemal die Spaltung der Arbeiterklasse. Und weil die „Interessengegensätze fundamental“ sind, wie der Sachverständigenrat richtig feststellt, sind die geplanten Maßnahmen umfassend. Das Ehrenbergministerium ist zu dem Ergebnis gekommen, daß „nur jeder 10. Arbeitslose arbeitsunwillig“ sei, alle anderen seien für Wohnort- und Berufswechsel, also in hohem Maße mobil. Die Deutschen Arbeitgeberverbände haken nach und meinen, die Mobilität sei nur dann gewährleistet, wenn der Begriff der „Zumutbarkeit“ einer Arbeit überprüft werden würde, denn es dürfe nicht angehen, daß 100000 Arbeitslose „ohne Angabe von Gründen“ einen Arbeitsplatz ausschlagen. Noch voller langt die Bundesbank zu und macht folgende Rechnung auf: von der 1 Million Arbeitslosen seien abzuziehen die Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, weil sie zu sehr an die Familie gebunden und damit nicht mobil seien, dann seien abzuziehen die Männer über 40 und unter 20, vom Rest noch mal rund ein Viertel, die „aus gesundheitlichen Gründen nur schwer zu vermitteln“ seien. Bedarf haben die Kapitalisten „in erster Linie an Arbeitskräften unter 40 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung, die gesundheitlich voll einsatzfähig sind und die bisher als Facharbeiter oder gehobene Angestellte gearbeitet haben“. Davon gäbe es nur 150000, „das Angebot ist nicht groß“. Lobend erwähnen die Bourgeois die Mobilität der ausländischen Arbeiter und geben die Linie an, auf der sie spalten wollen: entweder die deutschen Arbeiter verzichten auf die Rechte, die sie noch haben, oder die Arbeitsplätze werden von ausländischen Arbeitern eingenommen, die mobiler seien und bei denen „keine Unterschiede zwischen angebotenen und gewünschten Arbeitsbedingungen“ vorlägen. Eine „umfassende Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik“ ist, wie Staatssekretär Buschfort vom Ehrenbergministerium mitteilte, bis 1. Oktober zu erwarten.

Für noch größeren Druck mit Hilfe der Reservearmee bietet sich der westdeutschen Bourgeoisie die EG an. In einer Verordnung von 1968 heißt es, daß „alle Hindernisse beseitigt werden (müssen), die sich der Mobilität der Arbeitnehmer entgegenstellen.“ Es gibt eine Kommission der EG hinsichtlich „der besonderen Rechte der Bürger“, die an einem allgemeinen Aufenthaltsrecht für alle Angehörigen der Mitgliedstaaten im gesamten EG-Bereich brütet. Die Reservearmee, die die westdeutsche Bourgeoisie dann ins Feld führen könnte, würde sich mit einem Schlag auf 7 Millionen erhöhen, der Lohn eines irischen Arbeiters z.B., der sich als „Wanderungswilliger“ nach Westdeutschland begeben würde, könnte halb so hoch sein wie der jetzt noch gezahlte Lohn in der BRD. Eine solche EG-Vereinbarung wäre ein gefundenes Fressen für die BRD-Imperialisten, und sie würden sie erbarmungslos nutzen für weitere Lohnsenkungen und Einschränkung der Rechte der Arbeiterklasse. Das meinen die Sachverständigen mit „Ansatzpunkten, nicht zuletzt in der Unterstützung der Mobilität der Arbeitnehmer“.

Die sieht die Bourgeoisie auch im Zugriff auf die Versicherungsgelder der Arbeiterklasse. Eine „Neuregelung des Verwaltungsverfahrens des Sozialgesetzbuches“, vom Bundeskabinett bereits beschlossen, soll die einheitliche Überwachung aller Zahlungen der Ausbildungs- und Arbeitsförderung, der Sozialversicherung, des Kinder- und Wohngeldes, der Sozial- und Jugendhilfe und des sozialen Entschädigungsrechts sicherstellen zum Zweck, „zu Unrecht gezahlte Leistungen zurückzuzahlen“. Das ist ein Ergebnis der sogenannten Transfer-Kommission, die die Gelder der Arbeiterklasse in die Verfügungsgewalt der Kapitalistenklasse zurücktransferieren soll.

Wie rabiat die Bourgeoisie an das weitere Lohnsenkungsprogramm herangeht, hat Genscher nach dem Wahldebakel seiner Partei in einer Zukunftsvision auf dem Landesparteitag der Rheinland-Pfälzischen FDP deutlich gemacht: „Die aus dem platten Materialismus der fünfziger Jahre entstandene Schlaraffen-Mentalität stößt unsanft an ihre Grenzen. Aber noch ist es nicht gelungen, diese Mentalität durch eine mehr am Gemeinwohl, mehr an den sozialen Bedürfnissen orientierte Gesinnung zu ersetzen ... Einkommen und Renten müssen sich in ihren Zuwachsraten an den Grenzen des Möglichen orientieren ... Um so sicherer können wir sein, daß das Recht des Bürgers auf Arbeit als soziales Grundrecht verwirklicht werden kann.“ Das ist die Generallinie der Bourgeoisie, mit der sie Lohnsenkung und Zwangsarbeit betreibt, und keiner soll glauben, daß sie davon abgehen wird. „Lohnfindung“ ist nur ein anderes Wort für absolute Verelendung. Das Ganze geht ihr nicht schnell genug, obwohl die Streiks diese Verelendung keineswegs gestoppt haben. Aber die Hartnäckigkeit, mit der die Arbeiterklasse nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Europa und den Vereinigten Staaten diese Streiks geführt haben, läßt die Bourgeoisie ahnungsvoll erzittern vor dem, was da noch auf sie zukommen mag. Das wird auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Bonn als Drohung für das ganze Imperialistenpack ständig präsent sein, und das ist gut so. Die Interessengegensätze sind eben „fundamental“.

Erdölbevorratungsgesetz novelliert

z.hah. Mit dem neuen „Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen“ schafft sich die imperialistische Bourgeoisie eine Reserve, die direkt unter Kontrolle und Lenkung ihrer Staatsmacht steht: „Zur Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen wird eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen ‚Erdölbevorratungsverband‘ errichtet.“ (§2, 1) Nach dem bisher gültigen Bevorratungsgesetz waren die Konzerne zur Vorratshaltung verpflichtet, die nunmehr vom Verband übernommen wird. Im „Fall einer Störung der Einfuhr von Erdöl und Erdölerzeugnissen“ soll die „Versorgungssicherheit garantiert“ werden. Der Verband steht „unter Aufsicht des Bundesministers für Wirtschaft“ (§3).

Mit diesem Verband beschleunigen die BRD-Imperialisten die Lagerbildung für den imperialistischen Krieg. Zugleich dient sie der Vorbereitung der Schlacht gegen die OPEC, die mit der Dollaraggression eingeleitet wurde und von den in der „Internationalen Energieagentur“ zusammengefaßten imperialistischen Mächten (EG, USA, Kanada, Japan, Schweden, Schweiz und Österreich) vorbereitet wird. Eine Spekulation der Bourgeoisie ist, mit einem Boykott des Erdölankaufs den Preis zu drücken und die OPEC zu spalten. Bei ihrer Abhängigkeit vom Erdölimport bräuchten sie ein großes Lager. In der Zeitschrift „Europa-Archiv“ kommt D. Kappeler im Aufsatz „Wie verletzlich sind die Erdölproduzenten des Persischen Golfes gegenüber Maßnahmen der OECD-Staaten“ zur „Frage, was für wirtschaftliche, politische und militärische Maßnahmen sie ergreifen können, um die Erdölproduzenten des Persischen Golfes umzustimmen, und was die Auswirkungen solcher Maßnahmen wären“, und zum Schluß: „Im Zug einer solchen Konfrontation käme es in erster Linie darauf an, wer länger aushalten kann ...“

Mit der Gründung des Verbandes einher geht die *beschleunigte Aufstockung* der Reserve. War bislang festgelegt, daß die „unabhängigen Importeure“ („deren Vorratspflicht ausschließlich auf der Einfuhr von Erdölerzeugnissen beruht“) einen Vorrat halten müssen, der der Importmenge von 25 Tagen entspricht, sollte dieser bis 1980 auf 40 Tage aufgestockt werden, so mit dem neuen Gesetz auf 65 Tage, ebenso wie für Raffinierien und „konzernabhängige Importeure“. Bisherige „Freimengen“ entfallen. Waren nach bisherigem Gesetz wesentlich die Raffinerien erfaßt, so über den Verband alle Kapitalisten, die ihr Geschäft mit „Verarbeiten, Bearbeiten oder Mischen von Erdölerzeugnissen oder sonstigen Komponenten“ machen.

Mit dem §33 „Auskunftspflichten“ wird die *lückenlose Erfassung* durch die Staatsmacht sichergestellt. Die Mitglieder des Verbandes sind zur vollständigen Offenlegung ihrer Buch-und Geschäftsführung verpflichtet, Beauftragte sind „befugt, Betriebsgrundstücke und Geschäftsräume ... während der Geschäfts- und Betriebszeit zu betreten und die dort befindlichen Einrichtungen und Unterlagen zu besichtigen und prüfen“. Für die Ölmonopole wiederum eine günstige Gelegenheit, ist diese Einsicht oft genug der erste Schritt zum Aufkauf oder Vernichtung von Konkurrenten, kleinerer und mittlerer Kapitalisten.

Für den Fall der „Krise“ wird die *Schlagkraft* erhöht. Unter „Bevorratungsmodalitäten“ wird neu geregelt, daß die Lager so angelegt werden müssen, „daß bereits vom ersten Tag an die Möglichkeit einer Auslagerung (zum Verbrauch) bestehen muß“.

Zugleich soll der neue Verband Waffe des BRD-Imperialismus in seinem Kampf *zur Durchsetzung der Vorherrschaft in der EG* werden: „Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt ... zuzulassen, daß die Vorratspflicht auch mit Beständen erfüllt werden kann, die sich in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befinden, soweit durch Übereinkommen mit diesen Staaten oder auf Grund von Richtlinien oder Verordnungen des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sichergestellt ist, daß solche Bestände den Zwecken der Vorratspflicht in gleicher Weise wie Bestände im Geltungsbereich dieses Gesetzes nutzbar gemacht werden können.“ (§29) Die schon erwähnte Studie bemerkt: „Der Fall Großbritannien verdient hier besondere Erwähnung.“ Die „EG-Partner Großbritanniens“ würden „erwarten, daß ein Teil dieses Öls (Nordsee) an sie ginge, um ihnen das Durchhalten zu erleichtern“.

Der Offizier soll das Erziehungswerk der Lehrer fortsetzen – öfter ist am Ende der Offizier zersetzt

r.wut. Januar '78 strahlte der Westberliner Frontsender Rias eine Sendung aus mit dem Thema: „Politische Bildung – ein unverzichtbarer Bestandteil der Inneren Führung“. Teilnehmer u.a.: von Bülow, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Wehrbeauftragter Berkhan, sowie „Offiziere und Wehrpflichtige der Bundeswehr“.

Von Bülow: „Es ist wichtig, daß die Truppe den jungen Wehrpflichtigen vermittelt, wofür und warum sie dienen. Weil wir wissen, daß nur der sich – herausgefordert – entsprechend schlagen wird.“

Gegenwärtig wollen die westdeutschen Imperialisten in einer neuen ideologischen Offensive die Bundeswehr kriegsfähig für ihre Expansionsabsichten machen: Der Rias sendet Ausschnitte aus „gewöhnlichen“ Unterrichtsstunden; 2. Luftwaffenausbildungsregiment, stationiert in Budel in den Niederlanden: Thema „Mitwirkung und Mitbestimmung“.

„Hauptmann Werner: Nun wollen wir zunächst mal uns mit dem Begriff ‚Mitbestimmung‘ befassen. Was verstehen wir unter dem Begriff ‚Mitbestimmung‘?
Ein Wehrpflichtiger: Eine Sache mitentscheiden können.
Hauptmann Werner: Mitbestimmung heißt also zunächst einmal: mitentscheiden. Ist das alles, was man zur Mitbestimmung sagen kann?
Ein Wehrpflichtiger: Ja, es wird alles mehr mitgestaltet.
Hauptmann Werner: Mitgestalten ist sicherlich im Vorwege der Entscheidung oder, wenn die Entscheidung getroffen ist, im Nachgang zu suchen ... (und) wollen wir ganz einfach sagen: Verantwortung mittragen.“

So in etwa stellen es sich die bürgerlichen Lehrmeister vor. Eine „gewöhnliche“ Kompanie war es sicher nicht, entweder standen die Rekruten unter Druck oder es waren ausgesuchte Offiziersschüler.

Die Masse der Soldaten macht in diesem Unterricht keine gemeinsame Sache mit den Offizieren. In vielen Kompanien läuft es so: Entweder man bemüht sich unauffällig zu schlafen, oder es wird der Angriff organisiert. In der Nachschubkompanie 80 in Lüneburg haben die Soldaten im Februar den Leutnant gepackt beim Thema: „Wehrdienstnovelle“. Einige Soldaten unterstützen in einer Resolution den Kampf der Zivildienstpflichtigen. Zwangsarbeit will der bürgerliche Staat mit der Novelle, das wird herausgearbeitet. Der Leutnant bricht den Unterricht vorzeitig ab. Unter anderem, weil der Schütze Wüllscheidt diesen Angriff organisiert hat, wird er vorzeitig entlassen.

Durch Spaltung versuchen die Offiziere sich durchzusetzen: „Informelle Führer üben oft einen starken Einfluß aus. Der Chef sollte sie in die politische Bildungsarbeit einspannen.“ Abiturienten sind gemeint, aber bei den meisten schaffen sie es nicht.

Dieser politische Unterricht reibt das Uffzkorps und auch die unteren Offiziere einigermaßen auf, deshalb spricht Apel auch davon, „den Offizieren das Bewußtsein für die Demokratie und die deutsche Vergangenheit zu schärfen“. Berkhan hat den Inhalt definiert: „Tradition ist Überlieferung des gültigen Erbes der Vergangenheit. Traditionspflege ist Teil der soldatischen Erziehung.“

Schüler, Lehrer und Soldaten bekämpfen diesen Chauvinismus, sogar das Offizierskorps kann zersetzt werden.

Auf- und Umrüstung verpackt in Heuchelei

Kapitalisten „in erster Linie an Arbeitskräften unter 40 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung, die gesundheitlich voll einsatzfähig sind und die bisher als Facharbeiter oder gehobene Angestellte gearbeitet haben“. Davon gäbe es nur 150000, „das Angebot ist nicht groß“. Lobend erwähnen die Bourgeois die Mobilität der ausländischen Arbeiter und geben die Linie an, auf der sie spalten wollen: entweder die deutschen Arbeiter verzichten auf die Rechte, die sie noch haben, oder die Arbeitsplätze werden von ausländischen Arbeitern eingenommen, die mobiler seien und bei denen „keine Unterschiede zwischen angebotenen und gewünschten Arbeitsbedingungen“ vorlägen. Eine „umfassende Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik“ ist, wie Staatssekretär Buschfort vom Ehrenbergministerium mitteilte, bis 1. Oktober zu erwarten.

Für noch größeren Druck mit Hilfe der Reservearmee bietet sich der westdeutschen Bourgeoisie die EG an. In einer Verordnung von 1968 heißt es, daß „alle Hindernisse beseitigt werden (müssen), die sich der Mobilität der Arbeitnehmer entgegenstellen.“ Es gibt eine Kommission der EG hinsichtlich „der besonderen Rechte der Bürger“,

Kontrolle und Lenkung ihrer Staatsmacht steht: „Zur Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen wird eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen ‚Erdölbevorratungsverband‘ errichtet.“ (§2, 1) Nach dem bisher gültigen Bevorratungsgesetz waren die Konzerne zur Vorratshaltung verpflichtet, die nunmehr vom Verband übernommen wird. Im „Fall einer Störung der Einfuhr von Erdöl und Erdölerzeugnissen“ soll die „Versorgungssicherheit garantiert“ werden. Der Verband steht „unter Aufsicht des Bundesministers für Wirtschaft“ (§3).

Mit diesem Verband beschleunigen die BRD-Imperialisten die Lagerbildung für den imperialistischen Krieg. Zugleich dient sie der Vorbereitung der Schlacht gegen die OPEC, die mit der Dollaraggression eingeleitet wurde und von den in der „Internationalen Energieagentur“ zusammengefaßten imperialistischen Mächten (EG, USA, Kanada, Japan, Schweden, Schweiz und Österreich) vorbereitet wird. Eine Spekulation der Bourgeoisie ist, mit einem Boykott des Erdölankaufs den Preis zu drücken und die OPEC zu spalten. Bei ihrer Abhängigkeit vom Erdölimport bräuchten sie ein großes Lager. In der Zeitschrift „Europa-Archiv“ kommt D. Kappeler im Aufsatz „Wie verletzlich sind die Erdölproduzenten des Persischen Golfes gegenüber Maßnah-

Golfes umzustimmen, und was die Auswirkungen solcher Maßnahmen wären“, und zum Schluß: „Im Zug einer solchen Konfrontation käme es in erster Linie darauf an, wer länger aushalten kann ...“

Mit der Gründung des Verbandes einher geht die *beschleunigte Aufstockung* der Reserve. War bislang festgelegt, daß die „unabhängigen Importeure“ („deren Vorratspflicht ausschließlich auf der Einfuhr von Erdölerzeugnissen beruht“) einen Vorrat halten müssen, der der Importmenge von 25 Tagen entspricht, sollte dieser bis 1980 auf 40 Tage aufgestockt werden, so mit dem neuen Gesetz auf 65 Tage, ebenso wie für Raffinierien und „konzernabhängige Importeure“. Bisherige „Freimengen“ entfallen. Waren nach bisherigem Gesetz wesentlich die Raffinerien erfaßt, so über den Verband alle Kapitalisten, die ihr Geschäft mit „Verarbeiten, Bearbeiten oder Mischen von Erdölerzeugnissen oder sonstigen Komponenten“ machen.

Mit dem §33 „Auskunftspflichten“ wird die *lückenlose Erfassung* durch die Staatsmacht sichergestellt. Die Mitglieder des Verbandes sind zur vollständigen Offenlegung ihrer Buch-und Geschäftsführung verpflichtet, Beauftragte sind „befugt, Betriebsgrundstücke und Geschäftsräume ... während der Geschäfts- und Betriebszeit zu betreten und die dort befindlichen Einrichtungen und Unterlagen

von Konkurrenten, kleinerer und mittlerer Kapitalisten.

Für den Fall der „Krise“ wird die *Schlagkraft* erhöht. Unter „Bevorratungsmodalitäten“ wird neu geregelt, daß die Lager so angelegt werden müssen, „daß bereits vom ersten Tag an die Möglichkeit einer Auslagerung (zum Verbrauch) bestehen muß“.

Zugleich soll der neue Verband Waffe des BRD-Imperialismus in seinem Kampf *zur Durchsetzung der Vorherrschaft in der EG* werden: „Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt ... zuzulassen, daß die Vorratspflicht auch mit Beständen erfüllt werden kann, die sich in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befinden, soweit durch Übereinkommen mit diesen Staaten oder auf Grund von Richtlinien oder Verordnungen des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sichergestellt ist, daß solche Bestände den Zwecken der Vorratspflicht in gleicher Weise wie Bestände im Geltungsbereich dieses Gesetzes nutzbar gemacht werden können.“ (§29) Die schon erwähnte Studie bemerkt: „Der Fall Großbritannien verdient hier besondere Erwähnung.“ Die „EG-Partner Großbritanniens“ würden „erwarten, daß ein Teil dieses Öls (Nordsee) an sie ginge, um ihnen das Durchhalten zu erleichtern“.

mung heißt also zunächst einmal: mitentscheiden. Ist das alles, was man zur Mitbestimmung sagen kann?
Ein Wehrpflichtiger: Ja, es wird alles mehr mitgestaltet.
Hauptmann Werner: Mitgestalten ist sicherlich im Vorwege der Entscheidung oder, wenn die Entscheidung getroffen ist, im Nachgang zu suchen ... (und) wollen wir ganz einfach sagen: Verantwortung mittragen.“

So in etwa stellen es sich die bürgerlichen Lehrmeister vor. Eine „gewöhnliche“ Kompanie war es sicher nicht, entweder standen die Rekruten unter Druck oder es waren ausgesuchte Offiziersschüler.

Die Masse der Soldaten macht in diesem Unterricht keine gemeinsame Sache mit den Offizieren. In vielen Kompanien läuft es so: Entweder man bemüht sich unauffällig zu schlafen, oder es wird der Angriff organisiert. In der Nachschubkompanie 80 in Lüneburg haben die Soldaten im Februar den Leutnant gepackt beim Thema: „Wehrdienstnovelle“. Einige Soldaten unterstützen in einer Resolution den Kampf der Zivildienstpflichtigen. Zwangsarbeit will der bürgerliche Staat mit der Novelle, das wird herausgearbeitet. Der Leutnant bricht den Unterricht vorzeitig ab. Unter anderem, weil der Schütze Wüllscheidt diesen Angriff organisiert hat, wird er vorzeitig entlassen.

Auf- und Umrüstung verpackt in Heuchelei

Wiener Verhandlungen über „ausgewogene Truppenreduzierung in Europa“

z.woe. „Wir sind für die allgemeine und vollständige Abrüstung. Nicht durch unsere Verschuldung haben sich die fast zwanzigjährigen Verhandlungen zu diesem Problem in eine Sackgasse verrannt. Alle sollen wissen, daß die Sowjetunion weit davon entfernt ist, irgendwelche aggressiven Pläne zu hegen und irgendwelche ‚Stoßkräfte‘ in Europa zum Einsatz gegen den Westen bereitzustellen. Im Unterschied zu den NATO-Ländern verstärken wir unsere Streitkräfte in Mitteleuropa schon lange nicht mehr und haben auch nicht die Absicht – das möchte ich mit allem Nachdruck hervorheben –, sie künftig auch nur um einen Panzer, nur um einen Mann zu verstärken.“ Breschnew auf dem Komsomol-Kongreß der Sowjetunion am 25. April in Moskau. (Europa-Archiv Nr. 11/1978)

Blumenreich schlüpfen die Vertreter der beiden Supermächte und ihre Bündnispartner zu den MBFR-Verhandlungen über eine ausgewogene Truppenreduzierung in Europa in die Kostüme von Friedensengeln. Die Taten dieser „Engel“ sehen anders aus. Freiwillig werden sie keinen einzigen Mann aus Europa abziehen. Im Gegenteil, die MBFR-Gespräche in Wien sind die ideologische Begleitmusik der beiden Supermächte bei ihrer ständig wachsenden Aufrüstung gegen den jeweiligen imperialistischen Konkurrenten und gegen die Völker der Welt.

„Insgesamt wurden im Verlauf der letzten zehn Jahre die Zahl der sowjetischen Kampfpanzer um 31% erhöht, die der Geschütze um 38%, der gepanzerten Mannschaftswagen um 79% und der taktischen Kampfflugzeuge (mit starren Flügeln) um 20%. Jede Panzerdivision erhielt zusätzlich 1000 Mann zugeteilt, jede motorisierte Infantriedivision 1500. Insgesamt wurden die sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa in diesen zehn Jahren um 150000 Mann verstärkt (insgesamt 935000).“ (Europa-Archiv Nr. 10/1978)

Die USA haben im Rahmen des langfristigen Aufrüstungsprogramms der NATO begonnen, 70 Mrd. Dollar in die Verbesserung ihrer Interkontinentalraketen und Langstreckenbomber zu stecken. Die Panzerabwehr soll perfektioniert werden. „Der amerikanische Verteidigungsminister will das Übergewicht der Sowjetunion zwischen 20 und 40% beantworten mit einer Erhöhung des Verteidigungshaushaltes 1979 von 126, in den nächsten fünf Jahren auf 172,7 Mrd. Dollar.“ (Die Welt, 3.4.78) Große Anstrengungen unternimmt wiederum die Sowjetunion, jede Abschwächung ihrer militärischen Ausgangslage, gerade im Hinblick auf die Panzerrüstung, zu verhindern.

Es wird deutlich, daß diese beiderseitigen Anstrengungen von NATO und Warschauer Pakt unter der Führung der beiden Supermächte Kriegsvorbereitungen sind und keine Abrüstung. Das schlägt sich auch in den Verhandlungen um eine ausgewogenen Truppenreduzierung nieder. Hat die damals noch sozialistische Sowjetunion auf der ersten UNO-Vollversammlung im Dezember 1946 den UNO-Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, den restlosen und bedingungslosen Rückzug der Streitkräfte aus Europa über den Austausch von Informationen über die jeweiligen Streitkräfte einzuleiten, so haben sich seit der Machtergreifung des Revisionismus in der Sowjetunion bis hin zu den Wiener Verhandlungen diese Bemühungen grundlegend geändert.

Es ist offenkundig, daß es keinem Verhandlungspartner um Truppenreduzierung geht. Der letzte Vorschlag, den Breschnew als „Weg in die Sackgasse“ bezeichnet hat, soll jetzt vom Tisch. Er wurde von Schmidt im Juli des vergangenen Jahres entwickelt und von der NATO eingebracht und sah vor, daß die Sowjetunion die 1. Garde-Panzerarmee (1700 Panzer und rund 68000 Mann), rund 2600 Artilleriegeschütze und Werfer aller Art, Schützenpanzer und anderes Großgerät aus der DDR abziehen sollte und die USA dafür 1000 taktische US-Atomsprengköpfe, 90 dazu gehörige vorwärts dislozierte (räumlich verteilte) Abschußsysteme und 29000 Mann nicht näher spezifizierter US-Truppen. Dieser Vorschlag nach Abzug einer gesamten sowjetischen Panzerarmee aus der DDR soll jetzt durch den Abzug von fünf Divisionen nach eigener Wahl ersetzt werden.

Die Kollektivität der Truppenreduzierung ist umstritten, die für beide Supermächte bedeuten würde, daß sie ihr Interesse nach günstiger Gestaltung der Proportionen zwischen den jeweiligen Besatzungstruppen und der Militärmacht der besetzten Länder verwirklichen könnten. Die Sowjetunion pocht auf eine erhebliche Truppenreduzierung des BRD-Imperialismus, gegen den die westdeutsche Finanzbourgeoisie Sturm läuft, und tritt neuerdings deshalb offiziell gegen einen Ausgleich innerhalb der westlichen Mächte auf, um aber verstärkt hinter den Verhandlungen innerhalb des Warschauer Pakts die Beteiligung an der Aufrüstung unter ihrer Fuchtel in den Paktstaaten voranzutreiben.

Trotz dieser Aktivierung gibt es bisher keine Anzeichen von Moskaus Bereitschaft, wichtige Schlüsselstellungen besonders in der Militärstruktur Repräsentanten anderer Staaten zu überlassen. Das Hauptquartier und der Sitz aller ständigen Organe ist unverändert Moskau, und die sowjetischen Militär-Verbindungsstäbe, die von hochrangigen sowjetischen Generälen geführt werden, bestehen weiterhin bei den nationalen Verteidigungsministerien.“ (G. Poser, Die NATO, G. Olzog Verlag) Die USA tun sich da schwerer. Sie wollen auf keinen Fall etwas von ihrer Führung abtreten, können aber nicht ohne weiteres verhindern, daß ihre imperialistischen Konkurrenten tatenlos zusehen, wenn sie einen größeren Anteil an den Aufgaben und Ausgaben der NATO haben sollen. Die BRD will sich über die Bestreitung von einem Drittel der Ausgaben der NATO in das Generalsekretariat einkaufen.

Man kann schon jetzt sagen, daß sich die beiden Supermächte und ihre Bündnispartner auf keinen Vorschlag einigen werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 4 13080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 26: 32000

Wem das Land gehört, den kann die Regenzeit nicht schrecken

Sozialimperialistische Offensive gegen „Sezessionisten“ und Heuschrecken

z.rua. Anfang Juli beginnt in Eritrea die Regenzeit. Ausländischen Truppen, die sich im Gelände nicht auskennen, werden so Kampfhandlungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Die Regenzeit geht bis zum September. Die eritreischen Volksmassen kennen sich aus im Gelände. 95% des Landes sind befreit. In den befreiten Gebieten wird der wirtschaftliche Aufbau des Landes vorangetrieben, werden Schulen gebaut und die gesundheitliche Versorgung der Massen gesichert. Das eritreische Volk verteidigt seine Errungenschaften und kämpft um seine Unabhängigkeit. Die eritreischen Befreiungsbewegungen EPLF und ELF haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam die äthiopischen und sozialimperialistischen Söldnertruppen, die sich Eritrea unterwerfen und einverleiben wollen, zu verjagen. Die Befreiungsfront der an Eritrea grenzenden äthiopischen Provinz Tigre hat den eritreischen Volksmassen ihre bedingungslose Unterstützung zugesichert.

Die Verschleiß- und Zersetzungserscheinungen in den Reihen der unter der Herrschaft der Sozialimperialisten stehenden Truppen nehmen ständig zu. Seit Monaten sind Truppen aus Kuba, der DDR und Bulgarien in den eritreischen Städten Massawa und Asmara eingeschlossen. Ausbruchsversuche sind am Kampf des eritreischen Volkes, das diese Städte belagert, gescheitert. Einige Tausend kubanische Söldner sind in den Kämpfen mit den eritreischen Volksmassen getötet worden. Immer mehr afrikanische und arabische Staaten weigern sich, Handlangerdienste für die UdSSR bei der Niederwerfung des eritreischen Volkes zu verrichten. Die VDR Jemen hat ihre Truppen abgezogen und bekräftigt, sich nicht in die Kämpfe einzumischen. Der Irak verweigert den Sozialimperialisten Überflugrechte, genauso wie Uganda und der Sudan. Der somalische Präsident Barre hat die OAU, die UNO, die Arabische Liga und die Bewegung der Blockfreien aufgerufen, für den Abzug der sozialimperialistischen Söldnertruppen einzutreten. Der zukünftige OAU-Vorsitzende, der sudanesische Präsident Nimeiri, hat sich ebenfalls für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afrika ausgesprochen und bekräftigt, daß die afrikanischen Probleme ohne fremde Einmischung zu lösen sind.

Der äthiopische Botschafter in Kenia hat Anfang Juni auf einer Pressekonferenz betont, er sei nicht der Auffassung, daß kubanische Truppen gegen das eritreische Volk eingesetzt werden sollen, vielmehr solle diese innere Angelegenheit auf dem Verhandlungswege gelöst werden.

So hat sich die sozialimperialistische Supermacht das nicht gedacht. Seit Anfang des Jahres hat sie ihre Söldnertruppen in die Region des Horn von Afrika geworfen, Unruhe gestiftet und Spaltung gesät, einzig mit dem Ziel, sich die Herrschaft über diese Region und die Kontrolle der Seewege zu sichern. Noch immer hat sie ihr Ziel nicht erreicht. Noch im März wiesen die sozialimperialistischen Machthaber mimosenhaft jede Feststellung der Beteiligung sowjetischer und kubanischer Truppen an den Kämpfen zwischen Äthiopien und Somalia um die Region Ogaden als absurd zurück. Nachdem sich die immensen Waffenlieferungen, die Stationierung von mindestens 17000 kubanischen Söldnern, hunderten von „Beratern“ aus der DDR und Bulgarien nicht mehr verbergen ließen, wurde aus der sozialimperialistischen Intervention die „brüderliche Pflichterfüllung bei der Verteidigung der äthiopischen Revolution“ gegen die „Aggressionsakte“ des – ehemals befreundeten – Somalia und wurde das – ehemals unterstützte – um seine Unabhängigkeit kämpfende eritreische Volk zu „Sezessionisten“ umgelogen, die „Agenten des Imperialismus und der arabischen Reaktion sind.“ Der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam wurde angehalten, die Sowjetunion und Kuba um ihren „freundschaftlichen Beistand“ zu bitten.

Großes Geschrei hatten die Sozialimperialisten veranstaltet, Somalia solle seine Truppen aus dem Ogaden abziehen, erst dann wäre die Grundlage für Verhandlungen geschaffen. Somalia hat im März seine Truppen abgezogen. Kurz darauf ließ Fidel Castro in der kubanischen Zeitung „Granma“ verlauten: „Wir dürfen nicht angeben. Nichts liegt unserer Absicht ferner, als damit anzugeben ... Somalia hatte nichts mehr, was aus Ogaden zurückzuziehen war ... Die Niederlage kann nicht als Mittel zur Verhandlung benutzt werden.“ Also war auch keine „Grundlage“ für den Abzug der sozialimperialistischen Söldnertruppen geschaffen. Sie blieben und vermehrten sich wie die Heuschrecken. Inzwischen mußte der äthiopische Regierungschef Mengistu mehrmals in Moskau und Havanna antreten. Im April wurde in Moskau in einem gemeinsamen Kommuniqué festgehalten, dafür einzutreten, daß „schnellstens ein dauerhafter Friede im Horn von Afrika geschlossen wird. Seine Grundlage sollte der Verzicht auf territoriale Ansprüche sein.“ Ende April war Mengistu in Kuba und ließ sich von Castro versichern, daß er „gegen irgendeine Art von Unabhängigkeit für Eritrea“ sei. Am 30.5. schließlich traf der äthiopische Außenminister Felleke Gedle Giorgis mit dem Außenminister der UdSSR Gromyko zusammen. Beide betonten ihr „Interesse an der Wiederherstellung des Friedens und gutnachbarlicher Beziehungen am Horn von Afrika.“ Am selben Tag forderte der äthiopische Botschafter in Rom die eritreischen Befreiungsbewegungen auf, die Waffen niederzulegen und warnte gleichzeitig die Länder, die den Befreiungskampf des eritreischen Volkes unterstützen, „vor ernsten Konsequenzen, die sich aus der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens ergeben könnten.“



Das Bild zeigt die Befreiungskämpfer der EPLF bei der Salzgewinnung aus dem Roten Meer. Das hier produzierte Salz reicht aus, die Versorgung der eritreischen Massen zu sichern. Das Volk von Eritrea führt den bewaffneten Kampf um seine Unabhängigkeit und baut gleichzeitig die Wirtschaft des Landes auf, um die nationale Selbstversorgung und die Freiheit von ausländischer Einmischung zu sichern.

Seit dem 16. Juni findet in Addis Abeba eine zehntägige Konferenz zur „Lösung des Eritrea-Problems“ statt. Sämtliche äthiopische Botschafter wurden aus dem Ausland zu dieser Konferenz beordert. Ausgerichtet werden sie auf die ideologische Rechtfertigung der Großoffensive gegen das eritreische Volk, die schon seit langem geplant und noch immer am Stocken ist. Die Sozialimperialisten drängen auf Eile. So abgerissen ihr Flickengewand auch ist, so schäbig ist das Lügengarn, mit dem sie es stopfen und ihre „sozialistische Bruderhilfe“ rechtfertigen. Die Behauptung, die Heuschreckenschwärme, die sich gegenwärtig über Ostafrika ausbreiten und große Teile der Ernte vernichten, hätten ihre Brutstätten in Eritrea, Tigre und dem Ogaden, wird genutzt, um großangelegte Angriffe zu starten. Äthiopien hat die Ausrottung der Heuschrecken unter Einsatz von Militär und Kampfflugzeugen angekündigt. Radio Kuwait meldet am 21.6., daß 24000 Soldaten an der Grenze zum Sudan und in der eritreischen Provinz Gash eingerückt sind, unterstützt von Panzerverbänden und Flugzeugeinheiten. Am 22.6. meldete Somalia, daß äthiopische Kampfflugzeuge bei Luftangriffen im Norden Somalias zehn Menschen getötet, 43 verletzt und zahlreiche Häuser zerstört haben. Die Sozialimperialisten wollen und können die Regenzeit nicht abwarten. Wundern darf es keinen, wenn demnächst in der „Prawda“ steht, die Heuschrecken würden in Somalia und Eritrea *gezüchtet*.

Historische Krämpfe der Neuen Zaren

z.hah. Angesichts der wachsenden Kritik an ihrer Aggression gegen das eritreische Volk beschäftigen die Neuen Zaren einen Haufen Schreiberlinge, um ihre Aggression zu rechtfertigen. Zunächst wird aus dem gerechten Kampf des eritreischen Volkes für sein Recht auf nationale Selbstbestimmung eine „von außen inspirierte Separatistenbewegung“, aus Eritrea selber die „Nordostprovinz Äthiopiens“. Die Entsendung kubanischer Truppen und Lieferung großer Mengen Waffen nach Äthiopien ist der „Selbstverteidigung Äthiopiens“ gegen „arabische Regime, die einen antiäthiopischen Block bilden“ wollen, gewidmet. Worin besteht das reaktionäre Wesen dieser arabischen Regime, die sich des eritreischen Volkes bedienen und denen gegenüber die UdSSR im Namen des Fortschritts Truppen entsendet? „Die Aktivität einiger arabischer Regime, die das Rote Meer zu einem Mare Arabica machen wollen, wird damit motiviert, daß es angeblich notwendig sei, die ‚traditionellen Seewege‘ zur Ausfuhr arabischen Erdöls aus dem Persischen Golf zu bewahren, sei es nun durch den Suezkanal oder um das Kap der Guten Hoffnung. *In Wirklichkeit aber werden diese Wege von niemanden bedroht.*“ Die Feindschaft der sozialimperialistischen Supermacht gegen den Kampf der arabischen Staaten, ihr Verständnis für die Existenz der imperialistischen Vorposten Israel und des Vorster-Regimes kommen hier ebenso zum Ausdruck wie die Komplizenschaft mit dem US-Imperialismus gegen die arabischen Völker.

Für die Neuen Zaren ist die Beherrschung Äthiopiens ohne Eritrea nur ein halber Gewinn, weil der Zugang zum Meer fehlt. In Abwandlung von „Volk ohne Raum“ zu „Volk ohne Meer“ haben sie keine Schwierigkeit, ihre Sympathie mit alten Feudalherren und Königreichen zu entdecken: „Jahrhundertelang suchte sich Äthiopien einen Zugang zum Meer zu verschaffen. Im Volk lebten die Erinnerungen an das Königreich Aksum, daran, daß dieses Reich, dessen Bewohner die Vorfahren der Äthiopier waren, ein Brennpunkt der antiken Welt war. Das goldene Aksum verschwand, als es von der Küste verdrängt wurde. Einen Zugang zur Umwelt bekam Äthiopien erst nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Diesen Zugang „bekam“ Äthiopien, indem die US-Imperialisten, die damals in Äthiopien sich festsetzten, Eritrea über die von ihnen beherrschte UNO Äthiopien zuschlagen ließen. Damals hatte im Kampf gegen die neokolonialen Pläne des USA-Imperialismus der Vertreter der sozialistischen Sowjetunion 1950 in der UNO erklärt, daß die Vereinten Nationen eine Entscheidung treffen müßten, die „das Streben des eritreischen Volkes nach Unabhängigkeit und Befreiung von nationaler Unterdrückung befriedigt“. Die Revisionisten hingegen überschlagen sich: Eritrea „gehörte schon immer zu Äthiopien“, also ist der Einsatz aller Mittel gegen das eritreische Volk nur billig. Dies „immer“ beruht auf einem jener königlichen Zeugungsakte, die in der von den Bourgeois geschriebenen Weltgeschichte für alle möglichen Verbrechen herhalten. Die eritreische Befreiungsorganisation EPLF bemerkt dazu kurz: „Nach dieser Legende fuhr eine Königin, Makda, zu König Salomon in Jerusalem im Jahr 970 vor unserer Zeitrechnung und kehrte von ihm geschwängert zurück.“ Ergebnis des Besuchs war „Menelik I.“, Begründer des äthiopischen „Großreichs“.

Zum Abschluß der Beweiskette wird die Religion bemüht. Die „Separatisten“ wollten einen „reaktionären mosleminischen Staat“ errichten. Aber: „Bekanntlich machen die Moslems 45 Prozent der Bevölkerung von Eritrea aus“, sind also in der Minderheit. Die Einwohner Äthiopiens hingegen sind „zum großen Teil Christen“. Was zusammengehört, trenne nicht – die Revisionisten sind sich des Beifalls des Papstes sicher. Die Rechtfertigungslegende der sozialimperialistischen Supermacht für ihre Aggression gegen das eritreische Volk erweist sich als ein stinkender Absud aus imperialistischer Expansionsideologie, feudaler Geschichtsschreibung und christlich-religiösem Missionseifer. (Zitate der Sozialimperialisten aus „Neue Zeit“, Jahrgänge 1971, 1977 und 1978)

Staudämme als Monumente der Spaltungsarbeit

Die „Bewässerungshilfe“ der UdSSR

z.pek/hah. Die sozialimperialistische Supermacht hat die äthiopische Regierung zur Erklärung angestachelt, den Blauen Nil am Tanasee mit einem Staudamm aufzustauen. Der Blaue Nil entspringt in Äthiopien, er ist die wichtigste Quelle der Wasserzufuhr für den Sudan und Ägypten. 84 Prozent des Wassers, das Ägypten erreicht, kommen durch den Nil aus Äthiopien. Insofern zielt ein Staudamm, dessen Bauweise auf Beschneidung der Wasserzufuhr für Ägypten und den Sudan ausgerichtet ist, auf die Existenzgrundlage der Volksmassen dieser Länder, zum großen Teil Bauern, ab. Der ägyptische Präsident Sadat hat gegen diese Pläne scharf protestiert und erklärt: „Wir sind vollständig vom Nil abhängig“, niemand solle versuchen, „uns von unserer Lebensader abzuschneiden“. (Arab News, 30.5.)

Es ist kein Zufall, daß die Sozialimperialisten erneut das Staudammprojekt am Tanasee hervorholen. 1973, nachdem das ägyptische Volk sich gegen die sozialimperialistische Ausplünderung und Kontrolle erhob, ließen die Neuen Zaren vom „Ungarischen Zentrum für afro-asiatische Untersuchungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften“, auf das Ausforschen günstiger Ausbeutungsmöglichkeiten in der Dritten Welt spezialisiert, eine Studie über „Die Entwicklung des Nilbassins“ erstellen. „Die Notwendigkeit der künstlichen Bewässerung durch den Nil besteht fast ausschließlich für Ägypten und den nördlichen Teil des Sudan. Der Nil ist der einzige Fluß auf dem Territorium Ägyptens und die einzige Quelle der Bewässerung des Landes. Mit Ausnahme der Mittelmeerküste gibt es in Ägypten praktisch keine Niederschläge. Jedes Leben und die Wirtschaft des Landes ist vom Fluß abhängig und ohne ihn wäre Ägypten eine ausgedehnte Wüste.“ Die Aussicht, Ägypten mit der Drohung zu erpressen, es zur „Wüste“ zu machen, stimmt die revisionistischen Wissenschaftler heiter: „Es ist diese einzigartige Rolle, die das Studium der Wasserreserven des Nil äußerst interessant macht.“ Betont unverfänglich heißt es dann weiter: „Es wird die Frage erhoben, daß der Bau eines Staudamms am Tanasee in Äthiopien Auswirkungen auf die Wassermenge des Nils haben und eine Herausforderung für die gesamte Wirtschaft und das Leben Ägyptens und zu einem gewissen Grad auch des nördlichen Sudan haben könnte.“

Dieser „Herausforderung“ möchte sich die Supermacht nur zu gerne wieder im erneuten Versuch annehmen, den Sudan und Ägypten, aus denen sie vertrieben wurde, wirtschaftlich und politisch zu erpressen. Schon mit dem Assuan-Staudamm hatten die Sowjetrevisionisten die Chance genutzt, einen Keil zwischen Ägypten und den Sudan zu treiben: er wurde so gebaut, daß das Staubecken 150 km weit in das Territorium des Sudan hineinreicht, die Bauern an den sudanesischen Nilufern von ihren Feldern und den Dörfern vertrieben wurden.

Die Staudammprojekte der UdSSR haben viel mit Profit, Festsetzen in Ländern der Dritten Welt und der Schürung von Widersprüchen zwischen Ländern der Dritten Welt, nichts mit der Unterstützung der Bauernmassen und der Entwicklung der Landwirtschaft im Interesse der Völker zu tun. Bei einem weiterem Projekt, der Errichtung von Staudämmen bei Keban in der Türkei und bei Tabka in Syrien, wurden diese so gebaut, daß die Wasserführung am Unterlauf des Euphrat drastisch verringert wurde. Damit wurden der Landwirtschaft des Irak dringend benötigte Wassermengen entzogen und die gewünschten Widersprüche zwischen Syrien und dem Irak hervorgerufen. (vgl. KVZ 16/78) Den Irak derart geschädigt, nutzte das die UdSSR zu „Folgegeschäften“. 1976 wurde unter Kontrolle „sowjetischer Experten“ ein Kanal zwischen dem Tartarsee und dem Euphrat gebaut; da die Wasserführung des Euphrat immer noch nicht zur Bewässerung des Landes ausreicht, muß nun bei der Stadt Falluja ein weiteres Bewässerungssystem „mit einem 63 km langen Hauptkanal“ angelegt werden.

Den Bau des Farakka-Staudamms 1971 am Ganges in Indien hat die sozialimperialistische Supermacht direkt in den Dienst der Vorbereitung des Krieges gestellt, zu dem sie Indien gegen Pakistan angestiftet hat. Das Gangeswasser ist lebensnotwendig für 25 Mio. Menschen und die Bewässerung von 37 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des damaligen Ostpakistan (des heutigen Bangladesch). Die geplante Ableitung nach Indien mußte den Widerstand Pakistans hervorrufen, der Baubeginn war den Neuen Zaren ein Mittel, Widersprüche zwischen Indien und Pakistan zu provozieren. Zwar konnten die Sozialimperialisten die Spaltung Pakistans erreichen, doch bald wurde im neuen Staat Bangladesch ihr Statthalter Rahman gestürzt. Mit dem fertiggestellten Farakka-Staudamm sollte Bangladesch ruiniert werden: die Wassermenge des Ganges sank um 75 Prozent in Bangladesch, was zu schweren Schäden beim Reisanbau, der Fischerei und der Flußschiffahrt führte. Im November 1977 haben Indien und Bangladesch jedoch gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermacht ein Abkommen geschlossen, das die Aufteilung des Gangeswassers für beide Seiten zufriedenstellend regelt. Aufgegeben hat die Supermacht nicht – sie will das Abkommen zunichtemachen. 1978 erklärte sie: „Aber natürlich muß jedes Land seine eigenen Maßnahmen treffen. In Indien z.B. meinen die Abgeordneten der Opposition von Westbengalen, die Verringerung des indischen Anteils an der Wassermenge aus dem Ganges werde, falls nicht bestimmte konstruktive Schritte unternommen werden, ungünstig auf die Lage des Seehafens Kalkutta wirken.“ („Neue Zeit“)

In Lateinamerika, dem die Supermacht verstärkt ihre Aufmerksamkeit zuwendet, will sie gleichfalls mit „Wasserbaukomplexen“ ins Geschäft kommen. Gegenwärtig verhandeln die acht Länder des Amazonasbeckens über ein gemeinsames Abkommen über dessen Erschließung und die Nutzung der gemeinsamen Flüsse. Dabei gibt es unterschiedliche Standpunkte vor allem zwischen Brasilien auf der einen Seite und den Staaten des Andenpakts, darunter Peru, auf der anderen Seite. Die UdSSR stellt unzufrieden fest, daß Brasilien zwar unter den lateinamerikanischen Ländern ihr „Hauptpartner“ ist, sich aber weigert, in größerem Umfang „sowjetische Fertigerzeugnisse, insbesondere Erzeugnisse des Maschinenbaus“ zu kaufen, weshalb ihre Handelsbilanz ständig negativ ist. Eine Einigung der Staaten des Amazonasbeckens will sie genauso wie der US-Imperialismus verhindern. Deshalb hat sie 1977 mit Peru ein Abkommen geschlossen über die Errichtung des „Wasserbaukomplexes Olmos“, womit „Wasser von Amazonas-Nebenflüssen nutzbar gemacht wird, ein wirtschaftlich gerechtfertigtes, grandioses Vorhaben“. („Außenhandel“) Tatsächlich sind ihre Staudämme Monumente der Spaltungsarbeit.

banische Söldner sind in den Kämpfen mit den eritreischen Volksmassen getötet worden. Immer mehr afrikanische und arabische Staaten weigern sich, Handlangerdienste für die UdSSR bei der Niederwerfung des eritreischen Volkes zu verrichten. Die VDR Jemen hat ihre Truppen abgezogen und bekräftigt, sich nicht in die Kämpfe einzumischen. Der Irak verweigert den Sozialimperialisten Überflugrechte, genauso wie Uganda und der Sudan. Der somalische Präsident Barre hat die OAU, die UNO, die Arabische Liga und die Bewegung der Blockfreien aufgerufen, für den Abzug der sozialimperialistischen Söldnertruppen einzutreten. Der zukünftige OAU-Vorsitzende, der sudanesische Präsident Nimeiri, hat sich ebenfalls für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afrika ausgesprochen und bekräftigt, daß die afrikanischen Probleme ohne fremde Einmischung zu lösen sind.

Das Bild zeigt die Befreiungskämpfer der EPLF bei der Salzgewinnung aus dem Roten Meer. Das hier produzierte Salz reicht aus, die Versorgung der eritreischen Massen zu sichern. Das Volk von Eritrea führt den bewaffneten Kampf um seine Unabhängigkeit und baut gleichzeitig die Wirtschaft des Landes auf, um die nationale Selbstversorgung und die Freiheit von ausländischer Einmischung zu sichern.

die sozialimperialistischen Machthaber mimosenhaft jede Feststellung der Beteiligung sowjetischer und kubanischer Truppen an den Kämpfen zwischen Äthiopien und Somalia um die Region Ogaden als absurd zurück. Nachdem sich die immensen Waffenlieferungen, die Stationierung von mindestens 17000 kubanischen Söldnern, hunderten von „Beratern“ aus der DDR und Bulgarien nicht mehr verbergen ließen, wurde aus der sozialimperialistischen Intervention die „brüderliche Pflichterfüllung bei der Verteidigung der äthiopischen Revolution“ gegen die „Aggressionsakte“ des – ehemals befreundeten – Somalia und wurde das – ehemals unterstützte – um seine Unabhängigkeit kämp-

sicht ferner, als damit anzugeben ... Somalia hatte nichts mehr, was aus Ogaden zurückzuziehen war ... Die Niederlage kann nicht als Mittel zur Verhandlung benutzt werden.“ Also war auch keine „Grundlage“ für den Abzug der sozialimperialistischen Söldnertruppen geschaffen. Sie blieben und vermehrten sich wie die Heuschrecken. Inzwischen mußte der äthiopische Regierungschef Mengistu mehrmals in Moskau und Havanna antreten. Im April wurde in Moskau in einem gemeinsamen Kommuniqué festgehalten, dafür einzutreten, daß „schnellstens ein dauerhafter Friede im Horn von Afrika geschlossen wird. Seine Grundlage sollte der Verzicht auf territoriale Ansprüche sein.“ Ende

fertigen. Die Behauptung, die Heuschreckenschwärme, die sich gegenwärtig über Ostafrika ausbreiten und große Teile der Ernte vernichten, hätten ihre Brutstätten in Eritrea, Tigre und dem Ogaden, wird genutzt, um großangelegte Angriffe zu starten. Äthiopien hat die Ausrottung der Heuschrecken unter Einsatz von Militär und Kampfflugzeugen angekündigt. Radio Kuwait meldet am 21.6., daß 24000 Soldaten an der Grenze zum Sudan und in der eritreischen Provinz Gash eingerückt sind, unterstützt von Panzerverbänden und Flugzeugeinheiten. Am 22.6. meldete Somalia, daß äthiopische Kampfflugzeuge bei Luftangriffen im Norden Somalias zehn Menschen getötet, 43 verletzt und zahlreiche Häuser zerstört haben. Die Sozialimperialisten wollen und können die Regenzeit nicht abwarten. Wundern darf es keinen, wenn demnächst in der „Prawda“ steht, die Heuschrecken würden in Somalia und Eritrea *gezüchtet*.

Komplizenschaft mit dem US-Imperialismus gegen die arabischen Völker.

Für die Neuen Zaren ist die Beherrschung Äthiopiens ohne Eritrea nur ein halber Gewinn, weil der Zugang zum Meer fehlt. In Abwandlung von „Volk ohne Raum“ zu „Volk ohne Meer“ haben sie keine Schwierigkeit, ihre Sympathie mit alten Feudalherren und Königreichen zu entdecken: „Jahrhundertelang suchte sich Äthiopien einen Zugang zum Meer zu verschaffen. Im Volk lebten die Erinnerungen an das Königreich Aksum, daran, daß dieses Reich, dessen Bewohner die Vorfahren der Äthiopier waren, ein Brennpunkt der antiken Welt war. Das goldene Aksum verschwand, als es von der Küste verdrängt wurde. Einen Zugang zur Umwelt bekam Äthiopien erst nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Diesen Zugang „bekam“ Äthiopien, indem die US-Imperialisten, die damals in Äthiopien sich festsetzten, Eritrea über die von ihnen beherrschte UNO Äthiopien zuschlagen ließen. Damals hatte im Kampf gegen die neokolonialen Pläne des USA-Imperialismus der Vertreter der sozialistischen Sowjetunion 1950 in der UNO erklärt, daß die Vereinten Nationen eine Entscheidung treffen müßten, die „das Streben des eritreischen Volkes nach Unabhängigkeit und Befreiung von

Staudämme als Monumente der Spaltungsarbeit

Die „Bewässerungshilfe“ der UdSSR

z.pek/hah. Die sozialimperialistische Supermacht hat die äthiopische Regierung zur Erklärung angestachelt, den Blauen Nil am Tanasee mit einem Staudamm aufzustauen. Der Blaue Nil entspringt in Äthiopien, er ist die wich- gig und ohne ihn wäre Ägypten eine ausgedehnte Wüste.“ Die Aussicht, Ägypten mit der Drohung zu erpressen, es zur „Wüste“ zu machen, stimmt die revisionistischen Wissenschaftler heiter: „Es ist diese einzigartige Rolle Irak dringend benötigte Wassermengen entzogen und die gewünschten Widersprüche zwischen Syrien und dem Irak hervorgerufen. (vgl. KVZ 16/78) Den Irak derart geschädigt, nutzte das die UdSSR zu „Folgege- beide Seiten zufriedenstellend regelt. Aufgegeben hat die Supermacht nicht – sie will das Abkommen zunichtemachen. 1978 erklärte sie: „Aber natürlich muß jedes Land seine eigenen Maßnahmen treffen. In Indien z.B.

Zur „Sicherung des Generationenvertrags“: Arbeit bis ins Grab

z.anb. Im Bundestag hat sich die CDU einmal mehr um die Zukunft des deutschen Volkes Sorgen gemacht. Eine „Überalterung der Gesellschaft“ drohe für die kommenden Jahre, sollte die sinkende Geburtenrate weiter unverändert anhalten. Alarmierend sei die Lage nicht nur deshalb, weil die Geburtenzahlen im ersten Quartal 1978 bereits erneut 6 bis 7% niedriger liegen als vorausberechnet, sondern vor allem auch wegen der „Sterbeüberschüsse“, denn „erfreulicherweise“ – und die Parlamentarier bemerken es mit süßsaurem Gesicht – „erfreulicherweise“ liege die Zahl der Gestorbenen um 8% *niedriger* als im Vorjahr. Nicht, daß ihnen etwas an Toten liegen würde; es ist nur wegen der Kosten, denn hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine nette Kapitalsumme, die ihrem Verwendungszweck, der Förderung der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung verloren geht. Man bedenke, viele, die aus der Rentenversicherung *entnehmen*, stehen immer weniger *Gebenden* gegenüber. Unter diesem Raubzugsgesichtspunkt ist es für die Finanzbourgeoisie natürlich besser, eine Reihe kurzlebiger Arbeitergenerationen auszubeuten, die während der Jahre der Ausbeutung auch noch beachtliche Bestandteile ihres Lohnes in die Versicherungskassen fließen lassen, und dann ihrer entledigt zu sein, wenn die Arbeitskraft alt und verschlissen ist und nur noch kostet. Die CDU drängt, die staatliche Bevormundung der Familien zu verschärfen – die Bundesregierung in Gestalt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit Antje Huber läßt darüber zwar gerne mit sich reden, aber hier hat sie andere Rezepte zu bieten: „Es ist kaum vorstellbar, daß die Altersgrenze in 30 Jahren unter der heutigen liegen kann, eher umgekehrt.“ Den Nutzen der „Erwerbstätigkeit im Alter“ schätzen lernen, dazu soll die Renten*höhe* schon ihr Scherflein beitragen: wer z.B. die flexible Altersgrenze in Anspruch nehmen muß, weil er die Schichtarbeit und den Akkord nicht mehr schafft, der verliert über die per Gesetz verfügte Rentenkürzung hinaus heute schon lebenswichtige Prozentpunkte für die Berechnung der Rentenhöhe. Und wenn er nicht will, so soll er müssen. Teilzeitarbeit für Rentner, mit der Aussicht darauf, den Elendsstandard ihrer Rente nicht anders als durch Verlängerung der Ausbeutung zu kompensieren: woll'n sehen, was in 30 Jahren ist!

Eine Jungfernrede als Minister

z.bil. Mit Halali hat der neue Bundesinnenminister Baum seinen Ritt für die „Sicherheit der Freiheit“ begonnen. Schmidt hat das freiheitlich demokratisch zusammengefaßt: „Das Wort ‚Verfassungsminister‘ scheint mir tatsächlich die zentrale politische Aufgabe des Bundesministers des Innern in unserer Zeit sehr zutref-

der Familien zu verschärfen – die Bundesregierung in Gestalt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit Antje Huber läßt darüber zwar gerne mit sich reden, aber hier hat sie andere Rezepte zu bieten: „Es ist kaum vorstellbar, daß die Altersgrenze in 30 Jahren unter der heutigen liegen kann, eher umgekehrt.“ Den Nutzen der „Erwerbstätigkeit im Alter“ schätzen lernen, dazu soll die Renten*höhe* schon ihr Scherflein beitragen: wer z.B. die flexible Altersgrenze in Anspruch nehmen muß, weil er die Schichtarbeit und den Akkord nicht mehr schafft, der verliert über die per Gesetz verfügte Rentenkürzung hinaus heute schon lebenswichtige Prozentpunkte für die Berechnung der Rentenhöhe. Und wenn er nicht will, so soll er müssen. Teilzeitarbeit für Rentner, mit der Aussicht darauf, den Elendsstandard ihrer Rente nicht anders als durch Verlängerung der Ausbeutung zu kompensieren: woll'n sehen, was in 30 Jahren ist!

Eine Jungfernrede als Minister

z.bil. Mit Halali hat der neue Bundesinnenminister Baum seinen Ritt für die „Sicherheit der Freiheit“ begonnen. Schmidt hat das freiheitlich demokratisch zusammengefaßt: „Das Wort ‚Verfassungsminister‘ scheint mir tatsächlich die zentrale politische Aufgabe des Bundesministers des Innern in unserer Zeit sehr zutref-

fend zu beschreiben.“ (Aus der Ansprache anläßlich der Amtsübergabe) Also denn. Die „Jungfernrede“ des Bundesinnenministers hat die westdeutsche Kapitalistenklasse in warme Wallung gebracht. Da ist nichts Professorales, „Geistiges“ nach Maihofer-Art. Alles vergessen. Als eiskalter Karrierist, dem es ums Geld geht, hat Baum als Einstand die ersten Pläne am Schreibtisch verfügt: Er strebt ein neues Konzept für die „innere Sicherheit“ an.

Die Abteilungen „Öffentliche Sicherheit“ und „Bundesgrenzschutz“ sollen aufgelöst und zu einer einheitlichen mit allen Kompetenzen ausgestatteten Polizeiabteilung zusammengefaßt werden. Auf die „Organisationsform innere Sicherheit“ will er sich konzentrieren. Bekannt wurde, daß kaum daß er den Sessel des Verfassungsministers anwärmt, zwei seinesgleichen den Dienst quittieren. Sogar manche Bourgeoisbeamte halten's nicht mit seiner Gangart aus. Baum macht nach Apel, Matthöfer, Schmude und Offergeld das Neu-Kabinett der „Macher“ perfekt. Er wird keine Skrupel haben, am Schreibtisch größere Verbrechen zu verfügen; so war seine Jungfernrede. Fortsetzung der Gemeinheiten von Maihofer sowieso, aber in neuer Qualität und noch niederträchtiger. Dazu gehört die „Weiterentwicklung des polizeilichen Informations- und Kommunikationssystems und seine Verfeinerung“, „Führungsinstrumente bei Fahndungen nach Terroristen“. Ein Macher zur Sicherung der Freiheit.

Der Dienstherr verlangt täglich Angriffe auf die Belegschaft

Arbeit des Personalrats an den Unikliniken Göttingen

r.ilp. „Gleichwohl“ den Beamten verlangt der Dienstherr auch von dem Vertreter der Liste „Gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung“ im Personalrat der Universität Göttingen „Loyalität und gewissenhafte Erfüllung der dienstlichen Pflichten“, heißt es im Entlassungsschreiben des Kurators gegen den Angestellten. Grund: Das Personalratsmitglied hat den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt.

Mit Hilfe der Beamtengesetze und des Personalvertretungsgesetzes (PersVG) will der Dienstherr die Personalräte an der Universität zu Vertretungkörperschaften seiner Angriffe machen. Wobei ein beliebtes Mittel der Verwaltungs- und Pflegedienstleitung ist, die Personalräte völlig kaltzustellen. So haben sie es auch versucht beim Kampf um die Einstellung der Krankenpflegeschüler und -schülerinnen an den Kliniken. Die Bewerbungen schickte die Generaloberin Therese A. Deubel erst gar nicht an die Personalräte. Erst durch die Initiative der Schüler selber, durch Unterschriftensammlung, Leserbriefe, öffentliche Stände wurden auch die Personalräte dafür gewonnen, diesen Kampf zu unterstützen. Dabei hat es von vornherein mit den Reformisten im Personalrat Krach gegeben, denen es gelungen war, die Bewerbungen einiger Schüler, die sie schon Wochen vor dem Examen auch an die Personalräte schickten, vom Tisch zu wischen mit der Begründung, Bewerbungen würden vom Personalrat nicht verhandelt. Erst auf Druck der Schüler und der übrigen Teile der Belegschaft faßten alle Personalräte an den Kliniken den Beschluß, für die Übernahme der Schüler einzutreten und solange dies nicht geschehen, keiner Neueinstellung zuzustimmen. Der Personalrat der Medizin leitete eine Feststellungsklage auf Mitbestimmung in dieser Frage ein. Durch diese Einheit konnte die Deubel gezwungen werden, überhaupt eine Stellungnahme abzugeben. Sie rechtfertigte die Ablehnung von elf Schülern der Redaktion der Schülerzeitung „Stethoskop“: „Nachweislich war es nicht üblich, daß Ihnen alle Bewerbungen vorgelegt wurden“, und sie bestand auf ihrer generalsmäßigen Befehlsgewalt: „Im übrigen ist es Sache der Dienststelle, die *fachliche* Eignung der Bewerber zu beurteilen.“ Genutzt haben ihr diese Unverschämtheiten nichts, und die erzielte Einheit konnte nicht gespalten werden, so daß bis heute außer einem Krankenpfleger alle, die ihre Bewerbungen aufrecht erhielten, von der Uniklinik eingestellt werden mußten.

Nach Aufnahme der Arbeit im Neuen Klinikum wollte die Dienstaufsicht im Pflegebereich einen mörderischen Schichtrhythmus einführen, von 6.30 Uhr bis 14.30 Uhr, von 14.30 Uhr bis 22.30 Uhr und von 22.30 Uhr bis 6.30 Uhr, was bedeutet hätte, daß man im Zeitraum von vier Wochen 14 Abende und Nächte in der Klinik arbeitet. Von einzelnen Stationen kamen Aufforderungen an den Personalrat, diese neue Arbeitszeit abzulehnen, und sie weigerten sich, das mitzumachen. Daraufhin beschloß z.B. der Personalrat der Medizin, eine Umfrage durchzuführen, die ergab, daß alle Stationen die neue Arbeitszeitregelung ablehnten und für die Beibehaltung der alten Arbeitszeit sich aussprachen und diese Forderung daraufhin vom Personalrat übernommen wurde. Obwohl auch der Personalrat der Neurologischen Klinik diese Forderung erhob, ordnete die Deubel ultimativ die Durchsetzung der neuen Arbeitszeitregelung bis zu ihrer Rückkehr aus dem Urlaub an. Nichts hatte sich getan.

In all diesen Fragen konnten der Dienstaufsicht Schläge versetzt werden. Doch diese Erfolge sind überhaupt nicht von Standhaftigkeit, weil der Dienstherr ständig versucht, über Spalterei die Arbeitshetze und Lohndrückerei voranzutreiben. So müssen sich die Personalräte auf jeder Sitzung auseinandersetzen mit Einstellung auf befristeten Arbeitsverträgen, mit der zunehmenden Einstellung von Teilzeitbeschäftigten sowie der Auffüllung der unteren Lohngruppen. In all diesen Fragen konnte in den Personalräten noch keine Einheit erzielt werden und nahezu regelmäßig wird solchen Anträgen zugestimmt. Begründungen wie: „es sind halt keine Gelder vorhanden für einen unbefristeten Vertrag“ oder „die Sekretärinnen werden entsprechend ihrer einfachen Tätigkeiten tarifgerecht eingestuft“.

Freies Feld hat sich der Dienstherr geschaffen durch die Beschäftigung von Arbeitern über Privatfirmen. Teilzeitbeschäftigt, unter dem Tarif des öffentlichen Dienstes, unterliegen sie nach dem PersVG nicht der Vertretung durch den Personalrat, so daß sich mit dieser Begründung der Personalrat der Medizin und der Nervenkliniken mehrheitlich geweigert hat, gegen die fristlose Entlassung eines Wächters in der Klinik, angestellt bei der Wach- und Schließgesellschaft, Stellung zu nehmen.

Man kann aus dem Kampf um die Übernahme der Krankenpflegeschüler und die Arbeitszeitregelung gut lernen: Stützen sich die Personalräte auf die Kampfkraft der Belegschaft und schließen sie unter einheitlichen Forderungen zusammen, wird der Dienstherr zwar die Angriffe gegen die Belegschaft auch vom Personalrat verlangen – so wird es ihm aber nur schwerlich gelingen können.

Brückners Krankenhausfibel, ein Instrument der Spaltung

r.brr. Nach der Sommerpause sollen die Krankenhauspatienten aufatmen können. Dann nämlich bekommt jeder Patient eine sogenannte „Krankenhausfibel“ ausgehändigt, herausgegeben von der Bremer Gesundheitsbehörde, unter maßgeblicher Beteiligung des Gesundheitssenators Brückner. Erreichen soll die Fibel nach Brückner eine „Partnerschaft aller Beteiligten im Krankenhaus“. Seit Wochen gibt sich der rege Senator Brückner alle erdenkliche Mühe, von der Lokalpresse über seine Vorstellungen interviewt zu werden. Erst vor zwei Wochen sprach er auf der Tagung der Humanistischen Union über die Probleme des „humanen Sterbens“ und bat die Anwesenden um „Entscheidungshilfen“, nach denen beurteilt werden kann, wann der Patient in den Genuß der Überführung in den „humanen“ Sterbeprozeß gelangen kann.

Außerordentlich begabt in der Heuchelei versteht es dieser Senator, einerseits öffentlich darüber nachzudenken, wie das Leben von Rentnern, die von seinem Standpunkt aus doch nur Kosten verursachen, am schnellsten beendet werden kann, und andererseits seine großen Sorgen um das Wohlbefinden der Patienten zu bekunden. So spricht er sehr oft von den beklagenswerten Zuständen der „Vereinsamung





Die Zivildienstpflichtigen fordern: Freie Wahl des Einsatzplatzes. Die Bourgeoisie geht zügig daran, den Zivildienst in einen Arbeitsdienst umzuwandeln. Das war der Kerngedanke der Zivildienstnovelle, daran will sie festhalten, auch wenn es durch den Streit um diese Novelle erst einmal zu einer Stockung in der gesetzlichen Regelung gekommen ist. Dem Vorstand der Göttinger Unikliniken scheint dies zu lange zu dauern. Ab 1.6.78 wird auf Beschluß dieses Gremiums jeder Zivildienstpflichtige für die ersten 6 Monate in den internen Krankenpflegedienst abkommandiert. Bisher war es möglich, sich selbst einen Einsatzplatz an den Kliniken zu suchen.
Die „Sozialstation“. Krankenversorgung als billige „Heimpflege“ oder gleich als „ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“, als Erziehung zur „Selbstverantwortung“, so preist die niedersächsische Landesregierung ihr Programm „Sozialstation“ an

einschränken kann, Belehrungen über das Krankenhausessen, was immer gut ist und falls es nicht gut schmeckt, den unterschiedlichen Geschmäckern zuzuschreiben ist – neben diesen ganzen Reglementierungen, die einer Be-

ausführlich erläutert. Verantwortlich für seine Versorgung und Pflege sind, heißt es, die Schwestern und Pfleger. Über diese Beschäftigten soll der Patient sich beschweren. Mangelnde Versorgung der Patienten, mangelhafte

als Schreibtischmörder gelten, jene Herren wollen sich „freischwimmen“.
Sicherlich ist die Fibel auch eine Reaktion der Gesundheitsbehörde auf verschiedene Zusammenschlüsse von im Öffentlichen Dienst Beschäftigten

Brückners Krankenhausfibel, ein Instrument der Spaltung

r.brr. Nach der Sommerpause sollen die Krankenhauspatienten aufatmen können. Dann nämlich bekommt jeder Patient eine sogenannte „Krankenhausfibel“ ausgehändigt, herausgegeben von der Bremer Gesundheitsbehörde, unter maßgeblicher Beteiligung des Gesundheitssenators Brückner. Erreichen soll die Fibel nach Brückner eine „Partnerschaft aller Beteiligten im Krankenhaus“. Seit Wochen gibt sich der rege Senator Brückner alle erdenkliche Mühe, von der Lokalpresse über seine Vorstellungen interviewt zu werden. Erst vor zwei Wochen sprach er auf der Tagung der Humanistischen Union über die Probleme des „humanen Sterbens“ und bat die Anwesenden um „Entscheidungshilfen“, nach denen beurteilt werden kann, wann der Patient in den Genuß der Überführung in den „humanen“ Sterbeprozeß gelangen kann.

Außerordentlich begabt in der Heuchelei versteht es dieser Senator, einerseits öffentlich darüber nachzudenken, wie das Leben von Rentnern, die von seinem Standpunkt aus doch nur Kosten verursachen, am schnellsten beendet werden kann, und andererseits seine großen Sorgen um das Wohlbefinden der Patienten zu bekunden. So spricht er sehr oft von den beklagenswerten Zuständen der „Vereinsamung und Unsicherheit der Krankenhauspatienten“ und von einer „gestörten Arzt-Patienten-Beziehung“. Die berühmte Fibel soll jetzt Schluß machen mit diesen Zuständen.

Neben mannigfachen Anweisungen an den Patienten, wie er sich im Krankenhaus zu verhalten hat, Vorschriften, was der Patient mitbringen darf und was nicht, Richtlinien für den Empfang von Besuchen, die der Arzt





Die Zivildienstpflichtigen fordern: Freie Wahl des Einsatzplatzes. Die Bourgeoisie geht zügig daran, den Zivildienst in einen Arbeitsdienst umzuwandeln. Das war der Kerngedanke der Zivildienstnovelle, daran will sie festhalten, auch wenn es durch den Streit um diese Novelle erst einmal zu einer Stockung in der gesetzlichen Regelung gekommen ist. Dem Vorstand der Göttinger Unikliniken scheint dies zu lange zu dauern. Ab 1.6.78 wird auf Beschluß dieses Gremiums jeder Zivildienstpflichtige für die ersten 6 Monate in den internen Krankenpflegedienst abkommandiert. Bisher war es möglich, sich selbst einen Einsatzplatz an den Kliniken zu suchen.

Die „Sozialstation“. Krankenversorgung als billige „Heimpflege“ oder gleich als „ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“, als Erziehung zur „Selbstverantwortung“, so preist die niedersächsische Landesregierung ihr Programm „Sozialstation“ an

einschränken kann, Belehrungen über das Krankenhausessen, was immer gut ist und falls es nicht gut schmeckt, den unterschiedlichen Geschmäckern zuzuschreiben ist – neben diesen ganzen Reglementierungen, die einer Betriebsordnung eines großen Industriebetriebes ziemlich gleichen, enthält die Fibel einen größeren Abschnitt unter dem Titel „Rechte der Patienten“.

Tatsächlich ist in dem Abschnitt weniger von Rechten, stattdessen viel von „Vertrauen“ die Rede. Der Patient soll dem Arzt vertrauen. Rechte im eigentlichen Sinn hat der Patient kaum, außer – Beschwerderechte. Darauf wird in der Fibel allergrößter Wert gelegt. Die Verantwortlichkeiten werden ausführlich erläutert. Verantwortlich für seine Versorgung und Pflege sind, heißt es, die Schwestern und Pfleger. Über diese Beschäftigten soll der Patient sich beschweren. Mangelnde Versorgung der Patienten, mangelhafte Pflege – Erscheinungen, die nach den Ehrenbergschen Kostendämpfungsgesetzen im Gesundheitswesen zwangsläufig Normalzustand sind, für diese Auswirkungen sollen die Schwestern und Pfleger gebrandmarkt werden. Die Herren an den Schreibtischen im Gesundheitsministerium und im Gesundheitssenat, die die Maßnahmen der Rationalisierung im Krankenhaus verfügen, die Versorgung der Patienten einschränken und deshalb zu Recht als Schreibtischmörder gelten, jene Herren wollen sich „freischwimmen“.

Sicherlich ist die Fibel auch eine Reaktion der Gesundheitsbehörde auf verschiedene Zusammenschlüsse von im Öffentlichen Dienst Beschäftigten mit den Patienten zum Zweck des Kampfes gegen den Dienstherren und gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz im besonderen. Beschäftigte des St. Jürgen-Krankenhauses z.B. haben das Experimentieren mit billigen neuen Antibiotikasorten an Patienten nicht mitgemacht, haben in einer Broschüre ihr Verhalten öffentlich gerechtfertigt und dabei die entschiedene Unterstützung der Patienten gefunden.

Mehr als 50000 in ABM-Programme gepreßt

z.mav. Ein Heer von 51500 Arbeitern beutet die Bourgeoisie jetzt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen aus, insbesondere in der Bauindustrie, im Garten- und Landschaftsbau, in den staatlichen Verwaltungen und „sozialen Diensten“, für die das Arbeitsamt bis zu 100% der Lohnkosten bezahlt. Über solche Sonderprogramme (1,25 Millionen DM) ist die Zahl der völlig entrechteten und niedrigst bezahlten Arbeiter von 33000 im letzten Jahr auf über 50000 gesteigert worden, ein gewaltiges Mittel zur Schürung der Konkurrenz und zum Druck auf den Lohn der gesamten Arbeiterklasse. Der ehemalige Arbeitsminister Arendt sprach 1976 von 200000 Arbeitern, die Arbeitsbeschaffungsprogrammen unterworfen werden sollen.

BVG zollt „Legion Condor“ Anerkennung

z.rua. Deutsche Kämpfer aus den Reihen der „Internationalen Brigaden“, die im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939 an der Seite des spanischen Volkes gegen die Franco-Armee und die italienischen und deutschen Interventionstruppen kämpften, haben, wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland haben, keinerlei Recht auf Versorgungsleistungen. Diese Festlegung aus dem Bundesversorgungsgesetz wurde am 30. Mai vom Bundesverfassungsgericht bekräftigt.

Den auf der Seite der Faschisten kämpfenden Angehörigen der „Legion Condor“ wird dieses Recht uneingeschränkt zugestanden. Die deutschen Imperialisten hatten in der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges 1936 Zehntausende von Offizieren und Soldaten zur Niederwerfung des spanischen Volkes entsandt. Im November wurde die „Legion Condor“ gebildet, die mit Hunderten von Kampfflugzeugen Angriffe flogen und ganze Städte zerstörten.

Ohne das Eingreifen der deutschen Imperialisten hätten die spanischen Volksmassen nicht niedergehalten werden können. Dem zollt das Bundesverfassungsgericht nachträglich Anerkennung. In der Urteilsbegründung wird betont, es sei „verfassungsrechtlich nicht geboten, die Versorgungsansprüche der auf republikanischer Seite eingesetzten Deutschen denen der Angehörigen der ‚Legion Condor‘ gleichzustellen“.

Gerstenmaier gründet eine Afrika-Stiftung

z.ere. Er will wieder kämpfen, gegen „Marxismus und Terrorismus, für den Ausbau des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit“. Eugen Gerstenmaier, vor bald 10 Jahren wegen Wiedergutmachungsgeschäften geschaßter Bundestagspräsident, gründete vor kurzem in Bonn eine *neue* „Deutsche Afrika-Stiftung“. Seine Sporen bei der Durchsetzung „deutscher Interessen“ in Afrika hat sich der fromme „außenpolitische Experte“ als hauptamtlicher Mitarbeiter im kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche bereits in den Jahren 1936 bis 1944 verdient. „Weil der nationale Klein- und Mittelstaat europäischer Prägung heute den Bedürfnissen und Möglichkeiten menschlichen Lebens nicht mehr gerecht werden kann, deshalb muß das Stichwort ‚Nation‘ für uns der auf die Schaffung größerer ‚supernationaler‘ Einheiten gerichtete Pfeil sein“, faßte der EKD-Synodale Gerstenmaier die „Bedürfnisse“ der westdeutschen Finanzbourgeoisie zusammen. Gerstenmaier ist wieder dabei, sich mit Gott und Panzern ums Vaterland verdient zu machen.

Antje Huber: Warum eigentlich Kindergeld?

z.vom. „Gegen den Irrtum, mit materiellen Anreizen allein ließe sich ein Babyboom erzeugen“, wandte sich jüngst Familienministerin Huber. Notwendig sei vielmehr, gegen die „Kinderfeindlichkeit“ vorzugehen, das „Jahr des Kindes 1979“ solle „Bewußtseinsanstöße zu mehr Kinderfreundlichkeit“ bringen. Die Tatsache, daß aufgrund der sinkenden Reallöhne immer weniger Kinder zur Welt kommen, daß weder der Lohn noch der vom bürgerlichen Staat als „Sozialleistung“ ausgegebene Lohnbestandteil „Kindergeld“ reichen, um die ständig steigenden Kosten für die Kinderaufzucht zu decken, soll den „kinderfeindli-

Varta: Mit Zähnen und Klauen verteidigen die Kapitalisten die Freiheit, nachts arbeiten zu lassen

r.cjk. Westberlin. Die Varta-Batterie-AG hat im Werk Berlin im Oktober 1977 in der Bleigittergießerei Dreischichtbetrieb eingeführt. Die Gießereiarbeiter haben von Anfang an geahnt, daß die Nachtarbeit eine unerträgliche Belastung bedeutet. Eine halbe Stunde extra bezahlt und eine halbe Stunde bezahlte Pause mußte ihnen über die 15% tarifliche Zulage hinaus zugesichert werden. Die Werksleitung und der Betriebsrat Nitschke haben verbreitet, 300 Mark und mehr würde die dritte Schicht bringen. In Wirklichkeit sind es 150 Mark bei einem überdurchschnittlich verdienenden Gießer, wie der jetzige Betriebsrat in einer Information an die Belegschaft vorgerechnet hat. Trotz 150 Mark netto mehr will kaum ein Arbeiter auch noch nachts arbeiten.

Kopfschmerzen, Kreislaufbelastung, Herzschmerzen, Schlafstörungen, Magenschmerzen und Verdauungsstörungen haben die Arbeiter bereits als Folge der Nachtarbeit in der kurzen Zeit festgestellt, dazu die Zerstörung des Familienlebens.

Der Betriebsrat und 20 von 26 Gießern haben die Einstellung der dritten Schicht gefordert. Die Sozialdemokraten sind darauf rührig geworden. Sie haben einen Vorschlag der Geschäftsleitung zur „Abschaffung der 3. Schicht“ propagiert, wonach 22 Gießer in 2-Schicht dasselbe wie jetzt 26 Gießer in 3-Schicht schaffen sollten. Als die Mehrheit des Betriebsrates dieses Angebot ablehnte, sind die Sozialdemokraten unter Führung von Nitschke zurückgetreten und haben Neuwahlen erzwungen. Auf der Betriebsversammlung danach am 9.6. hat der verbliebene Betriebsrat der Belegschaft ein Programm vorgeschlagen: Kostenlose Sicherheitsschuhe! Beseitigung des Schlamms, Ausspritzen des Schrotts mit normalem Wasserstrahl in der Pastiererei! Pauschalbetrag für die von Säure zerfressene Unterwäsche in der BKF! Einstellung nur mit Dauerarbeitsverträgen! Einstellungen nicht als Akku-Arbeiter, sondern je nach konkreter Tätigkeit, damit der Schutz vor Umsetzungen nicht umgangen wird! Mindestens Lohngruppe 3! Abschaffung der Nachtarbeit in der Gießerei!

Die von der Geschäftsleitung provozierte Auskunft des Betriebsratsvorsitzenden: „Das Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen mich läuft wegen meiner Äußerung, daß die Arbeiter keinen Grund haben, um Herrn Schleyer zu trauern“, nahm die Werksleitung samt 20 Anhängern zum Anlaß, aus der Betriebsversammlung auszuziehen. 100 Arbeiter führten die Auseinandersetzung um die Forderungen weiter. Der Werksleiter Christophersen hat dem Betriebsratsvorsitzenden Hausverbot erteilt unter dem Vorwand, daß einige Meister und Ingenieure sonst kündigen würden. Am nächsten Arbeitstag hat Nitschke Unterschriften für die Entlassung gesammelt und Arbeitern, die nicht unterschreiben wollten, gesagt, sie seien wohl auch Terroristen.

Auf diese Unterschriftensammlung gestützt, hat das Arbeitsgericht am 19.6. dann den Antrag auf eine einstweilige Verfügung, daß die Beurlaubung und das Hausverbot aufgehoben wird, ablehnen können. Trotzdem läuft nicht alles so, wie sich die Geschäftsleitung das wünscht. Zu den Betriebsratsneuwahlen am 27.7. kandidiert unter Führung des alten Betriebsratsvorsitzenden eine Liste mit sechs Kandidaten, die das Programm des alten Betriebsrats vertreten. Nitschke, der Wunschkandidat der Geschäftsleitung, hat sich verhaßt gemacht. Neuerdings ist ein Aufkleber aufgetaucht, auf dem Vorarbeiter Nitschke das goldene Fahrrad verliehen wird für seine Großtaten im Dienste der Werksleitung und der Familie Quandt, die die Mehrheit der Varta-Aktien besitzt.

Streikbewegung an den Londoner Krankenhäusern

z.jon. London. Seit Montag, dem 19.6., führen die Elektriker in rund hundert Krankenhäusern in Großbritannien, davon 12 in London, einen Bummelstreik durch. Eine große Zahl dieser Krankenhäuser hat inzwischen Aufnahmestop verhängt. Die Elektriker fordern eine Erhöhung ihrer Löhne auf einen Grundlohn von 70 Pfd. Sterling, um sie an die Löhne der Elektriker in der Industrie anzupassen (1 Pfd. entspricht 3,85 DM). Die Regierung will entsprechend ihren Lohnleitlinien nur eine Erhöhung um 10% auf 61,20 Pfd. zulassen.

Seit Freitag, dem 16.6., streiken die 32 Operationsschwestern des Greenwich District Hospital in Süd-Ost-London. Sie fordern die Wiedereinstellung einer entlassenen Kollegin, die sich geweigert hatte, „Operationsassistentinnen“, Hilfskräfte mit einer relativ kurzen Ausbildung, so auszubilden, daß sie auf die Dauer die voll ausgebildeten Schwestern ersetzen könnten.

Seit Donnerstag, dem 22.6., streiken 60 Krankenträger, Putzfrauen und Angehörige des Küchenpersonals im Western London Hospital. Die Verwaltung des Krankenhauses hatte auf einen Boykott der Stechuhren für das Nichtmedizinische Personal mit einer Lohnkürzung von 10% geantwortet. Die Belegschaft fordert die Auszahlung des vollen Lohns und die Abschaffung der Stechuhren.

Die Löhne sind im staatlichen Nationalen Gesundheitsdienst niedrig.

davon 12 in London, einen Bummelstreik durch. Eine große Zahl dieser Krankenhäuser hat inzwischen Aufnahmestop verhängt. Die Elektriker fordern eine Erhöhung ihrer Löhne auf einen Grundlohn von 70 Pfd. Sterling, um sie an die Löhne der Elektriker in der Industrie anzupassen (1 Pfd. entspricht 3,85 DM). Die Regierung will entsprechend ihren Lohnleitlinien nur eine Erhöhung um 10% auf 61,20 Pfd. zulassen.

Seit Freitag, dem 16.6., streiken die 32 Operationsschwestern des Greenwich District Hospital in Süd-Ost-London. Sie fordern die Wiedereinstellung einer entlassenen Kollegin, die sich geweigert hatte, „Operationsassistentinnen“, Hilfskräfte mit einer relativ kurzen Ausbildung, so auszubilden, daß sie auf die Dauer die voll ausgebildeten Schwestern ersetzen könnten.

Seit Donnerstag, dem 22.6., streiken 60 Krankenträger, Putzfrauen und Angehörige des Küchenpersonals im Western London Hospital. Die Verwaltung des Krankenhauses hatte auf einen Boykott der Stechuhren für das Nichtmedizinische Personal mit einer Lohnkürzung von 10% geantwortet. Die Belegschaft fordert die Auszahlung des vollen Lohns und die Abschaffung der Stechuhren.

Die Löhne sind im staatlichen Nationalen Gesundheitsdienst niedrig. Eine Hilfsschwester verdient rund 42 Pfd. pro Woche brutto, netto weniger als 30 Pfd. Nach sechs Arbeitsjahren kann sie auf rund 49 Pfd. pro Woche kommen. Eine Krankenschwester mit dreijähriger Ausbildung bekommt im ersten Jahr 53 Pfd. pro Woche, nach sechs Jahren 71 Pfd. brutto. In London kommt noch ein Ortszuschlag von 6,50 Pfd. brutto dazu.

Das nichtmedizinische Personal, dessen Löhne im allgemeinen noch unter denen der Schwestern liegen, ist durch diese Löhne zur regelmäßigen Überstundenarbeit gezwungen. Die 40-Stunden-Woche steht für diese Arbeiter auf dem Papier. Das Pflegepersonal bekommt Überstunden nicht bezahlt, sondern muß sie abfeiern. Ein sehr großer Teil der Schwestern hat deshalb einen zweiten Job. Eine Schwester mit zweijähriger Ausbildung im ersten Arbeitsjahr, die am Hackney-Krankenhaus in Ostlondon arbeitet, hat uns berichtet:

„Ich kriege im Monat 160 Pfd. netto. Davon werden 30 Pfd. gleich als Miete für das Schwesternwohnheim einbehalten. Ich arbeite nur Nachtschicht, viermal in der Woche 10 Stunden, dann drei Nächte frei. Mit der Nachtschicht kann ich besser Teilzeitarbeit finden. Fast alle meine Kolleginnen arbeiten zusätzlich Teilzeit. In Kaufhäusern, Büros, oder viele auch als „Agenturschwestern“. Dann werden wir von den Agenturen wieder an die Krankenhäuser vermittelt, um dort die Lücken zu stopfen. Ich brauche das Geld, weil ich mir sonst überhaupt keinen Urlaub leisten kann. Wenn ich im Krankenhaus arbeiten muß, komme ich auf nicht mehr als fünf Stunden Schlaf. In der Arbeit hast du natürlich auch keinen Moment Ruhe. Auf meiner Station mit 25 Betten liegen lauter akut Kranke, und ich bin dafür mit ein oder zwei Schülerinnen verantwortlich.“

Zahlreiche kleine Krankenhäuser sind in den letzten Jahren geschlossen

40-Stunden-Woche steht für diese Arbeiter auf dem Papier. Das Pflegepersonal bekommt Überstunden nicht bezahlt, sondern muß sie abfeiern. Ein sehr großer Teil der Schwestern hat deshalb einen zweiten Job. Eine Schwester mit zweijähriger Ausbildung im ersten Arbeitsjahr, die am Hackney-Krankenhaus in Ostlondon arbeitet, hat uns berichtet:

„Ich kriege im Monat 160 Pfd. netto. Davon werden 30 Pfd. gleich als Miete für das Schwesternwohnheim einbehalten. Ich arbeite nur Nachtschicht, viermal in der Woche 10 Stunden, dann drei Nächte frei. Mit der Nachtschicht kann ich besser Teilzeitarbeit finden. Fast alle meine Kolleginnen arbeiten zusätzlich Teilzeit. In Kaufhäusern, Büros, oder viele auch als „Agenturschwestern“. Dann werden wir von den Agenturen wieder an die Krankenhäuser vermittelt, um dort die Lücken zu stopfen. Ich brauche das Geld, weil ich mir sonst überhaupt keinen Urlaub leisten kann. Wenn ich im Krankenhaus arbeiten muß, komme ich auf nicht mehr als fünf Stunden Schlaf. In der Arbeit hast du natürlich auch keinen Moment Ruhe. Auf meiner Station mit 25 Betten liegen lauter akut Kranke, und ich bin dafür mit ein oder zwei Schülerinnen verantwortlich.“

Zahlreiche kleine Krankenhäuser sind in den letzten Jahren geschlossen worden oder werden geschlossen. Sie werden durch Distriktkrankenhäuser ersetzt, die jeweils für eine Bevölkerung von 200000 bis 250000 zuständig sind. Ein Teil der kleinen Häuser wird in Altenkliniken oder Spezialkrankenhäuser umgewandelt. Die Arbeit in den großen Häusern wird intensiviert.

Am Charing-Cross-Krankenhaus, einem 1973 eröffneten Hochhaus mit 700 Betten, haben die Elektriker gegen die Anweisung der Gewerkschaftsführung die Arbeit bis auf einen Notdienst ganz eingestellt. Das Krankenhaus war eines der ersten, das die Neuaufnahmen einstellen mußte. Herzstück der Antreiberei für das Pflegepersonal ist das eigens für dieses Haus entwickelte CASS-Kommunikationssystem. Auf einer großen Schalttafel sind alle Stationen des Hauses grafisch abgebildet. Drückt ein Patient die Klingel, leuchtet auf dieser Tafel ein rotes Licht an der Stelle des entsprechenden Zimmers auf. Die Bedienung in der Zentrale fragt den Patienten nach seinem Wunsch. Die Schwestern müssen in jedem Raum, in dem sie sich aufhalten, ihrerseits auf einen Knopf drücken, der es der Zentrale jederzeit ermöglicht, festzustellen, wo sie sind. Die Zentrale informiert die Schwester über Lautsprecher vom Wunsch des Patienten. Das rote Licht leuchtet solange auf, bis die Schwester es am Bett des Patienten abgestellt hat. Das Personal, das sich nicht auf einer Station aufhält, ist mit Rufern (‚Piepser‘) ausgestattet, mit denen es jederzeit gerufen werden kann. Die Zentrale für diese Rufe befindet sich zusammen mit der Telefonzentrale im angrenzenden Raum. In einer Öffnung der Wand zwischen den Räumen sitzt erhöht die Aufsicht, die damit die Arbeit des gesamten Personals und die Geschwindigkeit, mit der die Anforderungen der Zentrale erfüllt werden, kontrollieren kann.

Das Greenwich-District-Krankenhaus ist ebenfalls ein neu gebautes, mit moderner Maschinerie ausgestattes Haus. In dem Bezirk sind zwei Krankenhäuser geschlossen worden, eines

Herzstück der Antreiberei für das Pflegepersonal ist das eigens für dieses Haus entwickelte CASS-Kommunikationssystem. Auf einer großen Schalttafel sind alle Stationen des Hauses grafisch abgebildet. Drückt ein Patient die Klingel, leuchtet auf dieser Tafel ein rotes Licht an der Stelle des entsprechenden Zimmers auf. Die Bedienung in der Zentrale fragt den Patienten nach seinem Wunsch. Die Schwestern müssen in jedem Raum, in dem sie sich aufhalten, ihrerseits auf einen Knopf drücken, der es der Zentrale jederzeit ermöglicht, festzustellen, wo sie sind. Die Zentrale informiert die Schwester über Lautsprecher vom Wunsch des Patienten. Das rote Licht leuchtet solange auf, bis die Schwester es am Bett des Patienten abgestellt hat. Das Personal, das sich nicht auf einer Station aufhält, ist mit Rufern (‚Piepser‘) ausgestattet, mit denen es jederzeit gerufen werden kann. Die Zentrale für diese Rufe befindet sich zusammen mit der Telefonzentrale im angrenzenden Raum. In einer Öffnung der Wand zwischen den Räumen sitzt erhöht die Aufsicht, die damit die Arbeit des gesamten Personals und die Geschwindigkeit, mit der die Anforderungen der Zentrale erfüllt werden, kontrollieren kann.

Das Greenwich-District-Krankenhaus ist ebenfalls ein neu gebautes, mit moderner Maschinerie ausgestattes Haus. In dem Bezirk sind zwei Krankenhäuser geschlossen worden, eines wurde in ein Altenhaus verwandelt, die Schließung eines vierten ist geplant. Die „Operationsassistenten“, die die jetzigen Operationsschwestern zumindest teilweise ersetzen sollen, sollen nicht nur deren Arbeit machen, sondern auch für Arbeiten eingesetzt werden, die nach den Tarifverträgen nicht zu den Aufgaben der OP-Schwestern gehören und die bisher durch anderes Personal geleistet wurden: Vorbereitung der Patienten auf die Operation, Reinigen der Operationssäle usw. Mit der Einsparung von voll ausgebildeten Operationsschwestern soll nicht nur der Lohn dieses Teils des Krankenhauspersonals insgesamt gesenkt werden, die geltenden Arbeitsvorschriften und Abkommen sollen auch unterlaufen werden, um mehr Arbeit abzupressen.



Besetzungsaktion von Beschäftigten des Krankenhauses in Hounsbow gegen das Rationalisierungsprogramm der Regierung. Das Krankenhaus soll geschlossen werden.

Vom Streik im Western-London-Hospital, einem der noch bestehenden kleineren Häuser von 166 Betten, behaupten Regierungsfunktionäre und

hauspersonals insgesamt gesenkt werden, die geltenden Arbeitsvorschriften und Abkommen sollen auch unterlaufen werden, um mehr Arbeit abzupressen.



Besetzungsaktion von Beschäftigten des Krankenhauses in Hounsbow gegen das Rationalisierungsprogramm der Regierung. Das Krankenhaus soll geschlossen werden.

Vom Streik im Western-London-Hospital, einem der noch bestehenden kleineren Häuser von 166 Betten, behaupten Regierungsfunktionäre und Professorenbourgeois frech, er würde das Leben neu geborener Säuglinge gefährden. Gleichzeitig lehnen sie die Rücknahme ihrer Lohnkürzung ebenso ab wie die Abgabe neuer Patienten an andere Krankenhäuser. Der Sekretär der NUPE an diesem Krankenhaus, der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, Stanley Hunt, hat uns gegenüber erklärt: „Wenn wir diesen Streik erfolgreich führen, kriegen wir unseren Lohn und sind die verdammten Stechuhren los.“

Gscheidles 2-Milliarden-Profitpaket

z.dis. Rund 2 Milliarden DM Profit hat die Bundespost im letzten Jahr aus den Postarbeitern und -angestellten gepreßt. Vor allem das Fernmeldewesen hat sich als profitträchtig erwiesen. Die letzte Gebührenerhöhung ist auch noch nicht lange her. Die Zahl der Beschäftigten im Fernmeldewesen hat Gscheidle in den letzten drei Jahren von 160000 auf 150000 gedrückt, während z.B. die Telexanschlüsse von 80000 auf 110000 und die Ferngespräche von 4,5 auf 5,3 Milliarden gestiegen sind. Angestachelt durch die Profite im Fernmeldewesen soll jetzt der Postdienst verschärft rationalisiert werden. Für den Zustelldienst werden Teilzeitkräfte und im Sommer Studenten eingestellt, die für 8 Stunden bezahlt werden, aber in der Regel 10 Stunden arbeiten müssen. Während die Leistungen für die Massen teurer und schlechter werden, erhalten die Kapitalisten weiter ihre Sondertarife. Ab Januar nächsten Jahres soll ein Brief 60 statt 50 Pfennig kosten. Die Kapitalisten zahlen für eine Massendrucksache 20 Pfennig, für eine Wurfsendung sogar nur 15 Pfennig. Gscheidle: „Der Fünf-Pfennig-Schritt geht nicht, weil vom Standardbrief wiederum Drucksachen, Massendrucksachen und dergleichen abhängig sind. Wenn man sich dort die Fünf-Pfennig-Erhöhung vorbehalten will, ergibt sich daraus wieder als Bezugsgröße für den Standardbrief der Zehn-Pfennig-Schritt.“

Neues Stillegungsprogramm bei der Bahn in Sicht

z.mav. Das Bundeskabinett beauftragte letzte Woche Verkehrsminister Gscheidle, einen Vorschlag für eine grundlegende Reform der Bundesbahn vorzulegen. Geplant ist, die Bundesbahn in zwei selbständige Unternehmen aufzuteilen, eins für die Verwaltung der Strecken, das vom Bund betrieben werden soll, sowie eine Aktiengesellschaft für den Betrieb zu gründen. Erreicht werden soll damit, die Transportkosten für die Kapitalisten zu senken über die verstärkte Ausplünderung der Massen und Lohnraub und Rationalisierungen bei den Beschäftigten der Bahn. Die Organisierung der Bahn in Form der AG bietet die Möglichkeit, die Betriebspflicht aufzuheben und neue Tarife einzuführen, ohne „kostendeckende Nachfrage wird es kein Angebot zur Beförderung geben“. (Süddeutsche Zeitung, 15.6.) Die Stillegung von 6000 Kilometern im Bereich des Personenverkehrs soll fortgeführt, die Stillegung von 3000 Kilometern für den Güterverkehr vorläufig gestoppt werden. Gefördert werden der „ertragsträchtige Container- und Huckepackverkehr“. Weitere Verödung der ländlichen Regionen wird die Folge sein. Dreh- und Angelpunkt der Reform soll die Privatisierung der Beschäftigungsverhältnisse sein, bis 1985 der Personalbestand von 365000 auf 276000 abgebaut werden. Beim Ausschöpfen der Rationalisierungsmöglichkeiten gilt der Grundsatz, daß kein Eisenbahner bei fachlicher und örtlicher Mobilität seine Beschäftigung verliert.

Streikaktionen im öffentlichen

z.mav. Das Bundeskabinett beauftragte letzte Woche Verkehrsminister Gscheidle, einen Vorschlag für eine grundlegende Reform der Bundesbahn vorzulegen. Geplant ist, die Bundesbahn in zwei selbständige Unternehmen aufzuteilen, eins für die Verwaltung der Strecken, das vom Bund betrieben werden soll, sowie eine Aktiengesellschaft für den Betrieb zu gründen. Erreicht werden soll damit, die Transportkosten für die Kapitalisten zu senken über die verstärkte Ausplünderung der Massen und Lohnraub und Rationalisierungen bei den Beschäftigten der Bahn. Die Organisierung der Bahn in Form der AG bietet die Möglichkeit, die Betriebspflicht aufzuheben und neue Tarife einzuführen, ohne „kostendeckende Nachfrage wird es kein Angebot zur Beförderung geben“. (Süddeutsche Zeitung, 15.6.) Die Stillegung von 6000 Kilometern im Bereich des Personenverkehrs soll fortgeführt, die Stillegung von 3000 Kilometern für den Güterverkehr vorläufig gestoppt werden. Gefördert werden der „ertragsträchtige Container- und Huckepackverkehr“. Weitere Verödung der ländlichen Regionen wird die Folge sein. Dreh- und Angelpunkt der Reform soll die Privatisierung der Beschäftigungsverhältnisse sein, bis 1985 der Personalbestand von 365000 auf 276000 abgebaut werden. Beim Ausschöpfen der Rationalisierungsmöglichkeiten gilt der Grundsatz, daß kein Eisenbahner bei fachlicher und örtlicher Mobilität seine Beschäftigung verliert.

Streikaktionen im öffentlichen Dienst der Niederlande

z.gek.Brüssel. In vier der größten niederländischen Städte – Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Groningen – haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten in zahlreichen öffentlichen Diensten einen 24-Stunden-Streik durchgeführt. Der gesamte Nahverkehr, die Post, die Müllabfuhr und zahlreiche Ämter lagen still. Aufgerufen hatten die beiden größten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Der Streik richtete sich gegen das erklärte Ziel der Regierung von Agt, in den staatlichen Betrieben und Dienststellen eine große Rationalisierungskampagne zu veranstalten und die Löhne und Gehälter erheblich zu senken. Der Streik wurde von den Gewerkschaften der meisten anderen Branchen unterstützt, als ein erster Warnschuß gegen die noch weiterreichenden „Anti-Krisen“-Pläne, die gegenwärtig zwischen der Regierung und den Kapitalisten ausgekocht werden. Für die niederländische Arbeiterbewegung ist diese Streikaktion auch deshalb ein wichtiger Schritt voran gewesen, weil die Gewerkschaften den Verweis der Regierung auf das geltende gesetzliche Streikverbot ausdrücklich verworfen haben. Die Regierung wagte nicht, selbst polizeiliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen. Stattdessen forderte sie den Bürgermeister von Amsterdam auf, die Polizei marschieren zu lassen, um die „Arbeitswilligen zu schützen“. Der Bürgermeister weigerte sich angesichts der Geschlossenheit der Streikenden. – Am Montag dieser Woche wollen die Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften vor dem Regierungssitz in Den Haag demonstrieren. Sie rechnen mit 70000 Teilnehmern aus allen Teilen der Niederlande.

---

chen“ Volksmassen in die Schuhe geschoben werden, gleichzeitig das Kindergeld als Lohnbestandteil abgeschafft und stattdessen neue Spaltungslinien zwischen ledigen und verheirateten Arbeitern, Arbeitern mit und ohne Kindern, gezogen werden. „Einen interessanten Gedanken“ nannte die Ministerin den Vorschlag, „für Arbeitnehmer mit drei oder mehr Kindern als zusätzlichen Anreiz einen prozentualen Abschlag bei der Beitragshöhe zur gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen“.

BfA: 700 DM im Monat sind genug

z.smü. Nach der Neuregelung des Sozialgesetzbuchs 1976 können Renten nach § 54 SGB gepfändet werden, wenn dies der „Billigkeit“ entspricht. In einer Meldung vom 15. Juni läßt die Bundesanstalt für Angestellte (BfA) auf der Seite 1 der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ unter der Überschrift „Auch Rente kann gepfändet werden“ verbreiten: „Renten können wie Arbeitseinkommen zum Teil gepfändet werden. So könnten von einer 1000-DM-Rente 300 DM gepfändet werden.“ Der Vergleich der Rente mit Arbeitslohn ist nicht neu. Er soll den Rentnern deuten: Wenn schon ein Arbeitslohn bis 700 DM gepfändet werden kann, dann eine Rente erst recht. Genauso hat das Ehrenberg-Ministerium schon die Kürzung der Renten durch Abzüge an die Krankenversicherung eingeleitet.

„Investitionsschutz“ gefordert

z.anb. In einer ganzen Reihe von „Entwicklungsländern“ seien private Investitionen der „Industriestaaten“ nicht sicher, hat die CDU/CSU-Fraktion festgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, Schutzmaßnahmen zu beschließen, die den Ländern der Dritten Welt abgepreßt werden sollen, um den Kapitalexport und „den Rückfluß der Kapitalerträge“ zu garantieren. Die Bundesregierung hält das für richtig, ist aber dagegen, solche „Schutzmaßnahmen“ zum Gegenstand der GATT-Verhandlungen zu machen; es sieht nicht gut aus, wenn solch offen imperialistische Unverschämtheiten in Abkommen über die „Freiheit der Märkte“ behandelt werden. Besser findet Schmidt das „bilaterale Abkommen mit einzelnen Ländern“, die dazu entsprechend unter Druck gesetzt werden sollen.

Wirtschaftsausschüsse wollen Geld für Werftkapitalisten

z.diz. Die Wirtschaftsausschüsse von Bundesrat und Bundestag haben sich gegen den Vorschlag der EG-Kommission ausgesprochen, Produktionsrichtlinien für den Schiffbau festzulegen. Sie sind für „marktkonforme Mittel“ und meinen damit, daß die großen Kapitalisten bei der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Niederkonkurrierung der kleinen Werften unterstützt werden müssen. Für diese „qualitative Anpassung“ fordern sie „flankierende Maßnahmen ... mit den vorhandenen Gemeinschaftsinstrumenten wie dem Sozialfonds und dem Regionalfonds“. Am besten finanziert man daraus auch das neue Industriegebiet an der Unterelbe: „Der Bundesrat ist darüberhinaus der Auffassung, daß ... die Bemühung zur Aufhebung der industriellen Monokultur in den Küstenregionen intensiviert werden sollten und eine Diversifikation der Wirtschafts- und Industrieansiedlungspolitik betrieben werden soll.“

„Fälschungssichere“ Autokennzeichen

z.diz. Der Verkehrsausschuß des Bundestages hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem „Herstellung, Vertrieb und Ausgabe von Kennzeichen“ und „Kennzeichenvorproduktionen“ unter Polizeiaufsicht erfolgen sollen. Insbesondere soll die Polizei das Recht haben, „Grundstücke, Geschäftsräume, Betriebsräume und Transportmittel“ der Hersteller jederzeit zu betreten. „Mißbräuchliches Vertreiben oder Ausgeben von Kennzeichen“ soll mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Ob die Kennzeichen aus Folie sein sollen oder aus Aluminium und ob sie geklebt oder mit Stahlschrauben befestigt werden müssen, darüber sind sie sich noch nicht einig. Das Dilemma ist: Was die Arbeiterklasse herstellt, kann sie natürlich auch „fälschen“.

Der Kardinal hofft auf seine kroatischen Verbrecher

z.sst. Die Deutsche Bischofskonferenz unter Vorsitz von Kardinal Höffner ist in tiefer Sorge um die ungehinderte Tätigkeit kroatischer Verbrecherbanden gegen Jugoslawien in der BRD. Über die Ziele dieser Organisationen hat der Präsident des „Kroatischen Nationalen Widerstandes" in der Zeitung „Optor" geschrieben: „Jugoslawien muß zerstört werden – mit Hilfe der Russen, der Amerikaner – von Kommunisten, Nichtkommunisten und Antikommunisten. Mit Hilfe eines jeden, der es auch zerstören will." Die Unterstützung solcherart „Freiheitskämpfer" durch die westdeutschen Imperialisten und ihre pfäffischen Propagandisten hat Tradition. Nach dem Ersten Weltkrieg haben die Imperialisten im Versailler Vertrag das kroatische, serbische und slowenische Volk im Staat Jugoslawien zusammengesperrt und stets versucht, die Widersprüche zwischen diesen Völkern zu schüren, um sich Jugoslawien wieder vollständig einzuverleiben. 1941 haben die Faschisten nach ihrem Überfall auf die Balkanländer Kroatien aus dem jugoslawischen Staat herausgerissen und ein sogenanntes „unabhängiges Kroatien" unter ihrem Terrorregime eingerichtet. Im nationalen Befreiungskrieg gegen die faschistische Okkupation schlossen sich das serbische, kroatische und slowenische Volk zusammen. Die jugoslawische Nation bildete sich im Kampf gegen den Faschismus. Das Land wurde unabhängig. Die deutschen Imperialisten vom Schlage Krupp und der IG Farben, die sich die nationalen Reichtümer Jugoslawiens unter den Nagel gerissen hatten, wurden samt ihrem reaktionären und pfäffischen Anhang vor die Tür gesetzt. Seitdem lassen die Imperialisten diese Verbrecher gegen den jugoslawischen Staat wühlen, um die Politik der Zusammenarbeit Jugoslawiens mit den Völkern der Dritten Welt auf der Basis der Unabhängigkeit und gegenseitigen Unterstützung zu bekämpfen und Jugoslawien wieder unter ihre Knute zu bringen. In der Auslieferung dieser Banden an die jugoslawische Regierung sieht Kardinal Höffner die „Gesichtspunkte der Ethik, der Humanität und des Vertrauensschutzes gefährdet. Mit dieser Sorte Menschlichkeit hatten schon die Pfaffen im Faschismus jede Aggression gegen die Völker gerechtfertigt. Für Gott ist's genehmigt.

Jugendheim Birkenhof: „Streng aber gerecht"

z.wir. Der Birkenhof Hannover ist ein Erziehungsheim für Mädchen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren. Der Zuchthauscharakter ist vor eineinhalb Wochen durch eine Dokumentation von ehemaligen Zöglingen und Erziehern aufgedeckt worden. Der Träger, das Diakonische Werk, betreut in der BRD 400 ähnliche Einrichtungen mit 25000 Plätzen. Pressesprecher Schröter vom Diakonischen Werk: „Sie (die Mädchen) kommen ja deswegen in die Heimerziehung . . ., weil sie in der Gefahr standen, abzugleiten." Dazu werden die Mädchen hinter einen doppelten Stacheldrahtzaun, zwischen

tümer Jugoslawiens unter den Nagel gerissen hatten, wurden samt ihrem reaktionären und pfäffischen Anhang vor die Tür gesetzt. Seitdem lassen die Imperialisten diese Verbrecher gegen den jugoslawischen Staat wühlen, um die Politik der Zusammenarbeit Jugoslawiens mit den Völkern der Dritten Welt auf der Basis der Unabhängigkeit und gegenseitigen Unterstützung zu bekämpfen und Jugoslawien wieder unter ihre Knute zu bringen. In der Auslieferung dieser Banden an die jugoslawische Regierung sieht Kardinal Höffner die „Gesichtspunkte der Ethik, der Humanität und des Vertrauensschutzes gefährdet. Mit dieser Sorte Menschlichkeit hatten schon die Pfaffen im Faschismus jede Aggression gegen die Völker gerechtfertigt. Für Gott ist's genehmigt.

Jugendheim Birkenhof: „Streng aber gerecht"

z.wir. Der Birkenhof Hannover ist ein Erziehungsheim für Mädchen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren. Der Zuchthauscharakter ist vor eineinhalb Wochen durch eine Dokumentation von ehemaligen Zöglingen und Erziehern aufgedeckt worden. Der Träger, das Diakonische Werk, betreut in der BRD 400 ähnliche Einrichtungen mit 25000 Plätzen. Pressesprecher Schröter vom Diakonischen Werk: „Sie (die Mädchen) kommen ja deswegen in die Heimerziehung . . ., weil sie in der Gefahr standen, abzugleiten." Dazu werden die Mädchen hinter einen doppelten Stacheldrahtzaun, zwischen
dem nachts ein Schäferhund läuft, gesteckt. „Die Schwierigkeit ist, diese ja völlig aus dem Gleis geratenen Mädchen zunächst einmal zu stabilisieren." Briefzensur, Zimmerschellen, die jedes nächtliche Verlassen des Zimmers melden, sorgen für „Stabilität". Nur Verwandtenbesuche sind alle 6 Wochen gestattet. „Das (Stabilisieren) geschieht nur zu einem verschwindend geringen Teil durch den Einsatz von Medikamenten" „unter Aufsicht von Ärzten". „Hirnschaden" ist die ärztliche Begründung dafür, daß dauernd 2 bis 3 Mädchen mit z.B. Valium behandelt werden. Dazu kommt die versteckte Verabreichung übers Essen. Um „die Zöglinge auf eine zukünftige Berufsausbildung vorzubereiten", läßt das Heim in Wäscherei, Großküche u.ä. neben den „Arbeitsmädchen", die nicht mehr schulpflichtig sind, auch die „Schulmädchen" an einem praktischen Tag in der Woche Dienst tun. So stehen dann die teilweise erst 13jährigen vor einer großen Wäscheschleuder, nehmen die Wäsche heraus und schlagen sie aus – von 8 bis 17 Uhr – 1,5 Stunden Pause. Von den 325 bis 390 DM Lohn werden dann 70% für Heimkosten abgezogen. Die Bezirksregierung ist zu dem Ergebnis gelangt, „daß das Wohl der Mädchen nicht gefährdet ist".

Die Heimleitung mußte inzwischen zusichern, daß die Post der Mädchen ohne Zensur aus dem Heim hinausgelangt. Dies wurde auf der Protestberatung von annähernd 1000 Menschen am Freitag in Hannover bekannt. Die Initiative gegen Heimerziehung, die zu der Protestversammlung eingeladen hatte, will jetzt in Hannover eine weitere Veranstaltung gegen den Birkenhof vorbereiten. Gegen staatliche und christliche Reaktion muß die Schließung des Birkenhofes durchgesetzt werden!

Belgische Bergbaurentner demonstrieren für Rentenforderungen

z.gek.Brüssel. „Wir haben noch die schlimmsten Zeiten in den Gruben gekannt . . . Nach dem Krieg haben sie uns zu ‚Ehrenbürgern' ernannt, weil wir ihnen die Kohle geliefert haben . . . Jetzt lassen sie uns in der Kälte stehen. Es ist eine ewige Schande, daß wir wieder auf die Straße gehen müssen, um unsere erkämpften Rechte zu fordern." Mehrere hundert Bergbau-Rentner haben in Hasselt bei Demonstrationen und Versammlungen am 9. und 23. Juni ihre Forderungen an die herrschende Klasse öffentlich vertreten.

Viele der alten Arbeiter, die demonstrierten, mußten noch als Kinder von 8, 10 oder 12 Jahren in die Bergwerke, oft mit der ganzen Familie zusammen. In diesen Jahren nach der Jahrhundertwende erkämpften die Bergarbeiter erst die ersten gesetzlichen Beschränkungen der Kinder- und Frauenarbeit und die ersten Pensionen für die Alten (17 Centimes am Tag nach dem Gesetz von 1901). Zahllose Streiks und Demonstrationen, die mehrfach aufstandsförmigen Charakter annahmen, waren dem vorausgegangen und sollten noch folgen. Es war eines der schlimmsten Verbrechen der aufkommenden Revisionisten in der Kommunistischen Partei und ihrer linkssozialistischen Verbündeten, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Bergarbeiter zur „Schlacht um die Kohle" aufriefen. Die Arbeiter opferten ihre Arbeitskraft und Gesundheit für den neu zusammengerafften Reichtum der Kapitalisten. Als Ende der 50er Jahre das Öl billig und reichlich von den US-Ölmonopolen zu haben war, wurden mit Kabinettsbeschluß


Viele mußten noch als Kinder in die Bergwerke . . . – Bild Anfang des Jahrhunderts „Gebt uns unsere erkämpften Rechte zurück – sofort"

vom Februar 1959 die Hälfte der belgischen Kohlegruben binnen zwei Jahren geschlossen und 50000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Zehntausende folgten in den Jahren darauf, nachdem ihr wochenlanger Streik 1959 schließlich ausgehungert und zusammengehauen worden war.

So kommt es, daß der Großteil der Bergarbeiter schon vor 1968, vielfach vorzeitig, verrrentet worden ist. Gerade darauf zielt die Festlegung in der Rentengesetzgebung, daß für alle vor 1968 verrenteten Arbeiter eine „Kumulationsklausel" gilt, die festlegt, daß Unfall- und Berufsunfähigkeits-Renten (in erster Linie die Silikose-Renten) mit den Altersrenten *verrechnet* werden müssen, so daß die Gesamtrente pro Jahr nicht mehr als 284000 bfr. (etwa 18000 DM) betragen darf.

Die Aufhebung dieser Regelung ist eine der Hauptforderungen des S.O.S.-Bergarbeiterkomitees, das die Aktionen in Hasselt organisiert hat. Die Regierung zeigt sich auf ihre Art „besorgt" über diese Ungerechtigkeit – sie will die Renten der Älteren etwas anheben, indem sie die der Jüngeren *kürzt!* Wie der Minister für Pensionen enthüllte, haben die bisherigen Rentenkürzungen dem Staat in den letzten Jahren 40 Mrd. bfr. „erspart". Die neuen Rentenkürzungen sollen weitere 18 Mrd. bfr. (1,2 Mrd. DM) bringen. Insgeheim hofft die Bourgeoisie auf mehr: Nicht nur einen vollen Krankenversicherungsbeitrag sollen die Rentner jetzt entrichten, sondern sie sollen wie alle Arbeiter die auf 25 % erhöhte Selbstbeteiligung für Arztkosten zahlen. Gerade die älteren Rentner werden das nicht mehr zahlen können und hinsterben. So hat es die Bourgeoisie auch gedacht. Aber die Rentner machen nicht mit: *Aufhebung der Kumulationsgrenze! Volle Auszahlung sowohl der Altersrenten als der Unfall- und Berufsunfähigkeitsrenten! Anhebung der Renten für die Älteren! Erhöhung des Kohlegeldes und des Urlaubsgeldes!* – das sind ihre Forderungen. Es steht fest: wenn es zu einem Kampf gegen das neue „Anti-Krisen-Gesetz" kommt, werden die Bergbaurentner dabei sein – wie so oft in ihrem Leben.

Seit 60 Jahren vergiften die Preussag-Kapitalisten Menschen und Vieh in der Weser-Marsch

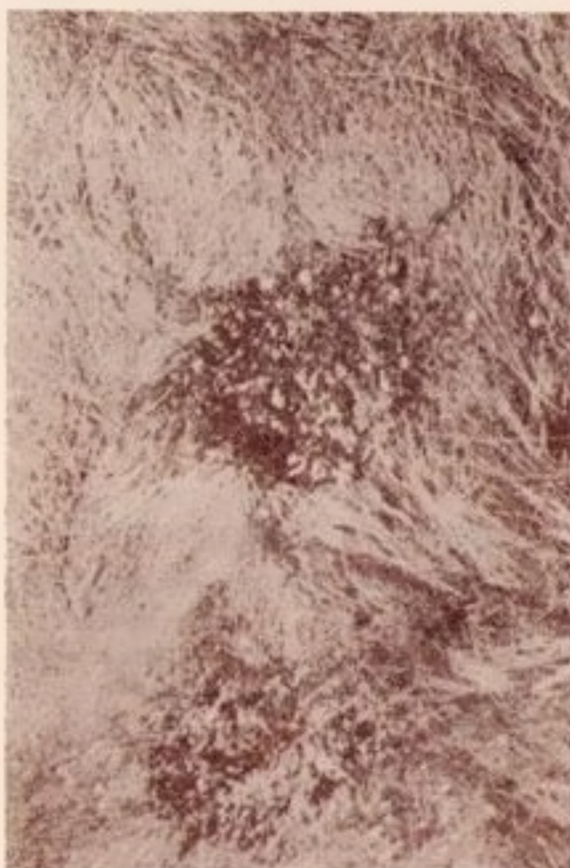
Seit die Bleihütte in Betrieb ist, ist der Kampf dagegen nicht abgerissen

„Kohle" aufriefen. Die Arbeiter opferten ihre Arbeitskraft und Gesundheit für den neu zusammengerafften Reichtum der Kapitalisten. Als Ende der 50er Jahre das Öl billig und reichlich von den US-Ölmonopolen zu haben war, wurden mit Kabinettsbeschluß
1968 verrenteten Arbeiter eine „Kumulationsklausel" gilt, die festlegt, daß Unfall- und Berufsunfähigkeits-Renten (in erster Linie die Silikose-Renten) mit den Altersrenten verrechnet werden müssen, so daß die Gesamt-
tenkürzungen dem Staat in den letzten Jahren 40 Mrd. bfr. „erspart". Die neuen Rentenkürzungen sollen weitere 18 Mrd. bfr. (1,2 Mrd. DM) bringen. Insgeheim hofft die Bourgeoisie auf mehr: Nicht nur einen vollen Krankenversicherungsbeitrag sollen
Erhöhung des Kohlegeldes und des Urlaubsgeldes! – das sind ihre Forderungen. Es steht fest: wenn es zu einem Kampf gegen das neue „Anti-Krisen-Gesetz" kommt, werden die Bergbaurentner dabei sein – wie so oft in ihrem Leben.

Seit 60 Jahren vergiften die Preussag-Kapitalisten Menschen und Vieh in der Weser-Marsch

Seit die Bleihütte in Betrieb ist, ist der Kampf dagegen nicht abgerissen

r.irw. Nordenham. Untersuchungen des Bundesgesundheitsamtes in Westberlin in den Jahren 1975 und 1976 im Umkreis der Preussag-Bleihütte in Nordenham (Kreis Wesermarsch) haben ergeben, „daß besonders türkische Gastarbeiterfrauen (ein Großteil der türkischen Kollegen wohnte zum Untersuchungszeitraum in unmittelbarer Nähe der Hütte – Red.) durch die überall anzutreffenden Bleirückstände stark gefährdet sind . . . Es ist nicht auszuschließen, daß auch drei Totgeburten mit der Bleivergiftung in Zusammenhang stehen." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 6.6.1978) Der Bevölkerung in Nordenham ist das nichts Neues. Eine Mutter berichtete über die Auswirkungen der Bleischädigung ihres Sohnes folgendes: „U. ist ungewöhnlich vergeßlich, was sich vor allem in der Schule bemerkbar macht. Obwohl er nicht dumm ist, kommt er nicht richtig mit. Das wird noch dadurch schlimmer, daß er bei jeder Krankheit furchtbar lange braucht, um wieder gesund zu werden. Bei einer Grippe oder Erkältung z.B., die andere Kinder in zehn Tagen durchmachen, ist er sechs Wochen krank. Er ist „toxisch veranlagt", hat der Arzt gesagt. Wenn sein großer Bruder ihm z.B. mal einen Knuff gibt, ist das für ihn sehr schmerzhaft und wirkt ziemlich lange nach, wenn andere Kinder es längst vergessen hätten."


Jeder Boden erneuert und erhält seine Fruchtbarkeit dadurch, daß alte, abgestorbene Pflanzen verfaulen und zu Humus werden. Dieser Faulungsprozeß wird durch bestimmte Bakterien hervorgerufen. Blei vergiftet und tötet gerade auch diese Bakterien. Deshalb verfaulen die abgestorbenen Pflanzen nicht mehr, sie vertrocknen nur, werden sozusagen mumifiziert. Diese Grasmumien, unfruchtbar und hart, bedekken dann nach und nach den Boden bis zu einigen Zentimetern Dicke. So werden keine Nährstoffe für neue Pflanzen in den Boden zurückgeführt. Außerdem erstickt diese Schicht, je dicker sie wird, immer mehr neue junge Triebe, vor allem die kleinen eiweißreichen Grasarten, die für die Ernährung der Kühe besonders wichtig sind.

Die bürgerlichen Wissenschaftler versuchen diese nicht mehr zu verschweigenden dauerhaften gesundheitlichen Schäden als Folge der 1972 aufgrund eines Filterschadens aufgetretenen Verseuchung der Umgebung mit Blei hinzustellen. Vertuschen wollen sie damit, daß nach wie vor die Preussag-Kapitalisten erhebliche Mengen Bleistaub in die Luft blasen lassen. Einen Beleg dafür lieferte die Auseinandersetzung zwischen der Preussag und den bleigeschädigten Bauern im Frühjahr 1976 um die Frage des Weideaustriebs, in dieser Auseinandersetzung ließen die Preussag-Kapitalisten in einem Schreiben an die Bauern heraus: „Wir möchten darauf hinweisen, daß wir in einem etwaigen Weideaustrieb vor dem ‚normalen' Weideaustriebstermin nicht nur einen Verstoß gegen die Regeln einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft, sondern auch einen Verstoß gegen die Schadensminderungspflicht sehen würden. Es ist nämlich nicht auszuschließen, daß in einem solchen Falle Tierschäden dadurch eintreten, daß das Vieh ausschließlich auf Altgras angewiesen ist, das durch mehrmonatige Flugstaubeinwirkungen ohne den in der Wachstumsperiode wirksam werdenden Verdünnungseffekt toxisch wirken kann."

Seit über 60 Jahren vergiften die Preussag-Kapitalisten die Wesermarsch. 1906 beschlossen die Metallwerke „Unterweser AG", eine Bleihütte in Nordenham anzusiedeln. Der Erbgroßherzog von Oldenburg, Friedrich-August, hatte „ganz besonderen Einfluß auf diese Entwicklung" und ließ „den Firmen immer wieder vollste Unterstützung angedeihen" durch den Bau großer Hafenanlagen, den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes. (nach: „Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Nordenham", Dissertation von K.Wiborg) „Es hätte jetzt also mit dem Aufbau begonnen werden können, wenn dem nicht Schwierigkeiten entgegengetreten wären, die die angrenzenden Bauern machten", heißt es dazu reichlich wortkarg in dieser Dissertation. Neben den gelegten Bauern, die ohnehin nur das von den Kapitalisten dringend benötigte Land blockierten – von dem Verfasser der oben erwähnten Dissertation wird dieses Land frech als „ungenutzt, d.h. lediglich landwirtschaftlich genutzt" bezeichnet –, rekrutierten die Hüttenkapitalisten ihre industrielle Armee ähnlich wie imperialistische Feldherren: „Ein Beauftragter des Werkes reiste möglichst während einer Streik- oder Arbeitslosenzeit in ein derartiges Gebiet. In Arbeitergastwirtschaften nahm er Anwerbungen vor, indem er Freiwilligen ein Handgeld an Ort und Stelle auszahlte."(a.a.O.)

1913 nahm die Bleihütte ihren Betrieb auf. Hatte der Großherzog von Oldenburg noch den Widerstand der Bauern brechen können, indem er einigen von ihnen Domänenland für eine äußerst geringe Pacht abgab, allerdings mit der Auflage, daß für „Hüttenrauchschäden" keine Schadensersatzansprüche bei den Metallwerken geltend gemacht werden können, so rissen dennoch die Kämpfe der Bauern gegen die Beschleunigung ihrer Ruinierung durch die Bleivergiftungen nicht ab. 1938 hatten die Bauern in einem Reichsgerichtsprozeß durchsetzen können, daß sie von der Hütte entschädigt werden müssen. Die Entschädigungen sind jedoch lächerlich gering und mit schikanösester Behandlung verbunden: „Der Bauer selbst hat nachts Lärm und Rauch, daß er nicht das Fenster aufmachen kann. Morgens kommt man in den Stall und sieht seine mickrigen Tiere, die ‚Schleicher' – das sind die Tiere, die dahinsiechen, weil sich das Blei im gesamten Körper angesammelt hat. In Streßsituationen wird das Blei mobilisiert und führt zum Kreislaufzusammenbruch, so z.B. beim Weideaustrieb, beim Kalben, auch im Herbst beim Aufstallen oder bei Infektionen, bei kalten oder nassen Witterungsverhältnissen. Kosten entstehen durch den Tierarzt, persönlichen Zeitaufwand durch Pflegemaßnahmen und zusätzliche Futtermittel, Fahrten und Telefonate nach Oldenburg zum Tiergesundheitsamt der Landwirtschaftskammer, Ferngespräche mit Kreistierarzt und Landvolk, in Streitfällen Vorauszahlungen für Gespräche und Fahrten zum Rechtsanwalt. Hinzu kommen Auslagen für Untersuchungen, die wir auf eigene Initiative durchführen. Ertragsminderungen entstehen durch geringeren Fleischansatz, geringere Milchleistung", berichtete uns ein Bauer. Sein Nachbar hatte von 1973 bis 1977 32 Tiere verloren, den anderen Bauern in der Umgebung geht es ähnlich.

Die Bändigung des Bleis ist technisch kein Problem. Die Arbeiter werden es können, wenn sie die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise sprengen. Mit ihnen müssen sich die Bauern zusammenschließen.

Sofortige Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel



1000 Menschen demonstrierten am Samstag, den 24. Juni, zum Kernkraftwerk Brunsbüttel. Aufgerufen hatten die örtlichen Bürgerinitiativen. Große Teile der Demonstration traten für folgende Forderungen ein: – Sofortige und endgültige Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel! – Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo! – Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Kernkraftgegner! – Weg mit den Terrorurteilen in den Grohnde-Prozessen! – Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung! Auf der Abschlußkundgebung am Kernkraftwerk berichtete ein Vertreter der österreichischen Bürgerinitiativen, daß in Österreich im Kampf gegen die Kernkraftwerke ein Volksentscheid durchgesetzt wurde.

Überbeschäftigung bei Unterbeschäftigung der Anlagen?

Die sinkende Pro-Kopf-Stahlproduktion verbirgt wachsenden Verschleiß der Arbeiter

z.ped. Wie ergibt sich die amtliche „Pro-Kopf-Stahlproduktion"? Allein aus der Anzahl der Arbeiter und Tonnenzahl der Produktion. Gradmesser für die durchschnittliche Ausbeutung der Stahlarbeiter kann die „Pro-Kopf-Stahlproduktion" aber nur sein, wenn einerseits die Länge des Arbeitstages, seine Intensität und die Produktivität der Anlagen berücksichtigt werden, wie andererseits in der Tonnenzahl nach hochwertigeren und minderwertigeren – also nach dem jeweiligen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand für die verschiedenen Produkte unterschieden werden muß.

In der Produktion der westdeutschen Stahlwerke weisen hochwertige Stahlprodukte (unlegierter Baustahl aus Edelstahl, Werkzeugstahl und Hartlegierungen, nichtrostendes Blech, kaltgewalztes Mittelblech, Karosserieblech sowie durch Längsspaltung und Querschneidung erzeugtes Warmband, Grobblech und Feinblech) selbst gegenüber dem Boomjahr 1974 überdurchschnittliche Steigerungszahlen auch von der absoluten Menge her auf. Während bei minderwertigeren Stahlprodukten die Steigerungsraten und Mengen rückläufig sind.

Den Faktor der Arbeitszeit in der Kurve der „Pro-Kopf-Stahlproduktion" berücksichtigt – überwiegende Mehrarbeit bis zum Boomjahr 1974, Kurzarbeit ab dem Boomjahr 1974 – ergibt sich für die einzelnen Produktionsabteilungen Roheisen, Rohstahl und Walzerzeugnisse schon ein anderer Kurvenverlauf (siehe Schaubild).

Rohstahlproduktion BRD



Vom Januar 1975 bis April 1977 fielen die Mehrarbeitsstunden von 8 auf 4,4%, die Kurzarbeitsstunden stiegen von 0,26 auf 6,32%.

So ergibt sich aber dennoch nach den amtlich verfügbaren Zahlen das Phänomen, daß es scheint, als würden die Stahlarbeiter heute einen ruhigeren Lenz in den Stahlwerken schieben und weniger produzieren als 1974. Insbesondere, weil wir auf den Anstieg höherwertiger Stahlprodukte heute nur hinweisen können, aber ohne Zahl für die Steigerung des Grads von gesellschaftlich notwendiger Arbeit in ihnen, dies in der Erstellung der „Pro-Kopf-Stahlproduktion" unberücksichtigt lassen müssen. Diesen Zustand nennen die Stahlkapitalisten „Überbeschäftigung bei Unterbeschäftigung der Anlagen" und rechnen ihn sich als „freiwillige Sozialleistung" an den Arbeiter an.

Diese „Sozialleistung" ist insofern „unfreiwillig", als die großen Kämpfe der Stahlarbeiter gegen Werkstillegungen und Massenentlassungen die Kapitalisten gezwungen haben, in der Senkung der Beschäftigtenzahlen durch Entlassungen zurückzustecken; diese Entlassungen vor allem über die natürliche Fluktuation und Nichteinstellungen – also langfristiger – durchzuführen, was, wie man aus der Tabelle wie dem Schaubild sehen kann, auch der Fall ist.

Jahr	Rohstahl in 1000 t	Arbeiter insgesamt	geleistete Arbeitsstunden in 1000 Std.	davon Mehrarbeitsstunden in 1000 Std.	Kurzarbeitsstunden in 1000 Std.
1971	40313	214617	486777	–	–
1972	43705	210007	456694	–	–
1973	49521	215982	466916	–	–
1974	53232	220963	465255	–	–
1975	40415	210253	403661	21674	19346
1976	42415	207669	399917	18444	10185
1972	38985	197439	374977	15425*	20491*

Nach: Eisen und Stahl, verschiedene Hefte, Statistisches Bundesamt
* Wert geschätzt

Ist diese „Sozialleistung" andererseits wirklich „freiwillig" und mit Bedacht von den Kapitalisten gemacht, so, weil dies „nicht allein aus sozialen, sondern aus arbeitsmarktpolitischen Gründen" (Geschäftsbericht Arbeitgeberverband Eisen und Stahl 1976) opportun ist. Sie erhalten sich so die voll ausgebildete Produktivkraft, die Fertigkeiten und das Geschick der Stahlarbeiter, ohne das bei dem von ihnen jetzt erwarteten neuen Stahl- und Exportboom für sie keine Aussicht auf Erfolg bestünde, diesen für eine Schwemme von Extraprofit nutzen zu können.

Alle vorangegangenen Punkte unberücksichtigt gelassen, machen die Stahlkapitalisten bei der behaupteten Senkung der „Pro-Kopf-Stahlproduktion", der „Überbeschäftigung bei Unterbeschäftigung der Anlagen" dennoch einen großen Schnitt, der ihre Profite auf Kosten der Vernutzung der Arbeitskräfte schwungvoll ansteigen läßt. Dann nämlich, wenn es ihnen gelingt, diese Lage des Drucks und der gestiegenen Konkurrenz unter den Arbeitern zu nutzen, um weitere Teile der Stahlarbeiter in die Arbeit rund um die Uhr, in Conti-Arbeit hineinzudrücken.

Marx führt im ersten Band des „Kapital" zur Frage, was wäre, wenn eine Verkürzung der 24stündigen Arbeitsweise auf 12 Stunden geschähe, „Herrn E.F. Sanderson von der Firma Sanderson, Bros. et Co., Stahl-, Walz- und Schmiedewerke, in Attercliffe" an: „Was die Produktion von Stahl angeht, würde es nicht den geringsten Unterschied machen, aber! Aber dann wäre da der Verlust an so viel kostspieliger Maschinerie, welche die halbe Zeit brachläge, und für eine solche Produktenmasse, wie wir fähig sind, sie bei dem gegenwärtigen System zu leisten, müßten wir Räumlichkeiten und Maschinenwerke verdoppeln, was die Auslage verdoppeln würde." (MEW 23, S. 278)

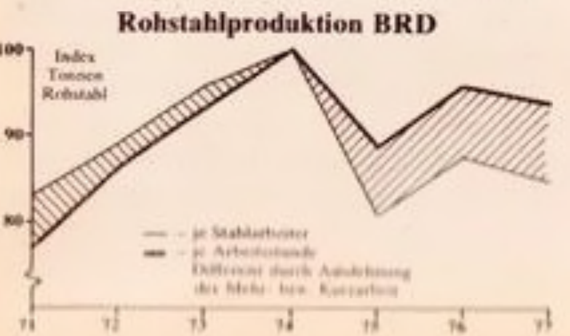
Nehmen wir einen Stahlkonzern wie etwa die August-Thyssen-Hütte. 21 Milliarden DM Anlage – (fixes) Kapital; davon jährlich verschleißendes (zirkulierendes) von 1,4 Milliarden DM; Roh- und Hilfsstoffe jährlich 12 Milliarden DM; variables Kapital von 4 Milliarden DM und 2 Milliarden DM Mehrwert. Gehen wir von einer zu 80% 24stündigen und zu 20% 8stündigen Produktionsweise aus. Es ergäbe sich zu 80%: c (fix) plus c (Rohstoffe usw.) plus v plus m gleich C (Produktenwert) wären 0,8 plus 9,6 plus 3,2 plus 1,6 gleich 15,6 Milliarden, wovon 14 Milliarden vorgeschossenes Kapital ersetzen, 1,6 Milliarden den Profit auf ein Anlagekapital von 12 Milliarden darstellen.

Zu 20% ergäbe sich: 0,6 plus 2,4 plus 0,8 plus 0,4 gleich 4,2 Milliarden, wovon 0,4 Milliarden der Profit auf ein Anlagekapital von 9 Milliarden wären.

Es ergäbe sich ein Gesamtprofit von 2 Milliarden DM bezogen auf ein Gesamt-Anlagekapital von 12 plus 9 gleich 21 Milliarden DM; also eine Profitrate von 2/21 gleich 9,52%.

Bei Ausweitung der 24stündigen Produktion nur um ein Prozent, auf 81%, ergäbe sich bei gleicher Produktenmasse und Ausbeutungsrate ein Gesamtprofit von 2 Milliarden DM bezogen aber auf ein geringeres Gesamt-Anlagekapital von 12,15 plus 8,55 gleich 20,7 Milliarden, also eine höhere Profitrate von 9,66%. Oder andersherum, für die gleiche Masse an Profit wird ein um 0,3 Milliarden DM geringeres Anlagekapital benötigt. Die einprozentige Ausweitung der Conti-Arbeit ließe also 300 Millionen DM extra, so nebenbei, an der Hand des Bourgeois kleben. Weder länger noch intensiver müßten die Arbeiter schaffen, ihr Ausbeutungsgrad bliebe unverändert. „*Nur*" des Nachts müßten sie es im steten Wechsel und zum Preis der schnelleren Vernutzung ihrer Lebenskraft tun. Die Geldsäcke kassieren eine horrende Summe extra, selbst bei gleichbleibender oder gar fallender „Pro-Kopf-Stahlproduktion". Um wieviel mehr erst werden sie fett, wenn sie ihre Stahlproduktion erneut expandieren, die „Pro-Kopf-Stahlproduktion" bei erhöhter Ausbeutungsrate weiter steigern können. Dafür schaffen sie sich heute – gerade mit der Ausdehnung der Conti-Arbeit – die Voraussetzungen und mit der Kurzarbeit und dem damit verbundenen Lohnverlust den Spaltkeil, um gegen den Widerstand der Stahlarbeiter die besser entlohnte Conti-Arbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge) durchzusetzen.

VW-Südafrika, drittgrößter Blutsauger
Rundreise der Genossen Kgogong und Sonkosi vom ANC(AN): Lügenpropaganda der VW-Kapitalisten durch den Bericht über die Ausbeutungsmethoden im Werk Uitenhagen widerlegt
r.pee. Braunschweig. Mit „Magst Du Zebras?" leiten die VW-Kapitalisten ihre Broschüre „VW in Südafrika" ein, und sie lassen einen Südafrikaner im folgenden Text erklären: „Ich fand schon immer, unser Symboltier sollte das Zebra sein. Schießt Du auf ein Zebra, triffst Du entweder ins Weiße oder
hung den VW-Kapitalisten abringen können. Schwarze Gewerkschaften sind verboten und illegal. So verbieten die VW-Kapitalisten Gewerkschaftsversammlungen und das Einziehen der Beiträge der schwarzen Mitglieder im Betrieb sowie in den Barackensiedlungen. Auch ist es durch die VW-Kapita-

Kurzarbeit ab dem Boomjahr 1974 – ergibt sich für die einzelnen Produktionsabteilungen Roheisen, Rohstahl und Walzerzeugnisse schon ein anderer Kurvenverlauf (siehe Schaubild).
Rohstahlproduktion BRD

1973 49521 215982 466916 – –
1974 53232 220963 465255 – –
1975 40415 210253 403661 21674 19346
1976 42415 207669 399917 18444 10185
1972 38985 197439 374977 15425* 20491*
Nach: Eisen und Stahl, verschiedene Hefte, Statistisches Bundesamt
* Wert geschätzt
extra, so nebenbei, an der Hand des Bourgeois kleben. Weder länger noch intensiver müßten die Arbeiter schaffen, ihr Ausbeutungsgrad bliebe unverändert. „Nur" des Nachts müßten sie es im steten Wechsel und zum Preis der schnelleren Vernutzung ihrer Lebenskraft tun. Die Geldsäcke kassieren eine horrende Summe extra, selbst bei gleichbleibender oder gar fallender „Pro-Kopf-Stahlproduktion". Um wieviel mehr erst werden sie fett, wenn sie ihre Stahlproduktion erneut expandieren, die „Pro-Kopf-Stahlproduktion" bei erhöhter Ausbeutungsrate weiter steigern können. Dafür schaffen sie sich heute – gerade mit der Ausdehnung der Conti-Arbeit – die Voraussetzungen und mit der Kurzarbeit und dem damit verbundenen Lohnverlust den Spaltkeil, um gegen den Widerstand der Stahlarbeiter die besser entlohnte Conti-Arbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge) durchzusetzen.
Vom Januar 1975 bis April 1977 fielen die Mehrarbeitsstunden von 8 auf 4,4%, die Kurzarbeitsstunden stiegen von 0,26 auf 6,32%.
So ergibt sich aber dennoch nach den amtlich verfügbaren Zahlen das Phänomen, daß es scheint, als würden die Stahlarbeiter heute einen ruhigeren
Ist diese „Sozialleistung" andererseits wirklich „freiwillig" und mit Bedacht von den Kapitalisten gemacht, so, weil dies „nicht allein aus sozialen, sondern aus arbeitsmarktpolitischen Gründen" (Geschäftsbericht Arbeitgeberverband Eisen und Stahl 1976) opportun ist. Sie erhalten sich so die voll ausgebildete Produktivkraft, die Fertigkeiten und das Geschick der Stahlarbeiter, ohne das bei dem von ihnen jetzt erwarteten neuen Stahl- und Exportboom für sie keine Aussicht auf Erfolg bestünde, diesen für eine Schwemme von Extraprofit nutzen zu können.
Zeit brachläge, und für eine solche Produktenmasse, wie wir fähig sind, sie bei dem gegenwärtigen System zu leisten, müßten wir Räumlichkeiten und Maschinenwerke verdoppeln, was die Auslage verdoppeln würde." (MEW 23, S. 278)
Nehmen wir einen Stahlkonzern wie etwa die August-Thyssen-Hütte. 21 Milliarden DM Anlage – (fixes) Kapital; davon jährlich verschleißendes (zirkulierendes) von 1,4 Milliarden DM; Roh- und Hilfsstoffe jährlich 12 Milliarden DM; variables Kapital von 4 Milliarden DM und 2 Milliarden DM Mehrwert. Gehen wir von einer zu

VW-Südafrika, drittgrößter Blutsauger

Rundreise der Genossen Kgogong und Sonkosi vom ANC(AN): Lügenpropaganda der VW-Kapitalisten durch den Bericht über die Ausbeutungsmethoden im Werk Uitenhagen widerlegt

r.pee. Braunschweig. Mit „Magst Du Zebras?" leiten die VW-Kapitalisten ihre Broschüre „VW in Südafrika" ein, und sie lassen einen Südafrikaner im folgenden Text erklären: „Ich fand schon immer, unser Symboltier sollte das Zebra sein. Schießt Du auf ein Zebra, triffst Du entweder ins Weiße oder ins Schwarze, aber stets verwundest Du das ganze Tier." Den Schein der Objektivität soll diese Broschüre haben – richten tut sie sich aber direkt gegen den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika. Kämpfen die schwarzen Volksmassen gegen die Imperialisten und ihre weißen Statthalter in Südafrika, so soll das nichts anderes sein, als ob sie sich selber umbringen. Gerade blutigster Ausbeutung und Unterdrückung verdanken die imperialistischen Konzerne in Azania ihre Existenz. Blutig und erbärmlich sind ihre Ausbeutungsmethoden, wobei VW einer der drei größten Blutsauger in Südafrika ist.

Die Veranstaltung des KBW in Braunschweig wurde von den Genossen Sonkosi und Kgokong vom ANC (AN) aufgrund von Anfragen der VW-Zelle Wolfsburg des KBW direkt auf die Politik des VW-Kapitals in Südafrika vorbereitet, um die Ausbeutungsbedingungen der afrikanischen Arbeiter durch VW zu enthüllen und den gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind herauszuarbeiten.

Die VW-Kapitalisten betreiben die Ausbeutung nicht anders als alle anderen imperialistischen Konzerne auch. Obwohl die schwarzen Arbeiter des Streikrechts beraubt sind und Führer der schwarzen Arbeiterbewegung wegen Streiks und Aufständen eingekerkert sind oder wie Steve Biko ermordet wurden, haben die VW-Arbeiter in Südafrika sich an den Aufständen und Streiks der Woche vor dem 1.6.78 beteiligt. Schon 1976 haben sie in verbotenen Streiks eine 30%ige Lohnerhöhung den VW-Kapitalisten abringen können. Schwarze Gewerkschaften sind verboten und illegal. So verbieten die VW-Kapitalisten Gewerkschaftsversammlungen und das Einziehen der Beiträge der schwarzen Mitglieder im Betrieb sowie in den Barackensiedlungen. Auch ist es durch die VW-Kapitalisten verboten, daß Funktionäre schwarzer Organisationen die Siedlungen und den Betrieb betreten. Löhne werden nur durch die Gewerkschaften der Weißen, in denen auch Inder und Farbige Mitglied sein können, ausgehandelt. Zwischen diesen Gewerkschaften und den Kapitalisten wurden Vereinbarungen getroffen, daß kein schwarzer Arbeiter in den beiden höchsten Lohngruppen A und AB sein darf, wenn noch ein Mitglied der weißen Gewerkschaft in einer unteren Lohngruppe ist. Soll ein Schwarzer in die hohe Lohngruppe kommen, weil kein anderer mehr da ist, müssen die Kapitalisten zustimmen und das Gewerkschaftskomitee der Weißen. In ihrer Broschüre geben die VW-Kapitalisten den Durchschnittslohn für Bantuarbeiter mit 320 DM an. Tatsächlich befinden sich die schwarzen Arbeiter bei VW in den beiden untersten Lohngruppen D und C, was heute ca. 180 DM im Monat ausmacht. Ein Elendslohn, wo doch eine Person mindestens 500 DM monatlich braucht, um in der Gegend um Uitenhage auszukommen. In Großfamilien sollen die VW-Arbeiter in Uitenhage laut Broschüre der VW-Kapitalisten wohnen und deshalb gut mit ihrem Lohn auskommen. Dazu erklärte der Genosse Sonkosi, daß es überhaupt verboten ist, seine Familie in die Barackenlager zu holen, wie es auch verboten ist, in die Stadt zu ziehen. Ausgebildet werden die Kinder der schwarzen Mitarbeiter auch, heißt es in der Broschüre der VW-Kapitalisten weiter. Nach den Gesetzen der südafrikanischen Rassisten ist es aber verboten, Schwarze auszubilden. Allein aufgrund von Mangel an Facharbeitern werden schwarze Jugendliche in städtischen Werkstätten ausgebildet, um dann zu Hilfsarbeiterlohn z.B. bei VW Facharbeitertätigkeiten auszuführen.



Der Genosse Kgokong am Ende seiner Rede: „Der Hauptpunkt meiner Rede besteht darin, zu zeigen, daß die revolutionäre Solidarität in der Natur unserer Kämpfe liegt und daß die nationalen Befreiungskämpfe der Länder der Dritten Welt verbunden sind mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksmassen in den imperialistischen Ländern."
Für den Bau von Ausbildungslagern zur Schulung der Freiheitskämpfer Azanias hat der ANC/AN die Arbeiter und die Volksmassen in der BRD aufgerufen, 64000 DM zu spenden. Auf den Veranstaltungen während der Rundreise in der letzten Woche wurden 25110 DM gespendet. Die restliche Summe rasch aufzubringen, dient gerade auch dazu, durch die Ausbildung der Freiheitskämpfer, durch militärische und politische Ausbildung dafür zu sorgen, daß die Freiheitskämpfer in der Lage sind, die Agenten der Supermächte außerhalb des Landes vom Volk zu isolieren, wie es im Land durch die Einheit der AZAPO geschehen ist.

Ausgerechnet die VW-Kapitalisten erklären in ihrer Broschüre: „Kein Industrieunternehmen kann und darf sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einmischen", wo sie zweitgrößter Lieferant von Personen- und Lastkraftwagen der Kolonialpolizei und der Armee der Rassisten sind. Dazu erklärte der Genosse Sonkosi auf der Veranstaltung: „Es ist lächerlich, zu sagen, sie seien im Interesse der Schwarzen wegen der Arbeitsplätze dort. Sie schaffen die Arbeitsplätze auf Kosten unseres Lebens. Zwischen 1972 und '77 haben die VW-Kapitalisten über 130 Mio. DM in Südafrika investiert und beabsichtigen, weitere 15 Mio. DM bis 1979 dorthin zu schaffen. Wir wissen, diese Millionen kommen aus dem Schweiß der Arbeiter hier in Westdeutschland und dienen nicht dem Interesse der Arbeiter hier oder bei uns im Land." Deutlich wurde auf der Veranstaltung, daß die VW-Arbeiter wie die gesamte Arbeiterklasse Westdeutschlands den gleichen Feind haben wie die kämpfenden Völker des südlichen Afrika: den Imperialismus. Ca. 15 VW-Arbeiter waren auf der Veranstaltung, zwei von ihnen hatten sich in der Spätschicht extra früher freigenommen.

Allgemeiner Streik in der belgischen Stahlindustrie

z.gek.Brüssel. Seit Donnerstag, 22. Juni, um 6 Uhr stehen 45000 Arbeiter in den wallonischen Stahlbetrieben in unbefristetem Streik, nachdem die Verhandlungen mit den Kapitalisten über eine Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen gescheitert sind. Dieser Streik richtet sich von seiten der Arbeiter gegen die gesamten Rationalisierungspläne der Stahlmonopole und gegen das neue „Anti-Krisen-Gesetz" der Regierung Tindemans (vgl. KVZ Nr. 25/78). Unabhängig vom Ausgang der letzten Verhandlungen haben die Arbeiter der Nachtschicht vom Dienstag zum Mittwoch schon mit der Entleerung und Stillegung der Hochöfen begonnen. – Dennoch ist die Lage schwierig, da die Gewerkschaften im wesentlichen nur die Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Std. bis 1980 (in Form von Urlaubstagen!) und nach einem System der Frühverrentung für Arbeiter, die entlassen werden sollen oder selbst aufhören wollen (mit 80% bzw. 70% des Nettolohns, für Männer ab 55, für Frauen ab 50 Jahren) aufgestellt haben. Die Kapitalisten haben diese Forderungen praktisch bereits angenommen, da sie mit ihren Rationalisierungsplänen durchaus zusammenpassen. Nur winzige Details trennten die Verhandlungsführer noch. – Möglich ist jedoch, daß die unbedingte Kampfentschlossenheit der Stahlarbeiter dieses üble Spiel durchkreuzt und daß sich der Streik der Stahlarbeiter mit anderen Streikbewegungen zu einem politischen Kampf gegen die „Anti-Krisen"-Maßnahmen der Bourgeoisie entwickelt.

60000 Arbeiter der Militärarsenale in Frankreich im Streik

z.gek.Brüssel. 60000 Arbeiter in den Werkstätten, Depots und Arsenalen der französischen Armee haben sich dem Streik angeschlossen, den die 8000 Arbeiter des Marinearsenals in Brest am 14. Juni begonnen haben. An diesem Tag hatte der Verteidigungsminister Bourges das Marinearsenal besucht und die Absicht der Regierung erwähnt, eine Lohnkürzung, die schon im letzten Jahr „als einmalige Maßnahme" verfügt worden war, zu verlängern „bis zur Gesundung unserer Wirtschaft". Am selben Tag noch haben die Arbeiter das gesamte Werk besetzt, entgegen dem strengen Streikverbot, das dem Gesetz nach in den Militäreinrichtungen herrscht. Der Angriff der Regierung richtet sich auf eine Errungenschaft der Zivilbeschäftigten der französischen Armee, die sie 1951 in einem vierwöchigen, äußerst hart geführten Streik erkämpft hatten: die Anhebung ihrer Lohnskala auf das Niveau der Pariser Metallarbeiter. Der Regierung Barre geht es darum, sie auf das allgemeine Niveau des öffentlichen Dienstes zurückzuholen, um in den laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen leichteren Stand zu haben. Jetzt hat sie das Gegenteil. – Der Streik lähmt einen beträchtlichen Teil des militärischen Potentials des französischen Imperialismus. In der Marinewerft in Brest beispielsweise werden die Atom-U-Boote und andere Kriegsschiffe gewartet, die von monatelangen „Missionen" in den Weltmeeren zurückkehren.

60000 Arbeiter der Militärarsenale in Frankreich im Streik
z.gek.Brüssel. 60000 Arbeiter in den Werkstätten, Depots und Arsenalen der französischen Armee haben sich dem Streik angeschlossen, den die 8000 Arbeiter des Marinearsenals in Brest am 14. Juni begonnen haben. An diesem Tag hatte der Verteidigungsminister Bourges das Marinearsenal besucht und die Absicht der Regierung erwähnt, eine Lohnkürzung, die schon im letzten Jahr „als einmalige Maßnahme" verfügt worden war, zu verlängern „bis zur Gesundung unserer Wirtschaft". Am selben Tag noch haben die Arbeiter das gesamte Werk besetzt, entgegen dem strengen Streikverbot, das dem Gesetz nach in den Militäreinrichtungen herrscht. Der Angriff der Regierung richtet sich auf eine Errungenschaft der Zivilbeschäftigten der französischen Armee, die sie 1951 in einem vierwöchigen, äußerst hart geführten Streik erkämpft hatten: die Anhebung ihrer Lohnskala auf das Niveau der Pariser Metallarbeiter. Der Regierung Barre geht es darum, sie auf das allgemeine Niveau des öffentlichen Dienstes zurückzuholen, um in den laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen leichteren Stand zu haben. Jetzt hat sie das Gegenteil. – Der Streik lähmt einen beträchtlichen Teil des militärischen Potentials des französischen Imperialismus. In der Marinewerft in Brest beispielsweise werden die Atom-U-Boote und andere Kriegsschiffe gewartet, die von monatelangen „Missionen" in den Weltmeeren zurück-

Streik in britischer Marinewerft

z.mat.Liverpool. 3000 Arbeiter der britischen Marinewerft in Portsmouth haben Mitte Juni einen eintägigen Streik für höheren Lohn durchgeführt, die übrigen 3000 Arbeiter der Werft verweigerten Überstunden und alle Arbeiten, die nach Prämienlohnbedingungen durchgeführt werden. Die britische Kriegsmarine verfügt über eigene Werften in Portsmouth, Plymouth, Chatham und Rosyth (Schottland). Bis 1969 wurden auf ihnen noch Neubauten durchgeführt, seitdem nur noch Reparaturen. Vor kurzem wurde bekannt, daß die Regierung an einer Studie arbeitet, wie der Neubau von Kriegsschiffen am sichersten vor den Kämpfen der Arbeiterklasse bewahrt werden kann, die die Bourgeoisie in der Werftindustrie kommen sieht. Den britischen Imperialisten ist sehr daran gelegen, sich trotz der wachsenden Krise in der Werftindustrie eine eigene leistungsfähige Schiffbauproduktion zu erhalten. Ohne sie sind die Kriegsvorbereitungen nicht wie geplant durchführbar. In der Studie wird die Wiederaufnahme des Neubaus von Kriegsschiffen durch die Marinewerften erwogen. Die Regierung hofft, Arbeitskämpfen dort besser begegnen zu können. Der Streik der Arbeiter in Portsmouth hat nicht nur gezeigt, daß die Kampfentschlossenheit in den Marinewerften nicht geringer ist als anderswo. Er hat auch die Einheit der Arbeiterklasse unter Beweis gestellt: Die Transportarbeiter der öffentlichen Verwaltung in Portsmouth unterstützten die Aktion mit einem eintägigen Sympathiestreik.

Verkehrs-AG mußte fünf zusätzliche Busse einsetzen

r.mik. Nachdem in Braunschweig 2000 Unterschriften gegen die Verschlechterung der Verkehrsverbindungen, Streichung und Verkürzung von Buslinien gesammelt wurden und eine Bürgerversammlung im Vorort Broitzem stattfand, mußten die Verkehrsbetriebe in der letzten Woche erste Zugeständnisse machen: Fünf zusätzliche Busse wurden eingesetzt. Drei in der Mittagszeit, zwei am Abend, wodurch der Zeittakt von einer auf eine halbe Stunde verkürzt wurde. Diese Verbesserungen betreffen die Verbindung von der neueingerichteten Straßenbahn in der Weststadt nach Broitzem. Die letzten Busse fahren aber wochentags um 23.46 Uhr, am Wochenende 22.46 Uhr, und viele Arbeiter können weiterhin die Frühschicht nur mit Verspätung erreichen. Mit diesen Zugeständnissen sind die Forderungen der Betroffenen nach Wiedereinrichtung der stillgelegten Buslinien und gegen die Verschlechterung der Verkehrsverbindungen noch nicht erfüllt.

Erfolgreicher Streik: 6,5% und 2 Urlaubstage mehr

Bremen. In der letzten Woche haben ca. 200 Arbeiter bei Kaefer-Isoliertechnik drei Tage jeweils für einige Stunden Warnstreiks durchgeführt, um 7,5% mehr Lohn und 2 Tage mehr Urlaub durchzusetzen. Sie zogen dreimal zum Gewerkschaftshaus, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Die Kapitalisten mußten schließlich nachgeben und mit 6,5% und 2 Tage Urlaub abschließen.

IG Chemie Kunststoff: 6 Wochen Urlaub gefordert

Westberlin. Seit Januar '78 ist der Manteltarif der IG Chemie Kunststoff gekündigt. Die Sozialdemokraten wollen den Manteltarif der IG Chemie übernehmen, um so „die Annäherung an die Kollegen" durchzusetzen. Dabei soll die Forderung nach sechs Wochen Urlaub, die von Kollegen der Kunststoffbranche zum neuen Manteltarif aufgestellt wurde, jedoch fallengelassen werden. Die Kapitalisten versuchen die Verhandlungen bis Ende des Jahres hinauszuzögern, um Manteltarif- und Lohnverhandlungen gegeneinander auszuspielen.

Teves: Rationalisierung durch Streik zurückgeschlagen

Gifhorn. Aufgrund eines sogenannten Verbesserungsvorschlages wurden die 4-Mann-Besatzungen der Gießkarusselle 1 und 2 in der Gießerei des Teves-Werks auf 3 Mann reduziert. Um die dadurch entstandene verschärfte Arbeitshetze zu verteilen, sollten im 14tägigen Wechsel die Besatzungen der Gießkarusselle reihum ausgetauscht werden. Die Kollegen der ersten Ablösung in der Frühschicht am Montag verweigerten die Arbeit unter diesen Bedingungen, ließen den Betriebsrat kommen und forderten die Rücknahme der Rationalisierungsmaßnahme. Der Betriebsrat verhandelte daraufhin mit der Werksleitung. Als die Angelegenheit bis zur Spätschicht noch nicht geregelt war, wurde durch einen halbstündigen Streik in der gesamten Gießerei erreicht, daß die Maßnahme von der Werksleitung zurückgenommen wurde.

Westberlin. Seit Januar '78 ist der Manteltarif der IG Chemie Kunststoff gekündigt. Die Sozialdemokraten wollen den Manteltarif der IG Chemie übernehmen, um so „die Annäherung an die Kollegen" durchzusetzen. Dabei soll die Forderung nach sechs Wochen Urlaub, die von Kollegen der Kunststoffbranche zum neuen Manteltarif aufgestellt wurde, jedoch fallengelassen werden. Die Kapitalisten versuchen die Verhandlungen bis Ende des Jahres hinauszuzögern, um Manteltarif- und Lohnverhandlungen gegeneinander auszuspielen.

Teves: Rationalisierung durch Streik zurückgeschlagen

Gifhorn. Aufgrund eines sogenannten Verbesserungsvorschlages wurden die 4-Mann-Besatzungen der Gießkarusselle 1 und 2 in der Gießerei des Teves-Werks auf 3 Mann reduziert. Um die dadurch entstandene verschärfte Arbeitshetze zu verteilen, sollten im 14tägigen Wechsel die Besatzungen der Gießkarusselle reihum ausgetauscht werden. Die Kollegen der ersten Ablösung in der Frühschicht am Montag verweigerten die Arbeit unter diesen Bedingungen, ließen den Betriebsrat kommen und forderten die Rücknahme der Rationalisierungsmaßnahme. Der Betriebsrat verhandelte daraufhin mit der Werksleitung. Als die Angelegenheit bis zur Spätschicht noch nicht geregelt war, wurde durch einen halbstündigen Streik in der gesamten Gießerei erreicht, daß die Maßnahme von der Werksleitung zurückgenommen wurde.

Streik der französischen Stahlarbeiter der Acieries de Pompey

z.fbe.Saarbrücken. Nach 14 Tagen Streik haben die Stahlarbeiter der Acieries de Pompey, einer Tochter des de Wendel-Konzerns, die Arbeit am 21. Juni wieder aufgenommen. Der Streik richtete sich gegen die von den Stahlkapitalisten angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen. 600 Arbeiter sollten entlassen werden, damit das Werk „lebenskräftig" bleiben könne. Weitere Forderungen des Streiks waren: Erhöhung der Löhne je nach Arbeitsplatzbeschreibung, gestaffelt zwischen 12 und 49 Centimes (5 bis 21 Pfennig pro Stunde), Herausgabe der Arbeitsplatzbewertung für die Arbeit des ersten Hochofenschmelzers durch die Geschäftsleitung, was den Arbeitern bisher verweigert wurde. Der Streik wurde von den Hochofenarbeitern am 6. Juni begonnen, am selben Tag noch wurde er auf alle Abteilungen des Werks ausgedehnt. Am 9. Juni wurde eine außerordentliche Sitzung des Betriebsrates durchgeführt, auf der festgestellt wurde, daß die Betriebsleitung jegliche Verhandlung ablehnte. Daraufhin legten die Hochofenarbeiter die Arbeit nieder, ließen also auch die Hochöfen stillstehen, die dann erloschen. Die Betriebsleitung drohte daraufhin, das gesamte Werk in Nancy zu schließen. Die Lohnerhöhung sowie die Arbeitsplatzbeschreibung für die Arbeit des ersten Hochofenschmelzers konnten von den Arbeitern im Kampf gegen die Stahlkapitalisten durchgesetzt werden. Die Rücknahme der von den Stahlkapitalisten angekündigten Entlassungen konnte von den Arbeitern bisher nicht erkämpft werden.

Der Steuerdruck vollstreckt den Ruin des Handwerkers

Politische Übereinstimmung zwischen Arbeitern und kleinen Handwerksmeistern gegen das Steuersystem

z.frb. Von den im März 1968 gezählten 520000 Handwerksunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten war ein Viertel – 132000 Unternehmen – bis zum März vorigen Jahres vernichtet. Sie sind Opfer der kapitalistischen Konkurrenz; größere Kapitalisten haben sie niederkonkurriert und geschluckt. Gesetzmäßig ziehen die Monopole alle Bereiche der Produktion immer vollständiger in ihren Schlund.

Bei dieser massenhaften Enteignung selbstarbeitender Handwerksmeister spielt das Steuersystem eine herausragende Rolle. Es wirkt als Katalysator, der das Tempo der Ruinierung vervielfacht, es ist der Haupthebel, mit dem Tausende von selbständigen Produzenten Monat für Monat von ihren Produktionsmitteln getrennt werden.

Drei Steuern sind es, die die hauptsächlichen Exekutionsmittel ausmachen. Die *Einkommensteuer*, die *Gewerbesteuer* und die *Mehrwertsteuer* (wie die Umsatzsteuer genannt wird).

Die Einkommenssteuer besteuert den Gewinn, den der Handwerker aus seinem Betrieb zieht. Es gilt derselbe Tarif, der auch für die Besteuerung des Lohnes zur Anwendung kommt. Und wie den Arbeiter, so treibt schon die bloße Inflation auch den Handwerker in die Progressionsmauer – während die großen Kapitalgesellschaften mit dem gleichbleibenden Steuersatz der Körperschaftssteuer besteuert werden. Zudem wirkt der Steuerdruck schon durch die Ermittlung der Kosten und damit des Gewinns. Für sein fixes Kapital darf der Handwerker nur den Teil als Kosten anrechnen, der der steuerlich genehmigten Abschreibung für Abnutzung entspricht – auch wenn er eine ganze Maschine kaufen mußte. Der große Kapitalist kann die Gelder, die sich Portion für Portion für den Ersatz der verbrauchten Maschinerie ansammeln, schon mit der ersten Teilmenge in den Ersatz einer ganz anderen Maschine investieren und dadurch erneut Abschreibungskosten in Anrechnung bringen. Der kleine Handwerksmeister kann diesen Vorteil nicht nutzen, denn er muß sich das Geld aufsparen, bis er nach fünf, zehn oder 15 Jahren seine Maschinerie vollständig ersetzen muß.

Zur Progression der Einkommenssteuer tritt die Wirkung der Gewerbesteuer. Neben der Lohnsummensteuer, die nur in einigen Gemeinden erhoben wird, wird sie als Gewerbeertragssteuer und als Gewerbekapitalsteuer erhoben. Zu ihrer Ermittlung wird zunächst eine Steuermeßzahl errechnet. Sie beträgt bei der Ertragssteuer 5% des Gewinns und 2 Promille des Einheitswertes bei der Kapitalsteuer. Für einen Gewinn von 10000 DM wäre also die Steuermeßzahl 500 DM, für ein Kapital von 100000 DM wäre sie 200 DM. Auf diese Steuermeßzahl wird der Hebesatz angewendet, den jede Gemeinde unterschiedlich festlegt, bzw. mit den großen Kapitalisten am Ort aushandelt. Im Durchschnitt beträgt er 300 Prozent, so daß der Gewerbeertrag mit etwa 15% und das Gewerbekapital mit etwa 0,6% besteuert werden. Bis Ende letzten Jahres galten bis zu einem Gewerbeertrag von 16800 DM (im Jahr) gestaffelte Sätze für die Errechnung der Steuermeßzahl. Zwar wurden zum 1. Januar die Freibeträge insgesamt erhöht, gleichzeitig aber die gestaffelten Sätze gestrichen, so daß die Besteuerung jetzt bei 24000 DM mit einem Sprung auf 15% beginnt.

Am ruinösesten auf das Handwerk wirkt die Mehrwertsteuer. Sie besteuert nicht nur wie die Gewerbesteuer den Handwerker „gleich" wie das Monopol, sondern auch noch mit höherem Steuersatz. Da die Mehrwertsteuer den neuproduzierten Wert proportional mit 12 (bzw. 6) Prozent besteuert, ist die relative Besteuerung des Profits umso höher, je geringer der Teil des Profits am neuproduzierten Wert, d.h., je mehr er unter dem Durchschnitt liegt. Ist der Neuwert 100 DM und der Profit daran 50 DM, so ist die prozentuale Besteuerung des Profits natürlich geringer, als wenn von den 100 DM nur 20 DM Profit sind.

Es hilft dem Handwerker hierbei wenig, wenn ihm erklärt wird, er könne die Steuer ja „überwälzen", d.h., auf den Preis aufschlagen. Ohnehin produziert er in aller Regel mit geringerer Produktivität, als der große Kapitalist in seiner Fabrik produzieren läßt. So lasten auf der einzelnen Ware höhere Produktionskosten, und er muß sie unter ihrem individuellen Wert verkaufen. Wie also noch die Steuer „aufschlagen"? Er zahlt sie aus seinem Gewinn.

Die Umsatzsteuerstatistik beweist, daß der Handwerker durch die Mehrwertsteuer tatsächlich höher besteuert wird als der Fabrikant. Zwar ist der Steuersatz für den Umsatz gleich (12 bzw. 6%), aber die im Preis der Rohstoffe und der Maschinerie enthaltene Mehrwertsteuer kann als Vorsteuer abgezogen werden, so daß nur der der Ware neu hinzugesetzte Wert besteuert wird. Die geringere Produktivität im Handwerk drückt sich aber gerade darin aus, daß dieser Anteil am Gesamtwert der Ware höher ist als in der Industrie. So konnten 1977 die Industrieunternehmen von der Mehrwertsteuer, die sie für den Fiskus von ihren Kunden kassierten, 82 Prozent als Vorsteuer abziehen, die Handwerker (nur produzierendes Gewerbe) aber konnten nur 63 Prozent abziehen, so daß sie 37 Prozent an den Staatsapparat entrichten mußten, die Industrieunternehmen dagegen nur 18% von der Mehrwertsteuer, die auf dem Endpreis der von ihnen verkauften Waren lastet. Auf den Umsatz gerechnet heißt dies, daß die Industriekapitalisten 1,4% an Umsatzsteuer entrichten mußten, die Handwerksunternehmen aber 3,5% ihres Umsatzes.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß sich die Arbeiter und die kleinen Handwerker im Kampf für die Abschaffung aller indirekten Steuern und 1500 DM Steuerfreibetrag zusammenschließen können. Die angekündigten Steueränderungen, die demagogisch Erleichterungen für die kleinen Handwerker versprechen, schrauben in Wirklichkeit das Würgeeisen noch weiter zu. Tausende ruinierter Handwerker werden auf den Arbeitsmarkt geworfen und verstärken den Druck der Reservearmee. Monopole übernehmen ihre bisherigen Geschäfte und machen ihr Monopol über die Produktions- und Lebensmittel der Gesellschaft noch vollständiger. Dies dient weder den Interessen der Arbeiter noch den Interessen der kleinen Handwerker.

Sachverständigenrat zur Verschärfung der Steuerschraube

In seinem letzte Woche vorgelegten Sondergutachten fordert der Sachverständigenrat eine „mäßige Rücknahme" der Einkommens- und Lohnsteuer, sowie eine (kräftige) Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das Ziel dieser Steueränderungen ist die noch vollkommenere Besteuerung der Volksmassen. In seinem Gutachten letzten November schrieb der Rat dazu: „Unter mittelfristigen Gesichtspunkten besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Reform des Steuersystems so voranzutreiben, daß die Abgabenlast weiter von investitionshemmenden zu investitionsfreundlichen Steuern hin verlagert wird, und solchen Staatsausgaben hohen Rang zuzuerkennen, die privaten Investitionen förderlich sind." An der Einkommen- und Körperschaftssteuer bemängeln die Professoren, daß sie unabhängig davon erhoben werde, „ob die Einkommen und Erträge bei der Produktion und Verteilung von Gütern für den Konsum oder für die Investition erwirtschaftet werden." Dagegen wird gelobt: „Die Mehrwertsteuer hingegen läßt Investitionsgüter zunächst steuerfrei ... Belastet wird nur der Konsum." – und zwar auch der Konsum des Rentners und des Arbeitslosen.

Der Alltag des „Bäckers an der Ecke"

r.chs. 250 Bäckerhandwerksbetriebe gibt es im Innungsbereich Hannover zur Zeit, die zusammen nochmal 100 Filialen betreiben. 1977 hatten diese Betriebe einen Umsatzzuwachs gegenüber 1976 von 7,9%, preisbereinigt bleiben noch 3,5 bis 4%. Also hat Handwerk doch goldenen Boden?

Anzahl der Betriebe am Ende des Kalenderjahres

1963	6380	1973	4509
1965	6052	1974	4346
1967	5805	1975	4225
1969	5423	1976	4099
1971	4951	1977	4008

1977 war die letzte Handwerkszählung, deren Ergebnisse bisher jedoch noch nicht vorliegen. Wir müssen da-

nommen, die Betriebe mit einem Beschäftigten sogar um 28,2%. Leicht angestiegen ist die Anzahl der Betriebe mit fünf bis neun Beschäftigten (5,7%), einen Zuwachs von jeweils mehr als 25% hatten dagegen die Betriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten sowie mit über 20 Beschäftigten. Die Schärfe des Konkurrenzkampfes drückt die Tatsache aus, daß den höchsten Umsatz pro Beschäftigten die Betriebe mit zwei bis vier Beschäftigten verzeichnen.

Umsatz pro Beschäftigten in Tsd.

Betriebe mit	1962	1968
1 Beschäftigtem	34	31
2 bis 4 Besch.	32	48
5 bis 9 Besch.	31	37
10 bis 19 Besch.	32	35

muß meist noch die gesamte Familie des Bäckers mitarbeiten. Zugleich drückt die Steigerung des Umsatzes pro Beschäftigten aus, daß in der handwerklichen Produktion eine Umwälzung vollzogen wurde. Statt der einfachen Brötchenteilmaschinen z.B., wo hinterher von Hand geformt und aufgesetzt werden mußte, wurden die Vorläufer der modernen Brötchenstraßen, wie sie in den Fabriken heute stehen, erforderlich, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Haben die Bäcker in der Stadt noch die Möglichkeit, z.B. ausschließlich Brötchen zu backen, sind besonders die Bäcker auf dem Lande gezwungen, ihre ganze Familie schuften zu lassen, weil sie weniger die Möglichkeit haben, sich zu spezialisieren. Sie müssen

nen reinigen usw. Für die Beschäftigten und die mitarbeitenden Bäckermeister geht der Tag oft von morgens halb fünf bis in den Nachmittag. Wenn die Kuchen geschnitten und die Torten fertig sind, ist es oft 15 oder 16 Uhr. Dann gibt es eine kurze Unterbrechung, und abends, spätestens ab 20 Uhr, müssen die Sachen für den nächsten Tag gerichtet werden.

„Nachwuchssorgen hat das Bäckerhandwerk zur Zeit aber nicht", stellt die FAZ am 12.6. fest in der Rubrik „Was werden?". 194000 waren 1977 insgesamt im Bäckerhandwerk beschäftigt, darunter 23000 Jugendliche in Ausbildung. Die meisten Bäcker scheuen sich jedoch, heute einen Betrieb zu übernehmen. Die FAZ bemängelt die fehlende Risikobereit-

zuzuerkennen, die privaten Investitionen förderlich sind." An der Einkommen- und Körperschaftssteuer bemängeln die Professoren, daß sie unabhängig davon erhoben werde, „ob die Einkommen und Erträge bei der Produktion und Verteilung von Gütern für den Konsum oder für die Investition erwirtschaftet werden." Dagegen wird gelobt: „Die Mehrwertsteuer hingegen läßt Investitionsgüter zunächst steuerfrei ... Belastet wird nur der Konsum." – und zwar auch der Konsum des Rentners und des Arbeitslosen.

ersetzen muß.

Zur Progression der Einkommenssteuer tritt die Wirkung der Gewerbesteuer. Neben der Lohnsummensteuer, die nur in einigen Gemeinden erhoben wird, wird sie als Gewerbeertragssteuer und als Gewerbekapitalsteuer erhoben. Zu ihrer Ermittlung wird zunächst eine Steuermeßzahl errechnet. Sie beträgt bei der Ertragssteuer 5% des Gewinns und 2 Promille des Einheitswertes bei der Kapitalsteuer. Für einen Gewinn von 10000 DM wäre

wenig, wenn ihm erklärt wird, er könne die Steuer ja „überwälzen", d.h., auf den Preis aufschlagen. Ohnehin produziert er in aller Regel mit geringerer Produktivität, als der große Kapitalist in seiner Fabrik produzieren läßt. So lasten auf der einzelnen Ware höhere Produktionskosten, und er muß sie unter ihrem individuellen Wert verkaufen. Wie also noch die Steuer „aufschlagen"? Er zahlt sie aus seinem Gewinn.

Die Umsatzsteuerstatistik beweist,

nen Handwerker versprechen, schrauben in Wirklichkeit das Würgeeisen noch weiter zu. Tausende ruinierter Handwerker werden auf den Arbeitsmarkt geworfen und verstärken den Druck der Reservearmee. Monopole übernehmen ihre bisherigen Geschäfte und machen ihr Monopol über die Produktions- und Lebensmittel der Gesellschaft noch vollständiger. Dies dient weder den Interessen der Arbeiter noch den Interessen der kleinen Handwerker.

Der Alltag des „Bäckers an der Ecke"

r.chs. 250 Bäckerhandwerksbetriebe gibt es im Innungsbereich Hannover zur Zeit, die zusammen nochmal 100 Filialen betreiben. 1977 hatten diese Betriebe einen Umsatzzuwachs gegenüber 1976 von 7,9%, preisbereinigt bleiben noch 3,5 bis 4%. Also hat Handwerk doch goldenen Boden?

Anzahl der Betriebe am Ende des Kalenderjahres

1963	6380	1973	4509
1965	6052	1974	4346
1967	5805	1975	4225
1969	5423	1976	4099
1971	4951	1977	4008

1977 war die letzte Handwerkszählung, deren Ergebnisse bisher jedoch noch nicht vorliegen. Wir müssen daher auf Zahlen von 1968 zurückgreifen. Die jüngere Entwicklung ist eher noch krasser.

1968 hatten die meisten Betriebe eine Größenordnung von zwei bis vier Beschäftigten, 3207 von 5507 am 31.3.1968. Gegenüber 1963 hat diese Betriebsklasse um 22,5% abgenommen, die Betriebe mit einem Beschäftigten sogar um 28,2%. Leicht angestiegen ist die Anzahl der Betriebe mit fünf bis neun Beschäftigten (5,7%), einen Zuwachs von jeweils mehr als 25% hatten dagegen die Betriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten sowie mit über 20 Beschäftigten. Die Schärfe des Konkurrenzkampfes drückt die Tatsache aus, daß den höchsten Umsatz pro Beschäftigten die Betriebe mit zwei bis vier Beschäftigten verzeichnen.

Umsatz pro Beschäftigten in Tsd.

Betriebe mit	1962	1968
1 Beschäftigtem	34	31
2 bis 4 Besch.	32	48
5 bis 9 Besch.	31	37
10 bis 19 Besch.	32	35
20 und mehr	32	44

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten pro Betrieb ist in diesem Zeitraum fast gleich geblieben. Der goldene Boden des Handwerks besteht darin, daß fast der gesamte Tag der Handwerker und der Beschäftigten im Handwerk zum Arbeitstag wird. Dazu muß meist noch die gesamte Familie des Bäckers mitarbeiten. Zugleich drückt die Steigerung des Umsatzes pro Beschäftigten aus, daß in der handwerklichen Produktion eine Umwälzung vollzogen wurde. Statt der einfachen Brötchenteilmaschinen z.B., wo hinterher von Hand geformt und aufgesetzt werden mußte, wurden die Vorläufer der modernen Brötchenstraßen, wie sie in den Fabriken heute stehen, erforderlich, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Haben die Bäcker in der Stadt noch die Möglichkeit, z.B. ausschließlich Brötchen zu backen, sind besonders die Bäcker auf dem Lande gezwungen, ihre ganze Familie schuften zu lassen, weil sie weniger die Möglichkeit haben, sich zu spezialisieren. Sie müssen meist Brötchen, Brot und Feingebäck backen.

Morgens muß die Bäckersfrau neben der Bedienung im Laden die Füllungen für die Feinbackwaren kochen und zurichten. Meist nach der Schule werden die Kinder eingespannt: Glasieren und Zuckergußstreichen, Formenwaschen, Bleche putzen, Maschinen reinigen usw. Für die Beschäftigten und die mitarbeitenden Bäckermeister geht der Tag oft von morgens halb fünf bis in den Nachmittag. Wenn die Kuchen geschnitten und die Torten fertig sind, ist es oft 15 oder 16 Uhr. Dann gibt es eine kurze Unterbrechung, und abends, spätestens ab 20 Uhr, müssen die Sachen für den nächsten Tag gerichtet werden.

„Nachwuchssorgen hat das Bäckerhandwerk zur Zeit aber nicht", stellt die FAZ am 12.6. fest in der Rubrik „Was werden?". 194000 waren 1977 insgesamt im Bäckerhandwerk beschäftigt, darunter 23000 Jugendliche in Ausbildung. Die meisten Bäcker scheuen sich jedoch, heute einen Betrieb zu übernehmen. Die FAZ bemängelt die fehlende Risikobereitschaft und das, obwohl es verschiedene „Kredithilfen" gibt. Der Grund liegt umgekehrt darin, weil kein Handwerker ohne diese Kredithilfen auskommen kann. „Die Einrichtung eines Bäckereibetriebes setzt ein Mindestkapital von rund einer halben Million voraus." (FAZ, 12.6.) – Da bürgen Kredite für einen festen Würgegriff.

Mobilmachung der Studenten für den Arbeitsdienst

r.düb. Am 1.10.1978 tritt das Niedersächsische Hochschulgesetz in Kraft. Wissenschaftsminister Pestel hat in seiner „Einbringungsrede" zum Landeshaushalt '78 zur Studienreform ausgeführt: „Als wesentlichen Auftrag der inhaltlichen Studienreform sehe er daher eine verbesserte Verbindung von Studium und beruflicher Praxis, eine Orientierung der Studienziele an breiten beruflichen Tätigkeitsfeldern, an den Zielen der beruflichen Anpassungsfähigkeit und Mobilität ... an." (Niedersächsischer Städteverband, Nachrichten für Städte, Gemeinden) Das werde u.a. zum „Abbau von Einkommensvorteilen" führen. Im NHG ist dazu ein differenziertes System von Studiengängen festgelegt. Die Ähnlichkeit mit dem Kurs- und Aussiebsystem, wie man es von den Gesamtschulen kennt, ist bestimmt kein Zufall.

In § 14 ist festgehalten, daß „als berufsqualifizierend ... auch der Abschluß eines Studienganges (gilt), durch den die fachliche Eignung für einen beruflichen Vorbereitungsdienst oder eine berufliche Einführung vermittelt wird". Für die „Heranbildung" des „wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses" sollen dann darauffolgende „Aufbaustudien" sorgen. Aussiebung einer kleinen Zahl wissenschaftlicher Bourgeoiskader aus einer Masse im Lohn gedrückter Hochschulabsolventen, die mit dem Studium das Recht auf „berufliche Einführung" erwerben, ist der Gehalt dieser Maßnahmen.

Die Kapitalisten haben in den Studienreformkommissionen „beratende Stimme". Die Gartenbaukapitalisten haben gleich eröffnet, wie sie sich die Steigerung der „Mobilität" der jugendlichen Arbeitskraft der Gartenbaustudenten vorstellen: „Der Zentralausschuß fordert die ... Kultusminister auf, ... ein einjähriges Praktikum vorzuschreiben, das vor Studienbeginn abzuleisten und mit einer Praktikantenprüfung abzuschließen ist." (Zentralverband Gartenbau (ZVG)-Informationsdienst) Sowieso würden sie nur solchen Bewerbern „bei der Einstellung den Vorzug geben". Von 10 als Ausbildungszentren anerkannten Gartenbaubetrieben im Bezirk Hannover zahlten: ein Betrieb 450 DM im Monat, einer 400 DM und acht Betriebe 280 DM Lohn. Im „Mustervertrag für nicht immatrikulierte Praktikanten" empfiehlt der Zentralverband die 280 DM als Richtschnur, für die immatrikulierten Studenten die Anrechnung des BAFöG. Konkret ist dieses Praktikum Arbeitsdienst.

In der letzten Woche hat die Bundesregierung 22 „Orientierungspunkte" vorgelegt – ausgearbeitet von Bildungsminister Schmude: „... die auf breite Zustimmung angelegten Thesen sollten die Verständigung in der Studienreformkommission ... erleichtern und beschleunigen". Angelegt auf die Zustimmung der Kapitalisten bei der Ausrichtung des Studiums auf Arbeitsdienst für die Masse der Studenten soll „das Studium in den meisten Disziplinen noch stärker als bisher auf ein Berufs- oder Tätigkeitsfeld vorbereiten. Ein stärkerer Praxisbezug soll vor allem im Studium selbst hergestellt werden – in der privaten Wirtschaft sollten verstärkt Arbeitsplätze für Studienabsolventen geschaffen werden – Studenten soll verstärkt unmittelbare Anschauung und eigene berufspraktische Tätigkeit angeboten werden. Grundsätzlich soll jeder erste Abschluß berufsqualifizierend sein" – und damit niemand bei diesen Orientierungspunkten auf falsche Ideen kommt, „müßten die Studenten ihre Karriere- und Einkommensvorstellungen neu orientieren und einsehen, daß die berufliche Befriedigung im wesentlichen von der Qualität der Arbeit und nicht vom Einkommen abhänge" (Handelsblatt, 19.6.).

Um die Abrichtung der Studenten auf das imperialistische Programm der westdeutschen Finanzbourgeoisie zu erreichen, muß die Bourgeoisie die Konkurrenz unter den Studenten gewaltig steigern. Dem dient die Einführung neuer Studien- und Prüfungsordnungen in allen Fachbereichen mit dem NHG, die Einführung des Fernstudiums, wo die Studenten im Modellversuch „Fernstudium im Medienverbund" an der TU Hannover bis zum Vordiplom zu Hause alleine sitzen und lernen und die strikte Unterbindung aller Zusammenschlüsse der Studenten sowie die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft.

Der Zwang zu Monokulturen zerstört den fruchtbaren Boden und beschleunigt die Vernichtung der kleinen Bauern

r.scd. Die natürliche Beschaffenheit des Bodens, die chemische Zusammensetzung und der Gehalt an Nährstoffen führt im Kapitalismus in der Landwirtschaft zu einem zunehmenden Anbau von Monokulturen. In Norddeutschland am Beispiel Niedersachsens läßt sich diese Entwicklung deutlich nachvollziehen. Im Raum Hildesheim, Braunschweig und Uelzen befinden sich die Ackerbaubetriebe mit Schwerpunkt Getreide- und Zuckerrübenanbau. Der hier vorzufindende Lößboden, ein tief humoser, fruchtbarer Boden mit hohem Anteil wichtiger Mineralien und hohem Speichervermögen für pflanzenverfügbares Wasser, ermöglicht pro Hektar Erträge, die weit über Landesdurchschnitt liegen.

An der Nordseeküste in den typischen Marschgebieten und zum Teil in der anschließenden Geest liegen die Futterbaubetriebe und Betriebe mit Viehhaltung, insbesondere mit Milchvieh. Veredelungsbetriebe, worunter im wesentlichen die Schweinezucht zu verstehen ist, gibt es südlich der Futteranbaugebiete. Hier ist die Bodenbeschaffenheit zweitrangig, entscheidend ist die Nähe zum Futter, also geringe Transportkosten und die Nähe zum Hafen für die Ausfuhr des Fleisches. Das restliche Land setzt sich aus landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben und Sonderkulturen zusammen, wobei die Gemischtbetriebe an der Peripherie zu Markt- bzw. Futterbaubetrieben übergehen.

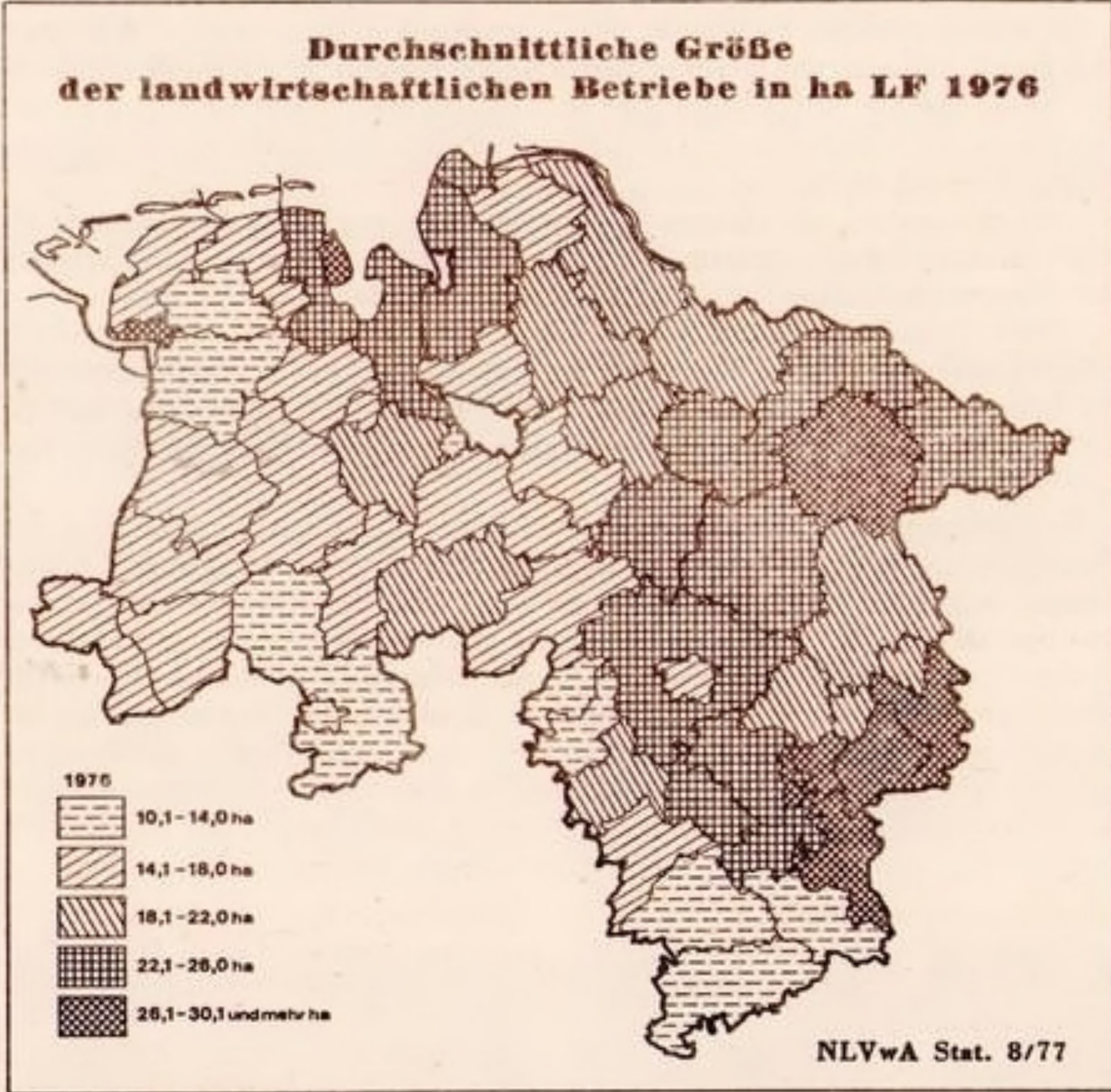
Der Bauer muß, befindet sich sein Land in einem dieser Gebiete, das anbauen, was der Boden am meisten hergibt. Der Anbau vielseitiger Produkte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung ist im Kapitalismus nicht das Primat, sondern der Höchstbetrag je ha Weizen, Zuckerrüben, Futter oder Milch pro Kuh bis zur völligen Auslaugung des Bodens und im ständigen Überlebenskampf gegen den Konkurrenten. Ausgehend vom Durchschnittspreis, der gezahlt wird, versucht der Bauer stets, seine pro-ha-Erträge zu steigern, um Werte über dem Landesdurchschnitt und damit einen höheren Gewinn zu erzielen.

Durch Düngung, Bewässerung und Verbesserung der Bearbeitungsweise mittels Maschinen gewinnt man zwar auch schlechtem Boden gute Erträge ab, aber diese Möglichkeiten lassen sich auf alle Gebiete anwenden und, sofern der Bauer überhaupt die Möglichkeit hat, Maschinen und teuren Dünger zu kaufen, stellt sich ein Durchschnitt auf höherer Stufenleiter ein. Die Erhöhung des konstanten Kapitals, stetig steigend durch Kauf von neuen Maschinen, Saat und nicht zuletzt durch notwendiges Zupachten von Land, um gegenüber dem Konkurrenten vorteilhafter zu produzieren, bewirkt einen ständigen Fall der Profitrate. Die Fruchtbarkeit der Böden von Teilen des Landes, wie anfangs bereits beschrieben, wird zum entscheidenden Mittel zur Erlangung von Extraprofiten.

	Nds. Nordseemarschen u. Geesten	Nds. Flußauen und Heidegeb.	Braunschweig/ Hildesh. Lößbörden
Gewinn DM/ha	993	941	1 289

(Aus: Agrarbericht 1978, Ergebnisse der Haupterwerbsgebiete nach Wirtschaftsgebieten. Wirtschaftsjahr 1976/77)

Man möchte nun fast meinen, daß dies auch für die Kleinbauern auf solchen Böden zutrifft. Gewiß erwirtschaftet auch der Kleinbauer in diesen Gebieten höhere Erträge als im Durchschnitt, aber die Statistik über Abnahme von Betrieben, gerade in dem Gebiet der Hildesheimer Börde (ausgesuchte Kreise Hildesheim, Salzgitter, Wolfenbüttel und Alfeld) zeigt eine Abnahme der Betriebe von 0,5 bis 10 ha um 50% im Zeitraum von 1967 bis 1976 gegenüber 40% im Durchschnitt Niedersachsens. Das ist Ausdruck der schärferen Konkurrenz, die sich aus der Konzentration dieses Produktionszweiges auf diesem engen Raum ergibt. Setzt man die Fruchtbarkeit des Bodens in diesem Gebiet als gleich voraus, ist die Größe der Landfläche entscheidend bei dem Gewinn je ha, weil die Bewirtschaftung viel profitabler erfolgen kann. Und bei dem Zwang, in solchen fruchtbaren Gebieten zu investieren, ist die Konzentration von Kapital weitaus größer als dies vielleicht in der Heide der Fall ist. Der „Landhunger" in diesen Gebieten ist besonders stark. Wird der Kleinbauer nicht mangels Kapital ausgebootet, hilft der Staat mit „Förder- und Hilfsmaßnahmen" nach. Einzelbetriebliche Förderung, laut Richtlinien zwar für jeden gut wirtschaftenden Betrieb erhältlich, wird in der Praxis nur solchen Betrieben gewährt, die voll nach Gegebenheit des Bodens und besonders hohen Erträgen arbeiten. Das geplante Pachtgesetz soll die Voraussetzung schaffen, daß gepachtetes Land schneller neuen besser wirtschaftenden Betrieben zugeführt werden kann.



Eine Untersuchung der Betriebsgrößenstruktur in Niedersachsen ergab 1976, daß in den Markfrucht- und Futteranbaugebieten sich die größten Betriebe, nämlich im Durchschnitt mit 26,1 bis 30,1 ha und mehr befinden. Die Spezialisierung und Konzentration in der Landwirtschaft wird noch durch einen weiteren Faktor vorangetrieben. Landwirtschaftliche Erzeugnisse gelangen heute kaum noch auf Märkte, auf denen die Bauern selber als Verkäufer auftreten. Großhändler, Genossenschaften und Fabriken kaufen die Erzeugnisse direkt auf, verarbeiten einen Teil und verkaufen weiter. So findet man inmitten der Ackerbaugebiete die Verarbeitungskapitalisten, z.B. in Uelzen die größte Zuckerfabrik Norddeutschlands, die voll darauf ausgerichtet ist, die Zuckerrüben dieses Gebiets zu verarbeiten. Kein Bauer von der Küste wird auf die Idee kommen, Zuckerrüben im großen Umfang anzubauen, um dann hohe Transportkosten für den Transport nach Uelzen zu bezahlen.

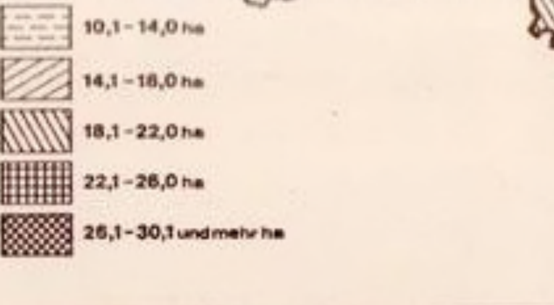
Steigerung und gleichzeitige Vernichtung der gesellschaftlich produzierten Werte sind Ausdruck der privaten Aneignung. Das Streben nach hohen Extraprofiten verdreht die Möglichkeiten der Ertragssteigerung und besseren Nutzung des Bodens genau in das Gegenteil. Das Privateigentum ist die Fessel der Produktivkräfte. Jeder Versuch des Kleinbauern, die Produktivkräfte zu steigern bei Aufrechterhaltung des Privateigentums, führt unweigerlich in die Vernichtung. Der einzige Weg, diese Fessel zu sprengen, ist die Abschaffung des Privateigentums und der Aufbau einer Kollektivwirtschaft im Sozialismus.

wirtschaftlichen Gemischtbetrieben und Sonderkulturen zusammen, wobei die Gemischtbetriebe an der Peripherie zu Markt- bzw. Futterbaubetrieben übergehen.

Der Bauer muß, befindet sich sein Land in einem dieser Gebiete, das anbauen, was der Boden am meisten hergibt. Der Anbau vielseitiger Produkte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung ist im Kapitalismus nicht das Primat, sondern der Höchstbetrag je ha Weizen, Zuckerrüben, Futter oder Milch pro Kuh bis zur völligen Auslaugung des Bodens und im ständigen Überlebenskampf gegen den Konkurrenten. Ausgehend vom Durchschnittspreis, der gezahlt wird, versucht der Bauer stets, seine pro-ha-Erträge zu steigern, um Werte über dem Landesdurchschnitt und damit einen höheren Gewinn zu erzielen.

Durch Düngung, Bewässerung und Verbesserung der Bearbeitungsweise mittels Maschinen gewinnt man zwar auch schlechtem Boden gute Erträge

Abnahme von Betrieben, gerade in dem Gebiet der Hildesheimer Börde (ausgesuchte Kreise Hildesheim, Salzgitter, Wolfenbüttel und Alfeld) zeigt eine Abnahme der Betriebe von 0,5 bis 10 ha um 50% im Zeitraum von 1967 bis 1976 gegenüber 40% im Durchschnitt Niedersachsens. Das ist Ausdruck der schärferen Konkurrenz, die sich aus der Konzentration dieses Produktionszweiges auf diesem engen Raum ergibt. Setzt man die Fruchtbarkeit des Bodens in diesem Gebiet als gleich voraus, ist die Größe der Landfläche entscheidend bei dem Gewinn je ha, weil die Bewirtschaftung viel profitabler erfolgen kann. Und bei dem Zwang, in solchen fruchtbaren Gebieten zu investieren, ist die Konzentration von Kapital weitaus größer als dies vielleicht in der Heide der Fall ist. Der „Landhunger" in diesen Gebieten ist besonders stark. Wird der Kleinbauer nicht mangels Kapital ausgebootet, hilft der Staat mit „Förder- und Hilfsmaßnahmen" nach. Einzelbetriebliche



Eine Untersuchung der Betriebsgrößenstruktur in Niedersachsen ergab 1976, daß in den Markfrucht- und Futteranbaugebieten sich die größten Betriebe, nämlich im Durchschnitt mit 26,1 bis 30,1 ha und mehr befinden. Die Spezialisierung und Konzentration in der Landwirtschaft wird noch durch einen weiteren Faktor vorangetrieben. Landwirtschaftliche Erzeugnisse gelangen heute kaum noch auf Märkte, auf denen die Bauern selber als Verkäufer auftreten. Großhändler, Genossenschaften und Fabriken kaufen die Erzeugnisse direkt auf, verarbeiten einen Teil und verkaufen weiter. So findet man inmitten der Ackerbauge-

Steigerung und gleichzeitige Vernichtung der gesellschaftlich produzierten Werte sind Ausdruck der privaten Aneignung. Das Streben nach hohen Extraprofiten verdreht die Möglichkeiten der Ertragssteigerung und besseren Nutzung des Bodens genau in das Gegenteil. Das Privateigentum ist die Fessel der Produktivkräfte. Jeder Versuch des Kleinbauern, die Produktivkräfte zu steigern bei Aufrechterhaltung des Privateigentums, führt unweigerlich in die Vernichtung. Der einzige Weg, diese Fessel zu sprengen, ist die Abschaffung des Privateigentums und der Aufbau einer Kollektivwirtschaft im Sozialismus.

Frischobst so gut wie unerschwinglich

EG-Statistik zum Obstanbau: die kleinen Produzenten werden vernichtet, die Agrarkapitalisten kassieren

z.bil. Das Gesetz über Bodennutzung und Ernteerhebung aus dem Jahre 1964 soll an die EG-Richtlinien angepaßt werden. Es sieht die Zwangserhebung über gewisse Angaben vor, die die westdeutsche Kapitalistenklasse für nützlich erachtet: Bodennutzung,

Schlachtbulletin, als Zielsetzung gibt der Gesetzentwurf an: „Raumordnung, Verkehrs- und Landschaftsplanung erfordern die Kenntnis der Struktur außerlandwirtschaftlich genutzter Flächen". Es ist jetzt schon absehbar, mit den „Ergebnissen" dieser Erhe-

der Durchschnitt ist, der alle teuren und billigen Obstsorten umfaßt), muß die Arbeiterfamilie 2 Mark für dasselbe Pfund hinlegen. Der Konsum von Frischobst hat sich innerhalb der notwendigen Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse nicht nur mengenmä-

macht es gut das Doppelte aus, was der Bourgeois für Äpfel ohne Kunstdünger und der besten Sorte bezahlt und die Arbeiterfamilie für den wässrigen von der billigsten Sorte. Es sind Welten, die zwischen dem Konsum der Bourgeoisklasse und dem der Arbei-

lich vertretbare Höchstmengen in Kauf genommen werden."

Pakistan: Nahrungsmittelselbstversorgung geplant

z.rua. Am 1. Juli tritt in Pakistan der fünfte Fünfjahresplan in Kraft, dessen wesentliches Ziel die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ist. Die nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln soll gesichert und der Export von Baumwolle und -fertigwaren soll verdoppelt werden. Baumwolle ist eines der Hauptexportgüter Pakistans. Im letzten Jahr konnte das Planvorhaben von 3,5 Mio. Ballen Baumwolle nicht erzielt werden, weil durch Schädlingsbefall große Teile der Baumwolle vernichtet wurden. Im Planjahr 1978/79 stellt die Regierung den Bauern zur Verringerung ihrer Ausgaben für Düngemittel und Schädlingsbekämpfung 78 Mio. Dollar zur Verfügung. Im Rahmen des Entwicklungsprogramms wurden bisher 288 landwirtschaftliche Entwicklungszentren im ganzen Land in Betrieb genommen. In Versuchsanlagen wurde z.B. die Anpflanzung schnellwachsender Eukalyptusbäume und Pappeln erprobt, die jetzt systematisch betrieben wird, um möglichst schnell die eigene Papier- und Zellstoffproduktion aufzunehmen. Im Januar hatte die pakistanische Regierung die Erhöhung der Einfuhrzölle bei gleichzeitiger Senkung der Verbrauchssteuern auf Nahrungsmittel und Abschaffung der Verbrauchssteuern auf Saatgut beschlossen. In einer Ansprache vor Bauern betonte General Zia-ul-Haq, daß die Selbstversorgung an Nahrungsmitteln unerläßlich ist für den Erhalt der

Frischobst so gut wie unerschwinglich

EG-Statistik zum Obstanbau: die kleinen Produzenten werden vernichtet, die Agrarkapitalisten kassieren

z.bil. Das Gesetz über Bodennutzung und Ernteerhebung aus dem Jahre 1964 soll an die EG-Richtlinien angepaßt werden. Es sieht die Zwangserhebung über gewisse Angaben vor, die die westdeutsche Kapitalistenklasse für nützlich erachtet: Bodennutzung, Flächenerhebung, Erhebung über den Anbau von Zwischenfrüchten, Futterpflanzen, Saatgut, Gemüse, den Bestand der Obstbäume, eine Ernteerhebung mit besonderer Ernteberichterstattung und Ernteermittlung. Wissen wollen die EG-Imperialisten – und jeder für das jeweilige Land – wieviel Bodenflächen insgesamt und wie genutzt werden.

Jeder Flecken Land, den die Massen gepachtet haben oder besitzen und auf dem einiges Gemüse und Obst für den Eigenbedarf angebaut wird, kann so von den Staatsbeamten begangen und erfaßt werden. Eine Geldbuße wird verhängt, wenn sich der Bauer weigert, das Herumtrampeln auf seinem Land zu gestatten, und die kann schon einige tausend Mark hoch sein. Weshalb haben es die BRD-Imperialisten so eilig mit der Anpassung an die EG-Richtlinie? Die Agrarkapitalisten in der BRD haben im Obstanbau einiges vor. Neidvoll blicken sie auf die riesigen Äpfel- und Pfirsichplantagen der französischen Konkurrenten. Dieser plantagenmäßige Großanbau hat in der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren in großem Maßstab begonnen. Entscheidend ist dabei für die Agrarbourgeoisie, wie die Vernichtung der kleinen selbständigen Produzenten vorankommt. Von 1971 bis 1974 ist die Zahl der Betriebe, die Haus- und Nutzgärten bewirtschaften von 598400 auf 521400, die Zahl der Betriebe mit Obstanlagen von 90800 auf 76800, die bewirtschaftete Fläche dagegen nur minimal gesunken (Haus- und Nutzgärten: 66300 ha auf 58500 ha 1974, Obstanlagen: 64000 ha auf 58600 ha 1974). Die Statistik ist das Schlachtbulletin, als Zielsetzung gibt der Gesetzentwurf an: „Raumordnung, Verkehrs- und Landschaftsplanung erfordern die Kenntnis der Struktur außerlandwirtschaftlich genutzter Flächen". Es ist jetzt schon absehbar, mit den „Ergebnissen" dieser Erhebungen wird klassenmäßig verfahren. Für die Agrarkapitalisten sind es nützliche Angaben, wie die Produktion kapitalistisch betrieben, ausgeweitet und gesteigert werden kann, für die Masse der kleinen Produzenten wird über die Preispolitik der Europäischen Gemeinschaft weitere Vernichtung die Folge sein. Offenkundig ist, daß die kleinen Produzenten nicht so billig Obst produzieren können wie die Eigentümer riesiger Plantagen, Gewächshäuser usw. Vom Rat der EG werden die Grundpreise für Blumenkohl, Tomaten, Äpfel, Birnen, Pfirsiche, Trauben, Apfelsinen und Zitronen jährlich festgesetzt. Die Festsetzung erfolgt nach dem „Durchschnittswert der Notierungen für das jeweilige Erzeugnis während der letzten drei Jahre auf den repräsentativsten Erzeugermärkten". Dieser Erzeugerpreis bestimmt sich nach den Produktionsergebnissen der Agrarkapitalisten, die billiger produzieren können. Während die Erzeugerpreise von 1968/69 für Obst von 438 DM pro Tonne auf 673 DM pro Tonne im Jahr 1975/76 (Gemüse 1968/69: 435 DM/t, 1975/76: 605 DM/t) gestiegen sind, sieht die Entwicklung bei den Preisen, die die Arbeiterbevölkerung zu zahlen hat, anders aus. Nach der bürgerlichen Statistik ist der Preis für 1 kg Tafeläpfel von 1966/67 1,30 DM auf 2,13 DM (63,8%) im Jahr 1976 gestiegen. Die alltägliche Erfahrung dagegen ist: Ein Pfund der teuren Apfelsorte „Granny Smith", also ungefähr 3 Äpfel, kostet heute zwischen 1,70 DM und 2,10 DM. Erhält also der kleine Produzent für ein Pfund Obst nach der obigen Statistik 67 Pfennig (wobei das der Durchschnitt ist, der alle teuren und billigen Obstsorten umfaßt), muß die Arbeiterfamilie 2 Mark für dasselbe Pfund hinlegen. Der Konsum von Frischobst hat sich innerhalb der notwendigen Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse nicht nur mengenmäßig, sondern auch der Qualität nach verändert.

Verbrauch von Frischobst und Zitrusfrüchten
in 1000 Tonnen

Obstart	1968/69	69/70	70/71	71/72	72/73	73/74	74/75	75/76
Äpfel	2036	2726	2165	2323	1836	2347	1841	2305
Birnen	702	522	662	556	484	549	459	491
Kirschen	314	249	309	286	183	232	202	231
Pfirsiche	261	160	250	253	233	240	220	186
Tafeltrauben	206	222	224	245	202	224	228	235
Bananen	519	477	524	596	638	614	507	539
Apfelsinen	645	693	688	619	734	618	619	587
Zitronen	127	127	119	119	112	105	108	113

Bei einigen Obstsorten ist der frühere Verbrauch von 1968 und 1971 nicht erreicht, der Verbrauch von Apfelsinen, Birnen, Pfirsichen ist gesunken. Andererseits hat der Verbrauch von Obstkonserven von 563300 Tonnen im Jahr 1972/73 auf 663100 Tonnen im Jahr 1975/76 zugenommen.

Die gleiche Entwicklung zeigt der Verbrauch von Trockenobst (Dörrobst, Rosinen usw.), wo 1973 63000 Tonnen und im Jahr 1976 71000 Tonnen verbraucht wurden.

Der Verbrauch von Obstkonserven und Dörrobst ist der Ersatz für teures Frischobst, das zunehmend nicht mehr in die Reproduktion der Massen eingeht.

In dieses Zahlenmaterial, das der bürgerlichen Statistik entnommen ist, geht *nicht* mit ein: der Unterschied zwischen einem Kilo Äpfel aus dem Billigladen Penny und die entsprechende Obstkonserve daraus und dem Kilo Äpfel und der Obstkonserve aus dem Delikatessengeschäft. Preislich macht es gut das Doppelte aus, was der Bourgeois für Äpfel ohne Kunstdünger und der besten Sorte bezahlt und die Arbeiterfamilie für den wässrigen von der billigsten Sorte. Es sind Welten, die zwischen dem Konsum der Bourgeoisklasse und dem der Arbeiterbevölkerung liegen. Zudem entspricht der Überkonsum auf seiten der Kapitalistenklasse dem Unterkonsum auf seiten der Arbeiterbevölkerung. Es ist also sowohl ein mengenmäßig verschiedener Kreislauf, aus dem die Kapitalistenklasse sich mästet, als auch ein stofflich verschiedenartiger. Wir hatten damals (vgl. Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/77) errechnet den Pro-Kopf-Verbrauch an Frischobst bezogen auf den durchschnittlichen Standard der Arbeiterbevölkerung mit 44,511 kg pro Einwohner und diese Zahl verglichen mit den Angaben des Bundesministers für Wirtschaft, mit 81,0 kg pro Einwohner. Ein Überschuß von 36,48 kg pro Einwohner war das Ergebnis, woraus sich der Standard des Konsums der Arbeiterbevölkerung mit 44,511 kg pro Kopf und der der Kapitalistenklasse mit 409,4 kg Frischobst errechnete. Das war das Zahlenmaterial von 1975. Die inzwischen erfolgten Lohnsenkungen werden zwangsläufig das Frischobst für die Arbeiterbevölkerung unerschwinglich machen.

Giftstoffe in Lebensmitteln erlaubt

z.evs. Seit dem 1. Januar 1978 ist es gesetzlich verboten, daß auf und in Lebensmitteln in der BRD *verbotene* Pflanzenschutzmittel vorhanden sind. Dieses Verbot richtet sich gegen die Anwendung von Insektiziden wie DDT, ist aber gleichzeitig mit einer „Höchstmengenregelung" für bestimmte Insektizide (chlorierte Kohlenwasserstoffe), die zum größten Teil giftiger sind als DDT (z.B. Chlordan und Toxaphen vier- bis fünfmal, Heptachlor dreimal giftiger), entschärft worden. Diese „Höchstmengenregelung" soll nun per Verordnung (vom 29. Mai 1978) auf sämtliche 30 Insektizide ausgedehnt werden, die vor allem in tierischem Fleisch abgelagert und daher nachweisbar sind. Die Aufhebung des Giftstoffverbotes kommt einer Aufhebung von indirekter Importbeschränkung gleich. Aus Ländern wie Spanien, Portugal, Griechenland und Ländern der Dritten Welt sichert sich der BRD-Imperialismus über den Druck der Verschuldung den Zugriff auf die agrarischen Erzeugnisse zu Billigstpreisen. In den Ländern selber betreiben die Imperialisten Raubbau an der Natur und plündern die Bauern aus. Zu horrenden Preisen verkaufen sie ihnen schlechtes Saatgut, schädliche Düngemittel und Insektizide. Weder um Nahrungsmittel noch um die Gesundheit der Volksmassen geht es den imperialistischen Konzernen. Einzig der Profit leitet die „Höchstmengenverordnung" der Chemiemonopole: „Um den Import ... aus solchen Gebieten zu ermöglichen, müssen gewisse gesundheitlich vertretbare Höchstmengen in Kauf genommen werden."

Pakistan: Nahrungsmittelselbstversorgung geplant

z.rua. Am 1. Juli tritt in Pakistan der fünfte Fünfjahresplan in Kraft, dessen wesentliches Ziel die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ist. Die nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln soll gesichert und der Export von Baumwolle und -fertigwaren soll verdoppelt werden. Baumwolle ist eines der Hauptexportgüter Pakistans. Im letzten Jahr konnte das Planvorhaben von 3,5 Mio. Ballen Baumwolle nicht erzielt werden, weil durch Schädlingsbefall große Teile der Baumwolle vernichtet wurden. Im Planjahr 1978/79 stellt die Regierung den Bauern zur Verringerung ihrer Ausgaben für Düngemittel und Schädlingsbekämpfung 78 Mio. Dollar zur Verfügung. Im Rahmen des Entwicklungsprogramms wurden bisher 288 landwirtschaftliche Entwicklungszentren im ganzen Land in Betrieb genommen. In Versuchsanlagen wurde z.B. die Anpflanzung schnellwachsender Eukalyptusbäume und Pappeln erprobt, die jetzt systematisch betrieben wird, um möglichst schnell die eigene Papier- und Zellstoffproduktion aufzunehmen. Im Januar hatte die pakistanische Regierung die Erhöhung der Einfuhrzölle bei gleichzeitiger Senkung der Verbrauchssteuern auf Nahrungsmittel und Abschaffung der Verbrauchssteuern auf Saatgut beschlossen. In einer Ansprache vor Bauern betonte General Zia-ul-Haq, daß die Selbstversorgung an Nahrungsmitteln unerläßlich ist für den Erhalt der Unabhängigkeit und die Würde der Nation.

Dritte Welt fordert stabile Weizenpreise und -bevorratung

z.hev. Auf verschiedenen Ebenen der UNO kämpfen die Länder der Dritten Welt für ein neues Weltweizenabkommen, das das bisher gültige aus dem Jahre 1971 ablösen soll. Zur Zeit tagt in Mexico City der „Welternährungsrat" und in London das „Interimskomitee des Weltweizenrats". Mitglieder dieses Komitees sind Argentinien, Ägypten, Australien, Brasilien, Kanada, die Europäische Gemeinschaft, Finnland, Indien, Japan, Kenia, die Sowjetunion und die USA. Die Länder der Dritten Welt fordern – wie für andere Rohstoffe auch – eine weltweite Vorratshaltung an Weizen von rund 40 Mio. Tonnen unter jeweiliger nationaler Kontrolle und finanzielle Hilfe für die Durchführung der Weizenbevorratung. Außerdem soll die maximale Schwankungsbreite des Weizenpreises festgelegt werden. Die USA ihrerseits versuchen die Front der Dritten Welt zu spalten und Argentinien in ihr „Weltweizenmonopol" einzubeziehen. Die Forderung nach stabilen Preisen soll verkehrt werden in „stabile Preise auf hohem Niveau". Auf der UNO-Konferenz im Februar hatte der algerische Vertreter Hadj Mokhtar Louhibi erklärt, daß es vor allem um drei Dinge gehe: Sicherheit in der Weltnahrungsversorgung, Stabilisierung der Märkte und Preise und Hilfe für die Entwicklungsländer „in einem Geist der Kooperation und nicht des Almosens". Im September wird die UNO-Generalversammlung die Frage der Weizenbevorratung und Weltnahrungsversorgung verhandeln.

Demonstration gegen HRG und SUG beschlossen

Saarbrücken. Für den 28.6. haben die Studenten der Uni Saarbrücken auf einer VV eine Demonstration gegen das Bundes- und Landeshochschulrecht beschlossen. Gegen das Saarländische Universitätsgesetz, das am 21.6. in erster Lesung im Landtag behandelt wurde und die Regelstudienzeit, Ordnungsrecht, sowie Abschaffung der Vertretungsorgane der Studenten enthält, fordern die Studenten: Keine Regelstudienzeit! Für die Verfaßte Studentenschaft! Kein Ordnungsrecht!

Praktikantenvertrag mit dem Arbeitsamt

Münster. Hat die ÖTV in der Tarifrunde '76/ 77 schon die Senkung des Hungerlohnes für Berufspraktikanten der Sozialpädagogik von 75% auf 66,3% von BAT 5b gleich ca. 800 DM zugelassen, so hat sie jetzt dem Öffentlichen Dienstherren eine weiteres Angebot zur vollständigen kostenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft der Praktikanten gemacht. Das Arbeitsamt Münster hat mit der ÖTV einen Privatvertrag abgeschlossen, nachdem die beim Arbeitsamt beschäftigten Praktikanten nur noch 300 DM bekommen.

Unterschriftensammlung gegen Kürzung der Referendarbezüge

Hamburg. „Die Unterzeichner weisen schärfstens die Absicht der Bundesregierung zurück, die Anwärterbezüge um bis zu 16% zu kürzen. Bei der Absicht, die Anwärterbezüge zu kürzen, handelt es sich um den verdeckten Versuch, Einkommenskürzungen für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einzuleiten." Unterschrieben haben u.a. 20 Lehrer am Gymnasium Dörpsweg.

Drohung mit Kindergeldentzug

Frankfurt. Auf der Sitzung des DGB Kreis Frankfurt vom 13.6.78 wurde folgendes berichtet: Um die Ausländerkinder in die Schule zu zwingen, wird vom Frankfurter Arbeitsamt mit dem Entzug des Kindergeldes gedroht. Diese auf Veranlassung der Schulrätin Pick durchgeführte Aktion soll bisher „sehr erfolgreich" gewesen sein.

Jugendliche halten Haus der Jugend besetzt

Wetzlar. Im Kampf gegen den Magistratsbeschluß vom 29.5., wonach der DFG-VK, der SDAJ und den Jungen Pionieren das Nutzungsrecht in den städtischen Jugendzentren entzogen wird, halten die Jugendlichen seit nunmehr fast zwei Wochen das Wetzlarer Haus der Jugend besetzt. Am letzten Donnerstag haben rund 100 Jugendliche in Wetzlar unter den Parolen für ein freies, selbstverwaltetes Jugendzentrum! Rücknahme des Magistratsbeschlusses! demonstriert. Von zahlreichen Organisationen und aus mehreren Schulen sind inzwischen Solidaritätsadressen eingetroffen, unter anderem die Schülervertretung der Theodor-Heuss-Schule, eine Klasse der Werner-von-Siemens Berufsschule, Schüler der Gießener Berufsschule und der Gesamtschule Großen-Linden. Der Magistrat hat bereits vor einer Woche angekündigt, daß er das Haus räumen lassen werde. Das hat

ten im Öffentlichen Dienst einzuleiten." Unterschrieben haben u.a. 20 Lehrer am Gymnasium Dörpsweg.

Drohung mit Kindergeldentzug

Frankfurt. Auf der Sitzung des DGB Kreis Frankfurt vom 13.6.78 wurde folgendes berichtet: Um die Ausländerkinder in die Schule zu zwingen, wird vom Frankfurter Arbeitsamt mit dem Entzug des Kindergeldes gedroht. Diese auf Veranlassung der Schulrätin Pick durchgeführte Aktion soll bisher „sehr erfolgreich" gewesen sein.

Jugendliche halten Haus der Jugend besetzt

Wetzlar. Im Kampf gegen den Magistratsbeschluß vom 29.5., wonach der DFG-VK, der SDAJ und den Jungen Pionieren das Nutzungsrecht in den städtischen Jugendzentren entzogen wird, halten die Jugendlichen seit nunmehr fast zwei Wochen das Wetzlarer Haus der Jugend besetzt. Am letzten Donnerstag haben rund 100 Jugendliche in Wetzlar unter den Parolen für ein freies, selbstverwaltetes Jugendzentrum! Rücknahme des Magistratsbeschlusses! demonstriert. Von zahlreichen Organisationen und aus mehreren Schulen sind inzwischen Solidaritätsadressen eingetroffen, unter anderem die Schülervertretung der Theodor-Heuss-Schule, eine Klasse der Werner-von-Siemens Berufsschule, Schüler der Gießener Berufsschule und der Gesamtschule Großen-Linden. Der Magistrat hat bereits vor einer Woche angekündigt, daß er das Haus räumen lassen werde. Das hat er sich bis jetzt noch nicht getraut.

Demonstration und Streik gegen neue Schulordnung

Köln. Am 22.6. fand in Köln eine Demonstration von über 150 Schülern gegen die Einführung einer neuen allgemeinen Schulordnung (ASchO) in Nordrhein-Westfalen statt. Sie legt die verschärfte Unterdrückung der Schüler fest, z.B. kann jetzt das Verteilen von Schülerzeitungen vom Direktor verhindert werden, oder die politische Betätigung und freie Meinungsäußerung verboten, wenn man sich gegen den „Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule" richtet. In Köln entwikkelt sich eine Bewegung gegen diese ASchO, deren gesetzliche Grundlage das Schulverwaltungs-Gesetz ist (SVG), gegen das es bereits Kampf gibt. Am Gymnasium Chorweiler haben die Schüler auf einer Vollversammlung am 20.6. beschlossen, einen Warnstreik am 23.6. durchzuführen. Auf der Delegiertenkonferenz (BDK) der Bezirksschülervertretung (BSV) haben die SV-Vertreter beraten, was für Kampfschritte dagegen einzuleiten sind. Der Bezirksvorstand der BSV, der von Jusos und SDAJ besetzt ist, hat diese Demonstration unter dem Motto „Wir begraben die Rechte der Schüler" organisiert. Das ist von den meisten Schülern angegriffen worden. Ihre Meinung war, daß man mit solch einer Linie direkt eine Niederlage im Kampf gegen die neuen Schulgesetze organisiert. Der Bezirksvorstand hatte die Abschlußkundgebung auf einem menschenleeren Platz angemeldet. Daraufhin ist über 3/4 der Schüler kurzerhand zum viel belebteren Wallraffplatz gegangen, um die Massen zu informieren und sich über die weiteren Schritte auseinanderzusetzen.

Scheels Einsätze – in Bonn und anderswo

„Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden, und viele unserer Schüler wissen kaum etwas über Deutschland. Traut man sich auf unseren Schulen nicht mehr, von der Einheit Deutschlands vor seinen Schülern zu sprechen?" fragte Scheel am 17. Juni in seiner Rede zum Deutschen Bundestag in Bonn und stieg damit ein zur Organisierung einer Propagandakampagne von Revanchismus und Chauvinismus.

In der Tat – die Lage ist nicht günstig zur Propagierung der Einverleibung der DDR durch den BRD-Imperialismus. Wer ist schon dafür, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse die Arbeiter in der DDR so ausbeuten kann wie die Arbeiter in der BRD? Soviel die Bourgeoisie auch reden mag: Daß es einen Unterschied gibt zwischen dem Kampf der Arbeiter in der DDR gegen die dortige imperialistische Bourgeoisie und dem Kampf der BRD-Imperialisten gegen eben dieselbe – der Kampf zwischen zwei imperialistischen Konkurrenten eben –, sieht man. Auf eine Verschmelzung dieser beiden sich entgegengesetzten Kämpfe kommt es der westdeutschen Bourgeoisie aber an: Das Manöver, unter Berufung auf die Interessen der Arbeiter in der DDR den Abmarsch nach Osten zu propagieren, gelingt dennoch nicht.

„Wir müssen uns aus unseren Verkrampfungen gegenüber Deutschland lösen", ruft Scheel daher vor dem Bundestag aus, und meint damit den Widerwillen der Massen gegen Chauvinismus und Weltherrschaftspläne. Was aber tun?

„Die Lehrer dieses Landes haben sich an die Verfassung zu halten, und die Länderregierungen haben die Pflicht, die Voraussetzungen zu schaffen, daß sich die Lehrer an die Verfassung halten können. Es darf nicht geschehen, daß die deutsche Einheit durch unsere eigene Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit verspielt wird."

Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit waren nicht das Kennzeichen der Bourgeoisie an diesem 17. Juni. Gezielt haben sie an diesem Tag ihren Chauvinismus ausgeschüttet. Gezielt haben sie die Demonstration in Frankfurt, die durchgeführt wurde gegen Reaktion und Faschismus, angegriffen. Mit solchen Polizeieinsätzen auf große Menschenmassen wollen sie die politische Lage schaffen, in der „Lehrer die Verfassung einhalten können". Die Landesregierung hat gespurt und am nächsten Tag schon über Demonstrationsverbote gesprochen. Es gibt Klassenkampf in Westdeutschland, und darüber hilft der Bourgeoisie weder der Chauvinismus noch die Verfassung hinweg. Die Diktatur der Bourgeoisie muß die Ausbeutung sichern. Daß sie zerschlagen werden muß, lernt man.



Frankfurt, Römerberg, 17. Juni. Die NPD hat in diesem Jahr wieder zum „Deutschlandtreffen" in Frankfurt aufgerufen. Der CDU-Oberbürgermeister Wallmann hatte die Kundgebung verbieten lassen, wohl wissend, daß das Verwaltungsgericht sie genehmigen würde. Gleichzeitig rief die CDU Frankfurt auf am 17. Juni zu einer Kundgebung in der Paulskirche und zur anschließenden Fahrt an die Grenze DDR–BRD, von ihnen „Zonengrenze" genannt, um hin-

der Chauvinismus noch die Verfassung hinweg. Die Diktatur der Bourgeoisie muß die Ausbeutung sichern. Daß sie zerschlagen werden muß, lernt man.



Frankfurt, Römerberg, 17. Juni. Die NPD hat in diesem Jahr wieder zum „Deutschlandtreffen" in Frankfurt aufgerufen. Der CDU-Oberbürgermeister Wallmann hatte die Kundgebung verbieten lassen, wohl wissend, daß das Verwaltungsgericht sie genehmigen würde. Gleichzeitig rief die CDU Frankfurt auf am 17. Juni zu einer Kundgebung in der Paulskirche und zur anschließenden Fahrt an die Grenze DDR–BRD, von ihnen „Zonengrenze" genannt, um hin-überzuschauen. Während Reformisten und Opportunisten sich darüber empörten, daß das Verwaltungsgericht die Kundgebung und Demonstration der NPD genehmigt hatte, rief der KBW zu einer Veranstaltung am 17. Juni auf: „17. Juni – Tag der Reaktion, des Revanchismus und Faschismus" und zu einer Demonstration „Nieder mit Reaktion und Faschismus! Nieder mit Rassismus und Chauvinismus! Proletarier aller Länder vereinigt euch!". In der Frankfurter Innenstadt sammelten sich auf eigene Initiative und auf Initiative verschiedener Organisationen große Massen. Als die Demonstration des KBW und ein Demonstrationszug anderer Organisationen (SAG und „Undogmatische Linke") sich vor dem Römer trafen und auf den Römer zogen, sammelten sich Tausende auf dem Platz, auf dem die NPD ihre Kundgebung abhalten wollte. Die Polizei hatte Ketten gebildet, die durchbrochen wurden. Sie wollte den Platz freihalten für die Propagierung von Reaktion und Faschismus. Das ist ihr nicht gelungen. SPD- und DKP-Funktionäre blieben auf dem 100 Meter entfernten Paulsplatz stehen und hielten die Verfassung hoch. Die ersten Polizeiattacken wurden zurückgeschlagen.





Der Römerberg wird geräumt. Die Staatsmacht beordert immer mehr Polizei auf den Römerberg. Der Platz wird von zwei Seiten abgeriegelt. Mit Wasserwerfern und Chemical Mace wird eine Bresche in die Demonstration geschlagen und von allen Seiten greift die Polizei die in der Mitte aufgespaltene Demonstration an und treibt sie durch den einzig offenen Eingang des Platzes. Noch während sie den Römer räumen, wird versucht, mit der Losung „Nieder mit Imperialismus und Reaktion!" erneut zu sammeln.



Die Demonstration der NPD. Die von der NPD durchgeführte Demonstration trat ein für die Einverleibung der DDR durch den BRD-Imperialismus. Auch die „Ostgebiete" gehören dazu. Das ist das Ziel der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Genaugenommen waren die NPDler noch bescheiden, hatte doch Lorenz am Abend zuvor im Fernsehen gesagt, Berlin müsse zur geistigen Welthauptstadt der Menschenrechte werden, und war damit auf begeisterten Beifall der Bourgeoisie gestoßen. In die Innenstadt kam die NPD-Demonstration nicht. Auf halbem Weg kehrte sie um. Der Polizeipräsident hatte die Demonstration auf dem Römer verboten, nachdem er trotz des Polizeieinsatzes die Lage in der Innenstadt nicht beherrschte.



Die Demonstration der NPD. Die von der NPD durchgeführte Demonstration trat ein für die Einverleibung der DDR durch den BRD-Imperialismus. Auch die „Ostgebiete" gehören dazu. Das ist das Ziel der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Genaugenommen waren die NPDler noch bescheiden, hatte doch Lorenz am Abend zuvor im Fernsehen gesagt, Berlin müsse zur geistigen Welthauptstadt der Menschenrechte werden, und war damit auf begeisterten Beifall der Bourgeoisie gestoßen. In die Innenstadt kam die NPD-Demonstration nicht. Auf halbem Weg kehrte sie um. Der Polizeipräsident hatte die Demonstration auf dem Römer verboten, nachdem er trotz des Polizeieinsatzes die Lage in der Innenstadt nicht beherrschte.



Obwohl die Staatsmacht den Römerberg hatte räumen lassen und jeden Versuch, zu sammeln und Demonstrationen zu bilden, sofort angriff, sammelten sich die Revolutionäre immer wieder. Der KBW nahm geschlossen an der von DGB und SPD durchgeführten Kundgebung teil, wo die Reformisten und Revisionisten versuchten, den Kampf gegen den Faschismus auf die Verfassung einzuschwören. Der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist die Finanzbourgeoisie. Sie beutet die Arbeiterklasse aus, sie unterdrückt sie mit ihrem Staatsapparat. Sie muß man stürzen. Das ist das Ziel des bewaffneten Aufstands der Arbeiterklasse. Um das zu klären, rief der KBW zur Veranstaltung auf, zu der sich die Teilnehmer im geschlossenen Demonstrationszug formierten.

„In diesen Tagen wird häufig ein ‚Geschichtsbewußtsein' gefordert... Aber es geht nicht an, irgendein Geschichtsbewußtsein zu fordern...
Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden...
Man kann von Deutschland in einem friedlichen, freiheitlichen Sinn reden. Man braucht dabei nicht in Hitlers Haßgeschrei oder in Kaiser Wilhelms Hurra-Patriotismus zu verfallen. Und wer es noch nicht kann, der sollte es bald lernen.
Die Lehrer dieses Landes haben sich an die Verfassung zu halten, und die Länderregierungen haben die Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Lehrer an die Verfassung halten können. Es darf nicht geschehen, daß die deutsche Einheit durch unsere eigene Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit verspielt wird."



NATO-Bürgerkriegsmanöver auf den Hebriden: Entschlossene Gegenwehr der Inselbewohner

z.mat. Liverpool. Britische und holländische Soldaten mit Gesichtsmasken und Maschinengewehren führten in der vergangenen Woche auf den Hebriden, einer schottischen Inselkette an der Westküste, eine neue Art von NATO-Manövern durch. Autofahrer wurden angehalten und durchsucht, ihre Fahrzeuge wurden kontrolliert. Ein Arbeiter wurde von holländischen Soldaten festgenommen, weil er eine alte Armeejacke im Kofferraum hatte.

Offiziell hieß es, es würde eine Suche nach Mitgliedern einer „fünften Kolonne" der IRA durchgeführt, die sich in ziviler Kleidung auf der Insel aufhalten sollte.

Die britische Regierung will die Volksmassen frühzeitig an den Einsatz regulärer Truppen gegen die Volkskämpfe gewöhnen. Mit der Wahl der Hebriden hatte sie gehofft, einen geschickten Anfang machen zu können. Die entlegene Lage der Inseln würde ihr freie Hand geben, und sollten unerwartete Schwierigkeiten auftauchen, würde niemand etwas davon erfahren. Tatsächlich hat keine der führenden bürgerlichen Zeitungen über die Manöver berichtet.

Die Schwierigkeiten tauchten sehr schnell auf. Ein Telefontechniker der Post, dessen Auto durchsucht werden sollte, berichtete: „Ich habe ihnen gesagt, sie sollen sehen, daß sie verschwinden, und bin weitergefahren." Schon am ersten Tag protestierte die Inselverwaltung, der Western Isles Council, und verlangte eine offizielle Entschuldigung. Das Verteidigungsministerium mußte einen ranghohen Offizier auf die Inseln schicken, der eine „militärische Entschuldigung" ablieferte. Noch am Ende des ersten Tages wurden alle Truppen in die Kasernen der kleinen Insel Benbecula zurückgezogen, wo sie ihre Manöver unter sich zu Ende führten.

Die Rechnung, den irischen Befreiungskampf als Vorwand für Bürgerkriegsmanöver zu benutzen, ist nicht aufgegangen. Die irischen und schottischen Volksmassen haben eine lange gemeinsame Geschichte der brutalsten Unterdrückung und Plünderung durch die englische Bourgeoisie, und der Befreiungskampf in Nordirland findet in Schottland breite Unterstützung. Die britische Regierung wollte sich aus der Affäre ziehen und behauptete, für die „Vorfälle" seien die holländischen Soldaten verantwortlich, die sich mit der Lage in Großbritannien nicht auskennen. Richtig ist, daß die holländische Bourgeoisie die Aktionen von Einwohnern ihrer ehemaligen Kolonialgebiete in Holland im vergangenen Jahr dazu genutzt hat, ihre eigenen Bürgerkriegsmanöver entscheidend voranzutreiben. Davon wollte die britische Bourgeoisie wohl lernen, als sie jetzt holländische Truppen in ihre Übungen einbezogen hat. Es hat aber nichts genützt. Die holländischen Soldaten haben zwar mit-

sie sollen sehen, daß sie verschwinden, und bin weitergefahren." Schon am ersten Tag protestierte die Inselverwaltung, der Western Isles Council, und verlangte eine offizielle Entschuldigung. Das Verteidigungsministerium mußte einen ranghohen Offizier auf die Inseln schicken, der eine „militärische Entschuldigung" ablieferte. Noch am Ende des ersten Tages wurden alle Truppen in die Kasernen der kleinen Insel Benbecula zurückgezogen, wo sie ihre Manöver unter sich zu Ende führten.

Die Rechnung, den irischen Befreiungskampf als Vorwand für Bürgerkriegsmanöver zu benutzen, ist nicht aufgegangen. Die irischen und schottischen Volksmassen haben eine lange gemeinsame Geschichte der brutalsten Unterdrückung und Plünderung durch die englische Bourgeoisie, und der Befreiungskampf in Nordirland findet in Schottland breite Unterstützung. Die britische Regierung wollte sich aus der Affäre ziehen und behauptete, für die „Vorfälle" seien die holländischen Soldaten verantwortlich, die sich mit der Lage in Großbritannien nicht auskennen. Richtig ist, daß die holländische Bourgeoisie die Aktionen von Einwohnern ihrer ehemaligen Kolonialgebiete in Holland im vergangenen Jahr dazu genutzt hat, ihre eigenen Bürgerkriegsmanöver entscheidend voranzutreiben. Davon wollte die britische Bourgeoisie wohl lernen, als sie jetzt holländische Truppen in ihre Übungen einbezogen hat. Es hat aber nichts genützt. Die holländischen Soldaten haben zwar mit-
gemacht, gezwungenermaßen, aber die Schotten nicht. Sie haben in London und bei der NATO protestiert. Die Entschuldigung der NATO steht noch aus.

Offiziere für Intervention in der Dritten Welt

Wesensdorf. Hammersteinkaserne. Im politischen Unterricht wollte Hauptmann Oelrich, Kompaniechef der 3. PzGrenBtl 11, das Thema „Wehrpflichtigen-Armee oder Berufsarmee" behandeln. Die Debatte nahm jedoch einen Verlauf, den er nicht beabsichtigt hatte. Die Bundeswehr wurde als imperialistische Armee angegriffen, und das wurde anhand der Absichten der BRD, als UNO-Friedenstruppe aufzutreten, und den Bestrebungen, den Operationsradius der NATO auf südlich des Wendekreises des Krebses auszudehnen, unterstrichen. Hauptmann Oelrich blieb nur noch die Flucht nach vorne. Ob in Zaire oder Libanon, überall wären die imperialistischen Interventionen auf „Hilfegesuche der betroffenen Länder" geschehen. Und wenn so etwas von der BRD verlangt würde, auch über die UNO, warum sollte die Bundeswehr dann nicht zur Friedenssicherung eingesetzt werden? Was wäre denn besser für die Völker, die NATO oder die Kubaner? Außerdem solle man sich die ungeheuren Kosten unserer Entwicklungshilfe" vor Augen halten. Die meisten Soldaten waren der Meinung, daß weder die Sowjetunion noch der Westen etwas in Afrika zu suchen hätten, wie es ein Soldat sagte. Einige wollen die Sammlung für die ZANLA fortsetzen, die bisher in der Hammersteinkaserne rund 80,-DM gebracht hat.

Vorwärts mit Apel zur modernsten Armee der Welt?

r.her. Die Vertreter aller Parteien haben es begrüßt, daß Apel die von Leber geplante Reform der Truppen abgesetzt hat. Dies teilte Apel, angeblich beeindruckt davon, in einem dpa-Interview am 18.6.78 mit. Nato-General Haig habe sich sogar ausdrücklich erleichtert gezeigt, daß das Leber-Konzept vom Tisch ist und Apel ihm versichern konnte: „Bei den neuen Plänen bestehe keine Gefahr für ein Konzept der Vorneverteidigung." (Weser-Kurier, 19.6.)

Allerdings, die entscheidende Frage bei der neuen Heeresstruktur sei, wie sich die Forderung nach voller Präsenz *vorne* auf das Territorialheer und damit auf die Verstärkungsmöglichkeiten im Verteidigungsfall auswirkt. Dies werde, so meint der Verteidigungsminister, wie hierzulande die Kriegsvorbereiter genannt werden, eine hochgradige politische Debatte erfordern, denn für eine Nachschubversorgung der „Vorneverteidiger" hat die westdeutsche Bourgeoisie nichts übrig. Dies hatte jedoch, zumindest ansatzweise, das Konzept eines Leber noch vorgesehen.

Im Herbst nun will Apel sein Konzept in der endgültigen Verfassung vorlegen, er verspricht den Imperialisten eine „modernste Armee der Welt". Momentan wird in Theorie und Praxis die Lage überprüft.

Die Ausbildung der Offiziere soll verlängert werden, die Praxis von sechs Monaten Grundausbildung sei nicht mehr hinreichend. Bei einem schweren Panzerunfall in Südostniedersachsen hatte sich herausgestellt, daß zwar von der Besatzung des Panzers jeder den Panzer lenken konnte, der verantwortliche Kommandant aber keine Ahnung hatte. Wie leicht kann es passieren, daß sich die anbefohlene Richtung des Panzers im viel beschworenen Ernstfall nicht durchsetzen läßt, ja noch nicht einmal die Möglichkeit einer Durchsetzung vorhanden ist. Das Studium der Offiziere und daraus abgeleitet insgesamt die Zwölfjahresverpflichtung soll verlängert werden. Man will außerdem das Fach Sozialkunde einführen, von wegen der sozialen Konflikte, sprich Klassenkämpfe. Die Ausrichtungszeit wie der Inhalt haben sich als nicht ausreichend erwiesen – nicht nur bezogen auf die Praxis des Panzerfahrens.

Die Reservisten werden einer Sonderprüfung unterzogen. Mobilmachungsübungen. „Die Truppe will das Alarmierungssystem überprüfen und feststellen, ob der Reservist für die vorgesehene Verwendung noch tauglich ist." (Weser-Kurier, 22.6.) Vor einiger Zeit wurden mit diesen überraschenden Einberufungen von Reservisten schlechte Erfahrungen gemacht, ein Teil ist einfach nicht erschienen. Bei einem 20 km-Marsch in schwüler Hitze, der eine Reservistenübung ab-

Praxis die Lage überprüft.

Die Ausbildung der Offiziere soll verlängert werden, die Praxis von sechs Monaten Grundausbildung sei nicht mehr hinreichend. Bei einem schweren Panzerunfall in Südostniedersachsen hatte sich herausgestellt, daß zwar von der Besatzung des Panzers jeder den Panzer lenken konnte, der verantwortliche Kommandant aber keine Ahnung hatte. Wie leicht kann es passieren, daß sich die anbefohlene Richtung des Panzers im viel beschworenen Ernstfall nicht durchsetzen läßt, ja noch nicht einmal die Möglichkeit einer Durchsetzung vorhanden ist. Das Studium der Offiziere und daraus abgeleitet insgesamt die Zwölfjahresverpflichtung soll verlängert werden. Man will außerdem das Fach Sozialkunde einführen, von wegen der sozialen Konflikte, sprich Klassenkämpfe. Die Ausrichtungszeit wie der Inhalt haben sich als nicht ausreichend erwiesen – nicht nur bezogen auf die Praxis des Panzerfahrens.

Die Reservisten werden einer Sonderprüfung unterzogen. Mobilmachungsübungen. „Die Truppe will das Alarmierungssystem überprüfen und feststellen, ob der Reservist für die vorgesehene Verwendung noch tauglich ist." (Weser-Kurier, 22.6.) Vor einiger Zeit wurden mit diesen überraschenden Einberufungen von Reservisten schlechte Erfahrungen gemacht, ein Teil ist einfach nicht erschienen. Bei einem 20 km-Marsch in schwüler Hitze, der eine Reservistenübung ab-
schließen wollte, weigerten sich einige Soldaten, an einem Lebensmittelladen vorbeizugehen. Nach zehn Minuten hatten sie durchgesetzt, daß sie einkaufen dürfen. In Westberlin bevorzugt man die Katastrophenübung mit den Besatzern zusammen. „Notlandung im Flughafen", Veranstalter die französische „Schutzmacht", Datum 20.6.78. Die deutschen Feuerwehrleute wurden über den Zweck der Übung erst gar nicht informiert. Ein Feuerwehrmann, der in der Einfahrt zum Flughafen auf den Einsatz warten sollte: „Das war alles so echt, daß wir erst später merkten, *was* gespielt wurde." Soldatentransport nach dem Brückenkopf Westberlin.

„Schüler und Soldaten werden Rettungsschwimmer", „Tausende von Besuchern gingen ‚unter die Soldaten'/Heinrich-der-Löwe-Kaserne öffnet alle Türen", „Waisenkinder besuchen ausländische Kriegsschiffe", das ist die andere, nicht unwesentliche Seite der Kriegstreiberei. Seitenlang schmieren die bürgerlichen Speichellecker und Tintenkleckser ihre Blätter voll mit dem Protest der evangelischen Kirche in der DDR gegen Wehrerziehung in der Schule. Ein Friedensgeheul wurde angestimmt: „Panzer rollen durch die Kindergärten der DDR", schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung", 20.6. Abscheu soll sich breit machen, derweil werden hier ständig ganze Schulklassen durch die Kasernen geschleift. Anläßlich der Kieler Woche werden Waisenkinder, die sich am wenigsten wehren können sollen, weil ganz unter der Fuchtel des bürgerlichen Staates, auf Kriegsschiffe „eingeladen" und Zeltlager gemeinsam von Schülern und Soldaten werden eingerichtet – lediglich die Mädchen verlassen des nachts die Zelte. Veranstalter ist die DLRG, Ortsgruppe Dransfeld (bei Göttingen), deren technischer Leiter gleichzeitig Hauptmann bei der Bundeswehr, Jägerbataillon 1/41 ist. „Verbunden mit dem Biwak sind Informationen über die Bundeswehr." (Braunschweiger Zeitung, 22.6.)

Vier bis sechs Wochenstunden hat die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrem neuen Lehrplan vorgesehen für Wehr- und Sicherheitssystem der Bundesrepublik. Dabei sollen die Schüler „bei Beschäftigung mit diesen Fragen Einsicht gewinnen in die Sicherung unserer Lebens- und Verfassungsordnung", teilte der Regierungspressedienst in Kiel mit. Unterstützt wird diese Propaganda durch die Einrichtung sog. Bundeswehr-Fan-Clubs, die vom Verteidungsministerium aufgezogen und finanziell unterhalten werden und wofür ebenfalls über das Verteidigungsministerium eine „Infopost" als ideologisches Anschauungsmaterial für die Kriegswerbung bereitgestellt wird.

„Unter die Soldaten" gehen die Massen lediglich, wenn sie richtiggehend angelockt werden wie beim 20jährigen Bestehungsfest der Hein-

Kieler Woche werden Waisenkinder, die sich am wenigsten wehren können sollen, weil ganz unter der Fuchtel des bürgerlichen Staates, auf Kriegsschiffe „eingeladen" und Zeltlager gemeinsam von Schülern und Soldaten werden eingerichtet – lediglich die Mädchen verlassen des nachts die Zelte. Veranstalter ist die DLRG, Ortsgruppe Dransfeld (bei Göttingen), deren technischer Leiter gleichzeitig Hauptmann bei der Bundeswehr, Jägerbataillon 1/41 ist. „Verbunden mit dem Biwak sind Informationen über die Bundeswehr." (Braunschweiger Zeitung, 22.6.)

Vier bis sechs Wochenstunden hat die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrem neuen Lehrplan vorgesehen für Wehr- und Sicherheitssystem der Bundesrepublik. Dabei sollen die Schüler „bei Beschäftigung mit diesen Fragen Einsicht gewinnen in die Sicherung unserer Lebens- und Verfassungsordnung", teilte der Regierungspressedienst in Kiel mit. Unterstützt wird diese Propaganda durch die Einrichtung sog. Bundeswehr-Fan-Clubs, die vom Verteidungsministerium aufgezogen und finanziell unterhalten werden und wofür ebenfalls über das Verteidigungsministerium eine „Infopost" als ideologisches Anschauungsmaterial für die Kriegswerbung bereitgestellt wird.

„Unter die Soldaten" gehen die Massen lediglich, wenn sie richtiggehend angelockt werden wie beim 20jährigen Bestehungsfest der Hein-
rich-der-Löwe-Kaserne. Für die Kinder wurden umfassende Spielmöglichkeiten eingerichtet, und da man die unbezahlte Arbeitskraft der Soldaten umsonst vernutzt, konnten auch einigermaßen preiswert Getränke und Essen angeboten werden, um auch die Erwachsenen in die Kaserne zu locken. Für die militärischen Geräte interessierte man sich dabei mehr so nebenher. „Alles war so vergnüglich, daß auch die Gefechtsübungen ‚Der gepanzerte Spähtrupp' mehr als Unterhaltung angesehen wurden", schreibt die „Braunschweiger Zeitung" am 19.6. zu dem ansonsten gelungenen Festtag.

So recht vergnüglich findet es die Bourgeoisie eigentlich schon länger nicht mehr. Eine Reihe von Sonderschutzmaßnahmen hat das Bundesinnenministerium jetzt wieder eingeleitet. Personenschutz für exponierte Politiker und hohe Militärs, unter dem Vorwand angeblicher Listen, in denen ihr Leben bedroht würde. Den Funktionären der Imperialisten in Politik und Wehr muß dieser Schutz angeboten werden, um sie bei dem dreckigen Geschäft bei der Stange zu halten, denn was nützt schon ein anständiges Schmiergeld, wenn man ansonsten die Gefahr läuft, daß lediglich die Erben etwas davon haben, und das ist nicht sicher. Außerdem ist verstärkter Wachschutz bei den Waffen- und Munitionsdepots angeordnet.

Innerhalb der Kompanien selber wird versucht, die „Wehrtüchtigkeit" durch Einrichtung von sog. Rommelmannschaften zu heben. Diese ausgesuchten Soldaten sollen besseres Essen erhalten, bessere Unterkünfte und eine Spezialausbildung als Scharfschützen mit Schwerpunkt Orts- und Waldkampf. Apel dichtet währenddessen die Hardhöhe, den Sitz des Verteidigungsministeriums, ab. Er hat eine Reihe unterdrückerischer Maßnahmen gegen die etwa 5000 Beschäftigten eingeleitet. Über rechtliche Bedenken setzte er sich hinweg. Seine Berater hatten juristische Bedenken z.B. dagegen, daß die Beschäftigten sich jederzeit einer Personenkontrolle unterziehen lassen sollen. „Was auf dem Flugplatz erlaubt ist, muß auch bei uns möglich sein, und Juristen beweisen alles, notfalls auch das, was ich will." (Hannoversche Allgemeine, 22.6.)

Die modernste Armee der Welt? Vielleicht, für 40 Mrd. DM jedenfalls sind neue Waffen bestellt. Die aufzubringen sei nicht die große Schwierigkeit, wer aber soll sie im „Ernstfall" bedienen? In einem Interview in der SPD-Zeitung „Vorwärts" vom 22. Juni drückt Apel seine Sorge aus: „. . . daß man sich mit dem Problem der Armee intellektuell möglichst wenig auseinandersetzen will. Das dürfen wir nicht zulassen." Sein Vorschlag: „Es ist wichtig, daß die Gewerkschaftsvorsitzenden sich mit den Spitzen der Armee treffen, wo man sich kennenlernt und sich vertraut." Die Verschärfung der Klassenkämpfe und die im-

wird versucht, die „Wehrtüchtigkeit" durch Einrichtung von sog. Rommelmannschaften zu heben. Diese ausgesuchten Soldaten sollen besseres Essen erhalten, bessere Unterkünfte und eine Spezialausbildung als Scharfschützen mit Schwerpunkt Orts- und Waldkampf. Apel dichtet währenddessen die Hardhöhe, den Sitz des Verteidigungsministeriums, ab. Er hat eine Reihe unterdrückerischer Maßnahmen gegen die etwa 5000 Beschäftigten eingeleitet. Über rechtliche Bedenken setzte er sich hinweg. Seine Berater hatten juristische Bedenken z.B. dagegen, daß die Beschäftigten sich jederzeit einer Personenkontrolle unterziehen lassen sollen. „Was auf dem Flugplatz erlaubt ist, muß auch bei uns möglich sein, und Juristen beweisen alles, notfalls auch das, was ich will." (Hannoversche Allgemeine, 22.6.)

Die modernste Armee der Welt? Vielleicht, für 40 Mrd. DM jedenfalls sind neue Waffen bestellt. Die aufzubringen sei nicht die große Schwierigkeit, wer aber soll sie im „Ernstfall" bedienen? In einem Interview in der SPD-Zeitung „Vorwärts" vom 22. Juni drückt Apel seine Sorge aus: „. . . daß man sich mit dem Problem der Armee intellektuell möglichst wenig auseinandersetzen will. Das dürfen wir nicht zulassen." Sein Vorschlag: „Es ist wichtig, daß die Gewerkschaftsvorsitzenden sich mit den Spitzen der Armee treffen, wo man sich kennenlernt und sich vertraut." Die Verschärfung der Klassenkämpfe und die im-
mer ungeniertere Kriegshetze werden dafür sorgen, daß man mit diesem Vertrauen an den „Spitzen" unter sich bleibt.

Das neue Weltbild soll der Bourgeoisie die Expansionspolitik erleichtern

z.jod. Die westdeutsche Bourgeoisie erwägt, eine neue Weltkarte zur Grundlage der weiteren strategischen Überlegungen der Machtbestrebungen des BRD-Imperialismus auszuarbeiten und damit zu operieren.

„Das falsche Weltbild der Mercatorprojektion" zeigt entweder London oder Mittelamerika als Mittelpunkt. Das Weltbild wird beträchtlich verzerrt, Europa erscheint auf dieser Weltkarte, die über 400 Jahre alt ist, als überdurchschnittlich groß. Die Zeitschrift „Information für die Truppe" führt dazu auch ein Beispiel an: „Skandinavien, das insgesamt 1,1 Millionen Quadratkilometer umfaßt, sieht auf der alten Erdkarte größer als Indien aus. Indien hat in Wirklichkeit jedoch 3,1 Millionen Quadratmeter, ist also dreimal so groß wie Skandinavien."

Als Grund der möglichen Kartenänderung führt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit an: „Im nachkolonialen Zeitalter sollten die Verzerrungen unseres geographischen Weltbildes nicht weiter verbreitet werden."

Die Bourgeoisie ist der Meinung, die neue „Peters-Projektion" für die neuen Aufgaben der Imperialisten zu benutzen. Die anderen Kontinente treten in ihrer vollen Größe hervor.

Klug wäre es von der Bourgeoisie gewesen, diese Kartenänderung früher durchzuführen. Nicht erst, wenn sich schon die meisten Länder der Dritten Welt befreit haben.

Die Imperialisten müssen die Karte anders zeichnen, weil es um die Neuaufteilung der Welt geht. Die Welt ist aufgeteilt; wollen die Imperialisten ihren Einfluß verbreitern, müssen sie davon ausgehen. Die imperialistischen Länder müssen die Widersprüche richtig einschätzen, um die Konkurrenzbedingungen und die Taktik festzulegen, wie sie ihren Einfluß vergrößern können.

„Eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern ist in der Lage, unterhalb der Schwelle eines Weltkrieges dem politischen und militärischen Verhalten der westlichen Länder Beschränkung aufzuerlegen" (Information für die Truppe, Nr. 5/1978), was nichts anderes heißt, als daß die Länder der Dritten Welt und ihr Zusammenschluß nicht unterschätzt werden dürfen. 1974 ist die neue Weltkarte erstellt worden. Dies waren nichts anderes als die Schlußfolgerungen aus den Auseinandersetzungen um die Rohstoffquellen. All diese Widersprüche können mit der neuen Weltkarte „realistischer" eingeschätzt werden. Auch die Auseinandersetzung um die Rohstoffe auf dem Meeresboden kann mit dieser Weltkarte besser eingeschätzt werden. Wahrscheinlich wird sich die Bourgeoisie von ihrer alten Kolonialweltkarte trennen und die neue Karte zur weiteren Kriegspolitik nutzen. Dies ändert nichts am Kräfteverhältnis gegenüber den Ländern der Dritten Welt.

Schikane und Unterdrückung durch die US-Besatzer

Nürnberg. In zwei Kasernen unterhalb der

Die Imperialisten müssen die Karte anders zeichnen, weil es um die Neuaufteilung der Welt geht. Die Welt ist aufgeteilt; wollen die Imperialisten ihren Einfluß verbreitern, müssen sie davon ausgehen. Die imperialistischen Länder müssen die Widersprüche richtig einschätzen, um die Konkurrenzbedingungen und die Taktik festzulegen, wie sie ihren Einfluß vergrößern können.

„Eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern ist in der Lage, unterhalb der Schwelle eines Weltkrieges dem politischen und militärischen Verhalten der westlichen Länder Beschränkung aufzuerlegen" (Information für die Truppe, Nr. 5/1978), was nichts anderes heißt, als daß die Länder der Dritten Welt und ihr Zusammenschluß nicht unterschätzt werden dürfen. 1974 ist die neue Weltkarte erstellt worden. Dies waren nichts anderes als die Schlußfolgerungen aus den Auseinandersetzungen um die Rohstoffquellen. All diese Widersprüche können mit der neuen Weltkarte „realistischer" eingeschätzt werden. Auch die Auseinandersetzung um die Rohstoffe auf dem Meeresboden kann mit dieser Weltkarte besser eingeschätzt werden. Wahrscheinlich wird sich die Bourgeoisie von ihrer alten Kolonialweltkarte trennen und die neue Karte zur weiteren Kriegspolitik nutzen. Dies ändert nichts am Kräfteverhältnis gegenüber den Ländern der Dritten Welt.

Schikane und Unterdrückung durch die US-Besatzer

Nürnberg. In zwei Kasernen unterhalb der
US-Kaserne in Fürth sind Militärpolizei und Panzereinheiten stationiert. Diese Truppen sind steter Quell der Auseinandersetzung mit den anwohnenden Arbeitern und Angestellten in der Fürther Südstadt. Die Bewohner der Lösaustraße fordern seit Jahr und Tag, daß keine Panzer durch ihre Straße fahren. Sie haben sich mit Unterschriftensammlungen und Sitzstreiks zusammengeschlossen. Die einzige Antwort der Besatzer: sie könnten ja schon eine andere Panzerauffahrt bauen, aber die Kosten von über 100000 DM müßte das deutsche Volk bezahlen. In der Waldstraße liegt die Reparaturwerkstätte für die Panzermotoren, die aus ganz Süddeutschland angeliefert werden. Tag und Nacht gibt es Lärm, wird die Nachtruhe gestört. Die Bewohner fordern, daß der Lärm eingestellt wird. SPD-Bürgermeister Stranka, Vorsitzender des Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsclubs, mußte sagen, daß man alles in die Wege leiten müsse, um den Lärm abzustellen und die „Freundschaft" wieder herzustellen.

Veranstaltung von Zivildienstpflichtigen beschließt Aktionen

Tübingen. Am 20.6. hat in Tübingen eine Veranstaltung der Zivildienstpflichtigen mit rund 100 Teilnehmern stattgefunden. Es wurden u.a. folgende Arbeitskreise gebildet: 1. Einen Plan zum Eingreifen am Tag der offenen Tür bei der Kaserne in Großengstingen, 2. eine weitere Aktion zur Wehrpassverbrennung, 3. in einem Arbeitskreis der Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen soll beraten werden, wie man vor allem zu den Kasernen und zu der Soldatenbewegung Kontakt bekommt.

Freispruch im Prozeß gegen Mitglieder des SRK durchgesetzt

Forderung nach Schadenersatz für den verletzten Genossen wird unterstützt

r.gün. Braunschweig. Am 23.6.78 fand im Braunschweiger Amtsgericht ein Prozeß gegen 2 Genossen des Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK), wegen Widerstand und versuchter schwerer Körperverletzung gegen Vollstreckungsbeamte, statt. Beide Genossen mußten freigesprochen werden. Vor über einem Jahr war zum „Tag der offenen Tür" vor der Husarenkaserne in Braunschweig ein Stand des SRK von einer Schlägertruppe der Polizei angegriffen worden, wobei dem Genossen Nickel ein Auge eingeschlagen wurde. Der Kasernenkommandant und der Polizeichef hatten eingreifen lassen, weil das Auftreten des SRK während des Gelöbnisses in und vor der Kaserne auf der Linie für Lohnfortzahlung für W 15 und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten die gesamte Propagandaschau durcheinandergebracht hatte.

Der Genosse Nickel hatte damals eine Anzeige wegen „schwerer Körperverletzung" gegen den Polizeibeamten gerichtet, der ihm das Auge eingeschlagen hatte. Die Staatsanwaltschaft unternahm viel, um die Anklage gegen den Polizisten zu verhindern. Acht Monate wurde das Verfahren verschleppt, bis überhaupt der Name des Schlägerpolizisten bekannt wurde. Genug Zeit für die Polizei, sich gut zu präparieren. Dann wurde der Spieß umgedreht. Gegen die beiden Hauptbelastungszeugen, die beiden Genossen, wurde Anklage erhoben. Das ist die Linie des neuen Niedersächsischen Polizeigesetzes: Ein von der Polizei Geschädigter soll für den Schaden selber aufkommen und eventuell auch noch verurteilt werden.

Staatsanwalt Sauer und Richter Deecke traten am Anfang des Prozesses offen reaktionär auf. Wenn es kritisch wurde für die anklagenden Polizisten, dann waren Fragen plötzlich nicht mehr zulässig oder schon alles geklärt. Diese unverschämten Angriffe auf Verteidigung und Angeklagte wurden zurückgeschlagen. Richter Deecke wurde mit seiner Vergangenheit konfrontiert, wo er in einem ähnlichen Fall aus Prinzip verurteilt hatte, auch bei Freispruch-Plädoyer des Staatsanwalts. Staatsanwalt Sauer wurden Schlampereien in der Prozeßakte vorgehalten, und daß nie Ermittlungen gegen den Schlägerpolizisten eingeleitet wurden. Während der Zeugenvernehmung der Polizisten zerplatzte schnell ihr gemeinsames Lügengebäude, das sie in der Anklage aufgebaut hatten. Die „Nothilfe" des Schlägerpolizisten für einen angeblich vom Genossen Nickel mit einer Holzlatte „lebensbedrohend gefährdeten" Polizisten gab es nur als Polizeihirngespinst. Das „Mordwerkzeug" existiert überhaupt nicht. Nur noch der Schläger selbst blieb bei dieser Version, die anderen distanzierten sich davon. Staatsanwalt Sauer beantragte deshalb für den Genossen Nickel Freispruch, versuchte aber dafür, den zweiten Genossen wegen Widerstands zu verurteilen. Diese Spaltungsabsicht konnte ebenfalls zurückgeschlagen werden. Zusätzlicher politischer Druck wurde durch eine große Öffentlichkeit und durch verschiedene Resolutionen, die sich gegen den Prozeß und für die Forderungen des SRK aussprachen, ausgeübt, z.B. durch den Studentischen Rat der Technischen Universität Braunschweig, 14 Arbeiter, Angestellte und Beamte der TU und den Schülerrat der IGS. Sie unterstützen auch die Forderung nach Schadenersatz. Diese Freisprüche sind ein Erfolg, sie verbessern die Bedingungen im Kampf der Soldatenbewegung für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht.

KKW – Abenteurertum auf die Spitze getrieben

z.anb. Die EG-Kommission hat einen „Vorschlag für ein Programm zur Stillegung von Kernkraftwerken in der Gemeinschaft" erarbeitet. Kosten: 6,3 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheit). Tatsächlich ist es ein hinterhältiges Machwerk, in dem die westeuropäischen Imperialisten ihre Energieprogramme zur Durchsetzung der ökonomischen Expansion erneut bekräftigen und die Pläne zur Ausplünderung der Volksmassen für dieses Programm heuchlerisch auf die Notwendigkeit stützen, daß „die Sicherheit und der Schutz des Menschen und seiner Umgebung gegen die potentiellen Gefahren" gewährleistet werden müßten. Aus der Studie ersieht man, daß in der EG zur Zeit 86 Kernkraftwerke im Bau oder in Planung sind. Da die Stillegung eine sehr kostspielige Angelegenheit sei, die über einen Zeitraum von 108 Jahren gehe, müsse man „frühzeitig" Untersuchungen durchführen, damit die „Stromerzeugungsunternehmen in die Lage versetzt" würden, „rechtzeitig entsprechende Rücklagen für die spätere Stillegung" anzusammeln, was der Aufforderung nach schrankenloser Plünderung der Massen gleichkommt. Das Abenteuertum des imperialistischen Expansionsprogramms tritt unverhohlen in Erscheinung: Für die meisten Probleme der radioaktiven „Entseuchung" habe man noch keine gesicherten Erkenntnisse. Aber schon gibt es den wahnwitzigen Plan, nach der ersten Stufe der Stillegung, in der der äußere Reaktorbereich „freigegeben" werden soll, das Kernkraftwerk in ein *Museum* zu verwandeln. Was mit dem nach wie vor zurückbleibenden Atommüll geschehen soll: Einlagerung ins Endlager wie z.B. Gorleben.

Radioaktiver Müll aus Österreich nach Ägypten?

z.pek. Derzeit begeistert sich die österreichische Bourgeoisie daran, ihren Atommüll bei Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf nach Ägypten abzuschieben. Damit will sie den Kampf der Volksmassen gegen ihr imperialistisches Kernenergieprogramm spalten, weil doch das „Entsorgungsproblem" gelöst sei. Im März begaben sich die „Atom-Chefs in Persien auf Lagersuche", dann verkündete die bürgerliche Presse, daß mit dem Iran „ein grundsätzliches Übereinkommen bestehe, wonach der Iran bereit sei, Atommüll von Österreich zu übernehmen". Dagegen erklärte der iranische Außenminister kühl, daß „noch zahlreiche wissenschaftliche und technische Probleme sowie vor allem Sicherheitsfragen geklärt werden" müßten. Seitdem ist der Iran aus den Schlagzeilen verschwunden. Während sich die Direktion der Kernkraftwerksgesellschaft schon reisefertig macht, um „festzustellen, ob und wo es in Ägypten eine geeignete Lagermöglichkeit gibt" (vielleicht in den Pyramiden), wird nunmehr der Standpunkt der ägyptischen Regierung bekannt, die die Klärung der „wissenschaftlichen, technischen und Sicherheitsprobleme" verlangt und, falls je eine Einigung zustandekäme, die Übernahme aller Kosten durch Österreich. Das Zentralorgan der Finanzbourgeoisie, „Die Presse", schreibt empört: „Das Land verlangt neben der Abgeltung der Baukosten ein ‚Eintrittsgeld' von rund einer Milliarde Schilling." Ohnehin wissen die Länder der Dritten Welt, daß sie mit dem Atommüll die US-Imperialisten als „internationale Kontrolleure" im Land hätten.

Gute Entwicklung der United Arab Shipping Company

z.mat.Liverpool. Die Vereinigte Arabische Schiffahrtsgesellschaft UAS, die von Saudi-Arabien, Bahrein, dem Irak, Kuwait, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten gemeinsam betrieben wird, hat ihr europäisches Zentralbüro in Liverpool in ein neues großes Bürogebäude verlegt. Als die UAS im April 1977 durch Umwandlung der Kuwaitischen Schiffahrtsgesellschaft gegründet worden war, sagten die Imperialisten der neuen Reederei ein schnelles Ende voraus. Die Unerfahrenheit im Transport von leicht verderblichen und gefährlichen Gütern und die langen Wartezeiten in den überfüllten arabischen Häfen würden zu einer Serie von Verlusten und zum Ausbleiben von Aufträgen führen. Das Gegenteil ist eingetreten. 1965 beschäftigte die kuwaitische Staatsreederei zehn Angestellte in Liverpool. Heute sind es 181. Mit 40 Schiffen, die unter ihrer Flagge laufen, gehört die UAS heute zu den großen Reedereien in der Welt. Wie die „Saudi-Gazette" in Jiddah berichtet, sollen weitere 61 Schiffe in den nächsten Jahren dazukommen, die meisten davon als Neubauten. Mehrere von ihnen sind bereits im Bau. Das wird zum baldigen Ende des Transportmonopols der Imperialisten im Stückgutverkehr beitragen.

Giscard mobilisiert zum Exportkreuzzug

Französische Arbeiterklasse antwortet mit Streik

z.gek.Brüssel. „Mein Ziel ist, aus Frankreich eine Macht zu machen, die außer den beiden Supermächten an der Spitze der Länder steht, die die Entwicklung in unserer Zeit anführen, eine Macht, die mit diesem Anspruch in allen großen Überlegungen und weltweiten Auseinandersetzungen vertreten ist" (Figaro, 15.6.1978), erklärte Valéry Giscard d'Estaing am 14. Juni auf einer Pressekonferenz im Elysée-Palast.

Die französische Bourgeoisie schwelgt seit dem Sieg der „präsidentiellen Mehrheit", den sie als eine Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung auszuschlachten hofft, und nach der ruhmreichen Erstürmung Kolwezis durch die Fremdenlegion (seit wie lange hatte die Fremdenlegion nichts mehr erstürmt!) in denselben großen Perspektiven wie ihr Präsident. Dabei ist die Beute noch gar nicht erlegt, deren Fell man schon verteilt. Einen Tag vor Giscards Pressekonferenz drückte sich Raymond Barre, Bankier aus dem Hause Rothschild und Premierminister der Republik, nüchterner aus: „Welche internationale Politik wollen wir denn treiben, wenn wir ein Land sind, das zurückhängt – wohlgemerkt an der Seite von Bundesdeutschland –, und das nicht in der Lage ist, seine Geschäfte im Inneren zu regeln?" Dies fragte Barre ein Unternehmerpublikum, vor dem er zu dem Thema referierte: „Frankreichs Chancen im Weltwirtschaftskrieg". Knarrend wie ein Front-General gab er die Antwort: „Arbeiten, Sparen, Erneuern, Exportieren ... alles andere ist Gewäsch!" (Figaro, 14.6.1978)

Diese dürre Formel umreißt in der Tat die Zentralpunkte des Programms der 3. Regierung Barre. Es ist der Versuch eines *sozial*imperialistischen Programms unternommen, das in wesentlichen Teilen vom „Gemeinsamen Programm" der Revisionisten und Sozialdemokraten inspiriert ist und auch in enger Kollaboration mit den Führern der Gewerkschaften ausgehandelt worden ist. Wie dort, wird propagiert, daß nur ein gigantischer Exportkreuzzug die „Vollbeschäftigung" retten kann; daß es dazu einer umfassenden „Restrukturierung" und Erneuerung des Industriepotentials und einer „nationalen Anstrengung" bedürfe; und daß zur Festigung der „Solidarität der Franzosen" die „Erhaltung der Kaufkraft" für die Masse der Arbeiter und Angestellten zugesichert werden müsse, für die „am wenigsten Bevorteilten" der Gesellschaft sogar eine milde Besserung ihrer Lage.

Ohne die Maßnahmen im einzelnen zu analysieren, kann man „Erhaltung der Kaufkraft" auch mit *„allgemeiner Lohnsenkung"* übersetzen. Die „Hilfe für die am wenigsten Bevorteilten" soll dafür den ideologischen Vorwand abgeben wie zugleich neue praktische Hebel liefern, indem ein wachsender Teil der Arbeiterklasse, vor allem Jugendliche und Frauen, direkt unter *staatliche Kuratel* gestellt werden. So soll z.B. die bisherige Regelung, daß ein junger Arbeitsloser von 18 bis 25 Jahren einem Kapitalisten als *„Praktikant"* zugewiesen werden kann, während der Staat seinen Hungerlohn aus Steuer- und Versicherungsgeldern der Arbeiter zahlt, ausgedehnt werden auf Witwen, geschiedene Frauen, alleinstehende Familienoberhäupter jeden Alters.



Die streikenden Renault-Arbeiter von Flins

In der Sanierung der Sozialversicherungen – deren Fonds mit 395 Mrd. Francs dem des Staatsbudgets entspricht – ist die Madame Veil, mit mütterlichem Knoten, am Schreibtisch tätig. 2,7 Mrd. Francs Überschuß hat sie schon im laufenden Budget-Jahr als Überschuß in der Krankenversicherung herausgeholt, das soll *viel mehr* werden, und *darüber* soll auch der Rentenfonds wieder stärker als Kapitalquelle flüssig werden, Ehrenberg sei Zeuge.

Andere Zentralpunkte des Programms sollen sein: Der Angriff auf die bestehenden Beschränkungen der *Arbeitszeit*, unter dem Schlachtruf ihrer Verkürzung. Der Kapitalistenverband ist bereit, über eine tarifliche Verkürzung zu verhandeln, wenn sie sich auf die *Jahres*arbeitszeit bezieht und die „starren" Regelungen über die *tägliche* und *wöchentliche* Höchstarbeitszeit außer Kraft setzt. – *Freigabe der Preise:* Die Regierung will die bestehenden staatlichen Preiskontrollen außer Kraft setzen. Die Brotpreise sind kürzlich schon angehoben worden und sollen sich dann ganz dem „Markt" anpassen. Zum 1. Mai und 1. Juni sind die staatlichen Tarife für die Massen für Gas, Wasser, Strom, Post, Verkehr usf. heraufgesetzt worden. 10 Mrd. Francs soll das in die Kassen spülen. – *Sparkampagne:* Mit geringfügigen Zuschüssen oder Steuerabschlägen sollen die Ersparnisse der Massen in die Industrie gelenkt und allgemein gefördert werden. Es ist eben „Weltwirtschaftskrieg"! – Schließlich soll ein neues *Landwirtschaftsrahmen-Gesetz* her, das mit Sicherheit die Anlage plantagenförmiger Großkulturen durch die Agrarbourgeoisie beschleunigen soll, mit einer neuen Runde des Bauernlegens als dem Gegenpol.

Während Giscard am 14. Juni in Perspektiven schwelgte, besetzten 8000 Arbeiter die Hallen und Werften des Marinearsenals in Brest. Mit den 60000 Zivilbediensteten der Armee hat sich eine weitere große Abteilung der Arbeiterklasse in die allgemeine Streikbewegung eingereiht, die sich seit Wochen entwickelt. Diese Streiks erfassen nahezu alle Branchen, sie werden in einzelnen Abteilungen oder Betrieben geführt, oder sie erfassen die Belegschaften eines ganzen Konzerns oder nahezu einer Branche. Alle Versuche der sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen, unter Berufung auf die „Spontaneität" der Bewegung sie sich zerstreuen zu lassen, haben nicht gefruchtet: die Bewegung gewinnt an Einheit und Organisation. Zum Beispiel die Belegschaften von Krankenhäusern im ganzen Land, die seit Februar mit „administrativen Streiks" (Boykott aller Verwaltungsarbeiten, die zur Kostenberechnung dienen) standhaft ihre Forderungen vertreten. Die Arbeiter der untersten Lohnkategorien bei Renault in Flins, Cléon und anderen Werken, die aller polizeimäßigen Unterdrückung zum Trotz ihren Kampf fortsetzen. Oder wie jetzt die Arbeiterinnen von Moulinex, einem Haushaltsmaschinen-Monopol, die binnen weniger Tage 9 von 12 Werken des Konzerns besetzt haben. „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, gleiche Behandlung!" haben die Frauen auf ein großes Transparent am Tor des Werks in Alencon, wo die Bewegung ihren Ausgang nahm, geschrieben.

Kampf gegen die Verelendung und Überausbeutung der Arbeitskraft und Kampf um Einheit und Zusammenschluß sind die Hauptstoßrichtungen der erhobenen Forderungen. Fast überall wird gefordert: *Lohnerhöhung (meist 300 F im Monat) für alle gleich! Streichung der unteren Lohngruppen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Einhaltung der 40-Stunden-Woche, weitere Verkürzung der Arbeitszeit, Maßnahmen gegen die Überstundenschinderei! Einschränkung der Schichtarbeit am Wochenende! Fünf Wochen bezahlter Jahresurlaub!* Und überall werden politische und gewerkschaftliche Rechte von den Arbeitern und Arbeiterinnen gefordert und genommen.

Trautes Bündnis gegen die OPEC

Jetzt schreien sie alle wie Castro: Ölpreiserhöhung schadet den „Armen"

z.mai.Wien. Passend zur OPEC-Konferenz am 17. Juni in Wien entdeckten die imperialistischen Propagandisten ihre Sorge um die Wohlfahrt der Länder der Dritten Welt. Sie empfahlen den OPEC-Staaten, doch „dann und wann ... rücksichtsvolle Blicke in die Entwicklungsländer" zu werfen (Süddeutsche Zeitung) und von Preiserhöhungen auf jeden Fall abzusehen. Wunsch der Imperialisten ist, einen Spaltkeil in die Dritte Welt, deren Bestandteil die OPEC-Staaten sind, zu treiben. Gleichzeitig wollen sie mit dieser Propaganda den Kampf der OPEC-Staaten für höhere Preise und Schutz ihrer natürlichen Ressourcen als Maßnahme darstellen, die gegen die Völker der Welt gerichtet sei, um so die Volksmassen in den imperialistischen Ländern von der Unterstützung dieses Kampfes abzuhalten.

Dabei lassen sie sich von den Sozialimperialisten befruchten, die diese Spaltungslinie als erste entdeckt haben. Seit dem Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder versuchen die Sozialimperialisten und in ihrem Auftrag Leute wie Castro Spaltkeile in die OPEC zu treiben, indem sie einzelne Mitgliedsländer als „die Neureichen aus den Ländern des Mittleren Ostens", denen „man Illoyalität gegenüber den USA nicht nachsagen" könne, diffamieren. Das gerade noch in einer Situation, wo die OPEC-Mitgliedsstaaten sich überlegen, wie sie ihre Abhängigkeit vom US-Dollar verringern können. Die Sozialimperialisten, begierig nach dem Besitz des Erdöls der arabischen Völker, empören sich: „Die starke Heraufsetzung der Erdölpreise durch die OPEC steigerte beträchtlich die Ausgaben der erdölimportierenden Länder und bewirkte ein hohes Defizit der Handelsbilanzen." (Neue Zeit 1/78) Mit der fiktiven Gemeinsamkeit der „erdölimportierenden Länder" wollen sie den Klassengegensatz zwischen imperialistischen Ländern und Ländern der Dritten Welt vertuschen.

Der Leiter der Informationsabteilung der OPEC in Wien, H.Zaheri, erklärte gegen die Angriffe der Imperialisten: „Wir haben diese Linie wirklich satt; tatsächlich sind wir verärgert darüber, da sie nur dazu dient, das wahre Verhältnis zwischen uns (zwischen der Dritten Welt und den imperialistischen Ländern, d. Verf.) zu verschleiern und die öffentliche Meinung irrezuführen ... Zu der Wirkung des Dollarverfalls auf OPEC-Einkünfte kommt das beständige Wachstum der Importpreise und Dienstleistungen für die Mitgliedsstaaten der OPEC ... Was gedenkt Ihr dabei zu tun? Welche ... Schritte seid Ihr denn bereit zu unternehmen, um diese beständigen Angriffe auf unsere Einkünfte zu unterbinden, die wir brauchen, um mit den Entwicklungsprojekten fortzufahren, die für unsere Völker so lebensnotwendig sind?"

Die Imperialisten haben allen Grund, den OPEC-Staaten „rücksichtsvolle Blicke" zu empfehlen, nachdem sie diese Staaten jahrzehntelang rücksichtslos ausgeplündert haben. Allein in den 10 Jahren vor der Ölpreiserhöhung 1973 haben sie den realen Preis des Erdöls um 60 % gedrückt. (OPEC-Bulletin 20/78) Auch nach einer zweimaligen Preiserhöhung der OPEC nach 1973 um jeweils 10% haben die Imperialisten ihre Stellung als Lieferanten von Industriegütern und Maschinen über Preiserhöhungen schonungslos ausgenutzt, mittels der Inflation die Kaufkraft eines Barrel Öls für die OPEC-Mitgliedsstaaten auf weniger als ein Drittel ihres Nominalpreises gesenkt. Der Vorsitzende des „OPEC Economic Department", A. Al-Janabi, stellt dazu fest: „Der Preisindex für Exportöl stieg von 100 auf 121 (von Januar 1974 bis 2. Quartal 1978), während der Preisindex für den Korb von Waren und Dienstleistungen, auf die der Erlös des Erdöls verwendet wurde, von 100 auf über 300 gestiegen ist."

Die Spaltungshoffnungen der Imperialisten sind auf Sand gebaut. Die OPEC-Staaten greifen die imperialistischen Mächte mittels der Erdölpreiserhöhungen an. Sie holen sich von ihnen, was ihnen vollkommen gerechtfertigt zusteht, während sie die Einheit der Dritten Welt festigen, bei jeder Preiserhöhung gleichzeitig Maßnahmen zur Unterstützung der erdölimportierenden Länder der Dritten Welt beschließen. So wurden 1974 fast 60% der zusätzlichen Ölimportzahlungen der Länder der Dritten Welt, nämlich 7 Mrd. von insgesamt 12 Mrd. Dollar, durch finanzielle Unterstützung der OPEC gedeckt. Ende 1974 wurde der Afrikanische Entwicklungsfonds mit 200 Mill. Dollar und die Arabisch-Afrikanische Bank mit 500 Mill. Dollar Kapitaleinsatz gebildet. Bis Ende des Jahres hatte der Afrikanische Entwicklungsfonds für 50 Mill. Dollar zinslose Kredite an 16 afrikanische Länder gegeben, die erst nach 10 Jahren, und dann auf einen Zeitraum von 15 bis 25 Jahren verteilt, zurückbezahlt werden müssen. Die Tatsache, daß 1975 vom Handelsbilanzdefizit der Dritten Welt auf Preiserhöhungen für Industrieartikel und andere Waren im Handel mit den Imperialisten 13,8 Mrd. Dollar entfielen, auf die Ölpreiserhöhungen aber nur 1,6 Mrd. Dollar, beweist schlagend die Verlogenheit der imperialistischen Propaganda.

Bei der Ölpreiserhöhung durch die OPEC im Jahr 1976 richtete diese wiederum einen Sonderfonds mit 1 Mrd. Dollar ein, um die Wirtschaft der Länder der Dritten Welt nicht zu schädigen. Weiter wurde auf Vorschlag der arabischen Ölminister ein Programm zum direkten Bau von Ölraffinerien in den Ländern Afrikas bei Beteiligung der OAU, der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA), der Arabischen Liga, der OPEC, der OAPEC und der UN Industrieentwicklungsorganisation (UNIDO) erstellt. Nach Fertigstellung der Werke 1980 wird die Raffineriekapazität der afrikanischen Länder 8,8% der Weltkapazität betragen, während sie 1974 noch 1,8% betrug. Die Gesamtausgaben der offiziellen Entwicklungshilfe der OPEC-Mitgliedsländer stieg von 1973 1,1 Mrd. Dollar auf 5,2 Mrd. Dollar 1976. (The Arab Economist 3/78) Mit verschiedenen Ländern werden gemeinsame Projekte in Angriff genommen. So baut Somalia in Zusammenarbeit mit dem Irak eine Raffinerie mit einer jährlichen Versorgungskapazität von 1 Mill. Tonnen Rohöl. Durch den Import von Rohöl und die Weiterverarbeitung im eigenen Land können sowohl die Transportkosten als auch die Kosten, die vorher für den Import der Waren aufgebracht werden mußten, um 40% gesenkt werden. Senegal baut in Zusammenarbeit mit dem Iran einen petrochemischen Komplex nördlich von Dakar.

Zu den Versuchen der Imperialisten, die OPEC-Staaten von den übrigen Staaten der Dritten Welt abzuspalten, erklärt Nicolas Sarkis, Direktor des „Arab Petroleum Research Centre": „Eine der Ölmythen, die bis heute weite Verbreitung gefunden hat, ist, daß die arabischen Länder und die anderen OPEC-Länder aufgrund ihres Reichtums und ihrer natürlichen Ressourcen eine separate Einheit bilden würden, die vollkommen unterschiedlich vom Rest der Dritten Welt sei." Ebenso stellt der venezolanische Präsident Perez fest: „Die Solidarität zwischen den Entwicklungsländern wird nicht, wie es die brutale Strategie einiger entwickelter Länder beabsichtigt, zerbrochen werden können."



Kernkraftwerk in ein *Museum* zu verwandeln. Was mit dem nach wie vor zurückbleibenden Atommüll geschehen soll: Einlagerung ins Endlager wie z.B. Gorleben.

Radioaktiver Müll aus Österreich nach Ägypten?

z.pek. Derzeit begeistert sich die österreichische Bourgeoisie daran, ihren Atommüll bei Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf nach Ägypten abzuschieben. Damit will sie den Kampf der Volksmassen gegen ihr imperialistisches Kernenergieprogramm spalten, weil doch das „Entsorgungsproblem" gelöst sei. Im März begaben sich die „Atom-Chefs in Persien auf Lagersuche", dann verkündete die bürgerliche Presse, daß mit dem Iran „ein grundsätzliches Übereinkommen bestehe, wonach der Iran bereit sei, Atommüll von Österreich zu übernehmen". Dagegen erklärte der iranische Außenminister kühl, daß „noch zahlreiche wissenschaftliche und technische Probleme sowie vor allem Sicherheitsfragen geklärt werden" müßten. Seitdem ist der Iran aus den Schlagzeilen verschwunden. Während sich die Direktion der Kernkraftwerksgesellschaft schon reisefertig macht, um „festzustellen, ob und wo es in Ägypten eine geeignete Lagermöglichkeit gibt" (vielleicht in den Pyramiden), wird nunmehr der Standpunkt der ägyptischen Regierung bekannt, die die Klärung der „wissenschaftlichen, technischen und Si-

ren zu regeln?" Dies fragte Barre ein Unternehmerpublikum, vor dem er zu dem Thema referierte: „Frankreichs Chancen im Weltwirtschaftskrieg". Knarrend wie ein Front-General gab er die Antwort: „Arbeiten, Sparen, Erneuern, Exportieren ... alles andere ist Gewäsch!" (Figaro, 14.6.1978)

Diese dürre Formel umreißt in der Tat die Zentralpunkte des Programms der 3. Regierung Barre. Es ist der Versuch eines *sozial*imperialistischen Programms unternommen, das in wesentlichen Teilen vom „Gemeinsamen Programm" der Revisionisten und Sozialdemokraten inspiriert ist und auch in enger Kollaboration mit den Führern der Gewerkschaften ausgehandelt worden ist. Wie dort, wird propagiert, daß nur ein gigantischer Exportkreuzzug die „Vollbeschäftigung" retten kann; daß es dazu einer umfassenden „Restrukturierung" und Erneuerung des Industriepotentials und einer „nationalen Anstrengung" bedürfe; und daß zur Festigung der „Solidarität der

Die streikenden Renault-Arbeiter von Flins

staatliche Kuratel gestellt werden. So soll z.B. die bisherige Regelung, daß ein junger Arbeitsloser von 18 bis 25 Jahren einem Kapitalisten als *„Praktikant"* zugewiesen werden kann, während der Staat seinen Hungerlohn aus Steuer- und Versicherungsgeldern der Arbeiter zahlt, ausgedehnt werden auf Witwen, geschiedene Frauen, alleinstehende Familienoberhäupter jeden Alters.

In der Sanierung der Sozialversicherungen – deren Fonds mit 395 Mrd. Francs dem des Staatsbudgets entspricht – ist die Madame Veil, mit mütterlichem Knoten, am Schreibtisch tätig. 2,7 Mrd. Francs Überschuß hat sie schon im laufenden Budget-Jahr als Überschuß in der Krankenversicherung herausgeholt, das soll *viel mehr* werden, und *darüber* soll auch der

außer Kraft setzen. Die Brotpreise sind kürzlich schon angehoben worden und sollen sich dann ganz dem „Markt" anpassen. Zum 1. Mai und 1. Juni sind die staatlichen Tarife für die Massen für Gas, Wasser, Strom, Post, Verkehr usf. heraufgesetzt worden. 10 Mrd. Francs soll das in die Kassen spülen. – *Sparkampagne:* Mit geringfügigen Zuschüssen oder Steuerabschlägen sollen die Ersparnisse der Massen in die Industrie gelenkt und allgemein gefördert werden. Es ist eben „Weltwirtschaftskrieg"! – Schließlich soll ein neues *Landwirtschaftsrahmen-Gesetz* her, das mit Sicherheit die Anlage plantagenförmiger Großkulturen durch die Agrarbourgeoisie beschleunigen soll, mit einer neuen Runde des Bauernlegens als dem Gegenpol.

Während Giscard am 14. Juni in

Konzerns besetzt haben. „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, gleiche Behandlung!" haben die Frauen auf ein großes Transparent am Tor des Werks in Alencon, wo die Bewegung ihren Ausgang nahm, geschrieben.

Kampf gegen die Verelendung und Überausbeutung der Arbeitskraft und Kampf um Einheit und Zusammenschluß sind die Hauptstoßrichtungen der erhobenen Forderungen. Fast überall wird gefordert: *Lohnerhöhung (meist 300 F im Monat) für alle gleich! Streichung der unteren Lohngruppen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Einhaltung der 40-Stunden-Woche, weitere Verkürzung der Arbeitszeit, Maßnahmen gegen die Überstundenschinderei! Einschränkung der Schichtarbeit am Wochenende! Fünf Wochen bezahlter Jahresurlaub!* Und überall werden politische und gewerkschaftliche Rechte von den Arbeitern und Arbeiterinnen gefordert und genommen.

Trautes Bündnis gegen die OPEC

Jetzt schreien sie alle wie Castro: Ölpreiserhöhung schadet den „Armen"

Indien: Bauernerhebung in Bihar, Streiks in Industrie und öffentlichem Dienst

z.jon.London. Weite Teile des Bundesstaates Bihar im Nordosten Indiens befinden sich im Aufstand: „Gerüchte sprechen von einer wachsenden Rebellion in der Umgebung von Patna, der Hauptstadt des Bundesstaates. Große Grundbesitzer seien von bewaffneten Bauern eingekreist und angegriffen worden, die gewisse Gebiete unter Kontrolle hätten, von deren Besuch die Polizei abrät. Diese bewaffneten Bauern seien politisiert und führten einen Guerillakampf nach Art der marxistisch-leninistischen Naxaliten. Eine Wochenzeitung in Bihar berichtet, daß bei einem Zusammenstoß in Bhojpur, 50 km südlich von Patna, die Armee 123 Mann verloren hätte, die Naxaliten nur drei." (Le Figaro, 14.6.78) Bei den Wahlen zu den Dorfräten in Bihar zwischen dem 24. Mai und dem 15. Juni haben Polizei und Armee versucht, diese Bewegung durch Massaker an der Bauernbevölkerung zu unterdrücken. Berichte sprechen von 400 Toten und 1500 Verletzten. Die indische Regierung spricht von 46 Toten. Nach ihrem Eingeständnis hat aber die Polizei 18mal das Feuer auf Demonstrationen und Versammlungen im Wahlkampf eröffnet.

1961 waren 69,5% der Werktätigen Indiens in der Landwirtschaft beschäftigt, 52,8% als „Bauern". Darunter wurden sowohl die reichen Bauern gezählt wie auch die armen Bauern, die 62% aller Grundbesitzer, die weniger als zwei Hektar Land besaßen. 16,7% wurden als Landarbeiter gezählt, sie besaßen keinerlei eigene Produktionsmittel. 1971 war der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 68,6%. Davon galten 42,9% als Bauern und 25,7% als Landarbeiter. Die Enteignung und Verelendung der indischen Bauernmassen durch die imperialistische Ausplünderung hat seitdem zugenommen. Nach einem Bericht der „Times of India" waren 1975 im Bundesstaat Bihar 70% der Haushalte, die nicht von fremder Arbeit lebten, gezwungen, Kredite aufzunehmen, um sich Lebensmittel zu kaufen. Der übliche Zinssatz betrug 25–30%, in vielen Fällen bis zu 80%. 1975 verhängte die Regierung Gandhi den Ausnahmezustand, um die Kämpfe der Arbeiterbewegung und der indischen Volksmassen gewaltsam zu unterdrücken. Nach dem Sturz der Gandhi-Diktatur durch die Kämpfe der Volksmassen setzte die Janata-Regierung unter dem Diktat der Imperialisten das Bauernlegen fort. Ein „Hilfsprogramm" der EG sieht vor, 900 Mio. DM in die indische Landwirtschaft zu pumpen, um dort die Konzentration auf profitabel arbeitende kapitalistische Betriebe zu fördern, die gleichzeitig in Schuldabhängigkeit vom Finanzkapital sind. Der neue Fünfjahresplan der indischen Regierung sieht darüber hinaus „die Ausnutzung der ländlichen Arbeitskraft für die Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur der Dörfer" vor, Zwangsarbeit für die landlosen Massen und armen Bauern. Am 14.6. berichtet die „Times of India" von neuen großen Bauerndemonstrationen im Bundesstaat Tamil Nadu gegen die Erhöhung der Strompreise für die Bauern (s. KVZ Nr. 17/78). In mehrtägigen Kämpfen wurden die Regierungsbüros belagert. An einem Tag habe die Polizei 800 Bauern, darunter viele Frauen, verhaftet, ohne daß die Kämpfe beendet worden seien.

Mit der Niederschlagung des Notstandsregimes der Regierung Gandhi hat sich die indische Arbeiterklasse die Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisation teilweise wieder erkämpft. Während des Notstandes wurden die Löhne drastisch gesenkt. Z.B. wurden alle Zulagen und Prämien (Jahresbonus) per Dekret gestrichen. Mit ihren jetzigen Kämpfen wehrt sich die Arbeiterklasse gegen die Versuche der Janata-Regierung, die Polizeiunterdrückung und die KZ-mäßige Fabrikdisziplin aufrechtzuerhalten und die Löhne auf dem durch die Notstandsdiktatur erzwungenen niedrigen Stand zu halten. Beunruhigt schreibt die „Financial Times": „Im Industriegebiet von Bombay liegen rund 30% aller Fabriken ständig still, sei es wegen Streiks, sei es wegen Aussperrungen. Im Januar war der Staat Maharashtra durch einen Streik der Regierungsangestellten gelähmt. 20000 der 80000 Oberschullehrer im Bundesstaat Uttar Pradesh wurden während ihres Streiks ins Gefängnis geworfen ... Berichte über Betriebsleiter und Aufseher, die geprügelt und gefesselt werden, sind alltäglich." Seit dem 27.5. halten die Arbeiter der Hindustan-Flugzeugwerke in Lucknow (Uttar Pradesh) die Fabrik besetzt, um ihre Lohnforderung und die Wiedereinstellung eines Arbeiters zu erzwingen, der entlassen und anschließend durch die Polizei verprügelt wurde.

Gegenüber dem letzten Fünfjahresplan sollen im jetzt angekündigten 6. Fünfjahresplan die Investitionen und Kapitalhilfen zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aus öffentlichen Mitteln fast verdoppelt werden. Die Mittel dazu sollen vor allem aus neuer Auslandsverschuldung, Steuererhöhungen und verschärfter Ausbeutung der Lohnabhängigen in den staatlichen Industrien und im öffentlichen Dienst gewonnen werden. Die Kämpfe dieser Arbeiter und Angestellten haben deshalb in den letzten Monaten an Wucht und Durchschlagskraft gewonnen.

Vom 6.6. bis 14.6. streikten 2000 Elektrizitätsarbeiter der indischen Hauptstadt Delhi und legten in einer großen Hitzewelle die Stromversorgung vor allem für die Regierungsviertel lahm. Gegen die Versuche, den Streik mit Hilfe der Armee zu brechen, setzten sie Transformatoren und Leitungen außer Funktion. Sie nahmen die Arbeit erst wieder auf, nachdem ihnen die Erfüllung ihrer Forderung nach Zahlung von während des Notstands vorbehaltenen Löhnen zugesagt war. Am 13.6. sind 12000 nichtwissenschaftliche Beschäftigte der vier landwirtschaftlichen Hochschulen des Staates Maharashtra in einen unbegrenzten Streik für mehr Lohn getreten. Am 1. Juni haben 400 Busfahrer der Nahverkehrsbetriebe von Delhi gegen die Schikanen und die Unterdrückung durch die Polizei und die geplanten Fahrpreiserhöhungen gestreikt.

Am 12.6. streikten in Bombay und Umgebung 65000 Angestellte von 15000 Zweigstellen der öffentlichen Banken, um Tarifabkommen aus der Zeit vor dem Notstand durchzusetzen. 5000 beteiligten sich an einer Kundgebung in Bombay. Seitdem führen sie einen Bummelstreik durch, der den Scheckverkehr in dem Bundesstaat zum Erliegen gebracht hat.

Es sind vor allem die Kämpfe der unterdrücktesten und ärmsten Teile der Massen, der „Unberührbaren", die die indische Bourgeoisie und ihre imperialistischen Schutzherren beunruhigen. An 150 Orten in Maharashtra haben Ende Mai Angehörige nationaler Minderheiten („Stammes-Arbeiter") gestreikt und Regierungsbüros besetzt, die von der Regierung für Zwangsarbeiten rekrutiert wurden. Sie protestierten gegen die Grausamkeiten der Anwerber, gegen die Korruptheit und Brutalität der Regierungsaufseher. Sie fordern ihre vollen Rechte als Arbeiter, ihren vollen Lohn und die Entlassung der korrupten Beamten.

Karakorumstraße zwischen China und Pakistan eröffnet

z.mih. Vorletzte Woche haben der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China Keng Piao und der pakistanische Staatspräsident General Zia-ul-Haq die Karakorumstraße eröffnet. Sie verbindet Chinas westliche Provinz Sinkiang mit Nordpakistan. Die Straße, an der zehntausende pakistanischer und chinesischer Arbeiter und Techniker seit 1969 gemeinsam gebaut haben, bezeichnet der pakistanische Staatspräsident als „Wunder der modernen Welt". Die 800 km lange, 8 m breite und auf ihrer gesamten Länge asphaltierte Straße führt über das Karakorumgebirge und erreicht eine Höhe von 5200 Metern. Obwohl sie damit die höchste Fernstraße der Welt ist, wird sie ganzjährig befahren werden können. Bereits 1967 haben Pakistan und China mit dem gemeinsamen Bau und Ausbau von Handels- und Transportwegen über das zwischen ihnen gelegene Gebirgsmassiv hinweg begonnen, dessen höchster Gipfel 8600 m hoch ist. Als erstes wurde die 730 km lange jahrtausendealte „Seidenstraße" über den Mintakapaß für den Karawanenverkehr ausgebaut. Nachdem sie 20 Jahre geschlossen gewesen war, wurde sie im August 1969 wieder eröffnet, als eine chinesische Karawane nach Pakistan zog. 1971 ist dann die erste asphaltierte Allwetterstraße fertiggestellt worden, die über 280 km von der nordpakistanischen Ortschaft Gilgit über den Khunjerapaß nach China führt, wo sie auf die Verbindungsstraße Kashgar (Sinkiang) – Lhasa (Tibet) stößt. Die Inbetriebnahme der Karakorum-Autostraße ist ein bedeutender Schritt beim Aufbau der nationalen Wirtschaft Pakistans. Ab Juli wird die erste Busverbindung Rawalpindi – Gilgit eröffnet. Bisher wurden 1200 Meilen Verbindungsstraßen in entlegene Gebiete gebaut, um den Warenverkehr in beiden Richtungen sicherzustellen. Für den weiteren Ausbau des Transportwesens werden im Jahresentwicklungsplan 75 Millionen Rupien bereitgestellt. Der mit Unterstützung der Volksrepublik China 1971 gebaute Taxila-Schwermaschinenkomplex hat jetzt die volle Produktionskapazität erreicht. Er wird die nationale Selbstversorgung an Schwermaschinen sicherstellen. Neben Anlagen für Zucker- und Zementfabriken werden Lastwagen mit bis zu 12 Tonnen Ladekapazität und fahrbare Kräne bis zu 75 Tonnen Hebekapazität produziert.

Vorbildliche rassische Beziehungen auf Neuseeland? Die Wahrheit ist Landraub und koloniale Unterdrückung

z.hef. 600 Polizisten mit Armeeunterstützung und Hubschraubern setzte die neuseeländische Regierung am 25. Mai ein, um das Gebiet Bastion Point in Auckland zu räumen. 230 der Landbesetzer wurden festgenommen, Bulldozer der Armee fuhren sofort nach der Festnahme heran, um die Häuser und Zelte der Besetzer unterzupflügen. Die meisten von ihnen waren Maoris vom Stamm Ngati Whatua, deren Land Bastion Point schon lange vor der Kolonisation war. Das Land wurde

waren völlig aufgeschreckt. Der Gerichtshof bescheinigt der Regierung „Mangel an irgendeinem Bewußtsein über ihre Empfindsamkeit." Eilig wurde ein Schema von der Regierung ausgekocht und darüber mit den Ältesten des Stammes verhandelt, das die Rückgabe eines kleinen Landstücks an die Ngati Whatua, die Umwandlung eines anderen in ‚öffentliches Reserveland', den Verkauf eines dritten Teils vorsieht. „Unser Kampf hat hier nicht aufgehört, nur weil die Regierung ge-

nen Vertrag mit den Kolonialbeamten schließen müssen, der die Anerkennung der britischen Königin enthielt, das alleinige Recht der Krone, Land zu kaufen und für die Bestätigung des Landbesitzes der Maoris. Sofort nach dem Vertrag führte die britische Bourgeoisie eine große Besiedlungsaktion durch, die mit großen Landraubaktionen verbunden war. Hekes Kommandoaktion gegen den Flaggenmast 1844 war das Signal für einen der bewaffneten Kämpfe der Maoris zwischen 1843 und 1848 gegen die Landräuber. Ko-

fahren durchgeführt wurden – dort wird mit Billigung der Regierung ein Golfkurs gebaut. Das Gelände war im zweiten Weltkrieg zwangsenteignet worden, weil es „zeitweise" für Verteidigungszwecke gebraucht werde. Das geraubte Land wurde für die größtmögliche Ausplünderung des



Thailand: Erfolge im bewaffneten Befreiungskampf

z.joh. 300 Guerillakämpfer haben den Regierungsstützpunkt Ban Tayung bei Patthalung im Süden eingenommen. Die 80-Mann-Besatzung wurde zu drei Vierteln aufgerieben, Waffen und Munition erbeutet. Dieser Stützpunkt war erst sechs Wochen zuvor errichtet worden, um die Bevölkerung des Bezirks wieder unter Kontrolle zu bekommen. Weitere erfolgreiche Operationen werden aus dem Norden und Nordosten gemeldet. Der bewaffnete Befreiungskampf versetzt dem US-hörigen Putschregime mächtige

zählt wie auch die armen Bauern, die 62% aller Grundbesitzer, die weniger als zwei Hektar Land besaßen. 16,7% wurden als Landarbeiter gezählt, sie besaßen keinerlei eigene Produktionsmittel. 1971 war der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 68,6%. Davon galten 42,9% als Bauern und 25,7% als Landarbeiter. Die Enteignung und Verelendung der indischen Bauernmassen durch die imperialistische Ausplünderung hat seitdem zuge-

mehrtägigen Kämpfen wurden die Regierungsbüros belagert. An einem Tag habe die Polizei 800 Bauern, darunter viele Frauen, verhaftet, ohne daß die Kämpfe beendet worden seien. Mit der Niederschlagung des Notstandsregimes der Regierung Gandhi hat sich die indische Arbeiterklasse die Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisation teilweise wieder erkämpft. Während des Notstandes wurden die Löhne drastisch gesenkt. Z.B. wurden alle Zulagen und Prämien (Jahresbo-

chen Mitteln fast verdoppelt werden. Die Mittel dazu sollen vor allem aus neuer Auslandsverschuldung, Steuererhöhungen und verschärfter Ausbeutung der Lohnabhängigen in den staatlichen Industrien und im öffentlichen Dienst gewonnen werden. Die Kämpfe dieser Arbeiter und Angestellten haben deshalb in den letzten Monaten an Wucht und Durchschlagskraft gewonnen. Vom 6.6. bis 14.6. streikten 2000 Elektrizitätsarbeiter der indischen Hauptstadt Delhi und legten in einer

indische Bourgeoisie und ihre imperialistischen Schutzherren beunruhigen. An 150 Orten in Maharashtra haben Ende Mai Angehörige nationaler Minderheiten („Stammes-Arbeiter") gestreikt und Regierungsbüros besetzt, die von der Regierung für Zwangsarbeiten rekrutiert wurden. Sie protestierten gegen die Grausamkeiten der Anwerber, gegen die Korruptheit und Brutalität der Regierungsaufseher. Sie fordern ihre vollen Rechte als Arbeiter, ihren vollen Lohn und die Entlassung der korrupten Beamten.

straße ist ein bedeutender Schritt beim Aufbau der nationalen Wirtschaft Pakistans. Ab Juli wird die erste Busverbindung Rawalpindi – Gilgit eröffnet. Bisher wurden 1200 Meilen Verbindungsstraßen in entlegene Gebiete gebaut, um den Warenverkehr in beiden Richtungen sicherzustellen. Für den weiteren Ausbau des Transportwesens werden im Jahresentwicklungsplan 75 Millionen Rupien bereitgestellt. Der mit Unterstützung der Volksrepublik China 1971 gebaute Taxila-Schwermaschinenkomplex hat jetzt die volle Produktionskapazität erreicht. Er wird die nationale Selbstversorgung an Schwermaschinen sicherstellen. Neben Anlagen für Zucker- und Zementfabriken werden Lastwagen mit bis zu 12 Tonnen Ladekapazität und fahrbare Kräne bis zu 75 Tonnen Hebekapazität produziert.

Vorbildliche rassische Beziehungen auf Neuseeland? Die Wahrheit ist Landraub und koloniale Unterdrückung

z.hef. 600 Polizisten mit Armeeunterstützung und Hubschraubern setzte die neuseeländische Regierung am 25. Mai ein, um das Gebiet Bastion Point in Auckland zu räumen. 230 der Landbesetzer wurden festgenommen, Bulldozer der Armee fuhren sofort nach der Festnahme heran, um die Häuser und Zelte der Besetzer unterzupflügen. Die meisten von ihnen waren Maoris vom Stamm Ngati Whatua, deren Land Bastion Point schon lange vor der Kolonisation war. Das Land wurde den Ngati Whatua Stück für Stück genommen und zu Staatsland (Crownland) gemacht, zuerst unter dem Vorwand, ein ‚Modell-Maori-Dorf' für Touristen zu schaffen, und – als sich die Maoris dagegen wehrten, als Zootiere ausgestellt zu werden – unter dem Vorwand, ‚private Spekulation' zu verhindern. Die Form des Landraubs war entweder die des mehr oder weniger offen erzwungenen Verkaufs oder die Enteignung, z.B. nach dem ‚Gesetz zur Durchführung öffentlicher Arbeiten'.



Polizei und Armee räumen das Maori-Land Bastion Point

Wie die ‚Ankäufe' von Land der Maoris vor sich geht, deutet der höchste Gerichtshof Neuseelands in seinem Räumungsurteil an: „Den Maoris wurde auf ihr eigenes Ersuchen das Recht zum Verkauf gegeben. Vielleicht waren sie noch ein wenig unerfahren in Landangelegenheiten, um ihre eigenen Interessen zu schützen." Als bekannt wurde, daß die Regierung auf Bastion Point Privatwohnhäuser für die reichen Siedler bauen lassen wollte, auf dem Gelände, von dem die letzten Maoris 1950/51 zwangsumgesiedelt wurden, wuchs der Protest der Maoris im ganzen Land und Teile des inzwischen völlig landlosen Stamms besetzten Bastion Point. Die Siedler waren völlig aufgeschreckt. Der Gerichtshof bescheinigt der Regierung „Mangel an irgendeinem Bewußtsein über ihre Empfindsamkeit." Eilig wurde ein Schema von der Regierung ausgekocht und darüber mit den Ältesten des Stammes verhandelt, das die Rückgabe eines kleinen Landstücks an die Ngati Whatua, die Umwandlung eines anderen in ‚öffentliches Reserveland', den Verkauf eines dritten Teils vorsieht. „Unser Kampf hat hier nicht aufgehört, nur weil die Regierung gerade eine Schau ihrer Stärke gezeigt hat. Wir setzen den Kampf fort, aber wir brauchen internationale Unterstützung," sagte Joe Parata Hawke, einer der Führer des Kampfes. „Die Regierung hat jahrelang gelogen, als sie der Welt von ihren harmonischen Rassenbeziehungen erzählte, während sie in der ganzen Zeit unser Volk unterdrückt und niedergehalten hat.

Tatsächlich waren die ‚Besten Rassenbeziehungen auf der Welt' (Premierminister Muldoon) immer Beziehungen zwischen ausgebeuteten, ihres Landes beraubten, unterdrückten Maoris und den Imperialisten mit ihren weißen Siedlern, die systematisch die Reichtümer Neuseelands ausplündern und dazu das Land stahlen und noch stehlen. Das nebenstehende Bild stammt aus einem Buch über die Geschichte der britischen Kolonie Neuseeland, das 1908 in London erschien. „Heke fällt den Flaggenmasten in Kororareka", ist es unterschrieben. Die Aktion des Maori-Häuptlings Heke hat einen so tiefen Eindruck auf die Herausgeber der Reihe „Romantik des Imperiums" (Romance of Empire) gemacht, daß sie einen teuren Farbdruck für ihre Herstellung verwandten. 1840 hatten die Maori-Häuptlinge einen Vertrag mit den Kolonialbeamten schließen müssen, der die Anerkennung der britischen Königin enthielt, das alleinige Recht der Krone, Land zu kaufen und für die Bestätigung des Landbesitzes der Maoris. Sofort nach dem Vertrag führte die britische Bourgeoisie eine große Besiedlungsaktion durch, die mit großen Landraubaktionen verbunden war. Hekes Kommandoaktion gegen den Flaggenmast 1844 war das Signal für einen der bewaffneten Kämpfe der Maoris zwischen 1843 und 1848 gegen die Landräuber. Kororareka, eine der ersten Kolonien, wurde von den Maori-Truppen befreit, die Siedler mitsamt den überlebenden britischen Soldaten und dem Kriegsschiff verjagt. 1860 bis 1872 führten die Maoris einen großen Krieg gegen die Kolonialisten durch, der den Imperialisten und ihren Siedlern in Neuseeland bis heute in den Knochen steckt, obwohl sie ihn mit 10 Regimentern, vielen Kriegsschiffen und Kanonen und noch mehr Heimtücke gegen die vereinten Maoristämme gewannen und zu neuen, riesigen Landkonfiskationen nutzten. „Es war ein Konflikt zwischen einem vorhandenen Way of Life und einem neuen", heißt es in der Propagandabroschüre der Regierung zu den Maoris. Es folgt die Hoffnung: „Mit der Zeit ging die Führung der Maoris an eine neue Generation über, nicht verbunden mit der Bitterkeit des Krieges und der Konfiskation. Sie begannen eine neue Zukunft für ihr Volk zu errichten."

Der Landraub der Kolonialisten geht weiter, erst 1967 haben sie ein Gesetz erlassen, das die Beschlagnahme von Maori-Land für den Fall vorsieht, daß es nicht „wirtschaftlich" genug genutzt wird. Als die Maoris 1840 den Vertrag mit den Briten unterzeichneten, der ihnen angeblich alle Landrechte garantieren sollte, waren über 66 Millionen Acres in ihrem Besitz, heute sind es weniger als 3 Millionen. Die Maoris führen einen zunehmend heftigeren Kampf gegen den Landraub. Die Ngata Hine fordern die Rückgabe ihres Landes, jetzt ebenfalls „Crownland", auf dem eine Papiermühle gebaut werden soll. In Raglan wehren sich die Maoris gegen Verhaftungen, die während einer religiösen Veranstaltung an Gräbern ihrer Vorfahren durchgeführt wurden – dort wird mit Billigung der Regierung ein Golfkurs gebaut. Das Gelände war im zweiten Weltkrieg zwangsenteignet worden, weil es „zeitweise" für Verteidigungszwecke gebraucht werde. Das geraubte Land wurde für die größtmögliche Ausplünderung des



Landes für die Profite der Imperialisten hergerichtet, vor allem für die Lebensmittelversorgung Großbritanniens (siehe KVZ 4/78 S. 14) Die Folgen sind katastrophal, wie die Siedlerregierung in ihrem Jahrbuch selbst andeutet. „Die Wirkung der europäischen Besiedlung war viel größer, gemessen an den großen Waldgebieten, die zerstört sind, am extensiven natürlichen Grasland, abgebrannt für Schafhaltung ..., an den häßlichen Abraumhalden, nach dem Goldschürfen hinterlassen, der Zunahme der Bodenerosion und dem generellen Verlust des Wildtierlebens."

Die Propaganda über die „vorbildlichen Rassenbeziehungen" soll die Ausplünderung Neuseelands aufrechterhalten helfen und den Landraub verewigen. Die Maoris nehmen diese versuchte Verewigung nicht hin. Und zunehmend spaltet sich die Siedlergesellschaft um diese Frage. Mehrere Gewerkschaften haben die Besetzer von Bastion Point unterstützt. Bulldozerfahrer haben sich geweigert, die Räumungsarbeiten zu machen.

Thailand: Erfolge im bewaffneten Befreiungskampf

z.joh. 300 Guerillakämpfer haben den Regierungsstützpunkt Ban Tayung bei Patthalung im Süden eingenommen. Die 80-Mann-Besatzung wurde zu drei Vierteln aufgerieben, Waffen und Munition erbeutet. Dieser Stützpunkt war erst sechs Wochen zuvor errichtet worden, um die Bevölkerung des Bezirks wieder unter Kontrolle zu bekommen. Weitere erfolgreiche Operationen werden aus dem Norden und Nordosten gemeldet. Der bewaffnete Befreiungskampf versetzt dem US-hörigen Putschregime mächtige Schläge, seine Truppen sind zersetzt. Insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg hat der US-Imperialismus nichts unversucht gelassen, Thailand in seine Kolonie zu verwandeln. Thailand ist der drittgrößte Naturkautschuk- sowie Zinnproduzent der Welt und auch reich an anderen Bodenschätzen. Das Land ist fruchtbar. Durch Putsch haben die US-Imperialisten ihnen genehme Regime an die Macht gebracht, den Beitritt zur SEATO erzwungen, das Land unter ihren Militärstiefel gedrückt und als Aufmarschgebiet für ihre Aggression gegen Kampuchea, Laos und Vietnam benutzt. Beim Aussaugen des 40-Millionen-Volkes ist der Großgrundbesitz ihr Verbündeter. Der Kampf des thailändischen Volkes hat dem US-Imperialismus und seinen Lakaien heftige Schläge versetzt. Seit 1965 entwickelt sich der bewaffnete Befreiungskampf der Einheitsfront, in der die Kommunistische Partei Thailands die Führung hat. 1973 hat eine breite Bewegung, die die Städte erfaßte, die verhaßte US-Marionette Kittikachorn vertrieben und die USA zum Truppenabzug gezwungen. 1976 und 1977 haben die US-Imperialisten ihnen ergebene Lakaien – schon aus den fünfziger Jahren bekannte Marionetten – blutig zurück an die Macht geputscht. Seitdem nehmen die ausländischen Investitionen wieder rasant zu. Die Kampfkraft der thailändischen Volksmassen konnten die Imperialisten nicht brechen. Im September 1977 wurde die Einheitsfront des nationalen Befreiungskampfes erweitert, u.a. durch die Sozialistische Partei Thailands und die Sozialistische Einheitsfrontpartei. Die Zusammenfassung der Kräfte ist die Grundlage für den Aufschwung des Kampfes für nationale Befreiung, Austritt aus der SEATO, demokratische Freiheiten, Bodenreform und Senkung des Pachtzinses.

OECD-Ministerratstagung: Spaltungsmanöver im Gange

z.gab. Am 14./15. Juli fand in Paris die Ministerratstagung der „Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit" (OECD) statt, in der sich die westlichen imperialistischen Mächte unter Führung der US-Imperialisten 1948 zusammengeschlossen hatten, um den Wiederaufbau der kapitalistischen Herrschaft in Westdeutschland und die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Europa zu sichern. Wie jedes Jahr gelobten sich die westlichen imperialistischen Mächte „gegenseitiges handelspolitisches Wohlverhalten, Verteidigung des Freihandels, keine Einfuhrbeschränkungen und keine Ausfuhrstimulierungen". Eine „Scheinheiligkeit, die ihresgleichen sucht", hatte das „Handelsblatt" spöttisch festgestellt angesichts der sich überbietenden Einfuhrbeschränkungen in der Stahl- und Elektroindustrie. Die Konkurrenz unter den imperialistischen Mächten um die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung der Reichtümer der Dritten Welt hat sich mit dem Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus und Kolonialismus und der sich vertiefenden Krise in den imperialistischen Ländern verschärft. Schmerzlich hatte der französische Außenminister Guiringaud schon am ersten Tag der OECD-Tagung festgestellt, daß im „Nord-Süd-Dialog der *richtige Ton* noch immer nicht gefunden sei", und Genscher: „Schmerzlich fühlbar sei der Anpassungsdruck für die Industrieländer durch den Aufbau der eigenständigen Textilindustrie in den Entwicklungsländern." „Neue Kooperationsformen im Rahmen der Hilfe für die Dritte Welt" müßten gefunden werden, damit sich der „bedeutende Wandel in der internationalen Arbeitsteilung in *geordneten Bahnen* vollzieht". Besonders auf dem Rohstoffsektor seien neue Kooperationsformen notwendig. Der OECD-Ministerrat erklärte: „Nur durch stärkere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt könnten die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen und die gegenseitige Abhängigkeit *wirksam gesteuert* werden." Die BRD-Imperialisten, die mit einer stolzen Summe von 76 Mrd. Dollar Krediten die Länder der Dritten Welt in ihre Schuldknechtschaft getrieben haben, fordern „Bewältigung der gegenwärtigen Abhängigkeit durch Erhaltung und Stärkung des für Handel und Investitionen offenen Weltwirtschaftssystems" und verlangen mehr Rechtsschutz ihrer Kapitalanlagen in diesen Ländern. Eigens ein OECD-Sekretariat wurde beauftragt, zunächst auf dem Gebiet Energie, Agrarerzeugung, Rohstoffe und für die damit zusammenhängenden Infrastrukturen – vom neuen Bundesentwicklungsminister Offergeld als

der *richtige Ton* noch immer nicht gefunden sei", und Genscher: „Schmerzlich fühlbar sei der Anpassungsdruck für die Industrieländer durch den Aufbau der eigenständigen Textilindustrie in den Entwicklungsländern." „Neue Kooperationsformen im Rahmen der Hilfe für die Dritte Welt" müßten gefunden werden, damit sich der „bedeutende Wandel in der internationalen Arbeitsteilung in *geordneten Bahnen* vollzieht". Besonders auf dem Rohstoffsektor seien neue Kooperationsformen notwendig. Der OECD-Ministerrat erklärte: „Nur durch stärkere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt könnten die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen und die gegenseitige Abhängigkeit *wirksam gesteuert* werden." Die BRD-Imperialisten, die mit einer stolzen Summe von 76 Mrd. Dollar Krediten die Länder der Dritten Welt in ihre Schuldknechtschaft getrieben haben, fordern „Bewältigung der gegenwärtigen Abhängigkeit durch Erhaltung und Stärkung des für Handel und Investitionen offenen Weltwirtschaftssystems" und verlangen mehr Rechtsschutz ihrer Kapitalanlagen in diesen Ländern. Eigens ein OECD-Sekretariat wurde beauftragt, zunächst auf dem Gebiet Energie, Agrarerzeugung, Rohstoffe und für die damit zusammenhängenden Infrastrukturen – vom neuen Bundesentwicklungsminister Offergeld als
besonders lohnendes Betätigungsfeld gepriesen – die Möglichkeiten für Investitionen zu untersuchen. „Man müßte davon ausgehen", so der OECD-Ministerrat, „daß auch innerhalb der großen Gruppe der Staaten der Dritten Welt erhebliche Entwicklungs- und Interessenunterschiede bestehen." Genscher betonte, besonders wichtig sei, der energiepolitischen Herausforderung durch eine globale Energiekooperation zu begegnen, den Bau von Kernkraftwerken in den imperialistischen Ländern voranzutreiben, die Energieprogramme – insbesondere in den USA und der BRD – zügig zum Abschluß zu bringen und dem „Preismechanismus des Öls besondere Aufmerksamkeit zu schenken". Spaltung der OPEC und Beherrschung des Nahen Ostens schwebt Genscher dabei vor. Durch eine internationale konzertierte Konjunktur-Aktion der Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen solle die Weltkonjunktur wieder angekurbelt und die wachsende Inflation in den imperialistischen Staaten und die steigenden Handelsbilanzdefizite abgebaut werden. Die US-Imperialisten hätten deshalb die maßlosen Dollarsenkungen einzustellen, fordert Lambsdorff. Konkrete Maßnahmen der betreffenden Länder werden auf dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel beschlossen. Lambsdorff hat bereits angekündigt, daß „neuerliche steuerliche Maßnahmen" und „zusätzliche Subventionen" für die westdeutschen Imperialisten ins Haus stehen, „wenn bis dahin die deutsche Konjunktur nicht von selbst in Schwung kommt".

Mobilmachung für die Intervention in Zimbabwe

Die britischen Imperialisten planen „Rettungsaktion für 155000 Zivilisten"

z.hef.London. Helmut Schmidt reist vom 26. bis 28. Juni nach Nigeria, dann bis zum 30. Juni nach Sambia. „Den Besuch in Sambia hält der Bundeskanzler für wichtig, da es sich hier um einen der sogenannten Frontstaaten handelt", gibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Worte des Regierungssprechers Bölling wieder. Der heiße Wunsch, in den imperialistischen Machenschaften im südlichen Afrika eine größere Rolle zu spielen, wird in ölige Schmeicheleien verpackt: „Schmidt hält Präsident Kaunda für einen der stärksten Persönlichkeiten im südlichen Afrika ... Der Bundeskanzler sieht in Kaunda den geeigneten Makler für eine friedliche Lösung von Konflikten." Während Schmidt so ankündigt, Druck auf Kaunda gegen Sambias Unterstützung des bewaffneten Kampfes im südlichen Afrika auszuüben, reist ein hoher Beamter des US-Außenministeriums mit einem britischen Diplomaten herum, um eine „Allparteienkonferenz" zustandezubringen. Es handelt sich um den Versuch, die Patriotische Front zu spalten, den bewaffneten Kampf so zu schwächen und den politischen Raum für die direkte militärische Intervention der Imperialisten zu erweitern. Die Kreatur der US-Imperialisten und der britischen Imperialisten, Smith's „interne Lösung", erweist sich immer mehr als untauglich, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: den Befreiungskampf zu erstikken.

Im Gegenteil. Der bewaffnete Kampf nimmt an Umfang und Intensität zu. Das Kriegskommuniqué Nr. 16 der Verteidigungsabteilung der ZANU gibt für den Zeitraum zwischen Januar und April 1056 feindliche Soldaten als getötet und mehrere Hundert als verwundet an. 125 Überraschungsangriffe, 91 Hinterhalte und 62 Sabotageoperationen wurden durchgeführt (Zimbabwe News, March / April 1978). Die ZANLA-Einheiten operieren jetzt auch verstärkt in der Südprovinz, wo die Eisenbahnen und Straßen nach Azania verlaufen, die Lebenslinien des Siedlerregimes.

Die Imperialisten lassen ihre Söldnerbande auf die wachsende Stärke der Befreiungsarmee mit blindwütendem Umsichschlagen gegen die Volksmassen reagieren, dort, wo sie sich das noch leisten können. Am 11. Juni wurden durch Luftangriffe, Beschuß und lebendiges Verbrennen in den Häusern 22 Zimbabwer, fast ausschließlich Frauen und Kinder, in einem Dorf umgebracht. Die Unterstützung des Befreiungskampfes und die Empörung über die Schlächtereien der Smith-Regierung zwingen die Organisationen Muzorewas und Sitholes, die sich an dieser Regierung beteiligen, zu Manöverversuchen. Der UANC Muzorewas erklärte am 12. Juni, er sei für den Abzug aller Truppen des Siedlerregimes aus dem Stammesgebiet und für ein Verbot des Einmarsches der Siedlertruppen in Dörfer „ohne Einwilligung des örtlichen Häuptlings oder des Kommandeurs der Befreiungskämpfer des betreffenden Gebietes". Aber die Imperialisten und ihr Hauptagent Smith lassen Muzorewa und Sithole diesen Spielraum nicht. Am Tag darauf wurden Presseerklärungen beider Organisationen zu der Ermordung der 22 Zimbabwer durch das militärische Oberkommando der Siedler zensiert, und, um die Demütigung zu komplettieren, die Verbreitung telefonisch auch den Auslandskorrespondenten untersagt. Im UANC Muzorewas gibt es Spaltungstendenzen, der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Benson Ndemera wurde in der vorigen Woche ausgeschlossen, weil er erklärte, die Partei würde zunehmend zu der Erscheinung „einer stummen Marionette Smith's" gemacht (Daily Telegraph, 22.6.). Byron Hove, Rechtsanwalt in London und UANC-Mitglied, den Smith aus dem Posten als Mit-Minister für Justiz gefeuert hatte, forderte am 13. Juni einen Sonderkongreß des UANC, „wo die Entscheidung getroffen werden könnte, aus der jetzigen Regierung auszuscheiden und aus der Zusammenarbeit mit der Rhodesischen Front (der Partei Smith's, Red.)" (Guardian, 14.6.).




Genauigkeit ist die Wirtschaftlichkeit der ZANLA, sagt die Patriotische Front. Keine Kugel darf verschwendet werden. „Ein Siedler, eine Kugel", ist die Devise. Die Imperialisten wissen das. Daher ihre heulenden Kommentare über die schwarzen „Terroristen".

Angesichts der wachsenden Stärke des Befreiungskampfes und des zunehmend sichtbaren Scheiterns der „inneren Lösung" geht die Interventionsvorbereitung der Imperialisten vom Stadium der Planung ins Stadium der Mobilmachung über. „Die Regierung hat erneut die Ernstfall-Pläne für eine militärische Rettungs-Operation in Rhodesien für den Fall der Gefährdung des Lebens von Zivilisten geprüft, eröffnete der Außenminister Dr. David Owen gestern", schreibt die „Financial Times" am 16. Juni. „Die erneute Überprüfung der Pläne wurde durch die französisch-belgische Evakuierung von Europäern aus Zaire veranlaßt, sagte er auf einer Presse-konferenz." In wenigen Tagen könnte die gleiche Zahl Fallschirmjäger wie in Shaba in Afrika von Großbritannien eingesetzt werden. „Mit Sicherheit könnten eritreische Truppen einen afrikanischen Flugplatz sichern, sagte Dr. Owen." Um die mögliche Größe der Operation deutlich zu machen, fügt die „Financial Times" hinzu, 80000 britische Vollbürger seien in Rhodesien und weitere 75000, die Aufenthaltsrecht in Großbritannien hätten. Owen greift die sozialimperialistischen Konkurrenten und ihre kubanischen Hilfstruppen an, weil sie ihm zu große Fortschritte in der Intervention machen, nicht, weil sie überhaupt intervenieren: „Nichtsdestotrotz sollte der Westen nicht mit zweierlei Maß messen. Regierungen wie die britische hätten sehr gute Freunde in Afrika und wollten sich das Recht erhalten, Truppen zu senden, falls befreundetes Gebiet bedroht sei."

Fast gleichzeitig mit diesen Interventionsplänen gibt Owen die Möglichkeit einer „All-Parteien-Konferenz" für Juli bekannt. Es handelt sich um das entsprechende diplomatische Manöver, durch das die Patriotische Front gespalten und wenn möglich die ZAPU in eine Regierung der „inneren Lösung" gebracht werden soll. Beides würde die Intervention zur Unterdrückung des bewaffneten Kampfes erleichtern. Sie würde dann von den Imperialisten mit dem „Schutz einer tatsächlichen Mehrheitsregierung" begründet, und könnte auch die Zustimmung der Sozialimperialisten haben, die versuchen, über Einflußnahme auf die ZAPU sich Zimbabwe unter den Nagel zu reißen.

Genosse Mugabe hat für die Patriotische Front zu den diplomatischen Manövern gesagt: „Unsere Position bleibt, daß jede Diskussion, wie auch immer, zwischen Großbritannien (als der Kolonialmacht) und der Patriotischen Front als der tatsächlichen Vertretung des Volkes von Zimbabwe stattfinden muß." (Times, 16. Juni)

Während die Imperialisten, unter ihnen Schmidt, nach „friedlichen Vermittlern" suchen, um den Befreiungskampf zu unterdrücken, hat das OAU-Befreiungskomitee in einer einwöchigen Sitzung vom 19. Juni bis zum 26. Juni unter Beteiligung der Vertreter der Befreiungsorganisationen erneut verstärkte Unterstützung des bewaffneten Kampfes im südlichen Afrika beschlossen.

Drei-Milliarden-Kredit soll Imperialisten Reichtümer Zaires sichern

BRD will IWF-Beauftragten stellen und Transportwesen kontrollieren

z.ere. In der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 9. Juni äußerte der Abgeordnete Kunze die politische Besorgnis der Bourgeoisie über den „mangelnden Schutz" ihrer Kapitalien in den Ländern der Dritten Welt. Das

deutschen Finanzhaie, endlich ist die BRD wieder zu einer „afrikanischen Macht" geworden, nachdem die Reichsbourgeoisie nach dem Ersten Weltkrieg ihre afrikanischen Kolonien restlos verloren hatte.

reich, Italien, die USA und Japan sind vorerst „zurückhaltender" geblieben in diesem „rein humanitären Bereich".

Über diese „Kredit-Tranche" sichern sich die westdeutschen Kapitali-

Vereinbarungen der Brüsseler Konferenz einen hohen Staatsbeamten der Bundesbank als IWF-Beauftragten stellen. Belgische „Experten" haben sich den Zugriff auf Zollverwaltung und französische auf die Steuerverwal-

untauglich, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: den Befreiungskampf zu erstikken.

Im Gegenteil. Der bewaffnete Kampf nimmt an Umfang und Intensität zu. Das Kriegskommuniqué Nr. 16 der Verteidigungsabteilung der ZANU gibt für den Zeitraum zwischen Januar und April 1056 feindliche Soldaten als getötet und mehrere Hundert als verwundet an. 125 Überraschungsangriffe, 91 Hinterhalte und 62 Sabotageoperationen wurden durchgeführt (Zimbabwe News, March / April 1978). Die ZANLA-Einheiten operieren jetzt auch verstärkt in der Südprovinz, wo die Eisenbahnen und Straßen nach Azania verlaufen, die Lebenslinien des Siedlerregimes.

Die Imperialisten lassen ihre Söldnerbande auf die wachsende Stärke der Befreiungsarmee mit blindwütendem Umsichschlagen gegen die Volksmassen reagieren, dort, wo sie sich das noch leisten können. Am 11. Juni wurden durch Luftangriffe, Beschuß und




Genauigkeit ist die Wirtschaftlichkeit der ZANLA, sagt die Patriotische Front. Keine Kugel darf verschwendet werden. „Ein Siedler, eine Kugel", ist die Devise. Die Imperialisten wissen das. Daher ihre heulenden Kommentare über die schwarzen „Terroristen".

Siedlertruppen in Dörfer „ohne Einwilligung des örtlichen Häuptlings oder des Kommandeurs der Befreiungskämpfer des betreffenden Gebietes". Aber die Imperialisten und ihr Hauptagent Smith lassen Muzorewa und Sithole diesen Spielraum nicht. Am Tag darauf wurden Presseerklärungen beider Organisationen zu der Ermordung der 22 Zimbabwer durch das militärische Oberkommando der Siedler zensiert, und, um die Demütigung zu komplettieren, die Verbreitung telefonisch auch den Auslandskorrespondenten untersagt. Im UANC Muzorewas gibt es Spaltungstendenzen, der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Benson Ndemera wurde in der vorigen Woche ausgeschlossen,

Angesichts der wachsenden Stärke des Befreiungskampfes und des zunehmend sichtbaren Scheiterns der „inneren Lösung" geht die Interventionsvorbereitung der Imperialisten vom Stadium der Planung ins Stadium der Mobilmachung über. „Die Regierung hat erneut die Ernstfall-Pläne für eine militärische Rettungs-Operation in Rhodesien für den Fall der Gefährdung des Lebens von Zivilisten geprüft, eröffnete der Außenminister Dr. David Owen gestern", schreibt die „Financial Times" am 16. Juni. „Die erneute Überprüfung der Pläne wurde durch die französisch-belgische Evakuierung von Europäern aus Zaire veranlaßt, sagte er auf einer Presse-konferenz." In wenigen Tagen könnte

perialisten mit dem „Schutz einer tatsächlichen Mehrheitsregierung" begründet, und könnte auch die Zustimmung der Sozialimperialisten haben, die versuchen, über Einflußnahme auf die ZAPU sich Zimbabwe unter den Nagel zu reißen.

Genosse Mugabe hat für die Patriotische Front zu den diplomatischen Manövern gesagt: „Unsere Position bleibt, daß jede Diskussion, wie auch immer, zwischen Großbritannien (als der Kolonialmacht) und der Patriotischen Front als der tatsächlichen Vertretung des Volkes von Zimbabwe stattfinden muß." (Times, 16. Juni)

Während die Imperialisten, unter ihnen Schmidt, nach „friedlichen Vermittlern" suchen, um den Befreiungskampf zu unterdrücken, hat das OAU-Befreiungskomitee in einer einwöchigen Sitzung vom 19. Juni bis zum 26. Juni unter Beteiligung der Vertreter der Befreiungsorganisationen erneut verstärkte Unterstützung des bewaffneten Kampfes im südlichen Afrika beschlossen.

Drei-Milliarden-Kredit soll Imperialisten Reichtümer Zaires sichern

BRD will IWF-Beauftragten stellen und Transportwesen kontrollieren

z.ere. In der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 9. Juni äußerte der Abgeordnete Kunze die politische Besorgnis der Bourgeoisie über den „mangelnden Schutz" ihrer Kapitalien in den Ländern der Dritten Welt. Das
„Risiko für Investitionen in diesen Ländern sei größer als hier" und die zur Sicherung vorhandenen „Instrumente" nicht ausreichend. Der „deutsche personelle Anteil in internationalen Organisationen wie dem IWF, der FAO, dem EIB und den Vereinten Nationen müsse entsprechend des hohen finanziellen Beitrages angehoben" werden. Das wagemutig ins Ausland beförderte Kapital soll von dort gewaltige Profite hereinspülen. Die westdeutsche Bourgeoisie ist auf diesem Weg schon ein gutes Stück vorangekommen, vermißt allerdings als einer der „größten Beitragszahler der multilateralen Entwicklungshilfe die Wahrnehmung der umfassenden deutschen Interessen". Sie sieht sich aufgrund des „beachtlichen finanziellen Engagements in besonderem Maße verpflichtet, mit Nachdruck für eine rationelle", also gewinnträchtige „Verwendung der Mittel in den zuständigen Gremien einzutreten."

So soll die politische Einflußnahme auf das „Geschäftsgebahren" der Weltbank und ihrer Töchter, der Internationalen Entwicklungsorganisationen sowie der Internationalen Finanzkooperation durch einen Besuch von Vertretern des Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Weltbank überprüft werden.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat es eilig, die Geschäfte der Weltbank zu „ordnen", um in den „projektführenden Stellen ‚unseren' Einfluß geltend zu machen". Sie läßt keinen Zweifel, daß sie eine immer wachsendere Masse an Werten, die von den Arbeitern der ganzen Welt geschaffen werden, in ihre Kassen treiben will. Die Hände reiben sie sich, die west-

deutschen Finanzhaie, endlich ist die BRD wieder zu einer „afrikanischen Macht" geworden, nachdem die Reichsbourgeoisie nach dem Ersten Weltkrieg ihre afrikanischen Kolonien restlos verloren hatte.

Bei der von den Imperialisten initiierten „internationalen Zaire-Konferenz" des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EG-Kommission konnten die westdeutschen Imperialisten ihre Interessen durchsetzen.

Zaire, der mit knapp 8 Milliarden DM am höchsten verschuldete afrikanische Staat, gerät immer mehr zwischen die Mühlsteine der Imperialisten und Sozialimperialisten. In einer erbitterten Konkurrenzschlacht mit den Sozialimperialisten versuchen die Imperialisten unter Führung der anderen Supermacht ihre Interessen in Afrika zu festigen. Eine auf drei Monate angelegte „Soforthilfe" zur Sicherung der Nahrungsversorgung in Zaire, zur Versorgung mit Medikamenten, mit Brennstoffen und Ersatzteilen soll die Ausgangsbasis für ein gigantisches Plünderungsprogramm werden.

Ein Betrag von 170 Millionen DM ist dafür veranschlagt worden. Unter Ausnutzung der reichhaltigen kolonialistischen „Erfahrungen" Belgiens und der Niederlande wollen sich die BRD-Imperialisten mit einem Kredit in Höhe von 83 Millionen DM an diesem Programm, vor allem im Transportwesen und der Nachrichtentechnik, beteiligen. Zaire soll verpflichtet werden, mit diesen Geldern in der BRD Ausrüstungsgegenstände für das Fernmeldewesen, Lastkraftwagen, Materialien für den Straßen- und Eisenbahnbau zu kaufen. Zufrieden meldete das ZDF am Dienstag, den 13. Juni: „Auch die Bundesrepublik Deutschland ist dabei. Sie wollen Zaire aus seiner Wirtschaftsmisere herausführen und dadurch auch politisch stabilisieren." Andere, wie Großbritannien, Frank-

reich, Italien, die USA und Japan sind vorerst „zurückhaltender" geblieben in diesem „rein humanitären Bereich".

Über diese „Kredit-Tranche" sichern sich die westdeutschen Kapitali-
sten den Zugriff auf das zairische Transport- und Nachrichtenwesen. Mit der dritten „Kredit-Tranche" steigen sie aber erst richtig ins Zinsgeschäft ein. Zur „Sanierung" des Landes ist ein Kredit der Weltbank in Höhe von 3 Milliarden DM vorgesehen. Damit wollen sich die Imperialisten das Land vollständig unter ihre brutale imperialistische Profitschneiderei bringen.

Auf der Brüsseler Konferenz haben sie sich schon bei der „Soforthilfe" vorbehalten, darüber zu wachen, was mit ihren Kapitalien „wirklich geschieht", ob ihre Kapitalanlagen auch den erwarteten Profit abwerfen. Praktisch wurde damit die Unabhängigkeit des Landes aufgehoben. Dem IWF mußte Zaire zugestehen, daß ein IWF-Beauftragter für ein bis zwei Jahre die Zentralbank des Landes leitet. Er soll dem Gouverneur der Bank zugeteilt werden und mit weitgehenden Vollmachten für „Sanierungsmaßnahmen" ausgestattet sein. Mitte August soll er seine „Aufgaben" übernehmen. Zur „monetären Sanierung des Landes" soll ein weiterer Spezialist das Aus- und Einfuhrsystem reformieren, d.h. leiten. In das Finanzministerium wird gleichzeitig ein Beauftragter der „Gläubigerstaaten" mit einem „Expertenstab" einziehen, der dafür sorgen soll, daß aus der Ausbeutung der zairischen Volksmassen die notwendigen Steuern zur Abdeckung der Zinsen herausgequetscht werden.

Unter Führung der westdeutschen Finanzbourgeoisie haben sich die europäischen Imperialisten diese „Protektoratsposten" gesichert. Die BRD-Imperialisten sollen nach den

Vereinbarungen der Brüsseler Konferenz einen hohen Staatsbeamten der Bundesbank als IWF-Beauftragten stellen. Belgische „Experten" haben sich den Zugriff auf Zollverwaltung und französische auf die Steuerverwal-
tung gesichert. Dieser „kleine Marschallplan", wie ihn die Imperialisten bezeichnen, soll „vor allem die europäischen und weltweiten Engpässe in der Energieversorgung hemmen". Man sieht förmlich, wie die Bestie sabbert. Zaire gehört zu den größten Kupfer-, Kobalt-, Diamanten- und Zinkgewinnern der Welt.

Die Politik der Imperialisten ist durchsichtig und die afrikanischen Völker sind dagegen, in koloniale Knechtschaft gezwungen zu werden. Die Rivalität der beiden Supermächte um die Beherrschung Afrikas stößt auf den erbitterten Widerstand der afrikanischen Völker. Der libysche Staatspräsident Khadafi warnte die Regierung in Paris vor einem „afrikanischen Dien Bien Phu" und erinnerte damit an den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die französischen Imperialisten. Er forderte die französischen Imperialisten zum unverzüglichen Rückzug aus Afrika auf.

Auf der Anfang Juli in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum stattfindenden 15. Konferenz der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) werden die afrikanischen Staaten das „Schwergewicht ihrer Bemühungen vor allem gegen die Intervention der beiden Supermächte ausrichten". Nach Meinung des sudanesischen Präsidenten Nimeiri wird es darauf ankommen, die Einheit der arabischen und afrikanischen Völker zu stärken, um die „eigene Souveränität vor der Intervention der Supermächte zu schützen". „Als Afrikaner haben wir beschlossen, daß Afrika seine Probleme selbst lösen wird", erklärte der sudanesische Botschafter in Kairo, Ahmed Omar.

Anerkennung der Befreiungsbewegungen als rechtmäßige Vertreter der unterdrückten Völker!



Konferenz zur Unterstützung der Völker Namibias und Zimbabwes, Maputo, Mozambique, Mai 1977. Auf der Präsidiumstribüne von links nach rechts: Tang ming Chao, Untergeneraisekretär der UNO, A. Salim, Tanzania, Vorsitzender des Dekolonisierungskomitees der UNO, Samora Machel, Präsident von Mozambique, Waldheim, Michael Manley, Premierminister von Jamaica, Dustan W. Kamana, Zambia, Präsident des UN-Namibia-Rates, William E. Mboumenoua, Geschäftsführender Sekretär der OAU.



Konferenz zur Unterstützung der Völker Namibias und Zimbabwes, Maputo, Mozambique, Mai 1977. Auf der Präsidiumstribüne von links nach rechts: Tang ming Chao, Untergeneralsekretär der UNO, A. Salim, Tanzania, Vorsitzender des Dekolonisierungskomitees der UNO, Samora Machel, Präsident von Mozambique, Waldheim, Michael Manley, Premierminister von Jamaica, Dustan W. Kamana, Zambia, Präsident des UN-Namibia-Rates, William E. Mboumenoua, Geschäftsführender Sekretär der OAU.

z.lup. In der vergangenen Woche hat das *Afrikanische Befreiungskomitee*, ein Unterausschuß der OAU, getagt und darüber beraten, wie die Unterstützung der Organisation für Afrikanische Einheit für die Befreiungsbewegungen weiter verstärkt werden kann. Insbesondere wurde darüber beraten, wie der bewaffnete Kampf der Völker Namibias und Zimbabwes und ihrer rechtmäßigen Vertretungen, der SWAPO und der Patriotischen Front, noch besser unterstützt werden kann.

Diese Sitzung des Afrikanischen Befreiungskomitees dient der Vorbereitung der im Juli stattfindenden Außenministerkonferenz und der darauffolgenden Gipfelkonferenz der OAU.

Vor 15 Jahren haben die unabhängigen afrikanischen Staaten die OAU gegründet. Das war ein Ergebnis der Erfolge der afrikanischen Völker in ihrem bewaffneten Befreiungskampf, der zur Bildung selbständiger afrikanischer Staaten geführt hatte, und ein Sieg über die Spaltungsbemühungen der alten Kolonialmächte, denen es bis dahin gelungen war, durch die Existenz zweier Organisationen afrikanischer Staaten die Einheit Afrikas zu spalten. Der bewaffnete Befreiungskampf ist die Speerspitze des Kampfes der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus, und je eher und gründlicher die Völker das Joch der kolonialen Unterdrückung zerschlagen, um so besser kann die Dritte Welt die neokolonialen Machenschaften der Imperialisten zunichtemachen. Dieser Tatsache bewußt, haben die unabhängigen Staaten Afrikas von Anfang an ihren Brudervölkern, die noch mit der Waffe in der Hand für ihre Befreiung kämpfen, Unterstützung in diesem Kampf gegeben. Dies kam auch zum Ausdruck in der Bildung des afrikanischen Befreiungskomitees, das die Unterstützung der Befreiungsbewegungen und ihres bewaffneten Kampfes koordinierte und organisierte. Unterstützung durch die OAU erhalten gegenwärtig – neben dem revisionistischen „ANC of South Africa“ – der PAC (Azania), SWAPO (Namibia) und die Patriotische Front bestehend aus ZANU und ZAPU (Zimbabwe). Schon in der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen kommt zum Ausdruck, daß die unabhängigen Staaten Afrikas den Befreiungsbewegungen als den rechtmäßigen Vertretern ihrer Völker gegenübertreten. Entsprechend hat auch die 2. Konferenz der blockfreien Staaten – die vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo stattfand – in ihrem Schlußdokument beschlossen:

„Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, ausdauernd zu arbeiten an der Ausmerzung aller Überreste des Kolonialismus und an der Vereinigung

lismus, und je eher und gründlicher die Völker das Joch der kolonialen Unterdrückung zerschlagen, um so besser kann die Dritte Welt die neokolonialen Machenschaften der Imperialisten zunichtemachen. Dieser Tatsache bewußt, haben die unabhängigen Staaten Afrikas von Anfang an ihren Brudervölkern, die noch mit der Waffe in der Hand für ihre Befreiung kämpfen, Unterstützung in diesem Kampf gegeben. Dies kam auch zum Ausdruck in der Bildung des afrikanischen Befreiungskomitees, das die Unterstützung der Befreiungsbewegungen und ihres bewaffneten Kampfes koordinierte und organisierte. Unterstützung durch die OAU erhalten gegenwärtig – neben dem revisionistischen „ANC of South Africa“ – der PAC (Azania), SWAPO (Namibia) und die Patriotische Front bestehend aus ZANU und ZAPU (Zimbabwe). Schon in der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen kommt zum Ausdruck, daß die unabhängigen Staaten Afrikas den Befreiungsbewegungen als den rechtmäßigen Vertretern ihrer Völker gegenübertreten. Entsprechend hat auch die 2. Konferenz der blockfreien Staaten – die vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo stattfand – in ihrem Schlußdokument beschlossen:

„Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, ausdauernd zu arbeiten an der Ausmerzung aller Überreste des Kolonialismus und an der Vereinigung
aller ihrer Bemühungen zwecks Gewährung der notwendigen Hilfe und Unterstützung – moralischer, politischer und materieller Art – an die Völker, die gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfen. Die Teilnehmerländer anerkennen die nationalistischen Bewegungen der Völker, die jetzt um ihre Befreiung von der kolonialen Fremdherrschaft kämpfen, als authentische Vertreter der Kolonialvölker und fordern die Kolonialmächte dringend auf, mit den Führern dieser Völker Verhandlungen aufzunehmen. Die Konferenz appelliert an alle Teilnehmerländer, dem Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit Unterstützung und Hilfe zu gewähren.“

Seitdem dies beschlossen wurde, hat der bewaffnete Befreiungskampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas große Veränderungen herbeigeführt und zahlreichen Völkern die Unabhängigkeit und Freiheit gebracht.

In der Unterstützung dieses Befreiungskampfes hat das Befreiungskomitee der OAU immer den Standpunkt eingenommen, daß die Völker und ihre Befreiungsbewegungen ihre Meinungsverschiedenheiten selbständig klären und sich zusammenschließen müssen, um den Imperialisten die Möglichkeit zu nehmen, Zwietracht zu schüren und Rivalitäten auszunutzen. So hat das Befreiungskomitee in der Accra-Deklaration von 1973 ausdrücklich den Zusammenschluß von MPLA und FNLA in Angola begrüßt und erklärt:

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Befreiung eines Landes niemals durch rivalisierende Befreiungsbewegungen, die gegeneinander und unabhängig voneinander den Kampf führen, gewonnen werden kann.“

Immer hat die OAU die Befreiungsbewegungen zum bewaffneten Kampf ermuntert. So hat die Außenministerkonferenz in Dar es Saalam 1975 nach den Soweto-Aufständen und den Massakern des Vorster-Regime erklärt:

„Der OAU-Ministerrat versichert, daß die einzige, effektive Garantie für

ungskampfes hat das Befreiungskomitee der OAU immer den Standpunkt eingenommen, daß die Völker und ihre Befreiungsbewegungen ihre Meinungsverschiedenheiten selbständig klären und sich zusammenschließen müssen, um den Imperialisten die Möglichkeit zu nehmen, Zwietracht zu schüren und Rivalitäten auszunutzen. So hat das Befreiungskomitee in der Accra-Deklaration von 1973 ausdrücklich den Zusammenschluß von MPLA und FNLA in Angola begrüßt und erklärt:

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Befreiung eines Landes niemals durch rivalisierende Befreiungsbewegungen, die gegeneinander und unabhängig voneinander den Kampf führen, gewonnen werden kann.“

Immer hat die OAU die Befreiungsbewegungen zum bewaffneten Kampf ermuntert. So hat die Außenministerkonferenz in Dar es Saalam 1975 nach den Soweto-Aufständen und den Massakern des Vorster-Regime erklärt:

„Der OAU-Ministerrat versichert, daß die einzige, effektive Garantie für
das afrikanische Volk Südafrikas gegen eine Wiederholung dieses Massakers die Aufnahme des bewaffneten Kampfes für die Erringung der Macht durch das Volk ist.“

Die Siege im bewaffneten Kampf bilden die Grundlage für die Fortschritte, die die Völker und ihre Befreiungsbewegungen auch an der diplomatischen Front und in der UNO erringen konnten. Unterstützung des Rechts auf Selbstbestimmung, Unterstützung des bewaffneten Kampfes, Verurteilung des Kolonialismus und Imperialismus und Anerkennung der Befreiungsbewegungen als rechtmäßige Vertetungen ihrer Völker sind die Forderungen, die immer wieder von der Dritten Welt in der UNO erhoben und in Resolutionen durchgesetzt wurden. So hat die Generalversammlung 1973 die Resolution zum legalen Status von Kämpfern gegen koloniale und rassistische Regime beschlossen, in der es heißt:

„Die Generalversammlung versichert, daß die Fortsetzung des Kolonialismus in allen Formen und Methoden, wie bereits in der Resolution 2621 vom 12. Oktober 1970 festgestellt, ein Verbrechen ist, und daß die Kolonialvölker das Recht haben, mit allen Mitteln, die sie für notwendig erachten, gegen die Kolonialmächte und Fremdherrschaft in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung zu kämpfen“, um dann den Befreiungskämpfern den Schutz der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen zu sichern und gleichzeitig festzustellen, daß die Anwerbung von Söldnern durch die Kolonialmächte ein Verbrechen ist und diese Söldner auch als Verbrecher behandelt und bestraft werden müssen.

Die Staaten der Dritten Welt haben gegen den erbitterten Widerstand der Imperialisten durchgesetzt, daß die UNO in verschiedenen Resolutionen das Selbstbestimmungsrecht der Völker des südlichen Afrika, Palästinas und Osttimors *ausdrücklich* anerkennt und die Befreiungsbewegungen dieser Länder als rechtmäßigen Repräsentanten dieser Völker anerkennt. Alle diese Resolutionen wurden von der

nialismus in allen Formen und Methoden, wie bereits in der Resolution 2621 vom 12. Oktober 1970 festgestellt, ein Verbrechen ist, und daß die Kolonialvölker das Recht haben, mit allen Mitteln, die sie für notwendig erachten, gegen die Kolonialmächte und Fremdherrschaft in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung zu kämpfen“, um dann den Befreiungskämpfern den Schutz der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen zu sichern und gleichzeitig festzustellen, daß die Anwerbung von Söldnern durch die Kolonialmächte ein Verbrechen ist und diese Söldner auch als Verbrecher behandelt und bestraft werden müssen.

Die Staaten der Dritten Welt haben gegen den erbitterten Widerstand der Imperialisten durchgesetzt, daß die UNO in verschiedenen Resolutionen das Selbstbestimmungsrecht der Völker des südlichen Afrika, Palästinas und Osttimors *ausdrücklich* anerkennt und die Befreiungsbewegungen dieser Länder als rechtmäßigen Repräsentanten dieser Völker anerkennt. Alle diese Resolutionen wurden von der
Bundesregierung bekämpft.

Wiederholt hat die UNO das israelische Siedlerregime angegriffen, den Zionismus als Rassismus verurteilt und die Rechte des Volkes von Palästina bestätigt. Zur Einladung des Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafats, in die Generalversammlung der UN und nach seiner Rede hat die Generalversammlung 1974 festgestellt:

„Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß das palästinensische Volk der Hauptbeteiligte in der Palästinafrage ist, lädt die palästinensische Befreiungsorganisation, den Vertreter des palästinensischen Volkes, ein, an den Beratungen im Plenum der Vollversammlung zur Palästinafrage teilzunehmen. Die Generalversammlung, ihre ernste Sorge ausdrückend, daß das palästinensische Volk gehindert worden ist, seine unveräußerlichen Rechte zu genießen, insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung, bestätigt abermals die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entwurzelt worden sind, und spricht sich für ihre Rückkehr aus, betont, daß die Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte für die Lösung der Palästina-Frage unerläßlich sind.“

In Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des südlichen Afrika verabschiedete die UNO-Generalversammlung 1976 ein Aktionsprogramm gegen Apartheid, in dem es unter anderem heißt:

„Die Generalversammlung würdigt den mutigen Kampf des unterdrückten Volkes von Südafrika für die Abschaffung des Rassismus unter Führung seiner von der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannten Befreiungsbewegungen. Sie erkennt an, daß die nationalen Befreiungsbewegungen die wahren Vertreter der großen Mehrheit des Volkes von Südafrika sind. Die Generalversammlung fordert alle Regierungen auf, den von der Organisation der Afrikanischen Einheit anerkannten südafrikanischen Befreiungsbewegungen direkt oder über diese Organisation finanzielle und materielle Hilfe zu leisten, in ihren Ländern öffentliche Sammelaktionen zur Unterstützung der südafrikanischen Befreiungsbewegungen zu fördern, Flüchtlingen aus Südafrika Asyl sowie Reise-, Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu gewähren, den südafrikanischen Befreiungsbewegungen Rundfunkeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Die Generalversammlung fordert die Gewerkschaften insbesondere auf, unter den Arbeitern Versammlungen und Informationskampagnen zu veranstalten.“

Die internationale Konferenz zur Unterstützung der Völker Zimbabwes und Namibias, die 1977 von der UNO und der OAU unter Teilnahme von 92 Mitgliedsstaaten und 5 Befreiungsbewegungen in Maputo, Mozambique, durchgeführt wurde, stellte in ihrer Deklaration fest:

„Die Konferenz erklärt feierlich ihre volle Unterstützung für den Kampf des Volkes von Namibia unter der Führung seiner einzigen authentischen Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), zur Erlangung von Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit in einem vereinten Namibia. Die Konferenz erkennt die Walfisch-Bucht als integralen Teil Namibias an und weist alle Versuche Südafrikas zurück, sie vom

gungsmöglichkeiten zu gewähren, den südafrikanischen Befreiungsbewegungen Rundfunkeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Die Generalversammlung fordert die Gewerkschaften insbesondere auf, unter den Arbeitern Versammlungen und Informationskampagnen zu veranstalten.“

Die internationale Konferenz zur Unterstützung der Völker Zimbabwes und Namibias, die 1977 von der UNO und der OAU unter Teilnahme von 92 Mitgliedsstaaten und 5 Befreiungsbewegungen in Maputo, Mozambique, durchgeführt wurde, stellte in ihrer Deklaration fest:

„Die Konferenz erklärt feierlich ihre volle Unterstützung für den Kampf des Volkes von Namibia unter der Führung seiner einzigen authentischen Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), zur Erlangung von Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit in einem vereinten Namibia. Die Konferenz erkennt die Walfisch-Bucht als integralen Teil Namibias an und weist alle Versuche Südafrikas zurück, sie vom
übrigen Namibia zu trennen. Die Konferenz verurteilt scharf die Turnhallen-Gespräche als Strategie Südafrikas, zur Fortsetzung seiner unbarmherzigen kolonialistischen und rassistischen Politik und Praktiken unter falschen Vorwänden. Keine der Gruppen soll anerkannt werden, die von der illegalen südafrikanischen Verwaltung als Folge der gegenwärtigen betrügerischen Verfassungsgespräche oder anderer Manöver in Namibia eingesetzt werden könnte.

Alle Unabhängigkeitsgespräche über Namibia müssen zwischen Vertretern der SWAPO und Südafrika und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu dem einzigen Zweck stattfinden, die Modalitäten für die Machtübergabe an das namibische Volk zu erörtern.“

Zu Zimbabwe erklärte die Konferenz unter anderem:

„Angesichts der Halsstarrigkeit dieses Regimes haben die Freiheitskämpfer ihren bewaffneten Kampf intensiviert. Darüberhinaus sind die kämpfenden Truppen vorangeschritten in der Herstellung der Einheit. Positive Schritte wurden unternommen zur Einheit der Zimbabwer und zur Entwicklung des Befreiungskampfes. Die Konferenz betonte die Bedeutung der Einheit aller patriotischen Kräfte in ihrem Kampf gegen das illegale rassistische Minderheitenregime. Die Konferenz ruft feierlich alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sowie alle Völker und Organisationen auf, ihre Unterstützung der Befreiungsbewegungen zu intensivieren, die das Volk von Zimbabwe in seinem Kampf für Unabhängigkeit repräsentieren.“



„Nach Anhörung der Erklärungen der Vertreter Portugals und Indonesiens, nach Anhörungen der Vertreter des Volkes von Ost-Timor“ beschloß der UN-Sicherheitsrat 1976, „alle Staaten aufzufordern, die territoriale Integrität Ost-Timors sowie das unveräußerliche Recht seines Volkes gemäß der Generalversammlungs-Resolution 1514 zu achten, die Regierung Indonesiens aufzufordern, unverzüglich ihre Streitkräfte aus dem Territorium zurückzuziehen.“ Das Bild zeigt eine Versammlung der Fretilin, der Befreiungsorganisation des Volkes von Ost-Timor.

Beleidigungen gegen den Befreiungskampf der Völker

z.anb. Je stärker sich in Zimbabwe der Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter entfaltet, je mehr die politischen Manöver der Imperialisten am festen Willen, die wirkliche nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen und mit Waffengewalt zu verteidigen, zerbrechen, um so lügenreicher und hinterhältiger werden die Berichterstatter der bürgerlichen Massenmedien. Einer davon, Hans Joachim Platz vom ZDF, Sonderkorrespondent für das südliche Afrika, hat in den letzten Wochen sein Herz für die „Zivilbevölkerung“ entdeckt – (ZDF, 15.5.78): „Schwarze Flüchtlinge strömen in die Stadt (Salisbury). Sie kommen aus Operationsgebieten der schwarzen Terroristen. Seit Wochen nämlich richtete sich der Terror zunehmend gegen Schwarze aus den Stammesgebieten.“ Die stärkste Waffe der Volksmassen in Zimbabwe, deren Einheit im Volkskrieg die verschiedenen Stämme im gemeinsamen Ziel der Vertreibung der Imperialisten zusammenschließt und fest mit den Befreiungskämpfern verbindet, ist der Angriffspunkt dieses Spaltungsmanövers. Tatsächlich sind die schwarzen Massen in den Stammesgebieten Ziel brutaler Überfälle des Siedlerregimes; Deportationen, Verhaftungen wegen Unterstützung der Volksbefreiungsarmee und blutige Unterdrückung sind die Methoden, mit denen die Imperialisten die Einheit des Volkes bekämpfen und niederzuschlagen versuchen. Fußt der „Bericht“ auf Lügen, so entfaltet er seine ganze Gemeinheit in solchen Sätzen: „Die Polizei versucht die Flüchtlinge in ihre Heimatgebiete zurückzuschikken, Lastwagen sollen zur Verfügung gestellt werden, vergebens. Die Angst vor den Terroristen ist größer als die Not und der Hunger. Es muß hier einfach zur Katastrophe kommen ... die Regierung aber ist ohnmächtig dieser Not gegenüber.“ Nicht einmal das Rote Kreuz kümmert sich um diese Menschen, sagt Platz, ja sogar die UNO sieht tatenlos zu! Es ist nichts anderes als der unüberhörbare Ruf nach der Intervention der Imperialisten, wobei dieser saubere Platz, und er weiß auch warum, die UNO bzw. eine etwaige „Friedenstruppe“ nicht für den geeigneten Eingriff hält. Er hat verfolgt, wie es im Libanon gelaufen ist, wo die Versuche der Imperialisten, die UNO-Truppe als ihre Söldnerarmee einzusetzen, fehlgeschlagen sind. Wie empörend das für solche dreckschleudernden Individuen wie Platz ist, bringt sein „Kollege“ Hans Scheicher zum Ausdruck: „... ein internationaler Belagerungsring hat die Palästinenser umzingelt, und *wartet!* Worauf, weiß niemand ... Die Palästinenser unten im Tal bewegen sich ganz unbesorgt. Die UNO hat sogar einen Jeep durchgelassen, der

sind die Methoden, mit denen die Imperialisten die Einheit des Volkes bekämpfen und niederzuschlagen versuchen. Fußt der „Bericht“ auf Lügen, so entfaltet er seine ganze Gemeinheit in solchen Sätzen: „Die Polizei versucht die Flüchtlinge in ihre Heimatgebiete zurückzuschikken, Lastwagen sollen zur Verfügung gestellt werden, vergebens. Die Angst vor den Terroristen ist größer als die Not und der Hunger. Es muß hier einfach zur Katastrophe kommen ... die Regierung aber ist ohnmächtig dieser Not gegenüber.“ Nicht einmal das Rote Kreuz kümmert sich um diese Menschen, sagt Platz, ja sogar die UNO sieht tatenlos zu! Es ist nichts anderes als der unüberhörbare Ruf nach der Intervention der Imperialisten, wobei dieser saubere Platz, und er weiß auch warum, die UNO bzw. eine etwaige „Friedenstruppe“ nicht für den geeigneten Eingriff hält. Er hat verfolgt, wie es im Libanon gelaufen ist, wo die Versuche der Imperialisten, die UNO-Truppe als ihre Söldnerarmee einzusetzen, fehlgeschlagen sind. Wie empörend das für solche dreckschleudernden Individuen wie Platz ist, bringt sein „Kollege“ Hans Scheicher zum Ausdruck: „... ein internationaler Belagerungsring hat die Palästinenser umzingelt, und *wartet!* Worauf, weiß niemand ... Die Palästinenser unten im Tal bewegen sich ganz unbesorgt. Die UNO hat sogar einen Jeep durchgelassen, der
ihnen Nachschub bringt. Sie hätten längst Zeit gehabt, die Waffen zu verstecken und als Zivilisten ungehindert abzuziehen. *Sie tun es nicht* ... Wir sind nicht eingesickert, wir sind immer schon hier gewesen, behaupten sie.“ Das ist für Scheicher der Gipfel der Unverschämtheit, daß die palästinensische Revolution von einem ganzen Volk getragen wird, das sich auf dem Boden, der ihm gehört, so bewegt, wie jemand, der dort zuhause ist. Und vor allem, daß die UNO-Truppe diese Tatsache zunehmend respektieren muß, zumal in dieser Truppe Soldaten aus Ländern rekrutiert worden sind, die genauso ein Interesse daran haben, daß die Imperialisten vertrieben und geschlagen werden. „Und wenn die UNO-Truppe weiterhin nicht bereit ist, Gewalt anzuwenden, dann wird es hier in der Gegend bald mehr Palästinenser geben, als die UNO unter Beobachtung halten kann.“ Unmißverständlich gibt die westdeutsche Finanzbourgeoisie durch solcherart Berichterstattung zu verstehen, daß sie nicht im geringsten gewillt ist, die Beschlüsse der Vereinten Nationen einzuhalten, sie tritt die Resolutionen zur Anerkennung des bewaffneten Befreiungskampfes tagtäglich mit Füßen, beleidigt die Völker durch übelste Hetze und verfolgt nach wie vor den Kurs der imperialistischen Intervention. Der Haß von Imperialisten kennt keine Grenzen, wenn der Geldsack und der Landsitz in Zimbabwe mit schwarzen „Boys“ und gekühltem Whisky durch den revolutionären Kampf des Volkes bedroht werden.

Bewährt, bewährter, am bewährtesten ...

r.brp. Die Marionettentruppe des Albrecht-Kabinetts für Niedersachsen ist komplett: Drei bewährte Bourgeoisvertreter sind für das Ausscheiden der FDP-Minister nach Niedersachsen geholt worden: Birgit Breuel, Tochter eines steinreichen Hamburger Bankiers, von Kindheit an „auf den Umgang mit Geld" (Breuel) ausgerichtet, geschult in Wirtschaftspolitik, der Meinung, „Es gibt kein Butterbrot umsonst", wird als Wirtschaftsminister unter dem Motto „Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen" den Ausverkauf der Arbeitskraft betreiben und die Mehrung von Kapital in Händen der Kapitalisten.

Dr. Möcklinghoff, mit der gleichen lakkierten Fassade wie Ernst Albrecht, hat Erfahrung als Regierungspräsident für den Bezirk Münster hinsichtlich Rationalisierung des öffentlichen Dienstes gesammelt. Er wird neuer Innenminister, der als erste Aufgabe die Neufassung des Polizeigesetzes nach dem Mustergesetzentwurf der Länder, weitere Rationalisierungen in den Krankenhäusern und eine Neuordnung der Mischfinanzierung von Land und Gemeinde betreiben soll, zur höheren Ausplünderung der Volksmassen durch die Gemeinden.

Der dritte ist Professor Schwind aus Bochum, verhaßt und seit Semestern bekämpft von den Jura-Studenten, auf gutem Fuß mit dem BKA, für das er mehrere Untersuchungen wie: „Dunkelfeldforschung bei Verbrechen, Kriminalatlas für die Stadt Bochum" betrieben hat. Sicherheitsverwahrung, Steigerung der Effektivität der Polizeitruppe, größere Unterdrückung der Volksmassen, dafür steht er als neuer Justizminister.

Man wird diese Riege taktisch ernst nehmen müssen, um sie erfolgreich zu bekämpfen.

Landesbürgschaft für Rationalisierung

r.brp. Nordmende schließt sein Werk in Sittensen und verlagert die Produktion von Schwarz-Weiß-Fernsehern nach Singapur. Den 550 Arbeitern aus Sittensen wird *angeboten*, im Bremer Werk zu arbeiten. In Braunschweig schließt das Olympia-Werk, 1200 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt, die Produktion von Rechnern soll ebenfalls ins Ausland verlagert werden. Das Jagen nach Höchst- und Extraprofit treibt die Kapitalisten um den Erdball, der von den Arbeitern in Westdeutschland erarbeitete Mehrwert will profitbringend angelegt sein. Die Bourgeoispolitiker unterstützen das, wie bei Rollei, mit einer Landesbürgschaft.

Für das Finanzkapital wichtig ist aber auch, wie groß die Masse des Gesamtprofits ist, wichtig für die internationale Konkurrenzfähigkeit. 3,7 Mio. Arbeiter wurden 1976 im Handwerk beschäftigt und haben einen Umsatz von 260 Mrd. DM geschaffen (Industrie: 819 Mrd. DM). Es gilt den Ausbeutungsgrad im Handwerk

heitsverwahrung, Steigerung der Effektivität der Polizeitruppe, größere Unterdrückung der Volksmassen, dafür steht er als neuer Justizminister.

Man wird diese Riege taktisch ernst nehmen müssen, um sie erfolgreich zu bekämpfen.

Landesbürgschaft für Rationalisierung

r.brp. Nordmende schließt sein Werk in Sittensen und verlagert die Produktion von Schwarz-Weiß-Fernsehern nach Singapur. Den 550 Arbeitern aus Sittensen wird angeboten, im Bremer Werk zu arbeiten. In Braunschweig schließt das Olympia-Werk, 1200 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt, die Produktion von Rechnern soll ebenfalls ins Ausland verlagert werden. Das Jagen nach Höchst- und Extraprofit treibt die Kapitalisten um den Erdball, der von den Arbeitern in Westdeutschland erarbeitete Mehrwert will profitbringend angelegt sein. Die Bourgeoispolitiker unterstützen das, wie bei Rollei, mit einer Landesbürgschaft.

Für das Finanzkapital wichtig ist aber auch, wie groß die Masse des Gesamtprofits ist, wichtig für die internationale Konkurrenzfähigkeit. 3,7 Mio. Arbeiter wurden 1976 im Handwerk beschäftigt und haben einen Umsatz von 260 Mrd. DM geschaffen (Industrie: 819 Mrd. DM). Es gilt den Ausbeutungsgrad im Handwerk
zu erhöhen durch Rationalisierungsmaßnahmen. Bürgschaften und Schuldendiensthilfen des Landes dienen dem. Für Berkefeld (Celle) mit 200 Arbeitern hat das Land Niedersachsen eine Bürgschaft von 1,3 Mio. DM übernommen, für das Textilwerk Hammersen (Osnabrück) wird nach Zuschüssen von 3 Mio. DM ebenfalls eine Landesbürgschaft erwogen. Fest in den Klauen und in der Abhängigkeit des Finanzkapitals sollen die Handwerks- und mittelständischen Betriebe die Basis für den Kapitalexport verbreitern.

Fernmeldehandwerker zur Bundeswehr

r.pes. Der Bundespostminister hat mit dem Bundesverteidigungsminister über den Einsatz von Fernmeldehandwerkern, die von der Post nicht übernommen oder nicht im Fernmeldedienst beschäftigt werden, verhandelt. Der Postminister hat verfügt, daß die jetzt auszubildenden oder berufsfremd eingesetzten Fernmeldehandwerker von der Bundeswehr beruflich „beraten" werden. Eingesetzt werden sollen die Fernmeldehandwerker im zivilen Bereich oder als Funker. Viele werden schon deshalb gezwungen, nach der Ausbildung zur Bundeswehr zu gehen, weil sie kaum einen Kapitalisten finden, der sie einstellt. Man kann sowieso nur bei der Bundespost und bei ihren Zulieferbetrieben Arbeit als Fernmeldehandwerker finden. Inzwischen weiß man also, was von den Sonderprogrammen der Bundespost gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die auch jetzt noch fortgesetzt werden sollen, zu halten ist. Auch die zuletzt eingestellten Lehrlinge haben unterschreiben müssen, daß sie von der Post nicht übernommen werden. Die Forderung der Lehrlinge dagegen ist, daß alle Lehrlinge in ihrem erlernten Beruf von der Bundespost übernommen werden.

Die „urbanen Unternehmenszweige" müssen gedeihen können

Enteignung kleiner Familienbetriebe auf Grundlage des Städtebauförderungsgesetzes

r.rog. Osnabrücks Innenstadtsanierung ist ein „Modellvorhaben", finanziert u.a. mit zig Millionen DM Steuergeldern. Bis 1977 waren es allein 16,7 Mio. DM „Bundesmittel". Triebfeder der Sanierung ist die kapitalistische Konkurrenz um den Höchstprofit. Die Sanierung ist ein Hebel, um „aktive Strukturverbesserung in der regionalen Wirtschaft zu betreiben". (Handelsblatt, 14.4.78)

Als „Mängel" in der kapitalistischen Konkurrenz beschreibt diese Zeitung des Finanzkapitals, daß der Groß- und Einzelhandel in Osnabrück zwar einen Schwerpunkt bildet: „Der Handel erbringt (1970) 42% der Schwerkraft der Stadt, ... jedoch der ‚übrige Dienstleistungsbereich' (Kreditwirtschaft, Versicherungen, Medien, Hostellerie und Gastronomie) vergleichsweise ärmlich" dasteht. Damit – also mit dieser Infrastruktur für die Kapitalisten – ist der Ansatzpunkt für die „Sanierung" geschaffen.

„Diesem strukturellen Mangel kann die Stadt nur entgehen, wenn es ihr gelingt, die Attraktivität für gerade die Zweige zu steigern, die ... die Palette der übrigen Dienstleistungen ausfüllen. Die Anstrengungen der Stadt zeigen, daß sie diesen Mangel kennt. So hat sie in den vergangenen 15 Jahren durch fortlaufende Sanierung ihrer sehenswerten Altstadt zu einem fortlaufenden Citykomplex, durch Verkehrsflußbereinigungen und durch Bereitstellung ihrer kommunalen Dienstleistungen zur Steigerung der ‚Lebensqualität' auch für gehobene Ansprüche den Boden geschaffen, auf dem in Zukunft vor allem die ‚urbanen Unternehmenszweige' gedeihen können."

Das kommt direkt den in der Stadt konzentrierten Kapitalisten zugute. Kleingewerbetreibende wurden verdrängt und ein Konzentrationsprozeß eingeleitet. 170 Wohnungseinheiten sollen abgerissen werden (bis jetzt rd. 130); und „rund 100 Betriebe sind von Abbruchmaßnahmen betroffen. In einem Viertel der Fälle wurde der Abbruch bereits durchgeführt."

Wichtigster Hebel ist die Konzentration des Grund- und Bodenbesitzes. War dieser vor der Sanierung durch „eine breite Streuung" und durch kleinen Zuschnitt (1/3 unter 200 qm) gekennzeichnet, so wurde während der Sanierung fast der gesamte Grundbesitz zunächst in den Händen des Sanierungsträgers (Neue Heimat) konzentriert. Daß ein solcher Enteignungsprozeß der Kleineigentümer erzwungen werden kann, sichert das Städtebauförderungsgesetz. In einer zweiten Phase, die noch gar nicht abgeschlossen ist, wird dann „reprivatisiert". Aber, „Fälle einer ‚echten' Reprivatisierung (gemeint ist Rückgabe an die alten Besitzer, Red.) sind in nur geringem Umfang zu erwarten". D.h. der Grundbesitz wird bei den größeren Kapitalisten konzentriert. Ihnen kommt dann direkt auch die „Wertsteigerung" des Bodens durch die Sanierung zugute.

Man kann deren Ausmaß indirekt erschließen. Die „Bodenrichtwerte" (DM/qm) sind in der Innenstadt sehr unterschiedlich. In der „Großen Straße" – breites saniertes Geschäftsviertel – liegen sie 1972 bei 1200 DM/qm und 1975 bei 1600 DM/qm. Im Sanierungsgebiet dagegen bei 160 bis 180 DM/qm. Man kann sich vorstellen, wie diese Bodenrichtwerte (die längst noch nicht dem aktuellen Handelswert der Grundstücke entsprechen) durch die erfolgreiche Sanierung hochschnellen und welche enormen Gewinne die Kapitalisten machen werden, in deren Händen sich die sanierten Gebiete dann konzentrieren.

Bewiesen wird das auch durch die Kostenrechnung der gesamten Sanierung. 1974 sah die Kostenrechnung ca. 110,5 Mio. DM Gesamtkosten (ohne Baumaßnahmen!) vor. Hiervon sollten 17,3 Mio. DM durch Erlöse aus Reprivatisierung und Ausgleichsbeträgen finanziert werden. Die restlichen 93,2 Mio. DM „unrentierliche Kosten" sind dann ein direktes Geschenk an die ansässigen Kapitalisten und neuen Grundeigentümer. Dieses Geld wird zum größten Teil über öffentliche Finanzierung – d.h. letztlich aus Steuergeldern – den Lohnabhängigen abgepresst.

Ausdruck findet das in den Mietpreissteigerungen. Für den Konzentrationsprozeß des Kapitals ist dabei gerade die gewerbliche Mietentwicklung entscheidend. „Stellt man die bislang gezahlten Mieten und Pachten, die zu 58% unter 300 DM lagen, den nach der Sanierung zu erwartenden gegenüber – schon 1969 wurden die künftigen Mieten im Einzelhandel von der GEWOS auf 8 bis 10 DM/qm geschätzt –, so wird die Problematik in aller Schärfe sichtbar." Inzwischen liegen die „sanierten" gewerblichen Mieten bei weit über 20 DM/qm. Die gestiegene Ausplünderung durch die Mieten betrifft selbst noch diejenigen, die aus ihren alten Wohnungen und der Innenstadt vertrieben wurden, obwohl sie dort bleiben wollten. Ihre Quadratmetermieten sind um durchschnittlich 18% gestiegen. „Dieser Mietpreisanstieg liegt vergleichsweise günstig", bemerkt dazu die GEWOS.

Sicher, im Vergleich mit den neuen Mieten der „sanierten Wohnungen".



Stadtsanierung in Osnabrück: Im April 1975 wurde das letzte Haus in der Lortzingstraße unter Polizeieinsatz abgerissen (Bild). Das Haus war von Jugendlichen besetzt worden. Gegen Abriß und Räumung haben damals 1000 Menschen demonstriert. Der Kampf gegen die Vernichtung billigen Wohnraumes hat nicht abgerissen. In Hannover halten Jugendliche seit Mitte März ein Fachwerkhaus besetzt, das abgerissen werden soll. Über einen Polizeieinsatz war es nicht gelungen, die Jugendlichen aus dem Haus zu schmeißen, jetzt hat die Stadt das Haus als „typisches Fachwerkhaus" unter Denkmalschutz gestellt. Dabei geht es nicht um Erhaltung des Hauses, sondern um den schnellen Abriß.

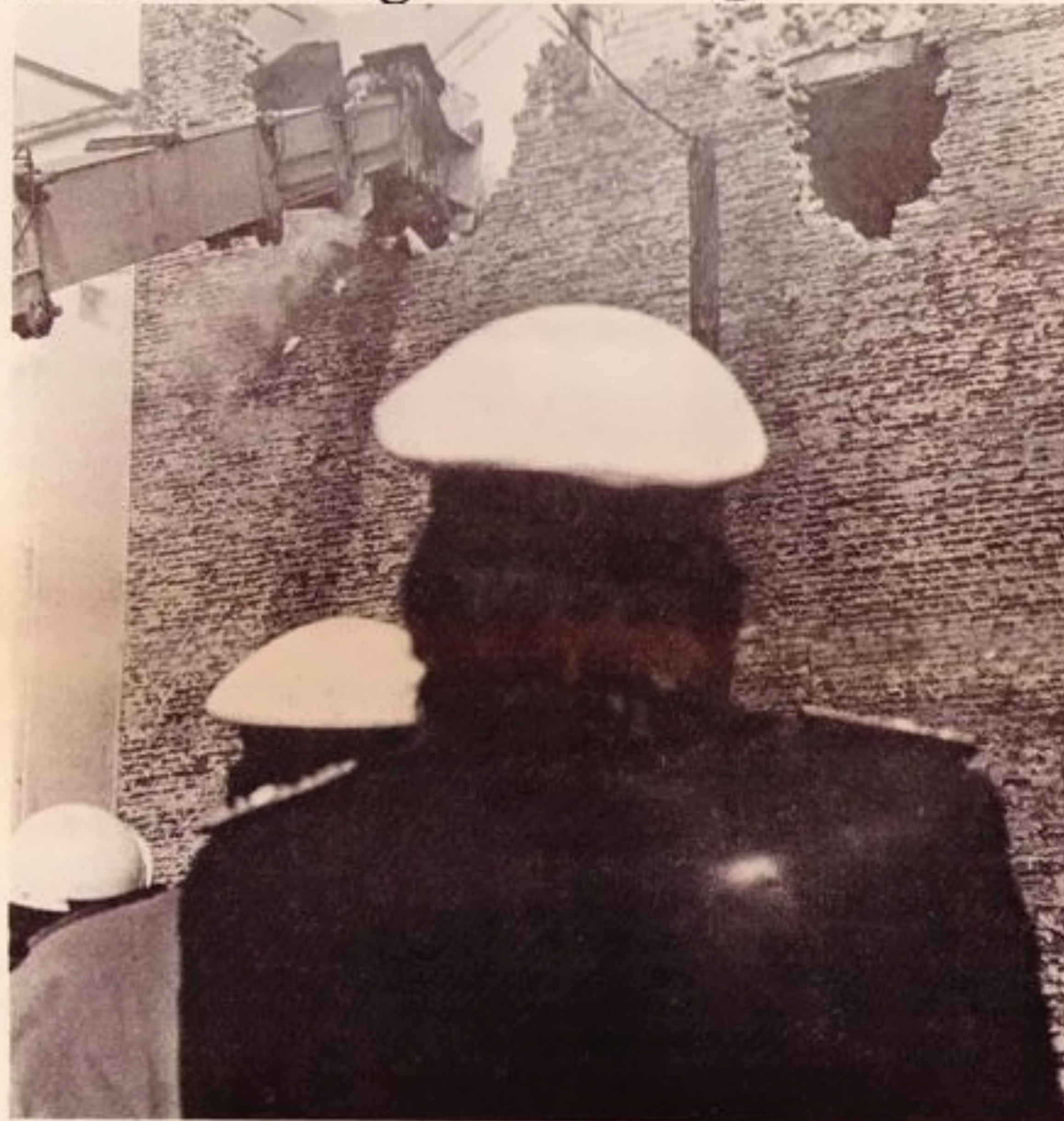
Mit dem neuen Denkmalschutzgesetz der Landesregierung hat die Bourgeoisie weitere Hebel geschaffen, im kapitalistischen Wohnungsbau voranzukommen. Der Besitzer eines Denkmals ist verpflichtet, es instandzusetzen, kann dafür Landeszuschüsse bekommen und von der Grunderwerbssteuer befreit werden. Daß diese Instandsetzung, soweit es sich um Mietswohnungen handelt, Mieterhöhungen nach sich zieht, liegt auf der Hand. Weigert sich ein Hausbesitzer, für die Instandhaltung des Denkmals aufzukommen – weil er sie nicht zahlen kann –, kann er vom Land enteignet werden. Leicht kann nachher die Denkmalschutzbehörde feststellen, daß die Renovierung doch nicht wirtschaftlich tragbar ist und den Abriß anordnen – das Grundstück ist schon längst an einen Wohnungsbaukapitalisten verkauft. So geschehen in Heidelberg: Vom Baudenkmal „Prinz Karl" sollten nur die Fassaden stehen bleiben, während des Abrisses wurde dann festgestellt, daß auch die zu morsch sind, und jetzt werden dort Parkplätze gebaut.

„Über den Ertrag keine Klagen von der Elbe"

durch fortlaufende Sanierung ihrer sehenswerten Altstadt zu einem fortlaufenden Citykomplex, durch Verkehrsflußbereinigungen und durch Bereitstellung ihrer kommunalen Dienstleistungen zur Steigerung der ‚Lebensqualität' auch für gehobene Ansprüche den Boden geschaffen, auf dem in Zukunft vor allem die ‚urbanen Unternehmenszweige' gedeihen können."

Das kommt direkt den in der Stadt konzentrierten Kapitalisten zugute. Kleingewerbetreibende wurden verdrängt und ein Konzentrationsprozeß eingeleitet. 170 Wohnungseinheiten sollen abgerissen werden (bis jetzt rd. 130); und „rund 100 Betriebe sind von Abbruchmaßnahmen betroffen. In einem Viertel der Fälle wurde der Abbruch bereits durchgeführt."

Wichtigster Hebel ist die Konzentration des Grund- und Bodenbesitzes. War dieser vor der Sanierung durch „eine breite Streuung" und durch kleinen Zuschnitt (1/3 unter 200 qm) gekennzeichnet, so wurde während der Sanierung fast der gesamte Grundbesitz zunächst in den Händen des Sanierungsträgers (Neue Heimat) konzentriert. Daß ein solcher Enteignungsprozeß der Kleineigentümer erzwungen werden kann, sichert das Städtebauförderungsgesetz. In einer zweiten



In Hannover halten Jugendliche seit Mitte März ein Fachwerkhaus besetzt, das abgerissen werden soll. Über einen Polizeieinsatz war es nicht gelungen, die Jugendlichen aus dem Haus zu schmeißen, jetzt hat die Stadt das Haus als „typisches Fachwerkhaus" unter Denkmalschutz gestellt. Dabei geht es nicht um Erhaltung des Hauses, sondern um den schnellen Abriß.

Mit dem neuen Denkmalschutzgesetz der Landesregierung hat die Bourgeoisie weitere Hebel geschaffen, im kapitalistischen Wohnungsbau voranzukommen. Der Besitzer eines Denkmals ist verpflichtet, es instandzusetzen, kann dafür Landeszuschüsse bekommen und von der Grunderwerbssteuer befreit werden. Daß diese Instandsetzung, soweit es sich um Mietswohnungen handelt, Mieterhöhungen nach sich zieht, liegt auf der Hand. Weigert sich ein Hausbesitzer, für die Instandhaltung des Denkmals aufzukommen – weil er sie nicht zahlen kann –, kann er vom Land enteignet werden. Leicht kann nachher die Denkmalschutzbehörde feststellen, daß die Renovierung doch nicht wirtschaftlich tragbar ist und den Abriß anordnen – das Grundstück ist schon längst an einen Wohnungsbaukapitalisten verkauft. So geschehen in Heidelberg: Vom Baudenkmal „Prinz Karl" sollten nur die Fassaden stehen bleiben, während des Abrisses wurde dann festgestellt, daß auch die zu morsch sind, und jetzt werden dort Parkplätze gebaut.

„Über den Ertrag keine Klagen von der Elbe"

Reaktorunfall im Kernkraftwerk Brunsbüttel / Riesige Profite für die HEW-Kapitalisten

r.std. Am Sonntag, 18.6., wurde der Betrieb des Kernkraftwerkes Brunsbüttel gegen 23 Uhr unterbrochen. Fast drei Stunden vorher waren von den Beschäftigten Dampfaustrittsgeräusche im Maschinenraum festgestellt worden. Kein Grund für die Kraftwerksleitung, den Betrieb des Reaktors einzustellen. Sie ließ lediglich die Nennleistung zurückfahren. Der Austritt des radioaktiven Dampfes war an den Meßinstrumenten nicht ablesbar. Erst als durch einen zu niedrigen Ölstand der Turbine der Reaktor selbständig und durch Zufall sich abschaltete, wurde das Leck entdeckt.

Der radioaktive Dampf ist über den Schornstein nach außen gelangt. Er ist vermutlich auch über Kondensation ins Elbwasser gelangt. Die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW), die zusammen mit der NWK das Kernkraftwerk betreiben, behaupten, 3000 t Dampf mit einer Intensität von 250 Curie seien entwichen, darunter Jod 131, das sich bevorzugt im Gras anlagert und in der Milch angereichert wird.

Mit allen Mitteln haben die Kapitalisten und die verantwortlichen Politiker versucht, den Unfall zu vertuschen. Er wurde erst am Dienstag durch einen anonymen Anruf bei dpa bekannt. Selbst der Bürgermeister von Brunsbüttel und der Landrat des Kreises Dithmarschen wollen davon erst aus der Presse informiert worden sein.

Die Bauern haben so weiter ihre Milchwirtschaft betrieben. Erst Tage drauf wurden durch das schleswig-holsteinische Sozialministerium Radioaktivitätsmessungen an der Milch und in den Weiden durchgeführt. Bekannt war der Unfall lediglich dem Innenministerium in Bonn, dem Sozialministerium in Kiel und der HEW. Die Brüder behaupten jetzt, sie hätten „die Eilbedürftigkeit für die Information der Bevölkerung falsch eingeschätzt". (HEW)

Die Hamburgischen Elektrizitätswerke gehören dem Hamburger Staat und einigen Banken. Der Hamburger Staat besitzt 73% des Aktienkapitals. Im Aufsichtsrat sind Staatsvertreter, die großen Elektrokonzerne und Banken. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der hamburgische Finanzsenator Seeler, sein Stellvertreter ist der Staatsrat Schattschneider aus der Finanzbehörde. Die Hamburgische Landesbank ist durch ihren Direktor Fahning vertreten, die Commerzbank durch das Vorstandsmitglied Reckel. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der AEG, Groebe, und der Vorstandsvorsitzende von Siemens wahren die Interessen der großen Elektrokonzerne.

Die HEW sind eine Fundgrube für die Profite der Kapitalisten. Seit Jahren verzeichnen sie eine erhebliche Zunahme des Stromverkaufs und der Stromproduktion. So wurde der Stromverkauf im ersten Halbjahr 1974 um 14,2% gesteigert. Eine noch raschere Beschleunigung haben die Profite erfahren. Mit Zinsen und Steuern haben die HEW-Kapitalisten die Profite von 303 Mio. DM auf 465 Mio. DM 1977 herauftreiben können. Sie haben dies aus einer sinkenden Zahl Arbeiter herausgepreßt. Durch Rationalisierungen haben sie die Zahl der Beschäftigten von 1972 auf 1976 von 5768 auf 5495 gesenkt. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Arbeiter, deren Zahl um über 300 auf 2774 gesenkt wurde.

„Auch über den Ertrag sind keine Klagen von der Elbe zu hören", vermerkt die „Wirtschaftswoche" über die Profite der HEW. „Allein durch erhöhte Tarife kamen 60 Mio. DM mehr in die Kasse. An der Börse wurde das Papier zu einer Rakete." 1977 wurden neue Aktien ausgegeben. Der Ausgabekurs betrug 75 DM pro 50 DM-Aktie. Der Börsenkurs betrug 147 DM. Hinzu kam eine rückwirkende Berechtigung auf eine Dividende von 13%. Das Lob der Kapitalistenpresse ist also verständlich. 1975 wurden die Strompreise erhöht und liegen mit 14,5 Pfg. pro kwh an der Spitze in der Bundesrepublik.

Die HEW produziert mit ihren Kernkraftwerken Brunsbüttel und Stade rund 32% des Stroms aus Kernenergie. Es ist Abenteurertum, was die Kapitalisten damit betreiben. Im vergangenen Jahr hat die Anlage sechs Monate wegen Reparaturen stillgestanden. In diesem Jahr sind bisher vier Störfälle bekanntgeworden. Sie wurden alle von den Behörden, der HEW und der NWK geheimgehalten und zunächst abgeleugnet.

Der Kampf gegen das Energieprogramm ist nicht abgerissen. Am Sonnabend nach dem Unfall fand die erste Demonstration in Brunsbüttel und am Kernkraftwerk statt. Gefordert wird die sofortige Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel.

„Unterrichtsfreie Zeit von dienstrechtlicher Bedeutung"

r.brp. Mehrere Anfragen von Abgeordneten des niedersächsischen Landtages empören sich über „gewaltsame Aktivitäten gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde am 19. März 1977; hier: Folgerungen aus dem Beschluß des Jugendschöffengerichts in Hameln vom 5. Oktober 1977 zu § 27 des Versammlungsgesetzes".

Lehrer und Schüler der IGS Langenhagen haben sich am Kampf gegen das KKW Grohnde beteiligt, die Personalversammlung hat die Lehrer unterstützt, ein Verfahren gegen einen Schüler „wegen unbefugten Mitführens von Waffen bei einer öffentlichen Versammlung" mußte eingestellt werden. Darüber sind die Herren Abgeordneten beunruhigt. Beunruhigt sind sie sicherlich auch über die Antworten des Kultusministers: Die Namen der Lehrer könnten nicht genannt werden, weil „keine Verabredung im Sinne einer Klassenfahrt" erfolgte, natürlich seien gemeinsame Unternehmungen von Schülern und Lehrern in der unterrichtsfreien Zeit von dienstrechtlicher Bedeutung, „z.B. bei gemeinsamen strafbaren Handlungen oder bei gemeinsamer verfassungsfeindlicher Betätigung" (Kultusminister Remmers), aber auch von den Eltern seien keine „Hinweise" dazu eingegangen.

Die neue niedersächsische Landesregierung wird gewiß daran arbeiten, die Lehrer an die Kandarre zu kriegen. Bei der Novellierung des Schulgesetzes soll z.B. die Schulaufsicht gestärkt werden, die dann dafür sorgen soll, daß die Indoktrinierung der Schüler läuft wie beispielsweise über die Rahmenrichtlinien zum „Problem Kernenergie" („Der Mensch benötigt Energie").

Kiel bewirbt sich als „Europa-Stadt“.

In der Unterdrückung der Jugend sind die Bourgeois unter ihresgleichen schon vorbildlich

b. apu. Die Magistrats-Bande unter Bantzer hat sich beim Europarat um den Titel „Europa-Stadt“ für Kiel beworben. „Vorbild für Europa“ soll Kiel sein. Der Ostseehallenvorplatz wird umbenannt in „Europaplatz“. Die Ostsee ist zu eng geworden als Betätigungsfeld für die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie. Zumindest *ganz* Europa soll es sein. Dafür macht der Magistrat diese Woche Montag eine Veranstaltung in der Ellerbeker Schule: „Europa – in der Schule fängt es an“. Der Magistrat weiß, worauf es ankommt. Zumindest in der Unterdrückung der Jugend sind Magistrat und Landesregierung jetzt schon vorbildlich und führend.

In der Innenstadt haben die Jugendlichen keinen Platz, wo sie sich treffen können, ohne ausgenommen zu werden. Die Stadt verweigert ihnen Räume. Deshalb treffen sie sich abends oft beim Städtischen Krankenhaus in der Metzstraße. Die Stadt erstattet Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs. Stadtrat Lütgens setzt das Jugendamt in Bewegung, um die „sozialen Verhältnisse“ der einzelnen Jugendlichen auszuforschen, ihre „Reife und Einsichtfähigkeit“ zu prüfen.

Die meisten Sozialarbeiter, die mit dieser Spitzeltätigkeit beauftragt sind, wurden von den Eltern rausgeschmissen. Nachdem sie in der Gerichtsverhandlung Krach geschlagen haben, entscheidet der Richter: Einstellung mit Verwarnung. Die Jugendlichen sollen sich ans Jugendamt wenden. Stadtjugendpfleger Pape weist sie darauf hin, daß er 1. „volles Verständnis“ habe, es 2. sowieso keine Räume gebe und sie 3. Räume nur dann bekommen können, wenn sie einen Verein gründen, der sich in der Satzung ausdrücklich an die „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“ fesseln muß. Die Jugendlichen knallen die Tür hinter sich zu.

In der Wik haben die unerträglichen Zustände dazu geführt, daß sich zwei Banden gebildet haben. Jetzt will die Stadt eingreifen: Ein Gemeindezentrum, besonders für die Jugend, wird gebaut. Aber nicht etwa in Selbstverwaltung, sondern gemäß §5 Abs. 3 Jugendwohlfahrtsgesetz: „(1) Das Jugendamt hat darauf hinzuwirken, daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen. (2) Soweit geeignete Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind, erweitert oder geschaf-

Die meisten Sozialarbeiter, die mit dieser Spitzeltätigkeit beauftragt sind, wurden von den Eltern rausgeschmissen. Nachdem sie in der Gerichtsverhandlung Krach geschlagen haben, entscheidet der Richter: Einstellung mit Verwarnung. Die Jugendlichen sollen sich ans Jugendamt wenden. Stadtjugendpfleger Pape weist sie darauf hin, daß er 1. „volles Verständnis“ habe, es 2. sowieso keine Räume gebe und sie 3. Räume nur dann bekommen können, wenn sie einen Verein gründen, der sich in der Satzung ausdrücklich an die „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“ fesseln muß. Die Jugendlichen knallen die Tür hinter sich zu.

In der Wik haben die unerträglichen Zustände dazu geführt, daß sich zwei Banden gebildet haben. Jetzt will die Stadt eingreifen: Ein Gemeindezentrum, besonders für die Jugend, wird gebaut. Aber nicht etwa in Selbstverwaltung, sondern gemäß §5 Abs. 3 Jugendwohlfahrtsgesetz: „(1) Das Jugendamt hat darauf hinzuwirken, daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen. (2) Soweit geeignete Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind, erweitert oder geschaf-

fen werden, ist von eigenen Veranstaltungen oder Einrichtungen des Jugendamtes abzusehen“. Das Zentrum soll einem evangelischen Pfaffen unterstehen.

Jugendamt, Polizei, Gericht, Heimeinweisung. Gängelung, Schikane und Unterdrückung der Jugend sind das alltägliche Geschäft des Kieler Magistrats. Darüber will er jetzt mit der „Spiellinie“ wegtäuschen. Schulstreik und Demonstration am 1.7. sind die richtige Antwort auf die eitlen, chauvinistischen „Europa“träume dieses Unterdrückerpacks.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27–29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72087677
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 2, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude) 8000 München 2, Telefon 089/531348

Weg mit dem Schulgesetzentwurf!

30.6.: Landesweiter Schulstreik!
1.7.: Demonstration in Kiel, 15 Uhr ab Wilhelmsplatz

b.sco. Was die Landesregierung in Schleswig-Holstein seit Wochen befürchtet, nämlich daß zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Schülerbewegung einen landesweiten Schulstreik gegen sie organisiert, das kann, wenn diese Woche richtig genutzt wird, Wirklichkeit werden. Das ist das Ergebnis der zweiten Streikratssitzung in Neumünster, vom 24.6.

In über 23 Schulen des Landes sind Urabstimmungen oder Vollversammlungen bereits durchgeführt worden, oder für den Anfang nächster Woche geplant. Das ist das, was auf dem Streikrat zusammengetragen wurde und umfaßt keineswegs alle solcher Aktionen. Aber es ist Ausdruck der Verbreiterung dieser Bewegung. Es ist Ausdruck ihrer Reichweite, wenn in Flensburg an der Lohmann-Hauptschule die Mehrheit der Schüler einen anderthalbstündigen Warnstreik durchgeführt hat, wenn in den bisher bekannten Urabstimmungen die Ergebnisse bei 70 bis 85%, oft bei 90% und darüber, in ganz wenigen Fällen bei 55% lagen. An keiner der Schulen, von denen berichtet wurde, hatte die Landesregierung eine schon angesetzte Urabstimmung verhindern können. Gegen Vollversammlungsverbot, Polizeiandrohung, gegen Wandzeitungsverbote und andere Unterdrückungsmaßnahmen zur Einschüchterung der Schüler sind die bisherigen Beschlüsse durchgesetzt worden. Aber die Landesregierung kann es sich leisten, Streik einfach zu ignorieren? Die bürgerliche Journalie ist gehalten, über den Streik selbst noch nicht zu hetzen und ihn zu verschweigen. Stimmt. Aber die Landesregierung könne an dem Aufbau der Streikfront vorbeigehen? Von wegen. Aus zwei Schulen ist bekannt geworden, daß die Landesregierung die Schulrektoren in einem Brief angewiesen hat, Vollversammlungen, wo über das Schulgesetz und damit auch den Schulstreik diskutiert wird und Urabstimmungen nicht zuzulassen. Genutzt hat ihr das wenig.

Der Schulstreik kann jetzt organisiert werden. Weil er seine Grundlage hat in der Wut, in dem Haß der Schüler auf das bürgerliche Schulsystem, in die Aufspaltung der Jugend, auf die Noten, auf die ganze bürgerliche Schulunterdrückung, und die klaren politischen Forderungen dagegen.

Es gibt jetzt Leute, vor allem um den KB(Nord) herum, die sind für „Streik“, aber gegen klare Forderungen gegen die Landesregierung. Wir kennen das schon. In Brokdorf haben diese Kräfte schon mal Feuerwehr für die Kapitalisten und den Staat gespielt, als die Spaltung durch die Sozialdemokraten und Revisionisten nicht ausreichte, um die Kraft der Massen zu fesseln und den Angriff auf den Bauplatz zu stoppen. Wir meinen: die Schüler haben am 4.2. klare Forderungen vertreten, sie haben sie in Neumünster erneut beschlossen: „Weg mit dem Schulgesetzentwurf! Weg mit dem Zensurensystem und dem viergliedrigen Schulsystem! Für eine SV mit allgemeinpolitischem Mandat! Für freie politische Betätigung in der Schule! Streikrecht!“ Das sind die Forderungen, die es durchzusetzen gilt, und um die man sich zusammenschließen kann.

Streikvorbereitungen

Neumünster.
Mittel- und Oberstufe des Klaus-Groth-Gymnasiums haben klassenweise in der letzten Woche die Urabstimmung durchgeführt. 54% stimmten für Streik. Sofort kündigten die Schulleitung und einige Lehrer Klassenarbeiten für Freitag an.

Wedel.
Die SV des Gymnasiums hat für Mittwoch Urabstimmung beschlossen. Zuvor hatte der Elternbeirat gegen Streik gearbeitet und einen Alternativvorschlag gemacht: stufenweise Informationsveranstaltung von der 1. bis 6. Stunde. Ein Streikkomitee mit 30 Schülern bereitet die Urabstimmung vor.

Lübeck.
An der Oberschule zum Dom wird die Urabstimmung am Dienstag vorbereitet. Drei Lehrer hatten die Wandzeitungen abgerissen und mit Polizei gedroht. Die Schüler geben jetzt ein Flugblatt heraus und wollen die Wandzeitungen am Montag erneut aufhängen und verteidigen.

Revisionistische Spalterdemonstration gescheitert!

b. Kiel. Auf der Demonstration zum „Tag der Jugend“ am 24.6. in Kiel, zu der die



Hundert Schüler demonstrierten in Flensburg am Freitag, 23.6., gegen den Schulgesetzentwurf

Streik und Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf in Flensburg

b. Flensburg. Am Freitag, den 23.6. machten 150 Schüler (die Hälfte der Schule) der Lohmann-Schule in Flensburg einen eineinhalbstündigen Warnstreik gegen den Schulgesetzentwurf. Ab der großen Pause diskutierten die Schüler am Schultor und ließen sich weder von der Rektorin noch durch einige Lehrer davon abbringen.

Ca. 100 Schüler demonstrierten am Freitag gegen den Schulgesetzentwurf in Flensburg. Parolen: „Weg mit dem Schulgesetz-

Weitere Beschlüsse zum landesweiten Streik gegen den Schulgesetzentwurf

b. Kiel. Gesamtschule Friedrichsort. Viele Lehrer unterstützen den Kampf gegen den Schulgesetzentwurf. An einem Meinungsbild auf dem Schulhof beteiligten sich 750 von 1200 Schülern und waren für Streik. Am Montag soll eine Urabstimmung durchgeführt werden und Dienstag gestreikt werden.

b. Kiel.Berufsschule II. 90,5% der am Freitag anwesenden Schüler der Berufsschule II

Neumünster.
Mittel- und Oberstufe des Klaus-Groth-Gymnasiums haben klassenweise in der letzten Woche die Urabstimmung durchgeführt. 54% stimmten für Streik. Sofort kündigten die Schulleitung und einige Lehrer Klassenarbeiten für Freitag an.

Wedel.
Die SV des Gymnasiums hat für Mittwoch Urabstimmung beschlossen. Zuvor hatte der Elternbeirat gegen Streik gearbeitet und einen Alternativvorschlag gemacht: stufenweise Informationsveranstaltung von der 1. bis 6. Stunde. Ein Streikkomitee mit 30 Schülern bereitet die Urabstimmung vor.

Lübeck.
An der Oberschule zum Dom wird die Urabstimmung am Dienstag vorbereitet. Drei Lehrer hatten die Wandzeitungen abgerissen und mit Polizei gedroht. Die Schüler geben jetzt ein Flugblatt heraus und wollen die Wandzeitungen am Montag erneut aufhängen und verteidigen.

Revisionistische Spalterdemonstration gescheitert!

b. Kiel. Auf der Demonstration zum „Tag der Jugend“ am 24.6. in Kiel, zu der die DKP, SDAJ, Landesjugendring und auch der Landesschülersprecher Kolossa aufgerufen hatten, waren statt der angekündigten 1000 Teilnehmer gerade 240.



Hundert Schüler demonstrierten in Flensburg am Freitag, 23.6., gegen den Schulgesetzentwurf

Streik und Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf in Flensburg

b. Flensburg. Am Freitag, den 23.6. machten 150 Schüler (die Hälfte der Schule) der Lohmann-Schule in Flensburg einen eineinhalbstündigen Warnstreik gegen den Schulgesetzentwurf. Ab der großen Pause diskutierten die Schüler am Schultor und ließen sich weder von der Rektorin noch durch einige Lehrer davon abbringen.

Ca. 100 Schüler demonstrierten am Freitag gegen den Schulgesetzentwurf in Flensburg. Parolen: „Weg mit dem Schulgesetzentwurf! Für die SV das politische Mandat! Weg mit dem Zensurensystem! und: Schulstreik, landesweit!“ konnten sich durchsetzen.

Weitere Beschlüsse zum landesweiten Streik gegen den Schulgesetzentwurf

b. Kiel. Gesamtschule Friedrichsort. Viele Lehrer unterstützen den Kampf gegen den Schulgesetzentwurf. An einem Meinungsbild auf dem Schulhof beteiligten sich 750 von 1200 Schülern und waren für Streik. Am Montag soll eine Urabstimmung durchgeführt werden und Dienstag gestreikt werden.

b. Kiel.Berufsschule II. 90,5% der am Freitag anwesenden Schüler der Berufsschule II stimmten für einen eintägigen Streik. Die Schüler treffen sich am Streiktag um 7.30 Uhr und führen eine Streikversammlung durch.

Die HDW-Kapitalisten trimmen die Werft kriegsfähig

b. hüj. „Wir müssen unsere Probleme selbst lösen!“ sagte HDW-Chef Henke vor einiger Zeit vor den HDW-Betriebsräten. Gleichzeitig kündigte er ein neues „Unternehmenskonzept“ an, bei dem es sich „nicht nur um Rationalisierungen, sondern – auch um strukturelle Investitionen handeln werde.“ Inzwischen ist den HDW-Kapitalisten der Elac-Coup durch die Lappen gegangen. Mit der Elektronik-Fertigung von Elac wären sie einen Schritt weitergekommen in der selbständigen Ausrüstung der Kriegsschiffe, die sie bauen lassen und bauen lassen werden. Zur Kriegsgeräte-Produktion in größerem Umfang gehört die kriegsmäßige Umrüstung der Werft, – kriegsmäßig gegenüber den Arbeitern und gegenüber der imperialistischen Konkurrenz.

Was Kriegsproduktion bedeutet, erfahren die Kollegen im Werk Süd der HDW schon seit langem. Dort werden U-Boote gebaut, rund um die Uhr. Drei-Schicht-Betrieb im einem U-Boot-Rumpf ist mörderisch. Zeitweise kann man dort nur mit Atemschutzmaske arbeiten, die Licht- und Luftverhältnisse sind katastrophal. „U-Boot bauen ist schlimmer als U-Boot fahren!“ sagte ein Hauer, der zeitweise vom Werk Gaarden nach Süd versetzt worden war. Und, „man hat dort ständig die Antreiber im Nacken. Vollkommen abgeschirmt, das ist schon der äußere Eindruck, wenn man die Hallen im Werk Süd sieht. Demnächst soll auch im Werk Gaarden eine Halle gebaut werden, über das Dock 7, in dem dann Mitte nächsten Jahres mit der Produktion der Fregatte F 122 begonnen werden soll. So eine Halle hat zweierlei Vorteile: Erstens kann an dem Schiff rund um die Uhr und bei jeder Witterung gearbeitet werden; zweitens läßt sich das Dock hermetisch abriegeln, indem vor die Eingänge Posten des MAD gestellt werden.

40% des Umsatzes von HDW macht der Kriegsschiffbau bereits aus. Die politische Unterdrückung der Arbeiter durch Bespitzelungsbögen, Sonderausweise und Geheimhaltungsverpflichtungen trifft bereits große Teile der Werftarbeiter. Die Auspressung von Mehrarbeit durch Hineinpressen von immer mehr Betrieben in das Programmlohnsystem (zuletzt die Rohrbordfertigung am 1.12.77) und durch Verschärfung von Akkorden, wird jetzt fortgesetzt durch eine Erweiterung der Schichtarbeit. War es bisher so, daß ab und zu einzelne Arbeiter oder Kolonnen der Ausbaubetriebe (Maler, Hauer, Schweißer, Elektriker usw.) Schicht arbeiten mußten, so werden gegenwärtig „Betriebsvereinbarungen“ getroffen, um die Ausdehnung der Schichtarbeit durchzusetzen. Es gehe nur noch um „gewisse Modalitäten“ bei den Überschneidezeiten beim Schichtwechsel. Die entstehen dadurch, daß gegenwärtig die Normalschicht von 7.00 bis 15.30 Uhr geht. die Spätschicht aber schon um 15.00 Uhr beginnt. Sie dauert bis 23.00 Uhr So werden die Kapitalisten versuchen, den Normalarbeitstag zur Frühschicht von 6 bis 14 Uhr zu machen, damit Überschneidungen wegfallen und sie auch weniger Nachtzulage zahlen müssen. 10% erhält man gegenwärtig für die Spätschicht, das sind ganze 100 DM im Monat. Werden die Schichten geändert, zahlen die Kapitalisten nur noch für die Zeit von 20 bis 22 Uhr Schichtzulage von 20%.

In den letzten Wochen haben die HDW-Kapitalisten die Lieferfristen für 2 Schiffe um jeweils 4 Wochen vorverlegt. Das schafft ihnen Konkurrenzvorteile. Es reicht ihnen aber nicht. Sie wollen Extraprofite und die erreichen sie nur, wenn die Maschinen und die Anlagen 24 Stunden am Tag genutzt werden. Entsprechend sollen sich die Arbeiter rund um die Uhr ausbeuten lassen. Mit dieser Art der „Problemlösung“ sind die Arbeiter ganz und gar nicht einverstanden.

Veranstaltungen und Termine

Mittwoch, 28.6.78, 16.00 Uhr
Kundgebung und Verpackung von Kleidern zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe
Kiel. Innenstadt, Holstenstraße, am Holstentörn
Gaarden, Elisabethstraße

Donnerstag, 29.6.78, 17.00 Uhr
Kundgebung des KBW und SRK Holstein gegen die Expansionspläne der westdeutschen Imperialisten und der beiden Supermächte.
„Raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Friedensvertrag!“
Kiel. Platz vor der Landwirtschaftskammer, Holstenstraße

Freitag, 30.6.78, 16.30 Uhr
Kundgebung des KBW gegen den Schulgesetzentwurf
Kiel. Holstenstraße, Hertierolltreppen

Sonnabend, 1.7.78, 15.00 Uhr
Landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf
Kiel. Abmarsch Wilhelmplatz, dann Landeshaus, durch die Innenstadt zurück zum Holstenplatz

Sonntag, 2.7.78, 10.00 Uhr
Veranstaltungsreihe zum Kampf geger den Schulgesetzentwurf
„Polizeiminister Titzck stand Pate“
Kiel. Ernst-Barlach-Gymnasium, Charles Ross Ring, Projensdorf
Segeberg. „Zur Börse“, Oldesloerstraße
Lübeck. „Leuschners‘, Kronsforder Allee 49a
Neumünster. Jugendzentrum Friedrichstraße
Itzehoe. „Zum Kulmbacher“. Große Paaschburg
Rendsburg. bei O. Schröder unter 04331/26675 zu erfragen
Preetz. „Kathrins Stuben“, Kirchstraße
Eutin. „Voss-Eck“, Voss-Platz 9
Ratzeburg. „Hotel Fürst Bismarck“, Große-Kreuz-Straße 10
Pinneberg. „Cap Polonio“, Fahltskamp
Ahrensburg. Treffpunkt Baracke Stormarnstraße

Sonntag, 2.7.78, 16.00 Uhr
Theaterstück „Zimbabwe – Schule der Revolution“
Kiel. Auf der Krusenkoppel

Montag, 3.7.78
Rekruteneinzug
Laufende Kundgebungen zum Empfang des 3. Rekrutenquartals an den Bahnhöfen in Kiel, Lübeck, Neumünster, Pinne-

Veranstaltungsreihe zum Kampf geger den Schulgesetzentwurf
„Polizeiminister Titzck stand Pate“
Kiel. Ernst-Barlach-Gymnasium, Charles Ross Ring, Projensdorf
Segeberg. „Zur Börse“, Oldesloerstraße
Lübeck. „Leuschners‘, Kronsforder Allee 49a
Neumünster. Jugendzentrum Friedrichstraße
Itzehoe. „Zum Kulmbacher“. Große Paaschburg
Rendsburg. bei O. Schröder unter 04331/26675 zu erfragen
Preetz. „Kathrins Stuben“, Kirchstraße
Eutin. „Voss-Eck“, Voss-Platz 9
Ratzeburg. „Hotel Fürst Bismarck“, Große-Kreuz-Straße 10
Pinneberg. „Cap Polonio“, Fahltskamp
Ahrensburg. Treffpunkt Baracke Stormarnstraße

Sonntag, 2.7.78, 16.00 Uhr
Theaterstück „Zimbabwe – Schule der Revolution“
Kiel. Auf der Krusenkoppel

Montag, 3.7.78
Rekruteneinzug
Laufende Kundgebungen zum Empfang des 3. Rekrutenquartals an den Bahnhöfen in Kiel, Lübeck, Neumünster, Pinneberg

Donnerstag, 6.7.78, 20.00 Uhr
Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein:
„Die Politik der Supermächte im Mittelmeer, Zypern, Dardanellen, Bosporus; Strategie der imperialistischen Expansion und schmerzhaften Unterdrückung der anwohnenden Völker.“
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Weitere Beschlüsse zum landesweiten Schulstreik gegen den Schulgesetzentwurf

Max-Planck-Schule: Die Urabstimmung ist für Dienstag angesetzt. Die Schüler werden am selben Tag von den streikenden Berufsfachschülern besucht und bei der Urabstimmung unterstützt.

Hans-Geiger-Gymnasium: Um den beschlossenen Streik der Schüler zu unterbinden, hat der Rektor die Verteilung von Flugblättern des Streikkomitees verboten. Der Gang zu den benachbarten Schulen sei eine Demonstration und nicht genehmigt. „Daraus entstehende Folgen sind von den Schülern und Eltern selbst zu verantworten.“ Vergeblich hat er versucht, die Schüler von den Eltern abzuspalten. In einem Brief an die Eltern teilt er mit, so ein Streik sei nach § .. des Grundgesetzes verboten. Nur wirtschaftliche Streiks seien erlaubt. Die SV hat mit einem Brief an die Eltern geantwortet, in dem erklärt wird, warum die Schüler gegen den Schulgesetzentwurf streiken.

Sofortige Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel!

b. kas. Am Sonntag, den 18.6., sind durch den Bruch eines Stutzens im Kernkraftwerk Brunsbüttel 300 t radioaktiver Dampf entwichen. Das Ganze ist erst durch einen anonymen Anruf bei dpa am Dienstag bekannt geworden. Die Betreiber des Kernkraftwerkes, die Hamburger Elektrizitätswerke, versuchen jetzt die Schuld auf das Bedienungspersonal zu schieben, das angeblich den Reaktor nicht abgeschaltet hat, als es den Fehler bemerkt hat. Es ist aber offensichtlich so gewesen, daß der Dampfaustritt nicht durch das Personal bemerkt wurde und auch nicht an den Meßgeräten ablesbar war, sondern sich der Reaktor nur durch zu niedrigen Öldruck der Turbine abgeschaltet hat. Dabei ist dann das Leck entdeckt worden.

Der Leichtwasserreaktor Brunsbüttel mit einer Leistung von 805 MW gehört zu einem Versuchstyp, der heute nicht mehr gebaut wird. Im letzten Jahr hat der Reaktor, der seit 1976 im Betrieb ist, schon sechs Monate wegen Reparaturen stillgestanden. In diesem Jahr sind bereits vier Störfälle bekannt geworden.

Am 22.6. hat es dann einen Unfall am Versuchsreaktor der Gesellschaft für Kernenergie in Schiffbau und Schiffahrt in Geesthacht gegeben. Ein Bagger hat eine Leitung mit radioaktivem Wasser beschädigt. Dabei ist radioaktiv verseuchtes Wasser ins Grundwasser gelangt.

Zum Umweltschutz gehört auch Steuerzahlen

b. quk. Gerd P. Werner, der Vorstandssprecher des Landesverbandes Grüne Liste in Schleswig-Holstein, hat das Angebot des Bundesvorsitzenden der Steuergewerkschaft, Fredersdorf, zurückgewiesen, daß Steuerprotestler, Umweltschützer und Bürgerinitiativen für die kommende Bundestagswahl eine organisatorische Plattform mit einem gemeinsamen Programm bilden. Nach Ansicht der Grünen Liste entspreche das nicht „der ökologischen Orientierung und dem politischen Verantwortungsbewußtsein der Umweltschützer". Daß die Grünen Listen nicht gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat sind und dies hier auch offen bekennen, schließt die Lücke in den bisherigen programmatischen Aussagen. Für ihr „ökologisches System" solle, so ihr Programmentwurf, das Wirtschaftssystem durch „finanzielle Anreizsysteme" umgestellt werden. Die Finanzierung der „Verlagerung gesellschaftlicher Arbeit" – „anstatt wertvolle menschliche Arbeit zu vergeuden (Wegwerfproduktion) muß sie zur Wiederherstellung und Erhaltung eines ausgeglichenen Ökosystems eingesetzt werden" –

digt. Dabei ist radioaktiv verseuchtes Wasser ins Grundwasser gelangt.

Zum Umweltschutz gehört auch Steuerzahlen

b. quk. Gerd P. Werner, der Vorstandssprecher des Landesverbandes Grüne Liste in Schleswig-Holstein, hat das Angebot des Bundesvorsitzenden der Steuergewerkschaft, Fredersdorf, zurückgewiesen, daß Steuerprotestler, Umweltschützer und Bürgerinitiativen für die kommende Bundestagswahl eine organisatorische Plattform mit einem gemeinsamen Programm bilden. Nach Ansicht der Grünen Liste entspreche das nicht „der ökologischen Orientierung und dem politischen Verantwortungsbewußtsein der Umweltschützer". Daß die Grünen Listen nicht gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat sind und dies hier auch offen bekennen, schließt die Lücke in den bisherigen programmatischen Aussagen. Für ihr „ökologisches System" solle, so ihr Programmentwurf, das Wirtschaftssystem durch „finanzielle Anreizsysteme" umgestellt werden. Die Finanzierung der „Verlagerung gesellschaftlicher Arbeit" – „anstatt wertvolle menschliche Arbeit zu vergeuden (Wegwerfproduktion) muß sie zur Wiederherstellung und Erhaltung eines ausgeglichenen Ökosystems eingesetzt werden" –

wird „durch die Einsparung von Rohstoffen und Energie ... ergründlich ..." Wo sollen denn die Steuergelder dafür herkommen, die die Bundesregierung entsprechend der Forderung der Grünen Liste für die „Förderung der Nutzung umweltfreundlicher Energieformen" bereitstellen soll? Immerhin sind es jetzt bereits für 1978 31 Mio. DM, die der Minister Hauff für Entwicklung der Sonnenenergie, und 5 Mio. DM, die er für die Entwicklung der Windenergie ausgeben will. Nicht zu vergessen die 4,35 Mrd. DM für das Energiesparprogramm der Bundesregierung. Wenn die „Grünen" auch den Anschein erwecken, sie seien gegen den Bau von Kernkraftwerken und für den Umweltschutz, so soll doch wenigstens gewährleistet sein, daß die westdeutsche Bourgeoisie ihr imperialistisches Energieprogramm durch die Senkung des Energieverbrauches der Massen und ihrer Plünderung durch den Staat sichern kann.

Wasserbeschaffungsverband Treene

b.Flensburg. Der Wasserbeschaffungsverband Treene (teils Kreis Nordfriesland, teils Kreis Schleswig-Flensburg) erhöht zum 1. Juli den Wasserpreis pro cbm vom 90 Pfg. auf 1,15 DM. Bei Inbetriebnahme des Wasserwerks Osterwittbekfeld vor 7-8 Jahren betrug der Wasserpreis noch 45 Pfg. Die Ausplünderung des Volkes konnte also um fast das dreifache gesteigert werden. Dazu ist Zwang nötig.

Damals war bei Wasseranschluß kein Abnahmezwang (es konnten z.B. eigene Brunnen benutzt werden), ab 1978 wurde ein Zwangsanschluß für alle eingeführt.

Kindergärten in Schleswig-Holstein: Teuer, schäbig und gemein

b. pag. Im Programm des KBW heißt es zur Rolle des Staates im Imperialismus: „Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie und notwendiges Produkt der kapitalistischen Klassengesellschaft, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie." – „Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst." (KBW-Programm, S. 13)

Die Richtigkeit dieser Feststellung läßt sich an der Kindererziehung konkret belegen. Die Lohnsenkungen der letzten Jahre haben immer mehr Frauen in die Fabriken getrieben. Diese Zeit fehlt der Arbeiterklasse für die Erziehung und Beaufsichtigung ihrer Kinder. Der bürgerliche Staat nutzt die elende Lage der Arbeiterklasse und ihre berechtigten Forderungen nach gesellschaftlicher Erziehung ihrer Kinder aus, um über staatlich eingerichtete und beaufsichtigte Kindergärten den Nachwuchs der Arbeiterklasse unter seine Kontrolle zu bekommen und über Beiträge den Lohn der Eltern noch mehr zu senken.

Die Kindergärten sind mit die erste Stufe eines ganzen Einmischungs- und Unterdrückungsarsenals, das in den Paragrafen des Jugendwohlfahrtsgesetzes ausgebreitet ist. In dem Referentenentwurf zum neuen Jugendhilferecht der Bundesregierung ist der Kindergartenerziehung unter 35 ein ganzer Paragraf gewidmet – unter der Überschrift: „Familienergänzende Hilfe zur Erziehung". Ihm folgt dann gleich die „Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie", d.h. Heimerziehung.

Und es ist tatsächlich so, daß Familien, die nicht durch die Arbeit der Frau sowieso dazu gezwungen sind, den Kindergarten in Anspruch zu nehmen, dann über das Jugendamt dazu gezwungen werden können. Dann nämlich, wenn der Staat das „Wohl" dieser Kinder gefährdet sieht (z.B. alleinstehende Mutter, Sozialhilfeempfänger, mangelhafte Wohnverhältnisse). Unter Androhung der Heimerziehung wird den Eltern „nahegelegt", ihr Kind in den Kindergarten zu schicken. Sozialarbeiter der Jugendbehörde und die Leitung des Kindergartens überwachen dann genauestens die ganze Familie. Für den Staat und seine Spitzel sind folgende Fragen interessant: Kommt das Kind sauber in den Kindergarten? Hat es evtl. blaue Flecken (Kindesmißhandlung)? Hat die Mutter häufig wechselnde Männerbekanntschaften? usw. Behält eine von den Behörden in dieser Weise bespitzelte Mutter ihr Kind zu Hause, registriert der Sozialarbeiter „Verweigerung der Mitarbeit", was ihn zum erneuten Einschreiten veranlaßt.

Müssen sich berufstätige Mütter auf Wartelisten setzen lassen, bis ihr Kind einen Platz bekommt, so genügt in obigen Fällen ein Anruf des Sozialarbeiters im Kindergarten und ein Platz ist da, auch wenn überbelegt werden muß.

Sind so schon die Familienverhältnisse in den Akten des Jugendamtes erfaßt, so wird durch die Beitragseinziehung auch noch die finanzielle Lage bis in den letzten Winkel durchleuchtet. Damit dabei kein Pfennig unberücksichtigt bleibt, werden die Leiter der Kindertagesstätten, die die Beitragsberechnung vornehmen, vom Rechnungsprüfungsamt überwacht. Jedes Jahr legt der Jugendwohlfahrtsausschuß die Beitragshöhe erneut fest.

Die Beiträge liegen in einer Kieler Kindertagesstätte:

	halbtags	ganztags	Schulkind
Mindestbeitrag	42,-	46,-	44,-
Höchstbeitrag einschl. Essen	186,-	286,-	236,-

Um die Beitragshöhe festzustellen, müssen die Eltern mit Belegen ihr gesamtes Einkommen offenlegen. Schulden, Raten und Kreditzahlungen werden nicht anerkannt. Als Einkommen angerechnet werden dagegen Zuwendungen jeder Art, z.B. Geldgeschenke der Großeltern. Als Miete werden nicht die tatsächlichen Mietkosten zugrunde gelegt, sondern nur der Wohngeldsatz. D.h. von 600 DM Miete werden 390 DM Wohngeldsatz berücksichtigt. Für ein Kind, das bis zu vier Wochen krank ist, muß der volle Betrag gezahlt werden. Lebt die Großmutter oder der Freund mit im Haushalt, so muß auch deren Rente oder Einkommen mit angegeben werden. Im Zweifelsfall überprüfen diese Angaben Sozialarbeiter vor Ort bis ins Schlafzimmer.

Die Stadt Kiel hat pro Kopf der Bevölkerung 1977 für Kindertagesheime 22,85 DM über Steuergelder dem Volk abgepreßt.

1970		
Ausgaben insg.	1,60 Mio.	
Personalkosten	1,20 Mio.	75,0%
Sachbedarf	23000,-	1,4%
1976		
Ausgaben insg.	7,20 Mio.	
Personalkosten	5,15 Mio.	71,0%
Sachbedarf	55000,-	0,8%
Elternbeiträge	1,50 Mio.	20,8%

Es ist dem Staat gelungen, den prozentualen Anteil der Personal- und Sachkosten an den Gesamtausgaben zu senken. Die Gruppenstärke wurde von 20 auf 25 Kinder erhöht. Fehlende Stellen werden durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeglichen. Für ein Kind stehen pro Jahr nur 27 DM für Spielmaterial oder Ausflüge zur Verfügung. Um den Eltern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, wurden sogenannte „Förderverein" von der Stadt gegründet, wofür die Eltern dann noch mal kräftig spenden sollen.

Gegen die wachsende Arbeitshetze für die Erzieher in den Kindertagesstätten und die wachsende Ausplünderung der Eltern über Beiträge haben sich Eltern und Erzieher zur Wehr gesetzt. 1977 hat der Stadtelternbeirat die kostenlose Nutzung der Kindertagesstätten gefordert. Diese Forderung gegenüber den städtischen Kindertagesstätten ist richtig, schiebt sie doch der wachsenden Ausplünderung durch die Stadt einen Riegel vor. Sie ist jedoch nicht umfassend genug, um dem Staat die gesamte Kontrolle über die Erziehung der Kinder der Arbeiterklasse und des Volkes aus der Hand zu nehmen. Denn zahlen die Eltern keine Beiträge mehr, so finanziert der Staat die Kindertagesstätten aus Steuermitteln, also geraubten Lohngeldern des Volkes. Die Bespitzelung durch den Staat ist damit auch noch nicht gelöst.

Im Programm des KBW heißt es dazu: „Einrichtung von unentgeltlichen Krippen oder Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten, Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung des Arbeitstages auf sechs Stunden. Zusätzlich bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder." (KBW-Programm, S. 33).

Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, diese Forderung in den Gewerkschaften und gegen die Kapitalisten durchzusetzen, müssen die Kapitalisten dafür bezahlen, daß sie jetzt auch neben der Arbeitskraft des Mannes die der Frau vernutzen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, den reaktionären Forderungen, z.B. der CDU nach der bürgerlichen Familienidylle mit Erziehungsgeld, zu folgen. Dient dies doch nur wieder der weiteren Kontrolle und Ausplünderung durch den Staat.

Ruinierung der Bauern über die Wassergesetze, zügiger Ausbau der Abwässersysteme zur Plünderung der Volksmassen und Subventionierung der Kapitalisten: Die Landesregierung gibt sich umweltfreundlich

b. scp. Mit einem groß angelegten Plünderungs- und Enteignungsfeldzug will die Landesregierung in Schleswig-Holstein die Zentralisierung der Wasser- und Abwasserversorgung durchsetzen.

Mit dem Schlachtruf: „Für die Reinhaltung der Gewässer, der Luft und des Bodens" betreiben sie zielstrebig die Durchführung des „Generalplan Abwasser- und Gewässerschutz in Schleswig-Holstein vom 15.1.71". Dieser sieht vor, bis zum Jahre 2000 86% des Landes in „zentrale Wasserversorgungs- und Abwassersysteme" einzubeziehen. Gegenwärtig sind von den 1115 Städten und Gemeinden erst 625 an „zentrale Wasserversorgungssysteme" angeschlossen.

Paragrafen des Jugendwohlfahrtsgesetzes ausgebreitet ist. In dem Referentenentwurf zum neuen Jugendhilferecht der Bundesregierung ist der Kindergartenerziehung unter 35 ein ganzer Paragraf gewidmet – unter der Überschrift: „Familienergänzende Hilfe zur Erziehung". Ihm folgt dann gleich die „Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie", d.h. Heimerziehung.

Und es ist tatsächlich so, daß Familien, die nicht durch die Arbeit der Frau sowieso dazu gezwungen sind, den Kindergarten in Anspruch zu nehmen, dann über das Jugendamt dazu gezwungen werden können. Dann näm-

tet. Damit dabei kein Pfennig unberücksichtigt bleibt, werden die Leiter der Kindertagesstätten, die die Beitragsberechnung vornehmen, vom Rechnungsprüfungsamt überwacht. Jedes Jahr legt der Jugendwohlfahrtsausschuß die Beitragshöhe erneut fest.

Die Beiträge liegen in einer Kieler Kindertagesstätte:

halbtags ganztags Schulkind
Mindestbeitrag 42,- 46,- 44,-
Höchstbeitrag 186,- 286,- 236,-
einschl. Essen

Sachbedarf 55000,- 0,8%
Elternbeiträge 1,50 Mio. 20,8%

Es ist dem Staat gelungen, den prozentualen Anteil der Personal- und Sachkosten an den Gesamtausgaben zu senken. Die Gruppenstärke wurde von 20 auf 25 Kinder erhöht. Fehlende Stellen werden durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeglichen. Für ein Kind stehen pro Jahr nur 27 DM für Spielmaterial oder Ausflüge zur Verfügung. Um den Eltern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, wurden sogenannte „Förderverein" von der Stadt gegründet, wofür die Eltern dann

Dauer der Krankheit ihrer Kinder." (KBW-Programm, S. 33).

Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, diese Forderung in den Gewerkschaften und gegen die Kapitalisten durchzusetzen, müssen die Kapitalisten dafür bezahlen, daß sie jetzt auch neben der Arbeitskraft des Mannes die der Frau vernutzen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, den reaktionären Forderungen, z.B. der CDU nach der bürgerlichen Familienidylle mit Erziehungsgeld, zu folgen. Dient dies doch nur wieder der weiteren Kontrolle und Ausplünderung durch den Staat.

Ruinierung der Bauern über die Wassergesetze, zügiger Ausbau der Abwässersysteme zur Plünderung der Volksmassen und Subventionierung der Kapitalisten: Die Landesregierung gibt sich umweltfreundlich

b. scp. Mit einem groß angelegten Plünderungs- und Enteignungsfeldzug will die Landesregierung in Schleswig-Holstein die Zentralisierung der Wasser- und Abwasserversorgung durchsetzen.

Mit dem Schlachtruf: „Für die Reinhaltung der Gewässer, der Luft und des Bodens" betreiben sie zielstrebig die Durchführung des „Generalplan Abwasser- und Gewässerschutz in Schleswig-Holstein vom 15.1.71".

Die Regierung behauptet, es gehe bei diesem Plan um die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem und gutem Trinkwasser, was mit dem jetzigen System der Versorgung nicht gewährleistet werden könne. Worum es ihr tatsächlich geht, ist die Kontrolle über die Wasserversorgung zu bekommen und darüber die Volksmassen zu unterdrücken und auszuplündern.

Wasser ist insbesondere in den ländlichen Gegenden noch ein freies Gut. Viele Bauern unterhalten ihre eigenen Brunnen und Kläranlagen. Viele Gemeinden haben selbständig in Genossenschaften die Wasserversorgung geregelt. Im Kapitalismus verwandelt sich jedes Gut zur Ware, um sich in Kapital zu verwandeln. Den Kapitalisten ist es gar nicht recht, wenn ihnen ein großes Reservoir an Profitmacherei, die Wasserversorgung, durch die Lappen geht. In den Städten haben sie das schon durchgesetzt.

Den Kapitalisten billig Wasser und Abwasser zur Verfügung zu stellen, das die Massen zahlen müssen, ist die Geschäftspolitik der Stadtwerke. In Neumünster z.B. sehen die Gebührensätze für Abwasser wie folgt aus: 1,22 DM/cbm bei Abnahme bis zu 10000 cbm, 0,96 DM/cbm bei Abnahme bis zu 50000 cbm, 0,75 DM/cbm bis zu 100000 cbm, 0,67 DM/cbm bei Abnahme über 100000 cbm. In Kiel werden von den Haushalten 1,15 DM/cbm für Frischwasser und 0,98 DM/cbm für Abwasser verlangt. In Lübeck setzen sich die Gebühren zusammen aus: 1,25 DM/cbm Frischwasser plus 2-9 DM für den Meßpreis plus 0,88 DM/cbm für Entwässerung plus 9,90-158 DM/Monat an Entwässerungsfestgebühr.

Die normalen Haushalte verbrauchen pro Jahr nicht mehr als 200 cbm. Die Kapitalisten, die das Wassernetz und die Abwässernetze so überlasten, daß Neumünster (92000 Einwohner) den Abwasserhaushalt einer 600000 Einwohner-Stadt hat, zahlen die Hälfte und lassen sich das Wasser von den Volksmassen zahlen. Für die Kapitalisten allein ist eine vom Staat organisierte Wasserversorgungsanlage nützlich. Sie brauchen die Ausgaben für eigene Wasserversorgungs- und Entwässerungssysteme nicht zu tragen und können so konstantes Kapital, das auf die Profitrate drückt, einsparen.

312 Mio. DM für die Wasserversorgung und 571 Mio. DM für die Abwasserbeseitigung sind von 1966 bis 1975 in Schleswig-Holstein ausgegeben worden. Finanziert wurde das Ganze bis zu 80% durch die Steuern der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Nach dem Landeswassergesetz (LWG) von 1960 in der Fassung von 1971 zahlt der Staat 60% der Kosten für die Unterhaltung des Gewässernetzes und 80% der Kosten für den Betrieb von Schöpfwerken. Für die Erstellung von Schöpfwerken und Versorgungsanlagen werden 70% Landeszuschüsse plus 5% Kapitalmarktdarlehen gewährt. Auf diese Art werden die Arbeiter und Bauern gleich zweimal zur Kasse gebeten: Erst über die Steuern die Errichtung und Instandhaltung finanzieren, um dann über die Gebühren die fast kostenlose Abgabe des Wassers an die Kapitalisten übernehmen.

Auch wenn die Landesregierung die „zentrale Wasserversorgung" als Segen darstellen will, so gibt es heftigen Widerstand gegen diese Maßnahmen. In Kiel-Wellsee z.B. sollen die Anlieger ihre eigenen Abwasseranlagen und Brunnen zuschütten, um ans zentrale Netz angeschlossen zu werden. 5000 DM sollen sie zahlen für den Anschluß. In einer Broschüre des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „Wasserwirtschaft zwischen Nord- und Ostsee" wird dezent der Widerstand gerade der Bauern angedeutet: „Versorgungsvorteile für das Vieh durch die ländliche Gruppenwasserversorgung werden von bäuerlichen Kreisen anfangs nicht immer richtig eingeschätzt." Daß die Bauern sehr wohl die „Vorteile der zentralen Wasserversorgung" einschätzen können, zeigt das Beispiel des Schöpfwerkes Brokstedt in der Wilster Marsch. Das Unterelbegebiet ist von der Landesregierung zu einem „Versorgungsschwerpunkt" erkärt worden, um den Kapitalisten an der Elbmündung die billige Wasser- und Abwasserversorgung zu ermöglichen. Am 1.3.78 wurde das Schöpfwerk Brokstedt eingeweiht. Träger ist der „Wasserbeschaffungsverband mittlere Stör". Er setzt sich zusammen aus den Bürgermeistern der umliegenden Gemeinden sowie Vertretern der Kapitalisten.

Finanziert wurde das Projekt vom Land, dem Wasserbeschaffungsverband, sowie den „Einstandssätzen der Gemeinden". Der Träger zahlt nach den „Richtlinien für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen als Gemeinschaftsaufgabe vom 3.5.1974 mit Änderung vom 20.3.1976" eine einmalige Eigenleistung von 70 DM je Versorgungseinheit (eine Versorgungseinheit ist ein Einwohner, ein Stück Großvieh oder fünf Stück Kleinvieh). 12000 Einwohner in 10 Gemeinden im Kreise Steinburg und in 6 Gemeinden im Kreise Segeberg sollen damit versorgt werden. Trotz einer Werberundreise des Amtsvorstehers O. Fölster haben bis heute erst 5 Gemeinden zugestimmt.

Die Bedingungen für den Anschluß diktiert der Staatsapparat über seine Gesetze: Auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes von 1957 in der Fassung von 1976, dem Landeswassergesetz und der Gemeindeordnung wird die zentrale Wasserversorgung zwangsverfügt. Die „Satzung der Gemeinde Brokstedt über den Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung und die Abgabe von Wasser" legt fest: „Jeder Grundstückseigentümer hat das Anschluß- und Benutzungsrecht, aber das Anschlußrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Straße erschlossen sind, in der eine betriebsfertige Wasserversorgungsanlage vorhanden ist." Der Anschluß kann versagt werden. Das gilt nicht, „wenn der Antragsteller sich bereit erklärt, die entstehenden Mehrkosten für den Bau und Betrieb zu tragen." Gleichzeitig ist der Anschlußzwang in der Satzung festgelegt: „Sobald das Grundstück mit Gebäuden für den dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen und Tieren bebaut ist, bzw. mit der Bebauung begonnen wurde, oder wenn auf sonstigen Grundstücken Trink- und Betriebswasser verbraucht wird."

für Frischwasser und 0,98 DM/cbm für Abwasser verlangt. In Lübeck setzen sich die Gebühren zusammen aus: 1,25 DM/cbm Frischwasser plus 2-9 DM für den Meßpreis plus 0,88 DM/cbm für Entwässerung plus 9,90-158 DM/Monat an Entwässerungsfestgebühr.

Die normalen Haushalte verbrau-

Netz angeschlossen zu werden. 5000 DM sollen sie zahlen für den Anschluß. In einer Broschüre des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „Wasserwirtschaft zwischen Nord- und Ostsee" wird dezent der Widerstand gerade der Bauern angedeutet: „Versorgungsvorteile für das Vieh durch die ländliche Gruppenwasserversorgung werden von bäuerlichen

zung der Gemeinde Brokstedt über den Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung und die Abgabe von Wasser" legt fest: „Jeder Grundstückseigentümer hat das Anschluß- und Benutzungsrecht, aber das Anschlußrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Straße erschlossen sind, in der eine betriebsfertige Wasserversorgungsanlage

Sämtliches Wasser muß der zentralen Wasserversorgung entnommen werden. Die Beauftragten des Wasserversorgungsverbandes haben jederzeit Zutritt zu den Grundstücken, um die Auflagen zu überprüfen.

Mit dem „Anschlußrecht" und dem „Anschlußzwang" werden die Bauern in die Zange genommen. Über den Benutzungszwang müssen sie sich anschließen lassen, ihre Brunnen zuschütten lassen und das „Benutzungsrecht" zwingt sie dann dazu, die Kosten dafür selbst zu tragen.

Das Ausmaß der Plünderung trifft noch lange nicht die Pläne der Bourgeoisie. Die schon oben zitierte Broschüre kündigt an, daß „nur mit größten Anstrengungen" die ehrgeizigen Pläne erreicht werden können. „Eine entsprechende Beteiligung der Bürger an den erforderlichen Investitionskosten ist deswegen eine wesentliche Voraussetzung ..." Der Neumüsterane Stadtrat Möller hat bei der letzten Gebührenerhöhung im Dezember 1976 die Dimension angedeutet: „Angesichts der Investitionen im Abwässerbereich müßte davon ausgegangen werden, daß sich die Kanalisationsgebühren in naher Zukunft verdoppeln." (Holsteiner Zeitung, 22.12.76)

Heia Safari: Bürgerliche Schulbücher über die Segnungen des Kolonialsystems für die afrikanischen Volksmassen

b. cec. Wollen die westdeutschen Imperialisten sich am Kampf um die Neuaufteilung der Welt selbständig beteiligen, werden sie Schiffbruch erleiden, wenn sie die Jugend der westdeutschen Arbeiter und Volkmassen gegen sich haben. Entsprechendes Gewicht wird in den Schulen und Hochschulen darauf gelegt, die Jugend für diese imperialistischen Ziele zu gewinnen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat es sich in ihrem neuen Schulgesetzentwurf direkt zur Aufgabe gestellt. In Paragraph 4 heißt es da:

„Die Schule soll den jungen Menschen dazu erziehen, nach sittlichen Prinzipien zu handeln, die eigene Überzeugung zu vertreten und die Überzeugung anderer zu achten, die Werte und Ordnungsvorstellungen des Grundgesetzes anzuerkennen und sozale und politische Aufgaben zu übernehmen. Die Schule soll im jungen Menschen geschichtliches Bewußtsein ausbilden und ihn dadurch befähigen, die Bedeutung der Heimat, die Lage Deutschlands sowie seiner Stellung in Europa und die Aufgabe des friedlichen Zusammenlebens aller Völker zu erfassen."

Gegenwärtig stürzen sich alle Imperialisten auf Afrika. Die westdeutschen Imperialisten, die riesige Kapitalmengen in Afrika haben, gehören hinter den Supermächten zu den gefährlichsten und gierigsten Räubern. Die afrikanischen Völker kennen den deutschen Imperialismus gut. Namibia (Deutsch-Südwestafrika), Tansania (Deutsch-Ostafrika), Togo und Kamerum sind ehemalige deutsche Kolonien. Um die heutigen Pläne in die Tat umzusetzen, müssen diese alten Blutspuren verwischt werden.

Die Kieler Schüler der Gerhard-Hauptmannschule, 8. und 9. Klasse, lernen in ihrem Geschichtsbuch „Vom Erbe der Väter" zuerst einmal, daß die damaligen imperialistischen Konkurrenten Deutschlands schon seit Jahrhunderten Kolonien in fremden Erdteilen besaßen und die Reichtümer der Länder plünderten. Zum damaligen Deutschland erfahren wir: „Er (Bismark) erklärte noch 1881: „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik!"

Bereits drei Jahre später entlarfte sich dies als Lüge. 1884 erklärte Bismark Namibia zu deutschem Kolonialgebiet. In dem bereits zitierten Schulbuch liest sich dies so, als sei Namibia den deutschen Kolonialisten einfach so zugefallen. „Dieser Erdteil (Afrika) war erst zum Teil von den alten Kolonialisten in Besitz genommen. Hier lockten noch Gebiete, die nach der damaligen Anschauung als herrenlos galten. Nicht selten auch waren Häuptlinge bereit, Land und Leute für eine geringe Summe an die Weißen zu verkaufen. So erwarb der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz 1883 von dem Häupling der Hottentotten für 2000 DM ein großes Gebiet an der Westküste Afrikas."

Gründlich haben die deutschen Imperialisten das Geschäft der „Bereitmachung von Stammesfürsten betrieben. In blutigen Schlachten wurden die Afrikaner von Ihrem Land vertrieben und als Arbeitsvieh der Kolonialisten ausgebeutet. Freiwillig hat kein Afrikaner sein Land und Vieh an die Kolonialisten abgetreten. Wenn in den Schulbüchern von Einwilligung der Stammesfürsten die Rede ist, so sollen die Schüler meinen, alles geschah auf freiwilliger Grundlage. Tatsächlich handelt es sich um schlichte Erpressung. Daß die deutschen Imperialisten jederzeit mit Waffengewalt am Landraub in Afrika beteiligt waren, beweißt auch folgendes Schreiben hanseatischer Kaufleute an den Bremer Senat vom 6.7.1883: „Die deutschen Factoreien haben vor einigen Monaten auch bereits eine Eingabe an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtet und darum gebeten, daß sich dort (gemeint ist Namibia) mal ein deutsches Kriegsschiff zeigen möge, um den Negerfürsten die Überzeugung beizubringen, daß die dortigen Deutschen einer Nation angehören, welche gegebenenfalls Übergriffe zu strafen im Stande ist. Dieses Gesuch befürwortet die Handelskammer indem sie zugleich zur Erwägung anheimstellt, ob es sich nicht eventuell empfiehlt, bei Anwesenheit eines Kriegsschiffes mit den dortigen Häuptlingen auch eine Art Vertrag zur Verhinderung willkürlicher Störungen des deutschen Handels zu schließen."

Karl Marx schreibt dazu im „Kapital": „Den aufschießenden Manufakturen sicherte die Kolonie Absatzmarkt und eine durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation. Der außerhalb Europas direkt zur Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floß ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital." Die Gier nach Höchstprofit trieb die deutschen Imperialisten in Konkurrenz mit den britischen und französischen Imperialisten ihre Raub- und



„Polizei zerstreut am 18. Juni 1959eine Demonstrationvon Schwarzen in Cato Manor, dem Farbigenviertel von Durban (Südafrika)" – so lautet der Text des bürgerlichen Geschichtsbuches „Geschichtliche Weltkunde", Bd. 3, Frankfurt am Main, 1976. Dies ist das einzige Bild zu dem Thema „Enstehung und Probleme der Dritten Welt. Die Entkolonialisierung Afrikas." So hätte es die Bourgeoisie gerne. Verankert werden soll in den Köpfen der Schüler, daß der Aufstand der Massen für die Befreiung ihres Landes vom Imperialismus und Kolonialherrschaft überhaupt nichts bringt, daß die Massen der übermächtigen, weil besser bewaffneten, Staatsgewalt ohnmächtig ausgeliefert sind.

Tatsächlich ist es so, daß der Befreiungskampf des Volkes von Azania Mitte der 70er Jahre einen machtvollen Aufschwung ausgehend von einer Streikbewegung 1973 genommen hat. Das Bild unten zeigt eine Massendemonstration in Soweto gegen die Kolonialherrschaft. Tausende von Kämpfern verlassen heute ihr Land, um sich in den Ausbildungslagern in den benachbarten Ländern politisch, ideologisch und militärisch zu schulen, in ihr Land zurückkehren und dort den bewaffneten Kampf aufzunehmen.



Plünderungszüge gegen die Volksstämme im Westen und Osten Afrikas zu führen. Den Schülern soll dagegen eingetrichtert werden, daß es die Kolonialisten waren, die die Segnungen der Zivilisation nach Afrika gebracht haben und für die Aufhebung der Sklaverei eintraten.

Unter dem Kolonialismus noch „herrenloses Niemannsland", wird Afrika heute in den Schulbüchern als „Entwicklungsland" behandelt. Mußte den „unzivilisierten Heiden von den Kolonialisten erst Glaube und Zivilisation beigebracht werden", so geht es den westdeutschen Imperialisten heute darum, das afrikanische Volk vor dem Hungertod zu bewahren. „Rund die Hälfte der Bevölkerung der Menschheit gilt als mengenmäßig unterernährt." (aus: „Der Staat sind wir", einem Schulbuch der kaufmännischen Berufsschule in Schleswig-Holstein). Tatsache ist, daß die westdeutschen Imperialisten keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um die Länder der Dritten Welt in ihrer Abhängigkeit zu belassen und dementsprechend ungehindert die Plünderung der Rohstoffe und die Ausbeutung der Afrikaner weiter betreiben zu können. Blanker Zynismus ist es dann, wenn die imperialistischen Geier vorgeben, sich humanitäre Gedanken über die blutigen Spuren zu machen, die sie selbst in diesen Ländern hinterlassen. Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe geht es ihnen einzig und allein darum, die Völker der Länder der Dritten Welt fester in ihre imperialistischen Klauen zu nehmen, und über diese Abhängigkeit die Befreiungskämpfe der Völker in den jeweiligen Ländern zu unterdrücken und zu zerschlagen. Vier Formen der „Entwicklungshilfe" sind in dem zuletzt erwähnten Schulbuch angegeben:

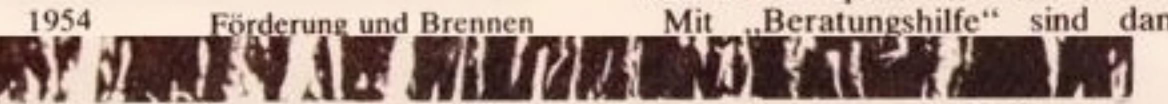
Hinter „Finanzhilfe" verbergen sie die Unmengen von Kapital, die sie in die Länder der Dritten Welt pumpen, um durch den Aufbau der Produktionsstätten ungehindert Zugang zu den Bodenschätzen und der billigen afrikanischen Arbeitskraft zu haben, und obendrein die Länder jederzeit erpreßbar zu halten.

Die „Absatzhilfe" meint den Abtransport der Reichtümer der Dritten Welt in die imperialistischen Länder.

Mit „Beratungshilfe" sind dann

Die Bedeutung des westdeutschen Finanzkapitals bei der Plünderung und Ausbeutung der Reichtümer Azanias – einige Beispiele.

westdeutschesKapital/ Banken	Name der Tochtergesellschaften in	Stammkapital in Rand	Beteiligungsquote	erworben/ gegründet	Produktion und Geschäftstätigkeit
Im Bergbau:					
Otavi-MinenundEisen-	Otavi Mining Co(Pty)	12,45 Mio.	100%	1954	Förderung und Brennen



schen Imperialismus gut. Namibia (Deutsch-Südwestafrika), Tansania (Deutsch-Ostafrika), Togo und Kamerum sind ehemalige deutsche Kolonien. Um die heutigen Pläne in die Tat umzusetzen, müssen diese alten Blutspuren verwischt werden.

Die Kieler Schüler der Gerhard-Hauptmannschule, 8. und 9. Klasse, lernen in ihrem Geschichtsbuch „Vom Erbe der Väter" zuerst einmal, daß die damaligen imperialistischen Konkurrenten Deutschlands schon seit Jahrhunderten Kolonien in fremden Erdteilen besaßen und die Reichtümer der Länder plünderten. Zum damaligen Deutschland erfahren wir: „Er (Bismark) erklärte noch 1881: „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik!"

Bereits drei Jahre später entlarfte sich dies als Lüge. 1884 erklärte Bismark Namibia zu deutschem Kolonialgebiet. In dem bereits zitierten Schulbuch liest sich dies so, als sei Namibia den deutschen Kolonialisten einfach so zugefallen. „Dieser Erdteil (Afrika)

schiff zeigen möge, um den Negerfürsten die Überzeugung beizubringen, daß die dortigen Deutschen einer Nation angehören, welche gegebenenfalls Übergriffe zu strafen im Stande ist. Dieses Gesuch befürwortet die Handelskammer indem sie zugleich zur Erwägung anheimstellt, ob es sich nicht eventuell empfiehlt, bei Anwesenheit eines Kriegsschiffes mit den dortigen Häuptlingen auch eine Art Vertrag zur Verhinderung willkürlicher Störungen des deutschen Handels zu schließen."

Karl Marx schreibt dazu im „Kapital": „Den aufschießenden Manufakturen sicherte die Kolonie Absatzmarkt und eine durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation. Der außerhalb Europas direkt zur Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floß ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital." Die Gier nach Höchstprofit trieb die deutschen Imperialisten in Konkurrenz mit den britischen und französischen Imperialisten ihre Raub- und

Plünderungszüge gegen die Volksstämme im Westen und Osten Afrikas zu führen. Den Schülern soll dagegen eingetrichtert werden, daß es die Kolonialisten waren, die die Segnungen der Zivilisation nach Afrika gebracht haben und für die Aufhebung der Sklaverei eintraten.

Unter dem Kolonialismus noch „herrenloses Niemannsland", wird Afrika heute in den Schulbüchern als „Entwicklungsland" behandelt. Mußte den „unzivilisierten Heiden von den Kolonialisten erst Glaube und Zivilisation beigebracht werden", so geht es den westdeutschen Imperialisten heute darum, das afrikanische Volk vor dem Hungertod zu bewahren. „Rund die Hälfte der Bevölkerung der Menschheit gilt als mengenmäßig unterernährt." (aus: „Der Staat sind wir", einem Schulbuch der kaufmännischen Berufsschule in Schleswig-Holstein). Tatsache ist, daß die westdeutschen Imperialisten keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um die Länder der Dritten Welt in ihrer Abhängigkeit zu belassen und dementsprechend ungehindert die Plünderung der Rohstoffe und die Ausbeutung der Afrikaner weiter betreiben zu können. Blanker Zynismus ist es dann, wenn die imperialistischen Geier vorgeben, sich humanitäre Gedanken über die blutigen Spuren zu machen, die sie selbst in diesen Ländern hinterlassen. Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe geht es ihnen einzig und allein darum, die Völker der Länder der Dritten Welt fester in ihre imperialistischen Klauen zu nehmen, und über diese Abhängigkeit die Befreiungskämpfe der Völker in den jeweiligen Ländern zu unterdrücken und zu zerschlagen. Vier Formen der „Entwicklungshilfe" sind in dem zuletzt erwähnten Schulbuch angegeben:

Hinter „Finanzhilfe" verbergen sie die Unmengen von Kapital, die sie in die Länder der Dritten Welt pumpen, um durch den Aufbau der Produktionsstätten ungehindert Zugang zu den Bodenschätzen und der billigen afrikanischen Arbeitskraft zu haben, und obendrein die Länder jederzeit erpreßbar zu halten.

Die „Absatzhilfe" meint den Abtransport der Reichtümer der Dritten Welt in die imperialistischen Länder.

Mit „Beratungshilfe" sind dann
Lehrer oder Pfaffen gemeint, die als Träger der imperialistischen Ideologie die Aufgabe haben, ihr Gift auf die afrikanische Jugend zu verspritzen. Deutsche Fachkräfte als „Berater" in der Wirtschaft haben den Auftrag, die Schweißauspressung der afrikanischen Arbeiter weiter zu treiben, damit die Profite des westdeutschen Finanzkapitals z.B. in Südafrika ins unermeßliche gesteigert werden.

Und bei der vierten Form der „Entwicklungshilfe" sollen die westdeutschen Schüler damit vertraut gemacht werden, daß in „ausgewählten Entwicklungsländern Angehörige der Bundeswehr ... mit organisatorischer und technischer Beratung unterstützen und Waffen zur Verfügung gestellt werden." Daß es sich dabei um das militärische Erobern fremden Gebietes handelt und eine direkte Vorbereitung der militärischen Intervention des BRD-Imperialismus in Afrika bedeutet, wird wohlweislich verschwiegen. In dem Schulbuch wird die „Militärhilfe" so ausgelegt: „Wenn der Westen ihnen keine genügende Hilfe gewährt, werden sie (die Völker der Dritten Welt) leicht ein Opfer des Kommunismus." und weiter: „Noch ist nicht entschieden, welche Staats- und Regierungsformen die Entwicklungsländer einmal haben werden. Aber eines steht schon heute fest: In der Frage, wieviel Entwicklungshilfe wir geben und wie wir sie geben, entscheidet sich das politische Schicksal der Welt."

Aber weder imperialistisches Kapital noch imperialistische Söldnerbanden können die Fortschritte im bewaffneten Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika aufhalten.

Die Bedeutung des westdeutschen Finanzkapitals bei der Plünderung und Ausbeutung der Reichtümer Azanias – einige Beispiele.

westdeutschesKapital/ Banken	Name der Tochtergesellschaften in	Stammkapital in Rand	Beteiligungsquote	erworben/ gegründet	Produktion und Geschäftstätigkeit
Im Bergbau:					
Otavi-MinenundEisenbahngesellschaft-Ffm. (altedt.Kolonialgesellschaft,gegr.1900,GruppeDeutscheBank	Otavi Mining Co(Pty)	12,45 Mio.	100%	1954	Förderung und Brennen von Schamotta, Kaolinerde
StolwerkeZinkAGfürBergbau und Hüttenbetrieb (Otto Wolff Konzern) Aachen	Minex (Pty)	80000	100%	1956	Bergbau, auf Chromerz, Andalusit, Flußspat
DeutscheBankAG,Ffm.	Anglo American Corp. of South Africa Ltd	50 Mio.		1958	„Zur Entwicklung der Diamanteninteressen"
KreditanstaltfürWiederaufbau-DeutscheBankAG	Palabora Mining Co	107,5 Mio.		1963	Aufschluß eines Kupfererztagebaus in Transvaal
Verarbeitende Industrie					
HenschelWerkeAG-Kassel	Henschel South Africa	150000	100%	1950	Montage und Vertrieb von LKW, Lokomotiven
Heinkel AG-Stuttgart	Mercantile Acceptance Corp. of South Africa	Alleinrechte für die Gründung von Heinkel Werken in Azania	10%	1950	Autos, LKWs, Lokomotiven Dieselmotoren, Industriemaschienen, Flugzeuge geplant
Friedrich Flick AG-Düsseldorf	Dunswort Iron and Steel Works, Johannesburg	1,5 Mio.	100%	1954	Eisen- und Stahlwerk in Dunswart
SalzgitterMaschinenAG	Salzgitter South Africa		100%		Teileproduktion von SMG-Erzeugnissen, bes. für Bergbau, Tiefbohrwesen
Reemtsma-KonzernGmbH Hamburg	Rembrandt Tobacco Manufacturing, Steelenbosch bei Cape Town	30 Mio.		1956	Zigaretten und Tabak
WestfälischeUnionAG (Thyssen Konzern)	Wirex Precision Wire Manufactures	260000	100%	1956	Drahtproduktion
VW-AG Wolfsburg	South Africa Motor	1 Mio.	100%	1956	VW und Studebaker Mobile
VW-AG Wolfsburg	South Africa Motor Acceptance	1 Mio.	100%	1957	Kreditierung für VW- und Studebaker-Käufer
VW-AG Wolfsburg	VW-Insurance Services	10000	100%		Versicherungsschutz für VW-Fahrer
DaimlerBenzAG,Stuttgart	Car Distributors Assembly				Montage von Mercedeswagen
Rosenthal-PorzellanAG Selb(BayerischeHypotheken-undWechselbank)	Brakenware, Blackheath	911010	51%	1958	Hotelporzellan und Steingut, Monatsproduktion von 200 t vorgesehen

Auch mit Gefängnisstrafen läßt sich der Kampf gegen die Heimerziehung nicht unterdrücken

b. gom. Am Donnerstag, den 22.6.78 fand im Amtsgericht Lütjenburg ein Prozeß statt gegen 4 Genossen wegen Hausfriedensbruch im Landesjugendheim in Selent, einem Fürsorgeheim für Mädchen.

Verurteilt wurden die Angeklagten zu 2 bzw. 3 Monaten Gefängnis mit 3 Jahren Bewährung, einer erhielt eine Geldstrafe von 450 DM, ein anderer hatte einen Einspruch gegen den vorher ergangenen Strafbefehl zurückgezogen.

Diese Urteile sind gefällt worden, weil die Bourgeoisie ein Interesse daran hat, jegliche Unterstützung des Kampfes der Jugendlichen im Landesjugendheim gegen die staatliche Unterdrückung und Ausbeutung dort zu unterbinden.

Unter Einschränkung der persönlichen und politischen Rechte werden die Mädchen mittels der Fürsorgeerziehung in dieses Heim einkaserniert, und wenn sie nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, zur Zwangsarbeit für ein lächerliches Taschengeld in der Küche, im Garten, Wäscherei u.ä. herangezogen, um dann bei der Entlassung den Kapitalisten als billige Arbeitskräfte vermittelt zu werden. So wurde z.B. ein Mädchen mit dem Argument der Berufseinführung an einen Goldschmied vermittelt, wo sie 9 Stunden am Tag ohne einen Pfennig Geld, angeblich sollte sie 100 DM vom Arbeitsamt dafür bekommen, arbeitet.

Mittels Ausgangs- und Urlaubssperre, Postkontrolle und „wenn das nicht hilft" Einsperren in eine Zelle, die von der Heimleitung beschönigend „Einzelzimmer" genannt wird, werden die Mädchen in diesem Heim täglich schikaniert.

Die Lehrerin M.Gosch hat den Zusammenschluß der Mädchen dagegen unterstützt und ist deshalb Ende 1977 vom Dienst beurlaubt und jetzt entlassen worden. Weil sie gegen diese geplante Entlassung damals auf dem Schulgelände des Heimes einen Offenen Brief verteilt hat und dies von den Mädchen breit unterstützt wurde, wobei sie in einer anschließenden spontanen Demonstration ihre Forderungen gegen die Unterdrückung im Heim propagierten, erstattete die Heimleitung Strafanzeige.

Welche Angst die Bourgeoisie vor der weiteren Unterstützung des Kampfes im LHJ Selent hat, zeigt die Aussage des Heimleiters Genz, der sinngemäß sagte, daß immer noch einige Mädchen die Kommunistische Volkszeitung mit ins Heim nehmen und wenn auch nicht alle, so doch umso intensiver ihre Interessen verfechten würden.

Fachschaftsgruppen beschließen Veranstaltung mit den Landesschülervertretungen

b.Kiel. An der Universität Kiel bereiten die Fachschaftsgruppen für die Aktionswoche gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung eine Veranstaltung vor, auf der die Landesschülervertretungen für Gymnasien und Berufsbildende Schulen über den SGE und den Stand der Vorbereitung des Schulstreiks am 30.6.78 informieren sollen. Beschlossen wurde dies von den Fachschaftsgruppen Medizin, Chemie, Biologie, Anglistik-Romanistik, Geschichte, Germanistik, Psychologie.

Die Lehrerin M.Gosch hat den Zusammenschluß der Mädchen dagegen unterstützt und ist deshalb Ende 1977 vom Dienst beurlaubt und jetzt entlassen worden. Weil sie gegen diese geplante Entlassung damals auf dem Schulgelände des Heimes einen Offenen Brief verteilt hat und dies von den Mädchen breit unterstützt wurde, wobei sie in einer anschließenden spontanen Demonstration ihre Forderungen gegen die Unterdrückung im Heim propagierten, erstattete die Heimleitung Strafanzeige.

Welche Angst die Bourgeoisie vor der weiteren Unterstützung des Kampfes im LHJ Selent hat, zeigt die Aussage des Heimleiters Genz, der sinngemäß sagte, daß immer noch einige Mädchen die Kommunistische Volkszeitung mit ins Heim nehmen und wenn auch nicht alle, so doch umso intensiver ihre Interessen verfechten würden.

Fachschaftsgruppen beschließen Veranstaltung mit den Landesschülervertretungen

b.Kiel. An der Universität Kiel bereiten die Fachschaftsgruppen für die Aktionswoche gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung eine Veranstaltung vor, auf der die Landesschülervertretungen für Gymnasien und Berufsbildende Schulen über den SGE und den Stand der Vorbereitung des Schulstreiks am 30.6.78 informieren sollen. Beschlossen wurde dies von den Fachschaftsgruppen Medizin, Chemie, Biologie, Anglistik-Romanistik, Geschichte, Germanistik, Psychologie.
Am Montag sollen auf einer FSG-VV weitere Aktionen an den Fachbereichen zur Information über den Kampf gegen den Schulgesetzentwurf der Schüler stattfinden.

17. Juni in Pinneberg: Heftige Aufregung der Bourgeois über Forderungen nach Friedensvertrag für beide deutsche Staaten

b.gat. Als am 17. Juni die bürgerlichen Politiker von Pinneberg die Einverleibung der DDR in einer kleinen Feierstunde im Drosteipark propagieren wollten, ärgerten sie sich sehr. Auf ihrem Gedenkstein stand zu lesen: „Sofortiger Abschluß eines Friedensvertrages, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten sichert!" Das ist eine richtige Antwort auf den Versuch der Bourgeoisie von der Unterdrückung in Westdeutschland und vom Kampf dagegen abzulenken und sich die Unterdrückung in der DDR propagandistisch zu Nutze zu machen. Der Sozialdemokrat Winfried Döbertin, Vorsitzender der Fritz-Erler-Gesellschaft und Dozent an der Hamburger Universität, machte es in seiner Rede deutlich: „Die Deutschen müssen für die Menschenrechte überall in der Welt eintreten, auch für die Bürger in der DDR." Die Feierstunde lief nicht zur Zufriedenheit der bürgerlichen Politiker ab. 3 Tage lang hetzte die bürgerliche Presse. Pinnebergs erster Stadtrat Carolus fragt sich, warum die Polizei nicht eingeschritten ist und will dies auf der nächsten Magistratssitzung beraten. Die Bourgeoisie muß schwere Geschütze auffahren, um die Massen für ihre Politik zu gewinnen. Viele fanden jedenfalls die Forderung nach einem Friedensvertrag, der die Souveränität beider deutscher Staaten und Westberlins sichert, richtig.

„Nur Familie Schimpf und Schande kaufen im Osten“

Vor 30 Jahren: Währungsreform und Luftbrücke – der Kapitalismus wird restauriert und Deutschland gespalten

z.zid. „Die Mark feiert Geburtstag.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.78) Die Mark? Gefeiert haben Bundesbankpräsident Emminger, Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Bundesfinanzminister Matthöfer, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß etc. pp. In der Paulskirche zum „30jährigen Geburtstag der DM“.

1978 – die gleichen Funktionäre des Finanzkapitals wie vor 30 Jahren, wenn auch nicht unbedingt in gleicher Person. Heute feiern sie die Ergebnisse ihrer Blutsaugerei, mit der sie vor über 30 Jahren nach verlorenem Krieg unter dem Kommando des US-Imperialismus erneut begonnen haben.

Das deutsche Finanzkapital hatte den Krieg verloren. Im Potsdamer Abkommen der vier Siegermächte USA, Frankreich, Großbritannien und der damals noch sozialistischen Sowjetunion wurde festgehalten, daß Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrags in vier Besatzungszonen aufgeteilt wird. Berlin lag unter dem Oberbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, die Westmächte wurden unter diesem Oberbefehl an der Verwaltungstätigkeit der Stadt beteiligt. Die Viermächte-Verwaltung Berlins beruht also keineswegs auf einem Recht der westlichen Alliierten, das sie sich durch militärischen Sieg erworben hätten, Berlin wurde allein von der Roten Armee befreit, sondern diente ausschließlich der Durchführung der Besatzungsprinzipien, die die revolutionäre Sowjetunion den imperialistischen Westmächten aufgenötigt hatte: Beseitigung der Grundlagen des Hitlerfaschismus, Bewahrung der Einheit Deutschlands, Gewährung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, baldiger Abschluß eines Friedensvertrags.

Doch bereits am 26. April 1945, wenige Tage vor der endgültigen Kapitulation der deutschen Finanzbourgeoisie, richtet US-Präsident Harry Truman die Geheimdirektive ICS 1067 an General Eisenhower: „Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die Spaltung Deutschlands hinarbeiten.“

Mit dem Marshall-Plan wird die nötige wirtschaftliche Abhängigkeit über Kredite geschaffen, die für die Blockbildung gegen die Sowjetunion günstig war, und der Spielraum für einen gewaltigen Aufschwung des Warenexports der USA nach Westeuropa geschaffen. Die Imperialisten drängen auf Eile. Sie fürchten die Revolution. Die Währungsreform und damit die endgültige Abspaltung der Westzonen wird vorbereitet. Die Kapitalisten wandern in die Westzonen ab, insgesamt über 800. Große Teile der Produktion, Maschinen und Ersatzteile werden in die Westzonen verkauft, was

sich durch militärischen Sieg erworben hätten, Berlin wurde allein von der Roten Armee befreit, sondern diente ausschließlich der Durchführung der Besatzungsprinzipien, die die revolutionäre Sowjetunion den imperialistischen Westmächten aufgenötigt hatte: Beseitigung der Grundlagen des Hitlerfaschismus, Bewahrung der Einheit Deutschlands, Gewährung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, baldiger Abschluß eines Friedensvertrags.

Doch bereits am 26. April 1945, wenige Tage vor der endgültigen Kapitulation der deutschen Finanzbourgeoisie, richtet US-Präsident Harry Truman die Geheimdirektive ICS 1067 an General Eisenhower: „Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die Spaltung Deutschlands hinarbeiten.“

Mit dem Marshall-Plan wird die nötige wirtschaftliche Abhängigkeit über Kredite geschaffen, die für die Blockbildung gegen die Sowjetunion günstig war, und der Spielraum für einen gewaltigen Aufschwung des Warenexports der USA nach Westeuropa geschaffen. Die Imperialisten drängen auf Eile. Sie fürchten die Revolution. Die Währungsreform und damit die endgültige Abspaltung der Westzonen wird vorbereitet. Die Kapitalisten wandern in die Westzonen ab, insgesamt über 800. Große Teile der Produktion, Maschinen und Ersatzteile werden in die Westzonen verkauft, was

zu erheblichem Produktionsausfall in der Ostzone führt. Rohstofflieferungen werden behindert. Der Magistrat erklärt, der Produktionsplan könne sich nur auf nicht enteignete Betriebe beziehen. Die Arbeiterklasse führt einen zähen Kampf gegen die Restauration des Kapitalismus und die Spaltung Deutschlands. Am 11. Juni fordern ganze Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter im „Neuen Deutschland“, sich nicht durch eine separate Währungsreform überraschen zu lassen und ihr frühzeitig entgegenzutreten.

Am 18. Juni 1948 wird die Währungsreform für die Westzonen Deutschlands von den drei westlichen Alliierten verkündet. Ihr Kern ist die vollständige Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln bei gleichzeitiger Vernichtung sämtlicher Ersparnisse der Volksmassen. Pro



Massenprotest gegen die Währungsspaltung in Berlin, Ende Juni 1948

Person wird ein Kopfgeld von 40 DM ausgezahlt, darüber hinausgehende Beträge im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Die Produktionsmittel bleiben in den Händen ihrer kapitalistischen Eigentümer. Man sieht, was überbleibt von der Propaganda der Kapitalisten, alle hätten nach dem Krieg mit den gleichen Chancen angefangen, wie es die Bourgeoisschnalle Frau von Thyssen aus ihrer Sicht formuliert: Nichts beweise so gut wie die Währungsreform, daß die großen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede, die die Roten zum Anlaß ihrer staats- und gesellschaftszerstörenden Agitation nähmen, in der Natur des Menschen angelegt seien. Denn wie wäre es doch gewesen? Am Währungsstichtag seien sie alle gleich gewesen. Jeder, ob reich oder arm, Unternehmer oder Arbeiter, hätte nicht mehr als 40 Mark in der Tasche gehabt. Aber was hätte zum Beispiel sie und was hätten ihre Arbeiter daraus gemacht.

Das entwertete Geld flutet über Berlin in die SBZ und droht die Wirtschaft und das Finanzsystem zu zerrütten. Sofortige Gegenmaßnahmen werden notwendig. Der Personen- und Warenverkehr nach Berlin wird unterbrochen. Mit dem Befehl Nr. 111 verkündet die sowjetische Militäradministration die Durchführung einer Währungsreform für die SBZ und Berlin. Ihr Ziel ist dem der westlichen imperialistischen Währungsreform gerade entgegengesetzt. Die Umtauschquote beläuft sich statt auf 40 Mark auf 70 Mark, Spareinlagen bis 100 Mark werden im Verhältnis 1:1, bis 1000 im Verhältnis 5:1, bis 5000 im Verhältnis 10:1 umgetauscht, Für den Umtausch höherer Beträge wird die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Ursprungs dieser Summen vorgenommen. Der Großteil der Betriebe befindet sich zudem bereits in staatlichem Besitz.

Doch 24 Stunden vor Beginn der Umtauschaktion in Berlin befehlen die westlichen Stadtkommandanten die Einführung einer Separatwährung in den Westsektoren Berlins, der soge-

wesen? Am Währungsstichtag seien sie alle gleich gewesen. Jeder, ob reich oder arm, Unternehmer oder Arbeiter, hätte nicht mehr als 40 Mark in der Tasche gehabt. Aber was hätte zum Beispiel sie und was hätten ihre Arbeiter daraus gemacht.

Das entwertete Geld flutet über Berlin in die SBZ und droht die Wirtschaft und das Finanzsystem zu zerrütten. Sofortige Gegenmaßnahmen werden notwendig. Der Personen- und Warenverkehr nach Berlin wird unterbrochen. Mit dem Befehl Nr. 111 verkündet die sowjetische Militäradministration die Durchführung einer Währungsreform für die SBZ und Berlin. Ihr Ziel ist dem der westlichen imperialistischen Währungsreform gerade entgegengesetzt. Die Umtauschquote beläuft sich statt auf 40 Mark auf 70 Mark, Spareinlagen bis 100 Mark werden im Verhältnis 1:1, bis 1000 im Verhältnis 5:1, bis 5000 im Verhältnis 10:1 umgetauscht, Für den Umtausch höherer Beträge wird die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Ursprungs dieser Summen vorgenommen. Der Großteil der Betriebe befindet sich zudem bereits in staatlichem Besitz.

Doch 24 Stunden vor Beginn der Umtauschaktion in Berlin befehlen die westlichen Stadtkommandanten die Einführung einer Separatwährung in den Westsektoren Berlins, der soge-

nannten „B-Mark“. Die Sowjetunion erklärt, daß die rechtlichen und politischen Grundlagen für ein Verbleiben der westlichen Alliierten in Berlin durch die faktisch von ihnen vollzogene Spaltung Deutschlands verwirkt seien. Harry Truman erklärt: „Wir bleiben in Berlin!“ Die Imperialisten beantworten die Verkehrsbeschränkungen durch die Sowjetunion mit einer vollständigen Blockierung des Handels nach der sowjetisch besetzten Zone. 1200 Magistratsangestellte treten daraufhin in Streik. 20000 Arbeiter beteiligen sich an Demonstration und Kundgebung in Berlin-Weißensee. Sie bekräftigen die Forderung der Betriebsräteversammlung Weißensee nach Einberufung einer Vollversammlung aller Berliner Betriebsräte zwecks Beratung über Generalstreik unter den Forderungen: Einheitliche Währung für Großberlin! Sofortige Auflösung der Stadtverordnetenversammlung und Neuwahlen! Abzug der westalliierten Besatzungsmächte! Zehntausende demonstrierten am 24. Juni vor dem Haus der Stadtverordnetenversammlung. In allen Stadtteilen finden am 26. August Massenversammlungen mit insgesamt über 250000 Teilnehmern statt. Anfang 1948 schwillt diese Bewegung zu einer mächtigen Bewegung für einen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden an. Er wird in den Westzonen fast überall verboten und massiv unterdrückt.

Zunächst wird von General Clay und dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Berlins, Ernst Reuter, als Antwort auf die Sperrmaßnahmen der Sowjetunion der Vorstoß eines bewaffneten Konvois auf der Autobahn Helmstedt–Berlin geplant. Das wäre einer Kriegserklärung gegen die Sowjetunion gleichgekommen. In Washington herrscht Unsicherheit, ob Berlin militärisch gegen die revolutionäre Sowjetunion und die kämpfenden Arbeiter zu halten sei, und die US-Imperialisten kommen überein, daß vorher eine andere Lösung gefunden werden müsse. Sie wird gefunden mit dem Unternehmen Luftbrücke. Es ist das gigantischste Militärmanöver der USA





nach der Landung in der Normandie.

Am 26. Juni 1948 wird die gesamte Luftstreitmacht der USA mobilisiert. Mit dem National Security Act werden alle Wehrmachtszweige unter ein einheitliches Kommando genommen. Ende Juni läßt Truman Atombomber B29 nach Westdeutschland verlegen.

Der amerikanische Kriegsminister erklärt die Entschlossenheit der USA, im Falle militärischer Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion die Atombombe einzusetzen. In England und Italien werden amerikanische Luftwaffenstützpunkte errichtet. Das britische Luftfahrtministerium erklärt seine Unterstützung. Bereits zwei Stunden, nachdem General Clay Flugzeuge in Washington angefordert hatte, steigen die ersten Transportmaschinen auf ihren Flugplätzen in allen Teilen der Welt auf. 100000 Reservisten werden einberufen. Die Zulieferung der abzuliefernden Güter geschieht auf militärischen Befehl. Die 90-Stunden-Woche wird für die Beschäftigten dieses Unternehmens eingeführt. Die Maschinen werden z.T. auf den Schrottplätzen der amerikanischen Luftwaffe zusammengeklaubt. 70 Personen verunglücken tödlich bei Abstürzen der Maschinen. Esso stößt sich gesund: monatlich werden allein auf dem Rhein-Main-Flughafen 19 Millionen Liter Benzin vertankt. Die „New York Herald Tribune“ schreibt: „Der kalte Krieg ist ein Segen für die Flugzeugindustrie.“ Das amerikanische Luftfahrtministerium meldet begeistert, daß Erkenntnisse gesammelt worden seien, für die man sonst 10 Jahre gebraucht hätte.

Die US-Imperialisten und die deutschen Finanzhaie mit ihren bürgerlichen Politikern unter Ernst Reuter entfalten eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Sowjetunion und die Sowjetische Besatzungszone. „Die Bolschewisten wollen die Stadt aushungern!“, prasselt es täglich tausendfach auf die Bevölkerung nieder. „Berlin kämpft für die Freiheit! Wir halten durch!“ Gegen alle, die im Osten kaufen, wird eine massive Pogromhetze entfaltet, schikanöse Kontrollen werden vorgenommen. Die Berechtigung der Luftbrücke für die angebliche Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung war jedoch gleich null. Der Ministerrat der UdSSR stellte Ende Juni als Sofortmaßnahme mehr als 10000 Tonnen Fette und 100000 Tonnen Mehl aus eigenen Beständen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Wirtschaftskommission wurden umfangreiche Mengen an Textilien und Heizmaterial bereitgestellt und entlang der Sektorengrenze nahezu 3000 Verkaufsstellen eingerichtet. Am 1. Juli bietet die sowjetische Militäradministration an, alle vier Sektoren mit Milch zu versorgen. Doch alle Angebote von seiten der Sowjetunion werden von den westlichen Imperialisten abgelehnt. Mit allen Mitteln wird zu verhindern gesucht, daß die Bevölkerung sich im Osten versorgt. An allen Ecken hängen Plakate des Magistrats: „Nur Familie Schimpf und Schande kaufen im Osten!“ Nichtsdestoweniger beziehen rund 100000 Westberliner ihre Lebensmittel offiziell aus dem Ostteil der Stadt. Inoffiziell sind es bedeutend mehr.

Die Flugleistungen der Luftbrücke zeigen, daß dies auch gar nicht anders sein kann. Selbst nachdem sie voll ausgebaut war, brachte sie es nur auf eine durchschnittliche Tagesleistung von 3000 bis 4000 Tonnen, am Schluß zu Spitzenzeiten auf über 7000 Tonnen, davon zu erheblichen Teilen Maschinen und Rohstoffe. Vor der Währungsreform hatten die 2 Millionen Einwohner der Westsektoren Berlins einen Tagesbedarf von 25000 Tonnen.

Juni 1948 bis Mai 1949. Für täglich eine Million DM werden insgesamt 199101 Flüge nach Berlin unternommen, im April 1949 alle 62 Sekunden einer. In einer Umfrage vom Oktober 1948 in den Westsektoren Berlins antworten 43% auf die Frage: „Sind die Amerikaner mehr an der Wohlfahrt der Berliner oder an der Stärkung ihrer Macht interessiert?“: mehr an der Stärkung ihrer Macht.

Die Imperialisten geben die Lüge, daß die Luftbrücke lebensnotwendig für die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren gewesen sei, selber zu. J.F.Dulles schrieb: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können ... Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir uns mit Deutschland in seiner Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“

Bereits nach zwei Monaten wurden die westlichen Imperialisten an den Verhandlungstisch gezwungen. Am 30. August 1948 mußten sie in Moskau einer Viermächte-Vereinbarung zustimmen, wodurch die „B-Mark“ aus dem Verkehr gezogen und die DM der SBZ als einzige Berliner Währung eingeführt werden sollte. Wenige Tage später spalteten Clay und Reuter aus Anlaß einer großen Arbeiterdemonstration vor dem Haus der Stadtverwaltung „in Sorge um Leib und Leben“ der Stadtverordneten die einheitliche Stadtverwaltung und kündigten

Die Imperialisten geben die Lüge, daß die Luftbrücke lebensnotwendig für die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren gewesen sei, selber zu. J.F.Dulles schrieb: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können ... Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir uns mit Deutschland in seiner Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“

Bereits nach zwei Monaten wurden die westlichen Imperialisten an den Verhandlungstisch gezwungen. Am 30. August 1948 mußten sie in Moskau einer Viermächte-Vereinbarung zustimmen, wodurch die „B-Mark“ aus dem Verkehr gezogen und die DM der SBZ als einzige Berliner Währung eingeführt werden sollte. Wenige Tage später spalteten Clay und Reuter aus Anlaß einer großen Arbeiterdemonstration vor dem Haus der Stadtverwaltung „in Sorge um Leib und Leben“ der Stadtverordneten die einheitliche Stadtverwaltung und kündigten

das Moskauer Abkommen wieder auf. Am 12. Mai 1949 schließlich wurde das amerikanische Militärmanöver „Luftbrücke“ eingestellt, alle Verkehrsbeschränkungen von seiten der Sowjetunion und die Blockade der Ostzonen durch die Westalliierten aufgehoben. Deutschland und Berlin wurden gespalten, die deutsche Finanzbourgeoisie errichtete erneut ihre Ausbeuterherrschaft in den Westzonen Deutschlands. Sowjetunion und DDR haben inzwischen die Farbe gewechselt. Reformismus und Revisionismus in den Reihen von KPD und SED haben verhindert, daß der Wille der Arbeiterklasse, die imperialistischen Besatzer zu verjagen und in ganz Deutschland die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter zu errichten, sich zur revolutionären Volkserhebung entfalten konnte. Bis heute ist diese Aufgabe unerledigt.

Kommunistische Volkszeitung